



# GEGENWORTE

HEFTE FÜR DEN  
DISPUT ÜBER WISSEN

## EUROPA

30. Heft | Herbst 2013

**Günter Stock** und **Niels Taubert** machen sich Gedanken zu den wissenschaftlichen Perspektiven in und für Europa. **Andreas Voßkuhle** erläutert die Rolle des Bundesverfassungsgerichts im europäischen Kontext. Eine doppelte ökonomische Vertrauenskrise konstatieren **Jenny Preunkert** und **Georg Vobruba**. **Stephan Ruß-Mohl** plädiert für eine gesamteuropäische Öffentlichkeit. Über den Traum von Europa schreiben **Klaus von Dohnanyi**, **Albrecht von Lucke** und **Holger Schwenke**. **Jürgen Trabant** entwirft das Modell vom zweisprachigen Europäer. **Christian Meier** sieht im antiken Athen durch die Demokratie alles auf den Kopf gestellt. **Hans-Martin Gauger** geht der Frage nach, bei wem man studiert habe. **Michael Borgolte** folgt den Spuren mittelalterlicher Erinnerungsorte. **Laurent Romary** präsentiert seine Vision für Open Access in Wissenschaft und Forschung. **Albrecht Riethmüller** forscht nach dem Beitrag der Musik für die europäische Integration. **Franz Reitinger** hat sich alte Kartografien für Europa näher angeschaut. **Olaf B. Rader** entdeckt Europa und das Meer. **Friedmar Apel** skizziert einen Grenzgänger mit Migrationshintergrund (Adelbert von Chamisso), und **Matthias Weichelt** blickt zurück auf den ›Monte Europa‹ am Lago Maggiore. **Hazel Rosenstrauch** beschäftigt sich mit Heimatgefühlen für Europa. **Wolfert von Rahden** widmet sich Nietzsches ›Europäer von übermorgen‹. Mit Bildern zu paradiesischen Orten von **Jenny Michel** sowie Einführung und Dokumentation.

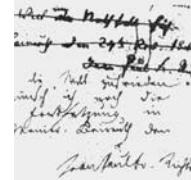
# Inhalt

|                |    |   |
|----------------|----|---|
| Dokumentation  | 3  | Europa: Utopie, Eutopie, Dystopie   |
| Dossier        | 9  | <a href="#">Günter Stock</a><br>Europa: Wissenschaftliche Perspektiven  |
|                | 11 | <a href="#">Niels Taubert</a><br>Europa – ein Gulliver der Wissenschaftspolitik?  |
|                | 14 | <a href="#">Klaus von Dohnanyi</a><br>Die Europäische Union – vom Traum zur Mühe der Praxis   |
|                | 19 | <a href="#">Albrecht von Lucke</a><br>Das Verschwinden einer Idee   |
|                | 22 | <a href="#">Jenny Preunkert und Georg Vobruba</a><br>Die beiden Hälften der Eurokrise   |
| Im Gespräch    | 27 | <a href="#">Andreas Voßkuhle</a><br>»Gerichte können nur einen Rahmen abstecken, innerhalb dessen Politik sich entfalten kann«. Ein Gespräch mit Wolfert von Rahden zur Rolle des Bundesverfassungsgerichts in Europa |
| Innenansichten | 32 | <a href="#">Stephan Ruß-Mohl</a><br>Über europäische Öffentlichkeit und europäischen Journalismus   |
|                | 37 | <a href="#">Hazel Rosenstrauch</a><br>Haym@gefühle für Europa?  |
|                | 40 | <a href="#">Laurent Romary</a><br>Wissenschaftliche Arbeit und Open Access  |
|                | 43 | <a href="#">Albrecht Riethmüller</a><br>Musik und europäische Integration   |
| Zwischenfrage  | 47 | <a href="#">Hans-Martin Gauger</a><br>Bei wem haben Sie studiert?   |
| Grenzgänger    | 51 | <a href="#">Wolfert von Rahden</a><br>»Wir Europäer von übermorgen« – Nietzsches ideeller Gesamteuropäer  |
|                | 55 | <a href="#">Friedmar Apel</a><br>Ein deutscher Romantiker mit Migrationshintergrund: Adelbert von Chamisso  |
|                | 58 | <a href="#">Matthias Weichelt</a><br>Visionen und Verweigerungen am Lago Maggiore   |
| Im Gespräch    | 61 | <a href="#">Christian Meier</a><br>»Und mit der Demokratie steht im Grunde alles auf dem Kopf«. Ein Gespräch mit Wolfert von Rahden über die griechische Antike   |

|                     |    |  |
|---------------------|----|--|
| Rück- und Ausblicke | 67 | <a href="#">Franz Reitinger</a><br>Was war Europa? Ein bildhistorischer Exkurs über Sternstunden |
|                     | 71 | <a href="#">Olaf B. Rader</a><br>Europa und das Meer   |
|                     | 75 | <a href="#">Michael Borgolte</a><br>Mittelalterliche Erinnerungsorte als Bausteine Europas?      |
|                     | 78 | <a href="#">Holger Schwenke</a><br>Europas Traum   |
|                     | 81 | <a href="#">Jürgen Trabant</a><br>Die Europäer: zweisprachig wie die alten Römer                 |
|                     | 85 | <a href="#">Jenny Michel</a><br>Paradiesische Orte   |
|                     | 86 | Autorinnen und Autoren   |

*»Es ist das Gegenwort, es ist das Wort,  
das den ›Drabt‹ zerreißt, das Wort,  
das sich nicht mehr vor den ›Eckstehern  
und Pardegäulen der Geschichte‹ bückt,  
es ist ein Akt der Freiheit. Es ist ein Schritt.«*

*Paul Celan*



## Europa: Utopie, Eutopie, Dystopie

Europa befindet sich im Umbruch. Angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise wird der ›Zukunftsort‹ zunehmend zur Projektionsfläche von Ängsten und Sorgen und von vielen eher als ein Ort der Bedrohung denn der Hoffnung wahrgenommen. Nicht *mehr*, sondern *weniger* Europa steht bei einer Reihe europäischer Parteiungen auf der politischen Tagesordnung – so hat das Thema trotz seiner immensen Bedeutung im deutschen Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt. Tendenzen zur Renationalisierung – welche die europäische Einigung seit ihrem Beginn begleiten – werden von den ökonomischen Ungleichgewichten gefährlich genährt.

Ein entscheidendes Defizit besteht darin, dass es noch immer keine *gesamteuropäische* Öffentlichkeit gibt.\* Die Vielfalt der Sprachen und Kulturen, die es ja auch zu erhalten gilt, erweist sich im Falle der Krise als ein Hindernis für die Ausbildung eines gesamteuropäischen Bewusstseins, das auch die Verantwortung für das Ganze – für das ›Projekt Europa‹ – anzunehmen bereit wäre. Verstärkte kulturelle, wissenschaftliche sowie sprachliche Bildung und Zusammenarbeit könnten hier eine Brücke schaffen zwischen den einzelnen europäischen Staaten, um den Rückfall in nationale und nationalistische Stereotype zu erschweren. Unter dem Druck der Schuldenkrise zu *mehr* Europa zu kommen erscheint schwierig, aber notwendig. Dabei stellt sich die Frage, ob einer vor schnellen Kopie, nämlich der Errichtung der ›Vereinigten Staaten von Europa‹, nicht die schrittweise Entwicklung eines originären Konzepts für ein geeintes Europa vorzuziehen wäre. Denn eine Leit-Idee für ein gemeinsames Projekt Europa wäre der Weg, auf dem die Bürger zu einer europäischen Identität gelangen könnten. Heute denken sie vermutlich, wenn es um ihren Kontinent geht, an Sparzwänge und Glühbirnenverordnungen, und das ist nicht nur bedauerlich, sondern könnte in eine dystopisch verschattete Zukunft führen.

Die junge Europa wurde – wie der Mythos erzählt – von Zeus in Gestalt eines Stieres ver- und entführt. In der gegenwärtigen Krise sollte Europa, mittlerweile in die Jahre gekommen, sich auf die eigenen Stärken besinnen und sich nicht noch einmal von einem Stier – nunmehr möglicherweise in Gestalt des Wall-Street-Bullen – entführen lassen. Stattdessen gälte es, mit einer umsichtigen Politik den eigenen Weg zu bestimmen. Die Reduktion Europas auf einen bloß ökonomisch verstandenen Zusammenschluss zeitigt fatale Wirkungen. Neben den finanzökonomischen Fragen, die derzeit alles andere in den Hintergrund drängen und einer Beantwortung harren, wäre es vonnöten, vor allem Forschung, Wissenschaft und Bildung gemeinsam zu entwickeln. Insbesondere muss Europa das Problem einer Generation ohne Perspektiven lösen, jenes brachliegende Potenzial ausschöpfen und fördern, das es sträflich vernachlässigt: die heranwachsende Jugend seiner Nationen. Auch hier kann nur Bildung der Schlüssel sein. Europas Chancen innerhalb einer globalisierten Welt liegen, ganz in der Tradition der erhaltenswerten, der aufklärerischen Seite seiner Geschichte, auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und der nachhaltigen Technik.

Europa, der Kontinent ohne diskrete räumliche Grenzen, dessen Namensgeberin, eine phönikische Prinzessin, heute eine ›Fremde‹ wäre, musste zu allen Zeiten seine Identität immer wieder neu finden und erfinden. Was diesen Kontinent ausmacht, wird nicht durch natürliche Gegebenheiten, sondern durch menschliche bestimmt. Waren dies vordem hauptsächlich Gewalt und Krieg, so bleibt zu hoffen, dass heute künstliche und künstlerische Entwürfe Europas Physiognomie zu prägen beginnen. Zu wünschen wäre eine europäische Allianz von Wissenschaft und Kunst, die ihr kreatives Potenzial auf die möglichen Formen der Integration richtet und länderübergreifend das Projekt Europa verfolgt und weiterentwickelt. So könnte ein Zukunftsort Europa geschaffen



werden, der von seinen Bewohnern auch angenommen wird. Denn eins scheint gewiss: Ein Europa *ohne* Europäer wäre zum Scheitern verurteilt.

Wolfert von Rahden

\* Die »Chancenstruktur einer europäischen Öffentlichkeit« wird näher erörtert als Themenschwerpunkt im *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Heft 3 (September 2013); darin zur aktuellen Bedeutung von Zeitschriften im Allgemeinen und den *Gegenworten* im Besonderen siehe W. v. Rahden: „Gegenworte? – Gegenworte!“, S. 50–53.

### Historische Ansichten

»Alle Eintracht hängt von der Einheit ab, die in den Willen da ist; das menschliche Geschlecht ist in seiner besten Lage eine Art Eintracht – denn wie Ein Mensch in seiner besten Lage, sowohl was Seele wie was Leib angeht, eine Art Eintracht ist, und gleichfalls das Haus, die Stadt und das Reich, so das ganze menschliche Geschlecht.« (Dante Alighieri: *De Monarchia*, S. 43)

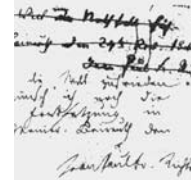
»Fügen Sie hinzu, daß Europa besondere Vorzüge gegenüber den anderen Kontinenten hat: es ist gleichmäßiger bevölkert, ebenso fruchtbarer; alle seine Länder sind besser verbunden. Die ständige Vermischung der Interessen, die die Bande des Blutes, die Obliegenheiten des Handels, der Künste, der Siedlungen unter den Herrschern hat entstehen lassen – die große Anzahl der Flüsse und die Verzweigtheit der Bewohner, die sie zu ständigen Reisen und zu häufigen gegenseitigen Besuchen veranlasst – die Erfindung der Buchdruckerei – die Vorliebe für Literatur, welche ihnen einen gemeinsamen Grundstock der Studien und Kenntnisse verleiht; endlich die große Zahl und die Kleinheit der Staaten, die, Hand in Hand mit dem Verlangen nach verfeinerter Lebensweise und der Verschiedenheit des Klimas, die einen stets auf die anderen angewiesen sein läßt –: Alle diese Gründe zusammen machen aus Europa nicht wie aus Asien und Afrika eine willkürliche Sammlung von Völkern, die nichts weiter gemein haben als den Namen, sondern eine echte Gemeinschaft, die ihre Religion, ihre Sitten und Bräuche und sogar ihre Gesetze hat, aus der sich keines der Völker, aus denen sie besteht, loslösen kann, ohne sogleich Verwirrungen hervorzurufen.« (Ch. I. de Saint-Pierre: *Projet pour rendre la paix perpétuelle en europe*, S. 352 f.)

»Es waren schöne glänzende Zeiten, wo Europa ein christliches Land war, wo *Eine* Christenheit diesen menschlich gestalteten Welttheil bewohnte; *Ein* großes gemeinschaftliches Interesse verband die entlegensten Provinzen dieses weiten geistlichen Reichs. – Ohne große weltliche Besitztümer lenkte und vereinigte *Ein* Oberhaupt, die großen politischen Kräfte. [...] Mit Recht widersetzte sich das weise Oberhaupt der Kirche, frechen Ausbildungen menschlicher Anlagen auf Kosten des heiligen Sinns, und unzeitigen gefährlichen Entdeckungen, im Gebiete des Wissens. So wehrte er den kühnen Denkern öffentlich zu behaupten, daß die Erde ein unbedeutender Wandelstern sey, denn er wußte wohl, daß die Menschen mit der Achtung für ihren Wohnsitz und ihr irdisches Vaterland, auch die Achtung vor der himmlischen Heimath und ihrem Geschlecht verlieren, und das eingeschränkte Wissen dem unendlichen Glauben vorziehen und sich gewöhnen würden alles Große und Wunderwürdige zu verachten, und als todte Gesetzwirkung zu betrachten. An seinem Hofe versammelten sich alle klugen und ehrwürdigen Menschen aus Europa. Alle Schätze flossen dahin, das zerstörte Jerusalem hatte sich gerächt, und Rom selbst war Jerusalem, die heilige Residenz der göttlichen Regierung auf Erden geworden.« (Novalis: *Die Christenheit oder Europa*, S. 57, 59)

»Der Tag wird kommen, an dem es keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte, die sich dem Handel öffnen, und der Geist, der sich den Ideen öffnet. Der Tag wird kommen, an dem die Kugeln und Bomben ersetzt werden von den Abstimmungen der Völker, von dem allgemeinen Wahlrecht, von dem ehrwürdigen Schiedsgericht eines großen, souveränen Senats, der für Europa das sein wird, was heute das Parlament für England, die [Frankfurter] Nationalversammlung für Deutschland und die gesetzgebende [National-] Versammlung für Frankreich ist!« (V. Hugo: *Eröffnungsansprache des internationalen Friedenskongresses 1849*, S. 301)

### Gegenwärtige Betrachtungen

»Ich behaupte aber: Der Realist unter meinen imaginären Protagonisten ist nicht der Politiker, sondern der Schriftsteller. Diejenigen, die Europa als Idee einer offenen Wertegemeinschaft überhaupt erfunden, entwickelt und



verteidigt haben, galten zu ihrer Zeit immer als naiv. [...] Ich könnte [...] über Stefan Zweig und Joseph Roth sprechen, die beiden Juden, die vor dem Nationalsozialismus aus ihrem Heimatland Österreich geflohen und im Exil zugrunde gegangen sind. Sie setzten sich bereits für eine multi-ethnische und multi-religiöse europäische Gemeinschaft ein, als Nationalismus und Rassismus Europa in die Katastrophe trieben. Ich könnte stattdessen auch über die deutsche Literatur sprechen, über die Gebrüder Mann, Hesse, Hofmannsthal, Benjamin, Tucholsky, Döblin. Ich könnte über Heine sprechen, über Nietzsche oder über die deutsche Romantik. All diese Vordenker Europas wurden verlacht oder gar vertrieben von denen, die sich als Realisten wähnten.«

(N. Kermani: *Europas Realisten*, S. 196–197)

»Die sich als Schulden- und Finanzkrise niederschlagende Krise Europas legt nahe, sich abermals den historischen Bedingungen und Umständen des Einigungsprozesses als solchem zuzuwenden, um dabei nachzusinnen, inwieweit die erzählte Geschichte des europäischen Zusammenschlusses, gleichsam das vorherrschende Narrativ, tatsächlich die gewesene Wirklichkeit abbildet. Sich der Geschichtserzählung zuzuwenden ist nicht einem abstrakten historischen Interesse geschuldet, sondern mag für gegenwärtiges wie zukünftiges Handeln durchaus bestimmend sein. Schließlich hat die erzählte Geschichte einen nach vorne gerichteten legitimatorischen Charakter insofern, als aus der gesponnenen Geschichtserzählung politische Konsequenzen erwachsen. Dabei wird dem nachdenklichen Beobachter auffällig, dass die Geschichte Europas wesentlich teleologisch erzählt wird, will heißen: Von der Idee der europäischen Einigung als Friedensprojekt hin zum eingetretenen Erfolg wird eine Kausalität insinuerende Linie gezogen. Eine solche Linienführung dürfte sich bei näherem Hinsehen als nicht stichhaltig erweisen. Denn ein solches Narrativ ignoriert den großen historischen Rahmen, in dem sich die Idee der europäischen Einigung zu realisieren vermochte, ihr eigentlicher politischer Humus. Und dieser Humus findet seine Ingredienzien im Milieu des Kalten Krieges, genauer: In den ordnungspolitischen, also wirtschaftlichen wie institutionellen amerikanischen Ansinnen, die Integration des westlichen Teils Europas im Kontext des sich langsam aufbauenden Gegensatzes zwischen Ost und West zu betreiben.« (D. Diner: *Angesichts der Krise*, S. 49–50)

»Wie ich schon in meiner Rede vom März 1999 in Paris gesagt habe, bin ich persönlich von der Notwendigkeit einer europäischen Verfassung und einer Stärkung des europäischen Integrationsprozesses im föderalistischen Sinne überzeugt: Europa als Subjekt des internationalen Rechts und mit seiner eigenen Verfassung scheint mir eher auf die kommenden Szenarien einer weltweiten Globalisierung zu antworten. Einige [...] sehen in der europäischen Integration eine Bedrohung für ihre nationale Identität. Wenn aber etwas die nationalen Identitäten bedroht, dann ist es eben die von denselben Nationen aus freien Stücken herbeigerufene Globalisierung, wenn es darum geht, die ›globalen Unternehmen‹ ins Land zu holen, die ihnen die ›weltweiten‹ Konsumgüter in den Supermärkten, den ›Superkinos‹ usw. verkaufen. Das ist tatsächlich eine Tendenz zur Uniformierung, wenn man in Singapur oder Prag nicht mehr weiß, wo man eigentlich ist, da sich alles ähnelt. Das ist eine Form der Vereinheitlichung der Welt, die beunruhigen kann und die man von der Zusammenarbeit zwischen demokratischen Staaten auf einer föderalistischen Basis unterscheiden muß.«

(V. Havel: *Den Bürgern zu Diensten sein*, S. 27)

»Man soll nie vergessen, die Integration war ja demokratisch gemeint, aber ist von Anfang an ohne Bevölkerung geschehen, weil die Bevölkerungen der Nationalstaaten in ihrem eigenen Staat befangen waren. Wenn wir zum Euro ein Referendum gehabt hätten in noch einigen wichtigeren Ländern als Dänemark, z. B. in der Bundesrepublik, bin ich nicht ganz sicher, ob die Mehrheit dafür gestimmt hätte. Und Gott verhüte, daß es ein Referendum zur Osterweiterung geben würde, wie Kommissar Verheugen in seiner Gedankenlosigkeit vorgeschlagen hat. [...] Man muß sich klarmachen, daß die europäische Integration von einer politischen Klasse organisiert worden ist, die sich – gottlob – einen Abstand zu den Wählern erlaubt hat. Und der besteht noch immer. Es war von Anfang an entweder eine Entscheidung für mehr Integration und weniger Bevölkerungsbeteiligung oder mehr Beteiligung und weniger Integration. Dieses Dilemma besteht bis heute.« (M. Brands: *Heimat als Utopie*, S. 78–79)

»Das Selbstverständnis Europas, das heute in Frankreich oder auch in Deutschland obsiegt, ist für die Zukunft der europäischen Integration gefährlich. Nämlich wenn die Europäische Union als eine Kraft betrachtet wird, die ein



Gegengewicht gegen die Vereinigten Staaten sein soll. Wir Polen stehen vor keiner solchen Wahl zwischen Amerika und Europa. Wir sprechen uns für einen starken euroatlantischen Block von demokratischen Staaten aus. Und wenn der französische Staatspräsident Chirac sich darüber beklagt, daß die amerikanischen Politiker arrogant seien, so haben wir das Recht zu fragen, wie sollen wir nun die Arroganz des französischen Staatspräsidenten betrachten, der den Polen geraten hat, »seid still? [...] Die Verfassungsidee ist natürlich sehr attraktiv. Das ist eine große Vision, aber sie kommt zu schnell. Hier werden wir es tatsächlich mit diesem Europa der zwei verschiedenen Geschwindigkeiten zu tun haben. Denn für die Menschen Ostmitteleuropas war die Wiedergewinnung der Souveränität ein so großer Wert gewesen, daß es jetzt schwierig sein wird, sich heutzutage dafür auszusprechen, den Nationalstaat aufzugeben. Dazu ist noch niemand reif genug.«

(A. Michnik: *Heimat als Utopie*, S. 80–81)

»Durch den Nobelpreis wird zunächst eine unbestrittene historische Wahrheit anerkannt: Der Kontinent, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch zwei Weltkriege mit mehr als 80 Millionen Todesopfern die gewaltsamste Phase seiner Geschichte erlebte, gilt in dessen zweiter Hälfte als Beispiel für Frieden und wahre Aussöhnung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, Demokratie und die Zusammenführung der Souveränität verschiedener Nationen, die sich über mehrere Jahrhunderte bekämpft hatten. Eine große Idee des »institutionalisierten und auf Rechtmäßigkeit beruhenden« Friedens ist wahr geworden, eine Idee, die sich eher auf Immanuel Kant zurückführen lässt als auf den föderalistischen Traum der Vereinigten Staaten von Europa, wie ihn Victor Hugo 1848 verkündete. [...]

Die EU ist freilich kein Einzelfall. Auch wenn seine Umsetzung jeweils eigene Wege geht, verbreitet sich der Gedanke, die friedliche Kooperation zwischen Nachbarstaaten im Sinne der Konfliktverhütung, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte, überall auf der Welt zunehmend: in Lateinamerika (Mercosur und Unasur), in Südostasien (ASEAN) und in Südafrika (SADC). Die Zahl multilateraler friedlicher Institutionen ist innerhalb von wenigen Jahrzehnten von 30 auf 400 angestiegen. Dabei scheint der Einfluss der EU in der Welt heute eher darauf zu beruhen, was sie darstellt und wie sie wahrgenommen

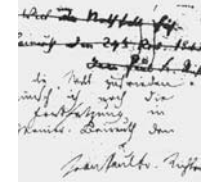
wird, als darauf, welche praktische – oft schwankende – Außenpolitiken sie verfolgt.«

(M. Telò: *Die Geschichte trägt Europa nicht*, S. 50–52)

## Perspektiven

»Was können wir also tun? Die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt, die menschengemachte Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius zu beschränken. Wenn wir das aber tatsächlich erreichen wollen, stehen wir vor einer immensen Herausforderung. [...] Der Schlüsselfaktor [...] ist Innovation – nicht nur im technischen Sinne, sondern auch: institutionelle Innovation, Innovation bei Infrastrukturen und letztlich auch Innovation im Verhalten. [...] Aber wir brauchen eine Dritte Industrielle Revolution. Billiger wird das Ganze nicht zu haben sein. [...] Erinnern wir uns an die Erste Industrielle Revolution [...]: Schottische Ingenieure haben diese Beschleunigung der Wirtschaft in Gang gesetzt. Europa hat dann der ganzen Welt diese Revolution geschenkt bzw. aufgezwungen. Die Zweite Industrielle Revolution kam nach dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen dadurch zustande, dass massenweise billiges Öl verfügbar war und die elektronische Revolution aus der Festkörperphysik geboren wurde. Die Dritte Industrielle Revolution bedeutet jetzt, dass wir unsere Gesellschaft bis Ende des Jahrhunderts kohlenstoff-frei machen müssen.« (H. J. Schellnhuber: *Europas Dritte Industrielle Revolution*, S. 94–95)

»Wo der Rand ist und wo das Zentrum, hängt allein davon ab, wo man steht. Und wohin man sich bewegt. Es gab Zeiten, da war der Mittelmeerraum nicht der Saum Europas, der doppelt und dreifach umgeschlagen und festgenäht werden muss, sondern die kreative und produktive Mitte, ein Geflecht von Beziehungen und Neuschöpfungen. Wir neigen dazu, das kartografische Blau des Ozeans als Grenze zu interpretieren, obwohl es lange Zeit eher eine flüssige Brücke bildete. Die Grundlagen der europäischen Kultur wären ohne die durchlässige, wechselhafte und manchmal sogar symbiotische Qualität der Ränder nicht möglich gewesen. Trotzdem begreifen wir fließende Formen, unstete Identitäten und unscharfe Definitionen als ein Problem. Der öffentliche Diskurs über Europa verlangt zunehmend nach einer kategorischen Klärung von Merkmalen der Zugehörigkeit. Als



sollte eine Rasterfahndung ermöglicht werden, die europäisch von nicht-europäisch unterscheidet. Wenn wir uns für die Zukunft wappnen wollen, sollten wir Grenzen als Zusammenflüsse begreifen, die uns in der Vergangenheit befruchtet haben, als Spielwiesen von Mischkulturen, die für die Entwicklung des Kontinents von entscheidender Bedeutung sind.« (I. Trojanow: *Wenn die Ränder nach innen wachsen*, S. 180)

»Europa ist nichts anderes als eine beständige Bewegung der Selbsteuropäisierung. Die Europäisierung ist eine Europa immanente Bewegung. Sie ist die Bewegung, die Europa als solches konstituiert. Europa existiert nicht vor der Europäisierung. Europa ist das Resultat der Europäisierung, nicht ihre Ursache.« (R. Brague: *Die Geschichte der europäischen Kultur als Selbsteuropäisierung*, S. 94)

»Und Europa hat Ziele, eine aufgeklärte Utopie, Europa hat Ideen, die ihm, jenseits und über alle regionalen und nationalen Merkmale hinaus, Identität verleihen können. Diese Utopie kennen Sie alle. Sie wurde, eingeschränkt, in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und in der Französischen Revolution formuliert und gilt den bis heute nie und nirgendwo ganz realisierten Menschenrechten, der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit. [...] Nur ein wirtschaftlich starkes, ein durch gemeinsame Interessen verbundenes Europa kann fähig sein, diese Utopie wie noch kein anderer Kontinent auf Erden zu verwirklichen.«

(H. Reinitzer: *Eutopia – Wo liegt Europa?*, S. 12–13)

»Versteht man Demokratie nicht als bloßes Regelsystem, das ein für alle Mal gelernt und beachtet wird, sondern als eine Lebensform, dann ist politische Bildung, die verschiedene Bauelemente wie Orientieren, Wissen, Lernen, Erfahren und Urteilskraft miteinander verknüpft, substanzielle Grundlage einer zivilen Gesellschaftsordnung. Es liegt auf der Hand, dass bei einem so schwierigen Einigungsprozess wie dem Europas, der die eigentümlichen Traditionen und die Souveränitätsrechte sehr verschiedener Nationen antastet, die Bildung politischer Urteilskraft zentrales Medium einer friedlichen und solidarischen Kommunikation zwischen den Menschen sein muss.« (O. Negt: *Gesellschaftsentwurf Europa*, S. 61)

#### Literatur

- R. Brague: »Die Geschichte der europäischen Kultur als Selbsteuropäisierung«, in: *Tumult. Schriften zur Verkehrswissenschaft: Europas Grenzen*, Bd. 22 (1996), S. 94–100
- M. Brands bei der Podiumsdiskussion: »Heimat als Utopie – Kann Europa Heimat sein?«, in: U. Ackermann (Hg.): *Versuchung Europa. Stimmen aus dem Europäischen Forum*. Publikation des Europäischen Forums an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2003, S. 71–86
- Dante Alighieri: »De Monarchia« (1310), in: W. v. d. Steinen (Hg.): *Dante Alighieri: Die Monarchie*. Breslau 1926
- D. Diner: »Angesichts der Krise: Wegstrecken europäischer Gedächtnisse«, in: H. Reinitzer (Hg.): *Deutschland und Europa: Wächst zusammen, was zusammen gehört?* Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Hamburg, Bd. 3. Berlin/Boston 2013, S. 45–56
- V. Havel: »Den Bürgern zu Diensten sein«, Václav Havel im Gespräch mit Jacques Rupnik«, in: U. Ackermann (Hg.): *Versuchung Europa*, a. a. O., S. 22–39
- V. Hugo: »Eröffnungsansprache des internationalen Friedenskongresses 1849«, in: J. Seebacher (Hg.): *Victor Hugo: Œuvres Complètes*, Bd. 15. Paris 1985
- N. Kermani: »Europas Realisten«, in: H. Schulte-Noelle und M. M. Thoss (Hg.): *Abendland unter? Reden über Europa*. Kreuzlingen/München 2007, S. 194–201
- A. Michnik bei der Podiumsdiskussion: »Heimat als Utopie – Kann Europa Heimat sein?«, in: U. Ackermann (Hg.): *Versuchung Europa*, a. a. O., S. 71–86
- O. Negt: *Gesellschaftsentwurf Europa*. Göttingen 2012
- Novalis: »Die Christenheit oder Europa« (1799), in: P. M. Lützeler (Hg.): *Europa. Analysen und Visionen der Romantiker*. Frankfurt am Main 1982, S. 57–79
- H. Reinitzer: »Eutopia – Wo liegt Europa?«, in: ders. (Hg.): *Deutschland und Europa*, a. a. O., S. 1–13
- Abbé Ch. I. de Saint-Pierre: »Projet pour rendre la paix perpétuelle en europe« (1712/13), in: K. v. Raumer: *Ewiger Friede. Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance*. Freiburg/München 1953
- H. J. Schellnhuber: »Europas Dritte Industrielle Revolution«, in: H. Schulte-Noelle und M. M. Thoss (Hg.): *Abendland unter?*, a. a. O., S. 90–98
- M. Telò: »Die Geschichte trägt Europa nicht. Der Nobelpreis an die EU und die Reaktionen darauf«, in: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte: Ein attraktiveres Europa*, Heft 1/2 (2013), S. 50–53
- I. Trojanow: »Wenn die Ränder nach innen wachsen«, in: H. Schulte-Noelle und M. M. Thoss (Hg.): *Abendland unter?*, a. a. O., S. 180–183



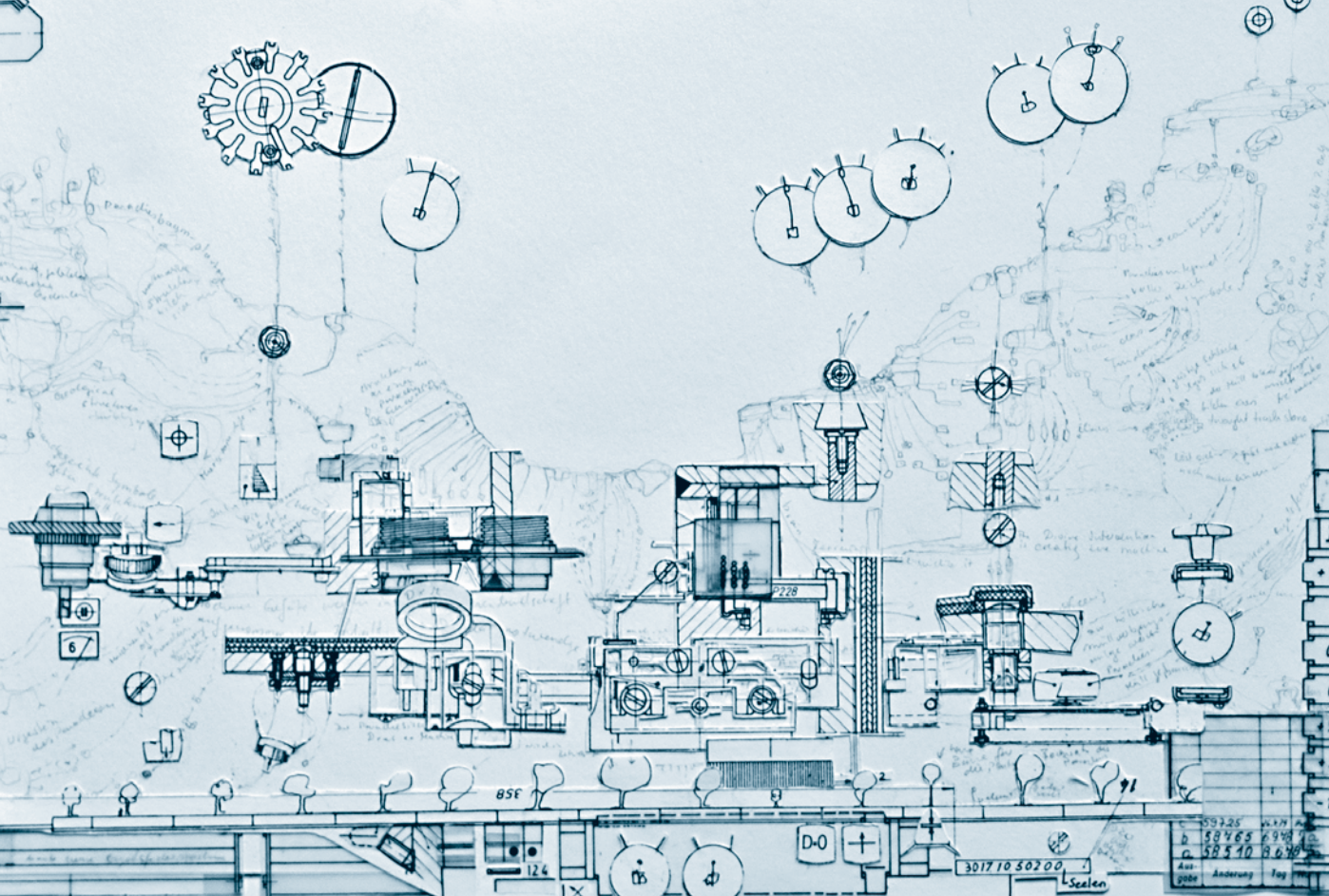
Ein Patinseest-Gehörn hängt

über der Maschinenlandschaft

Survey  
the earth by  
collecting  
Images  
Sounds and Stories  
Fundament  
Cada-Len  
unserer  
mensch  
lichende  
des eins



|     |       |
|-----|-------|
| 02  | I     |
| 1d  | +15V  |
| 1e  | 0V    |
| 292 | +5V   |
| 6   | +5V   |
| 200 | -15V  |
| 8   |       |
| 4   | U2 rt |
| 3   | U3 ws |
| 2   | U1 sw |
| 1   |       |



Kurzzeichen      Bemerkung

30171050200  
L-Seiten  
309326  
b 50765 7998  
a 58310 8636  
Date Änderung Freig



Günter Stock

## Europa: Wissenschaftliche Perspektiven

Als Ralf Dahrendorf in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Idee eines europäischen Forschungsraumes formulierte, war dies ein Anstoß, der bis heute fortwirkt. Zunächst gab es eine längere Phase, während derer die Idee – jedenfalls öffentlich – nicht weiterverfolgt wurde. Aber im Jahre 1984 kam es dann mit der Einführung der mehrjährigen Rahmenprogramme für Forschung und technologische Entwicklung durch die Europäische Kommission tatsächlich zu ersten Maßnahmen in den Schlüsselbereichen der medizinischen, ökologischen, industriellen oder sozioökonomischen Forschung.

Heute sprechen wir fast selbstverständlich vom »Europäischen Forschungsraum«, und dabei geht es vor allem um die Frage, wie wir diesen Forschungsraum weiter ausgestalten – eine Frage, die sich insbesondere bei der Implementierung des neuen EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation, »Horizon 2020«, deutlich manifestiert.

Es ist unverkennbar, dass die Europäische Union in ihrer Gesamtheit Forschung und Wissenschaft vorrangig unter dem Aspekt ihrer Bedeutung für die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen betrachtet, um damit auch den Aspekt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in den Fokus zu rücken. Aus diesem Grunde figurierten die Geistes- und Sozialwissenschaften auch in den ersten Formulierungen des neuen Forschungsrahmenprogramms nicht als eigenständige Programmgrößen. Sie sollten lediglich im Kontext technologischer Entwicklungen gleichsam flankierend ihren zusätzlichen Beitrag leisten. Auch die Europäische Kommission hatte ihrerseits anerkannt, dass die großen Herausforderungen, die zu bewältigen sind, nicht nur technokratisch zu lösen sind, sondern des Zusammenwirkens vieler Disziplinen bedürfen (also auch der Geistes- und Sozialwissenschaften).

Zwischenzeitlich ist es gelungen, eine eigene Agenda für geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte zu ent-

wickeln, die nunmehr mit der Formulierung der »Inclusive, Innovative and Reflective Societies«, wie es im EU-Rahmenprogramm »Horizon 2020« heißt, gelungen ist.

Dieses etwas andere Verständnis der Europäischen Kommission von Forschung und Forschungspolitik hatte sich bereits in den früheren Rahmenprogrammen niedergeschlagen. So war es beispielsweise keineswegs einfach, das European Research Council (ERC) zu etablieren, welches *das* große Programm für grundlagenorientierte Forschungsförderung in Europa darstellt. Seinerseits arbeitet es streng nach wissenschaftlichen Kriterien und hat innerhalb kurzer Zeit nicht nur in europäischen Gremien, sondern vor allem auch bei nationalen Wertungen einen hohen Qualitätsstandard im Rahmen der Forschungsförderung erreicht.

Es ist ein großer Erfolg und Vorteil, dass die Dotierung dieses Programms innerhalb von »Horizon 2020« deutlich erhöht wird. Dennoch, es bleibt bei einer klaren Bevorzugung technologisch orientierter Wissenschaft durch die europäischen Programme, die sich auch in der Dotierung der einzelnen Programme mit einer Gesamthöhe von ca. 70 Mrd. Euro manifestieren wird.\*

Wie ist das zu beurteilen? Zunächst einmal ist es legitim, dass die Europäische Kommission sich streng an der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas ausrichtet und dementsprechend konsequent ihre Forschungsprojekte ausschreibt und dotiert. Dies gäbe den in Europa versammelten Nationen die Möglichkeit, ihre Forschungsfelder komplementär auszurichten und vorwiegend in jene Bereiche zu investieren, welche durch europäische Forschungsprogramme nur in bedingtem Maße dotiert werden.

Hier könnte sich das Subsidiaritätsprinzip als Erfolgsmodell herausstellen. Es müsste also der in einigen Ländern Europas zu beobachtende Trend, die Geistes- und Sozialwissenschaften deutlich weniger als naturwissenschaftliche Vorhaben zu fördern, gestoppt werden. Denn



wenn sich sowohl Nationalstaaten als auch das politische Europa fast ausschließlich auf naturwissenschaftlich-technische Projekte und deren Förderung konzentrieren, dann kommt es zu einem langfristig nicht wünschenswerten Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Forschungsbereichen. Dies wäre umso bedauerlicher, als gerade die großen Zukunftsfragen immer mehr der Mitwirkung aller Disziplinen bedürfen. Und wenn man die vielen Staaten Europas und die ihnen eng benachbarten Länder sorgfältig beobachtet, wird man leicht feststellen, dass innerstaatliche, zivilgesellschaftliche Konflikte sowie Fragen des ethnischen Zusammenhalts und des Demokratieverständnisses eine enorme Bedeutung, aber auch Brisanz entwickelt haben. Dies alles sind Aufgaben, die dringend eine europäische wissenschaftliche Unterstützung und Finanzierung benötigen.

Deutschland bildet hier nach wie vor eine rühmliche Ausnahme, weil die Ausgaben für Geisteswissenschaften – u. a. sichtbar im sogenannten ›Akademienprogramm‹ – traditionell eine ebenso signifikante Förderung und Verbesserung der Förderung erfahren wie die naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen.

Ein weiteres wichtiges Thema in Europa sind die Fördermittel, die unter dem Label ›Wissenschaft und Forschung‹ ausgewiesen werden, aber in Wirklichkeit eine Reihe rein struktureller Hilfen und Maßnahmen beinhalten. Natürlich sind Forschung und Wissenschaft strukturell von ausschlaggebender Bedeutung, aber es wäre durchaus wünschenswert, dass die Verhältnisse zwischen Strukturförderung auf der einen sowie Forschungs- und Wissenschaftsförderung auf der anderen Seite noch stärker präzisiert werden. Auch im Bereich der sogenannten ›Strukturförderung‹ sollte verstärkt nach Möglichkeiten gesucht werden, auch – sofern es gerechtfertigt ist – Forschungs- und Wissenschaftsförderung zu betreiben.

Bildung und Weiterbildung sowie anwendungsorientierte Forschung sind für die Schaffung neuer Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen von elementarer Bedeutung, sodass es durchaus angezeigt wäre, auf europäischer Ebene erneut über die Definition der Strukturförderung nachzudenken. Wenn wir in Europa die Kraft finden, Struktur-, Wissenschafts- und Bildungsförderung als voneinander *abhängige* Variablen zu begreifen und die Programme danach auszurichten, wäre bereits viel gewonnen. Wenn wir von einem europäischen Forschungsraum sprechen, wäre es für die Zukunft also zu wünschen, dass wir sowohl die langfristig angelegte, erkenntnis- und

grundlagenorientierte, die interdisziplinäre Forschung als auch die unmittelbar wirtschaftlich verwendbare Forschung sowie die Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen als eine *gemeinsame* Priorität begreifen und sektorenübergreifende Förderprogramme entwickeln, bei denen Strukturbeihilfen, Bildungsmaßnahmen und Wissenschaftsförderung ineinandergreifen.

Der Aufbau neuer europäischer Forschungsinstitutionen und Strukturen, aber vor allem auch der Aufbau von Programmen zum Austausch von Lehrenden und Lernenden innerhalb Europas sind elementare Kennzeichen eines europäischen Forschungsraumes, der dringend geboten ist und in keiner Weise in Konkurrenz zur viel beschworenen Internationalität und Globalisierung der Forschung steht: Es ist eher eine Voraussetzung dieser für die Wissenschaft und Bildung notwendigen Entwicklung.

Gerade im Bereich der geisteswissenschaftlichen Grundlagenforschung wäre es dringend geboten, dass wir uns – ähnlich wie dies in Deutschland seit langen Jahren bereits im Akademienprogramm geschieht – stärker unseres kulturellen Erbes versichern, dieses wissenschaftlich erschließen, um somit im Wissen um unsere eigene Herkunft aktiv unsere Zukunft gestalten zu können.

Der Wert der Rückversicherung und aktiven Vergewärtigung dieses gemeinsamen kulturellen europäischen Erbes wäre auch ein Medium, die Identifizierung mit Europa und die Identität unseres heutigen Kontinents deutlich zu verstärken. Wenn Hans-Georg Gadamer davon sprach, dass Zukunft Herkunft sei, dann gilt dies in ganz besonderem Maße gerade auch für Europa.

\* Dies gilt unter dem Vorbehalt der abschließenden Zustimmung des Europäischen Parlamentes und des Ministerrates. Dabei besteht eine vage Hoffnung, dass das Parlament diese Summe nach oben korrigieren könnte.



Niels Taubert

## Europa – ein Gulliver der Wissenschaftspolitik?

In seinen ersten beiden Reisen nach Liliput und Brobdingnag lässt Jonathan Swift Gulliver auf Länder treffen, in denen die Größenverhältnisse nicht stimmen. In Liliput kommt ihm besondere Beachtung zu, weil er in Relation zur ansässigen Bevölkerung schlichtweg riesig ist, in Brobdingnag muss er fortwährend von den Bewohnern vor Gefahren gerettet werden, weil er so klein ist, dass bereits eine Schüssel mit Sahne ausreicht, um darin zu ertrinken. Es ist eine Geschichte von verzerrten Relationen, erzählt aus der Perspektive desjenigen, der den Verhältnissen nicht entspricht. In dem einen Fall ist er übermächtig und in dem anderen Fall rührend hilflos.

Die Europäische Union ist in Gestalt der Europäischen Kommission zu einem Forschungsförderer von beachtlichem Gewicht geworden. Neben der Förderung der Wissenschaft werden freilich auch politische Zielsetzungen verfolgt. Von den Anfängen (1984–1987) bis zum derzeit laufenden siebten Europäischen Forschungsrahmenprogramm (2007–2013) ist das finanzielle Volumen sukzessive von 3,3 Mrd. Euro auf 50,5 Mrd. Euro gestiegen, und für das kommende Programm »Horizon 2020« soll der Umfang nochmals ansteigen – eingeplant sind nicht weniger als 80 Mrd. Euro. Wenn nun im Zuge der europäischen Einigung eine neue Ebene der Wissenschaftsförderung und -politik ausgebaut wird, dann stellt sich unmittelbar die Swift'sche Frage: Zu groß oder zu klein, oder vielleicht sogar gerade richtig? Und von Gulliver lässt sich lernen, dass es natürlich nicht nur auf den absoluten Umfang an Mitteln ankommt, sondern mindestens ebenso auf den Bereich, in dem man sich bewegt.

### Europäischer Forschungsraum, globale und regionale Wissenschaft

Das erklärte übergeordnete Ziel der europäischen Wissenschaftspolitik besteht im Aufbau eines »Europäischen Forschungsraums«, der dazu führen soll, dass sich die Europäische Union zum dynamischsten wissenschaftsbasierten

Wirtschaftsraum der Welt entwickelt. Dieses Ziel soll durch die Integration und Kooperation der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten der Mitgliedsländer verwirklicht werden, und die europäischen Forschungsrahmenprogramme bilden hier die entsprechenden Instrumente. Folgerichtig ist dabei, dass im Rahmen des derzeitigen Programms unter dem Titel »Zusammenarbeit« beziehungsweise »Kooperation« mehr als 32 Mrd. Euro für die Grenzen überschreitende Zusammenarbeit investiert werden, um zu einer Integration der Kapazitäten zu gelangen. Ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen dem politischen Ziel des Forschungsraums und der Wissenschaft ist allerdings darin angelegt, dass das Ziel des Forschungsraums letztlich wirtschaftspolitisch definiert ist. Es besteht nämlich in der Erzielung eines Wettbewerbsvorteils gegenüber anderen Weltregionen qua wissenschaftsgetriebener Innovation. Dagegen steht, dass die Wissenschaft sich selbst nicht unbedingt an den Referenzrahmen Europa halten mag. Sie organisiert sich in Größenordnungen, die sowohl darüber als auch darunter liegen. Dem Wissenschaftsraum »Europa« haftete demgegenüber etwas »Artifizielles« an.

Bereits im Zuge der Formierung der modernen Wissenschaften im 17. und 18. Jahrhundert trifft man Grenzen überschreitende Verbindungen an. Die Intellektuellen und die auf Erkenntnis der Natur zielenden Philosophen standen in der »republic of letters« miteinander in Verbindung, geeint durch ein Interesse an neuen Erkenntnissen über die Welt. Zwar bildeten in diesem Austausch auf der Grundlage handgeschriebener Briefe London und Paris wichtige Achsen, es gab aber auch transatlantische Beziehungen, zum Beispiel die von Benjamin Franklin, wie die herrlichen Landkarten des Projekts »Mapping the Republic of Letters« zeigen.<sup>1</sup> Grund für die Bestrebung, solche übergreifenden Kommunikationsräume zu errichten, ist in der epistemischen Orientierung der Naturwissenschaften zu sehen, genauer: in ih-



rem Streben nach universellen Sätzen, die unabhängig von Kontexten wie Zeit und Raum *immer* gelten. Einen Betrag zu einem solchen Unterfangen kann jeder hinreichend kompetente und mit den Gepflogenheiten seines Fachs vertraute Wissenschaftler leisten – und zwar unabhängig von seiner Herkunft, seiner Nationalität und seinem Arbeitsort. Bis in die Gegenwart hinein hat sich die Globalität des Kommunikationsraums der Naturwissenschaften verfestigt. Wissenschaftler orientieren sich bei der Mitteilung ihrer Forschungsergebnisse an internationalen Konferenzen und ebensolchen Fachzeitschriften. Die tragenden Säulen sind nicht mehr Postkutschen und Schiffslinien, welche die Gelehrtenkorrespondenz verbreiten. Treffender ist es vielmehr, heutzutage von ›backbones‹ zu sprechen, und dies sind nicht zuletzt die großen Wissenschaftsverlage, die mittels ihrer mehrerer Tausend elektronischer Zeitschriften den Kommunikationsraum organisieren.

Ganz anders verhält es sich in großen Teilen der Sozial- und Geisteswissenschaften. Die Ebene, auf der sich dieser Typus der Wissenschaft organisiert, liegt nicht eine Größenordnung oberhalb von ›Europa‹, sondern gewissermaßen eine darunter. Nationale Fachgesellschaften spielen hier eine wichtige Rolle, der Austausch findet häufig in der Landessprache statt, und die Publikationen, deren Reichweite mit den Grenzen der jeweiligen Landessprache zusammenfällt, werden von kleinen und mittleren Verlagen publiziert. Häufig geschieht dies noch in gedruckter Form. Die Ursache liegt auch in diesem Fall bei den Eigenheiten der untersuchten Objekte: Häufig geht es um Forschungsgegenstände, die primär in einem nationalen Rahmen oder einer bestimmten Kultur von Bedeutung sind. Man denke an deutsches Steuerrecht mit seinem Ehegattensplitting, ostwestfälische Lokalgeschichte oder an die Auswirkungen des Hochschulautonomiegesetzes. Es ist schwer vorstellbar, dass beispielsweise im englischsprachigen Ausland Communitys entstehen, die sich für diese Gegenstände interessieren.

Mit Blick auf diese beiden durch eine Eigendynamik entstandenen Ebenen der Organisation scheint sich Europa wie Gulliver zu verhalten: großemäßig irgendwie unpassend. Es scheint, als sei europäische Wissenschaftspolitik gleichzeitig in Liliput und Brobdingnag angekommen. Die Förderung zielt auf eine Größenebene, welche die Naturwissenschaftler in der Wahl ihrer Kooperationspartner einschränkt und die Geistes- und Sozialwissenschaftler gleichzeitig in Kooperationen

hineinlockt, die sie selbst vielleicht nicht unmittelbar gesucht hätten. Das klingt zunächst kritisch, und man fragt sich: Gibt es politische Fragen und Problemstellungen, bezüglich deren die Größe von Europa angemessen ist?

### Die Rolle einer europäischen Wissenschaftspolitik

Europa darf aufatmen: Diese Frage lässt sich in mindestens dreierlei Weise positiv beantworten. Erstens mit Blick auf die zusätzlichen Ressourcen für die Wissenschaft, zweitens hinsichtlich der strukturellen Wirkungen, die von einem europäischen Akteur ausgehen können, und drittens in Bezug auf die Symbolkraft einer europäischen Wissenschaftspolitik.

*Ressourcen:* Ein erster Reflex besteht natürlich darin, sich als Wissenschaftler angesichts der von der Europäischen Kommission bereitgestellten Mittel zu freuen. Die Förderung verheißt nicht nur neue zusätzliche Stellen, sondern auch Geräte, Sach- und Reisemittel, und dies zusätzlich zu den nationalen Programmen. Von besonderer Bedeutung sind diese Mittel im Fall von Forschungsvorhaben, bei denen die nationale Forschungsförderung eines einzelnen Mitgliedslandes in der Tendenz überfordert wäre. Gäbe es keine europäische Forschungsförderung, würden solche Vorhaben in der Regel unterbleiben. Beispiele finden sich gerade dort, wo es um wichtige Zukunftsfragen geht: Zu denken ist an Forschungsaktivitäten, die auf die Schaffung und den Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung zielen, oder auch an die satellitengestützte Forschung. Die Kosten für ein Global Monitoring System zur Beobachtung von Umweltveränderungen, zum Krisen- und Katastrophenmanagement sowie zur Überwachung der Atmosphäre und des Ozeans wären von einem einzelnen EU-Mitgliedsland kaum zu stemmen.<sup>2</sup>

*Strukturelle Wirkungen:* Es ist allerdings nicht nur der schiere Umfang an mobilisierbaren Ressourcen, der für eine europäische Forschungsförderung und -politik spricht. Wichtig sind daneben auch strukturelle Wirkungen, die von der europäischen Ebene ausgehen können und die das Potenzial besitzen, Wandlungsprozesse anzustoßen und zu unterstützen. Ein Beispiel hierfür bildet das bereits angesprochene wissenschaftliche Kommunikationssystem, das im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften sowie in der Medizin (STM) oligopolartig strukturiert ist: Das Geschäft macht eine Handvoll Großverlage. Die auf das Fehlen von Konkurrenz zurückzuführenden immensen Renditen der Verlage und die



Zugangshürden, die sich Wissenschaftlern auf den regulären Zugangswegen in den Weg stellen, haben zur Förderung nach einem freien Zugang zu Forschungsliteratur im Sinne von Open Access geführt. Und diese Forderung findet auf europäischer Ebene vielgestaltige Unterstützung: Für das Programm »Horizon 2020« ist vorgesehen, dass sämtliche aus geförderten Programmen hervorgehende Publikationen spätestens nach sechs beziehungsweise zwölf Monaten frei zugänglich sein sollen, und es wird auch empfohlen, dass sich die europäischen Mitgliedsländer bei der nationalen Forschungsförderung an diesem Grundsatz orientieren. Sofern freie Zugänglichkeit dagegen durch ein Open-Access-Journal hergestellt wird, sollen die eventuell anfallenden Publikationsgebühren übernommen werden. Daneben engagiert sich die Europäische Kommission bereits seit einiger Zeit für den Aufbau einer frei zugänglichen Repositorien-Infrastruktur, die auch der zunehmenden Bedeutung einer Verknüpfung von Publikationen und Forschungsdaten Rechnung trägt.<sup>3</sup> Angesichts der globalen Größenordnung des Kommunikationssystems im STM-Bereich ist es von Bedeutung, dass Transformationssignale von großen und mächtigen Akteuren ausgehen. Welche Wirkungen die Förderung von Open Access im laufenden und künftigen Rahmenprogramm erzielen wird, bleibt abzuwarten. Aber auf übergeordneter Ebene wird ebenfalls über diese Frage beraten.<sup>4</sup>

*Symbolkraft:* Das Projekt der europäischen Integration wurde über lange Zeit hinweg vorrangig ökonomisch betrieben, und dies schlägt sich auch in der Semantik der Forschungsrahmenprogramme nieder. Problematisch wird eine solche Akzentsetzung dann, wenn die ökonomische Entwicklung hinter den selbst gesteckten Zielen und den damit verbundenen Erwartungen zurückbleibt oder wenn es – wie derzeit – gar zu ökonomischen Verwerfungen innerhalb der Union kommt. Eine Integration kann aber auch auf der Förderung von Beziehungen in anderen Bereichen als der Wirtschaft beruhen, und so hat eine europäische Wissenschaftsförderung das Potenzial, Symbolwirkung zu entfalten. Diese kann durchaus über die durch geförderte Projekte und den Programmschwerpunkt »Menschen« unmittelbar in Verbindung gebrachten Wissenschaftler hinausgehen, wenn nämlich sichtbar wird, dass eine europäisch geförderte Forschung zur Verbesserung der Lebensqualität aller Europäer beiträgt. Allerdings scheint es hier noch etwas Nachholbedarf zu geben, denn die Symbolwirkung könnte noch deutlicher

hervortreten, würde sie nicht von »ökonomischer Nützlichkeit« überlagert werden.

Gulliver hat am Ende all seine Abenteuer doch erfolgreich überstanden. Grund dafür waren nicht zuletzt seine Cleverness und die Fähigkeit, sich auf die Gegebenheiten einzustellen. Dies hat ihn davor bewahrt, Dinge zu zertrampeln oder bei den Riesen unter die Räder zu geraten. Eine solch aufmerksame Umweltbeobachtung und eine ausgeprägte Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Rolle bei der Förderung der Wissenschaft würde man der Europäischen Kommission wünschen. Angesichts der verausgabten Milliarden stellt man sich die Frage, ob nicht auch die Mittel für die Schaffung entsprechender Reflexionseinrichtungen vorhanden wären. Dies fragt man sich gleichermaßen um der Wissenschaft und um des europäischen Projekts willen.

1 <http://republicofletters.stanford.edu/> (letzter Zugriff am 8. 7. 2013)

2 Siehe: <http://copernicus.eu/> (letzter Zugriff am 8. 7. 2013)

3 Siehe hierzu das OpenAIRE Projekt unter: [www.openaire.eu/en/home](http://www.openaire.eu/en/home) (letzter Zugriff am 7. 8. 2013)

4 Das Global Research Council – ein globaler Zusammenschluss der Leiter von Wissenschaftsförderorganisationen – hat auf seiner letzten Sitzung am 29. 5. 2013 in Berlin ein entsprechendes Statement verfasst, das sich für die Förderung des Open-Access-Publizierens ausspricht.

Klaus von Dohnanyi

## Die Europäische Union – vom Traum zur Mühe der Praxis

Europa befindet sich in tiefen Krisen: Wettbewerbsfähigkeit ging verloren; Staatsverschuldungen stiegen dramatisch; das Vertrauen in das Projekt Europa schwindet zusehends. Doch wir führen keine ehrliche Debatte über die Gründe. War es wirklich die Weltwirtschaftskrise, die uns in diese Lage geführt hat? Der Kollaps der Finanzmärkte vor fünf Jahren, dann die realwirtschaftliche Rezession, »the Second Great Contraction«, und nun die sozial schmerzhafteste Last übermäßiger privater und öffentlicher Schulden – sie scheinen doch als Kausalkette eindeutig? Oder ist die gemeinsame Währung der Eurozone der entscheidende Grund für das Aufflammen alter Vorurteile und Spannungen, und beruhte schon der Euro selbst auf einem Missverständnis der Möglichkeiten Europas?

Warum führen wir alles auf die Folgen der in den USA entstandenen großen Wirtschafts- und Finanzkrise zurück und machen Banken und Finanzwirtschaft für den miserablen Zustand Europas verantwortlich? Ist es vielleicht bequem, einen anderen Schuldigen als die eigene Politik der Europäer zu haben? Lassen Sie uns zunächst diese Frage überprüfen.

Zum Kernpunkt der Krise heute: zur Staatsschuldenkrise. Es ist nachweislich falsch, die hohen Staatsschulden in der Eurozone in erster Linie auf die Finanzkrise zurückzuführen. Einige wenige Zahlen zum Verhältnis Schuldenquote/Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Maastricht-Kriterium, können das belegen: Deutschland hatte 1980 eine Quote von 30 Prozent Staatsschulden am BIP, 2005, also vor der Krise, schon 69 Prozent; mehr als »Maastricht« erlaubt. Griechenland 1980 etwa 22,5, 2005 dann 101 Prozent; Frankreich 1980 nur 20,7, 2005 aber dann 61 Prozent; Italien 1980 rund 57, dann 2005 schon 105 Prozent. Und so weiter. Die Lage in Spanien und Irland war allerdings anders; hier wirkte in einem ungezügeltsten Immobilienboom die Krise spürbar.

Die Finanzkrise hat die Probleme zwar verschärft, aber nirgendwo verursacht. Auch ohne sie wäre der staatliche

Schuldenstand in Europa wahrscheinlich von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus weiter angestiegen, und auch die Immobilienblase in Spanien und Irland wäre irgendwann geplatzt. Was war aber dann die Ursache?

Alles resultierte letztlich aus der Unfähigkeit der Politik, sich den Folgen der Globalisierung zu stellen. An Schulden ist nämlich immer zunächst der Schuldner schuld und nicht der Gläubiger!

Auch was Streit und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Europäischen Union angeht, lässt – wie so oft im Leben – der Blick zurück manches rosiger erscheinen, als es war. Schon die Römischen Verträge von 1957, also die Gründungsurkunden der heutigen Europäischen Union, wurden von Großbritannien nicht unterzeichnet. Churchill hatte zwar 1946 in seiner Züricher Rede die »Vereinigten Staaten von Europa« gefordert, aber Großbritannien ausdrücklich ausgenommen. Der Inselstaat, der in diesen Tagen wieder droht, eine spaltende Sonderrolle einnehmen zu wollen, blieb weitere 15 Jahre lang der Wirtschaftsgemeinschaft fern, und nach zögerlichem Beitritt 1973 ertrotzte Großbritannien in den achtziger Jahren eine finanzielle Sonderbehandlung, weil Mrs Thatcher unnachgiebig ihr »money back« verlangte. Großbritannien hat eben gegenüber dem Kontinent seine Sonderrolle niemals aufgegeben.

Frankreich und Deutschland hatten immer wieder versucht, Großbritannien zum Beitritt zu bewegen, bis schließlich 1962 Präsident de Gaulle der Kragen platzte und er Bundeskanzler Adenauer vorschlug, den europäischen Weg mit Deutschland zunächst nur zu zweit zu gehen. Adenauer stimmte zu, aber der aus dieser historischen Stunde geborene Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag, der sogenannte »Élysée-Vertrag«, wurde dann unter US-amerikanischem Druck in einer Präambel »atlantisch« so verwässert, dass de Gaulle die Lust daran verlor und auf einen national-französischen Kurs umsteuerte. Dieser führte 1965/66 zur sogenannten »Politik des



leeren Stuhls« Frankreichs, als nämlich die französische Regierung sich weigerte, weiter am Entscheidungsprozess der EWG teilzunehmen (Ursache war ein Streit über Getreidepreise). Die Gemeinschaft wurde um Jahre zurückgeworfen.

Also: Meinungsverschiedenheiten und nationale Interessen waren in Europa nach 1957 immer im Spiel, und es wäre ja auch ein Wunder gewesen, wenn amerikanische Hegemonie 1945 nicht nur die Waffen auf dem seit Jahrtausenden streitenden Kontinent, sondern auch die unterschiedlichen nationalen Identitäten und ihre Interessen hätte zum Schweigen bringen können. Woher aber stammen diese bis heute fortdauernden »nationalen Identitäten«? Um dies besser zu verstehen, müssen wir uns der europäischen Geschichte erinnern.

Alles beginnt mit dem erstaunlichen Aufstieg Europas in der Neuzeit: Warum ließen wir wirtschaftlich und kulturell alle anderen Kontinente so eindeutig hinter uns? Die plausibelste Erklärung der Historiker hierfür scheint mir in der Tatsache zu liegen, dass Geografie und Völkermischung im europäischen Raum eine Vielfalt von Sprachen und Kulturen entstehen ließen, die in der gedrängten räumlichen Nähe – trotz vieler Gemeinsamkeiten – einen intensiven Wettbewerb stimulierten, damit natürlich immer wieder auch kriegerischen Streit! Aber es waren ebendiese höchst kreativen Sprachräume, die eigenständige kulturelle Gewohnheiten und Mentalitäten formten. Der innereuropäische Wettbewerb macht dann Europa zugleich mächtig und zerstritten. Aus den Unterschieden entsprangen Größe und Kraft unseres Kontinents. Gewiss, es gab auch große kulturelle Gemeinsamkeiten: Christentum, Humanismus und die Wurzeln in der Antike. Aber wie in einem großen Wald gleichen sich die Bäume nicht, auch wenn sie auf demselben Boden stehen.

Diese regionalen Prägungen und die geografischen Barrieren haben eine europäische politische Einheit stets verhindert. Man stritt in Europa und verschmolz; man lernte voneinander und konkurrierte zugleich; Regionen, Stämme – und später Nationen – blieben sowohl sprachlich als auch kulturell bestehen. Die Römer unterwarfen zwar Griechenland, mussten aber die Griechen Griechen bleiben lassen; so ging es ihnen auch in Germanien, Gallien und Spanien. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, in dem die Sonne angeblich nicht unterging, wurde von einem in Gent geborenen Kaiser aus der österreichischen Habsburger Monarchie, Karl V., von Madrid

aus regiert, aber die stolzen Niederlande wollten frei sein, fielen unter seinem Sohn vom Reiche ab. Heute sind die Beziehungen Spaniens zu Österreich, dem einst zentralen Sitzland der damaligen Habsburger, nicht anders als etwa zu Frankreich oder zu den einst abtrünnigen Niederlanden. Und noch heute lautet die niederländische, die wohl überhaupt älteste Nationalhymne: »Wilhelmus van Nassou / we ben ik van Duitsen bloed / den Vaderland getrouwe / blijf ik tot in den dood«. Wilhelm von Nassau (oder auch Oranien) war ein Deutscher, aber zugleich der Anführer des Befreiungskriegs im 16. Jahrhundert und niederländischer Nationalität. Und im Kampf um Unabhängigkeit und Sicherheit, vor Sturm und Flut, entwickelten diese Niederlande dann aus dieser Geschichte und aus ihren regionalen Besonderheiten eine bis heute einzigartige Bürgerkultur.

Sind diese Beispiele nur Vergangenheit? Ist Geschichte »bunk« (»Quatsch«), wie Henry Ford einmal meinte? Sicherlich nicht: Geschichte ist eine mächtige, gegenwärtige politische Kraft. Wir Deutschen spüren das täglich, wenn wir uns an Naziterror und Holocaust erinnern – oder daran erinnert werden. Doch in anderen Ländern ist die Macht der Erinnerung kaum geringer. Als vor einiger Zeit Prime Minister Cameron Bundeskanzlerin Merkel mit einer roten Mohnblüte im Knopfloch empfing, werden die meisten deutschen Fernsehzuschauer wohl kaum verstanden haben, was in Großbritannien jedermann wusste: Die Blume war das Symbol für den Sieg Englands über Deutschland im Ersten Weltkrieg, damals im November 1918, also vor fast 100 Jahren. Und im November trägt man deswegen eben in Großbritannien noch heute roten Mohn!

Oder: Wenn in Ungarn das Wort »Trianon« fällt, dann erinnern alle Ungarn – gleichgültig welcher Partei – noch heute zornig an den ungerechten Friedensvertrag von 1919, der Ungarn fast zwei Drittel seines Territoriums nahm – vor nahezu 100 Jahren; und dann polemisiert man eben noch heute gegen jede »Fremdherrschaft«, notfalls auch aus Brüssel.

Die Geschichte derjenigen Völker, die heute etwas vereinfachend gemeinsam als »Europäer« bezeichnet werden, hat – wiederum geografisch, klimatisch und stammeshistorisch bedingt – regional auch höchst unterschiedliche Mentalitäten entstehen lassen.

Als nach den schrecklichen beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts endgültig geklärt war, dass zur





Befriedung Europas kein hegemonialer Weg aus Europa selbst führen könne (Napoleon war ebenso gescheitert wie das faschistische Deutschland), suchte man – nun allerdings unter US-amerikanischer Hegemonie – zur dauerhaften Befriedung einen Weg gleichberechtigter Integration. Und nach allen historischen Erfahrungen war dieser Weg auch der einzig gangbare – und er bleibt es auch! Aber Geschichte ist eben nicht nur Daten und Ereignisse, nicht nur Siege und Niederlagen, nicht nur Kultur und soziale Entwicklung. Geschichte ist auch mächtige Erinnerung, ist nationale Bindungskraft und damit eine durch sie immer wieder mobilisierbare, gegenwärtige Mentalität.

Doch berücksichtigt man das im Einigungsprozess Europas? Was machte man nach 1945? An die Stelle hegemonialer Träume der Vergangenheit trat jetzt ein neuer Traum der ›Vereinigten Staaten von Europa‹. Dabei beachtete man jene geschichtsgeprägten, mentalen Unterschiede der Völker kaum und versuchte die einst so mächtigen nationalen, historisch gewachsenen Bindungskräfte für ein befriedetes Europa durch abstrakte, rechtliche Konstruktionen zu ersetzen. Man orientierte sich dabei sogar bis heute oft an den USA, deren Geschichte doch eine ganz andere war und schließlich auch erst durch einen hegemonialen Bürgerkrieg von Nord gegen Süd zur Einheit geführt werden konnte. Und dann dauerte es doch noch über 100 Jahre, bis ein Präsident der Republikanischen Partei im Süden der USA politisch Fuß fassen konnte – denn Lincoln, der siegreiche Nordstaatler, war Republikaner gewesen! Und so ist es kein Wunder, dass sogar noch heute vieles in den USA viel föderaler organisiert ist, als es Kommission und Parlament in der EU zulassen wollen.

Die Gründungsväter von 1957 allerdings, die Unterzeichner der Römischen Verträge selbst, sogar Jean Monnet (oft als der wichtigste Gründungsvater gepriesen), sie waren damals in ihren Erwartungen bescheidener. Doch schon der erste Präsident der Kommission, Walter Hallstein, Beamter, Jurist und nicht Politiker, verstand unter den von ihm geforderten ›Vereinigten Staaten von Europa‹ einen starken zentralen Staat, geführt von einer Kommission und deren ›Aufsichtsrat‹, den Chefs der Nationalstaaten. ›Supranationalität‹, nicht ›Subsidiarität‹ war sein Stichwort, sein Ziel. Und das galt letztlich auch für Jacques Delors, den anderen großen, Europa prägenden Kommissionspräsidenten. Auch er kein Politiker, kein in erster Linie gewählter Mann, kaum erfahren in

den Mühsalen demokratischer Prozesse und störrischer nationaler Mentalitäten (wenn man von seiner kurzen Mitgliedschaft im Europäischen Parlament von 1975 bis 1981 absieht). Beide, Hallstein und Delors, vertraten juristisch konstruierte Konzeptionen und waren getrieben von der Überzeugung, nur ein großes, europäisches Staatsgefüge könne dem wachsenden internationalen Wettbewerb anderer Großmächte gewachsen sein. Man könne also – etwas salopp gesagt – Europa bauen, als sei es ein Legokasten. Die Europäische Union ist aber kein kulturelles Projekt – wo es viele Gemeinsamkeiten gibt –, sondern ein politisches, wo Unterschiede in Geschichte, Mentalität und Strukturen erheblich sind.

Schon die pauschale Blickweise auf vereinheitlichte ›Größe‹ war in dieser Allgemeinheit vermutlich rückwärtsgerichtet. Hallstein konnte natürlich damals noch nicht die tief greifenden Veränderungen der Globalisierung und des diese treibenden Internets (und deren Kommunikationsgeschwister) berücksichtigen; Delors schon eher. Globalisierung ist ein evolutionärer Prozess und hat als solcher inzwischen die Bedeutung der Größe eines Staates relativiert und durch die Fähigkeit zur Flexibilität ersetzt. In mancher Beziehung – wie übrigens oft in der Evolution – kann Größe dabei sogar hinderlich sein. Das Tempo der wissenschaftlichen und weltwirtschaftlichen Veränderungen jedenfalls erlaubt gegenwärtig ganz offenbar kleineren Einheiten eher eine erfolgreichere Entwicklung. Die Hitliste der Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Industriestaaten etwa nennt 2012 unter den besten fünf diese Reihenfolge: Schweiz, Singapur, Finnland, Schweden und die Niederlande. Dann erst folgt Deutschland und darauf dann die USA. Zufall? Die Frage ist also: Größe für welche Aufgabe, Dezentralität für welche anderen Aufgaben.

Die Schlussfolgerung aus dieser Erfahrung lautet aus meiner Sicht: Belasst im Prozess der Globalisierung, auch um der Flexibilität willen, möglichst viel Verantwortung bei den kleineren Einheiten, also heute bei den Nationalstaaten. Denn je mehr Verantwortung diese tragen, desto flexibler und demokratischer bleibt das ganze ›System Europa‹.

Dieser Grundsatz gilt übrigens immer, wenn Staaten mit langer Geschichte, wenn Gemeinschaften verschiedener Sprache, Religion und sozialer Tradition sich miteinander zu einem Bund zusammenfinden sollen. Hier ist dann in Zeiten der Globalisierung nichts wichtiger als eine klare Begrenzung der Aufgaben, die auf zentraler



Ebene geordnet werden sollen. Die Frage, was in Europa auf lokaler, was auf regionaler Ebene, was von den Nationalstaaten und was gemeinsam, also zentral, zu entscheiden und zu verantworten sei, wird aber heute für Europa nicht im Systemverständnis geklärt. Nicht ohne Grund beherrschen in den USA, in der Schweiz, in Kanada usw. – also in föderal organisierten Staaten – Fragen des Föderalismus den innenpolitischen Dialog. Auch Deutschland hatte ja im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zwei bedeutsame Föderalismuskommissionen; streitig, aber dann doch sehr produktiv: Klarere Abgrenzungen der Verantwortungen, zum Beispiel für das Bildungswesen, und deutlichere Verantwortungen für die Finanzen (etwa durch die Einführung der Schuldenbremse) waren unter anderem das Ergebnis.

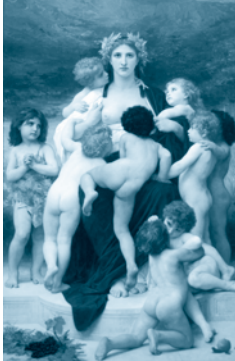
Wenn aber diese Analyse stimmt, nämlich dass in der sich evolutionär entfaltenden Globalisierung Flexibilität eine zentrale Voraussetzung für das soziale Überleben sein wird und dass Flexibilität ohne ständige demokratische Rückkoppelung wiederum nicht denkbar ist, dann müssen wir auch den institutionellen Aufbau und die Integration der Europäischen Union in erster Linie aus dieser Sicht entwickeln. Das wiederum heißt, Europapolitik sollte so viel wie irgend möglich bei den Mitgliedsstaaten belassen, weil nur eine Politik der auf die Besonderheiten der Nation angepassten Maßnahmen eine erfolgreiche Politik für Industrie, Dienstleistung, Arbeitsrecht und Sozialpolitik in Europa ermöglicht. Nur in der ›Subsidiarität‹ kann Europa den internationalen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich entsprechen. Wer nämlich – um nur zwei Beispiele zu nennen – versuchen würde, schwedische mit italienischer Sozialpolitik oder deutsche mit französischer Industriepolitik zu fusionieren, der müsste heute – und auf jede absehbare Zeit – scheitern und würde im Scheitern schließlich Europa zerstören. Für Außenwirtschaft und Verteidigungspolitik zum Beispiel würde etwas anderes gelten.

Die Krise hat uns also an eine bedeutsame Wegscheide geführt: Soll die Zukunft mehr europäische Zentralität erbringen, wirklich sozialpolitisch, wirtschaftlich und haushaltspolitisch ›Vereinigte Staaten‹ schaffen, dann auch mit weitreichender, gemeinsamer Haftung für die Schulden aller Mitgliedsstaaten in europäischer Solidarität, oder braucht ein leistungsfähiges, demokratisches Europa die Nationalstaaten als Basis politisch akzeptierter, also demokratisch legitimierter Verantwortung unter einem föderativen europäischen Dach? In Schlagworten:

›Vereinigte Staaten von Europa‹ oder Europa als ›Vaterland der Vaterländer‹: Diese Frage steht hinter allen gegenwärtigen europäischen Debatten und Streitfragen.

Wenn wir diese Debatte offen, aufrichtig und selbstkritisch führen, dann müssen wir zuallererst bereit sein, die notwendigen Schlüsse aus der Eurokrise zu ziehen: Der Euro in dieser Form zum damaligen Zeitpunkt mit dieser Mitgliedschaft war ein schwerwiegender Fehler – den Euro heute aufzugeben wäre es allerdings auch. Wenn wir nun die bitteren gegenwärtigen Erfahrungen der Eurozone nicht verstehen und nicht daraus lernen, sondern – wie kürzlich zum Beispiel Jürgen Habermas oder die Europa-Abgeordneten Cohn-Bendit und Verhofstadt – ein von dieser Erfahrung ungetrübtes »weiter so und nun erst recht« postulieren, dann handeln wir unprofessionell und leichtfertig. Können diese Freunde Europas denn die zentrifugalen Kräfte nicht erkennen, die heute sogar zu einem neuen Separatismus innerhalb der Nationalstaaten führen? Vielleicht sollten diese gutwilligen Enthusiasten, die immer weitere Zentralisierung und immer neue Aufgaben und Kompetenzen für Kommission und Europäisches Parlament verlangen, auch einmal auf einige sozialwissenschaftliche Daten blicken: Da stellte zum Beispiel das Allensbacher Institut im Oktober 2012 die Frage, wo der deutsche Bürger meint, keinerlei Einfluss zu haben: Bei lokalem Geschehen sind es nur 14 Prozent, bei Entscheidungen auf europäischer Ebene aber 75 Prozent! Und wollen wir dann, gute Demokraten, die wir doch auch sein sollten, immer mehr Zuständigkeiten an Kommission und EU-Parlament übertragen und so dem Einfluss der Bürger entziehen? Wo wären dann Mehrheitsentscheidungen eines aus 27 Staaten zusammengesetzten Parlaments eine befriedigende Antwort für deutsche Bürger? In welchen Aufgabenbereichen?

Wenn wir die Ursachen der Eurokrise aber verstehen, dann kann die Krise Europas uns sogar voranbringen. Denn nun sind wir gezwungen, die Folgen der Globalisierung für unsere Gesellschaften und die daraus resultierenden Konsequenzen für den institutionellen Aufbau unseres Kontinents zu überdenken. Erfolgreich werden wir dabei allerdings nur sein, wenn wir die wahren Ursachen der Krise verstehen, wenn wir die Krise nicht auf Banken und Rating-Agenturen schieben, sondern erkennen, dass wir selbst die Ursachen geschaffen haben. Und das heißt: Die Wurzeln der Krise waren nicht Banken, sondern ein Euro, der eine leichtfertige Vernachlässi-



gung der historischen und mentalen nationalen Unterschiede im Prozess der europäischen Integration mit sich brachte.

Denn es war diese Missachtung der großen Unterschiede, die dazu führte, dass einige Mitgliedsstaaten nach der Euro-Einführung, weil sie nämlich ihre alte Gewohnheit der Wechselkursanpassung durch Abwertung nicht mehr ausüben konnten, nicht die politische Kraft hatten, nun durch Reformen mit den Anforderungen der Globalisierung Schritt zu halten. Stattdessen erlagen sie der süßen Verlockung niedriger Zinsen im Euroraum, verloren Wettbewerbsfähigkeit und häuften Schulden über Schulden. Wer aber Mitglied einer weltoffenen EU bleiben will, der muss die für eine Wirtschaft in der Globalisierung notwendigen innenpolitischen Anpassungen jetzt schmerzhaft und eilig nachholen.

Was muss also in der drängenden Euro-Frage geschehen? Zunächst bleibt es dabei, dass die bisher mit Schulden überdeckten Anpassungsnotwendigkeiten nicht durch neue Schulden erleichtert werden können. ›Austerity‹, Schuldenbegrenzung, ist ein erster, unerlässlicher, wenn auch schmerzhafter Schritt. Dieser Schritt der ›Schuldenbremse‹ muss aber von Reformen begleitet werden, die wieder eine internationale (nicht nur inneneuropäische!) Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Mitgliedsstaates herstellen. Sodann muss ein System der Fiskalkontrolle so umgesetzt werden, dass man zwar die in den nationalen Haushalten verankerte Notwendigkeit einzelner Anpassungsschritte bei den Mitgliedsstaaten belässt, denn nur sie können die konkreten Schritte demokratisch umsetzen; aber im Haushaltsvolumen selbst muss es wirksame Disziplinierungen durch zentrale Institutionen der EU geben. Der Vorschlag, ein Finanzkommissar könne einen überbordenden nationalen Haushalt pauschal verwerfen, erscheint insofern vernünftig. Aber am Ende muss auch für nationale Schulden eine nationale Haftung bestehen. Und das wird nur durch die organisierte Möglichkeit einer Insolvenz von Mitgliedsstaaten der Eurozone erreichbar sein. Diese Drohkulisse ist noch immer das beste Instrument für ein Bewusstsein eigener staatlicher Verantwortung.

Wenn das alles in der Eurozone geordnet sein wird, dann allerdings steht im Notfall einer gegenseitigen Solidarität nichts im Wege. Aber diese kann es eben nur im Ausnahmefall geben: Eine nationale Haushaltssouveränität neben unbegrenzter solidarischer Haftung für die Schulden anderer Mitgliedsstaaten wäre ein Unding.

Ich sagte es bereits: Für das Dach Europa, für die Europäische Union, bleiben dann noch immer viele große Aufgaben: Außenwirtschaft, Verteidigung, Binnenmarkt, Wettbewerbsregeln, Verkehrsregeln, Energiesicherheit, Umweltschutz usw.: Hier und in vielen anderen Bereichen ist gemeinsames Handeln nützlich und notwendig. Aber wer glaubt, man könne in der Europäischen Union die Einzelheiten der Sozialpolitik, der Lohnpolitik, der Forschungspolitik, der Technologiepolitik oder gar die Steuerung der nationalen und regionalen Konjunkturen vergemeinschaften, der hat weder das nationale Beharren noch die Produktivität dieses Beharens begriffen. Eine europäische Sozialpolitik zum Beispiel würde Europa unregierbar machen.

Europa ist eine Flotte im Verbund. Aber nicht der Wind bestimmt die Richtung des Schiffes, sondern das Segel, wie man es setzt. Und wenn die Staatsschiffe der Union so verschieden groß und historisch auch so unterschiedlich gebaut sind, wie wir sie heute vor uns sehen, dann müssen auch diese Schiffe im Sturm der Globalisierung ihre Segel unterschiedlich setzen – um im großen Verband sicher in derselben Richtung fahren zu können.

\* Gekürzte Fassung des Vortrags anlässlich der Festsitzung zum Einsteintag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Potsdam am 30. November 2012



Albrecht von Lucke

## Das Verschwinden einer Idee

Von Helmut Kohl stammt angeblich der Satz »Europa ist eine Frage von Krieg und Frieden«. Man muss ihn allerdings, will man auf seinen Kern stoßen, noch zuspitzen: Auch in Europa war »der Krieg der Vater aller Dinge«. Heraklit, der Schöpfer dieses Satzes, ging von einer Welt von Gegensätzen aus. Diese jedoch sollen aus einem einheitlichen Grund, dem »logos«, entstanden sein. Darin besteht Heraklits Dialektik: Dem Streit, dem omnipräsenten Dissens, liegt selbst ein unitarischer Moment der Vernunft zugrunde.

In der europäischen Geschichte verhält es sich andersherum. Am Beginn der Idee von Europa steht der Krieg als der brutalste aller Konflikte. Erst das große Morden schuf den Willen zur Einheit. Das Leben Helmut Kohls ist dafür selbst das beste Beispiel. Man kann den Europäer Kohl, der als Jugendlicher nach 1945 Schlagbäume an der deutsch-französischen Grenze demontierte, nur verstehen vor dem Hintergrund des Verlusts seines älteren Bruders im Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte der Europa-Idee ist daher ohne das Bewusstsein der europäischen Kriegsgeschichte nicht zu begreifen. Dass dieses Bewusstsein verloren ging, ist selbst einer der maßgeblichen Gründe der gegenwärtigen Krise der Europäischen Union. Über 50 Jahre funktionierte diese als vermeintliche Win-win-Gemeinschaft aller Beteiligten. Doch heute rächt sich die fehlende überökonomische Identität, die Union erweist sich als Schönwettereinrichtung: In dem Augenblick, da der ökonomische Zugewinn ausbleibt, droht auch die Gemeinschaft auseinanderzubrechen, liegt die Rückkehr zu nationalen Lösungen für viele auf der Hand. Dabei erklärt sich die Geschichte Europas von Beginn an aus dem Wettstreit zweier Konzepte: dem eines geeinten, unitarischen Europas gegen die pluralistische, klein- bzw. nationalstaatliche Lösung. Und auch in diesem Wettstreit stand stets der Krieg Pate.

**Von den Türken vor Wien zum Frieden von Utrecht**  
Erste Einheitsvorstellungen erfuhr der europäische Kontinent im Zuge des langen Abwehrkampfes gegen das Osmanische Reich. Dieser erstreckte sich über 300 Jahre, vom frühen 15. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Den großen ideellen Umbruch bescherte jedoch erst die anbrechende Aufklärung. Als der Kontinent noch tief geprägt war durch den verheerenden Dreißigjährigen Krieg, entwickelte der Abbé de Saint-Pierre von 1712 bis 1717 den Plan eines dauerhaften Friedens in Europa (»Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe«). Dabei handelt es sich um einen Vorläufer der Kant'schen Idee eines »Ewigen Friedens«. Das Ziel des Abbé: das »Kriegssystem« durch ein »Friedenssystem« zu ersetzen – und zwar durch einen »universellen Frieden zwischen den Nationen«. Was der Abbé, genau wie später Immanuel Kant, also dezidiert nicht forderte, war die Auflösung der Nationen.

Just zur Zeit des Abbé de Saint-Pierre kam es zu einer nicht nur für die damalige Zeit ganz ungeheuerlichen Begebenheit: Am 11. April 1713 gelang es einer internationalen Versammlung von Diplomaten, im niederländischen Utrecht tatsächlich einen Friedensvertrag zu schließen – und zwar ganz ohne vorangegangene Niederlage. Der Friede von Utrecht war der erste Frieden in Europa, der durch reine Diplomatie zustande kam.

In der Tat ist dieses Ereignis bis heute wegweisend: 1713 in Utrecht gelang, woran Europa im 19. und 20. Jahrhundert kläglich scheitern sollte – nämlich die expansiven Bestrebungen seiner Großmächte diplomatisch einzuhegen. Allerdings ging auch diesem Frieden ein jahrelanger Krieg voraus, nämlich der Spanische Erbfolgekrieg, ausgelöst durch den Tod Karls II. im Jahre 1700, mit dem der Niedergang des spanischen Weltreichs begann. Im Frieden von Utrecht wurden die europäischen Besitzungen Spaniens zwischen Habsburgern und Bourbonen aufgeteilt. Großbritannien als der eigentliche Sie-



ger sicherte sich dagegen wichtige Flottenstützpunkte im Mittelmeer und in Spanisch-Amerika (also auch die Vormacht im Sklavenhandel), womit es seine Position als Großmacht zur See entscheidend ausbauen und den Aufstieg Frankreichs verhindern konnte.

### Der Krieg gegen Napoleon als ideelle Zäsur

Noch aber hatte sich die Vorstellung eines einheitlichen Europas nicht herausgebildet, im Gegenteil: Es dominierte die Einteilung Europas und der restlichen Welt in unterschiedliche Interessengebiete der europäischen Großmächte. Den großen Sprung in die Idee eines unitarischen Europas bewirkte erst eine weitere kriegerische Epoche. »Am Anfang war Napoleon«, leitet bekanntlich Thomas Nipperdey seine epochale *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert* ein. »Am Anfang war Napoleon« – für die Frage der europäischen Einigung trifft dies nicht weniger zu. In der Begeisterung für, aber mehr noch im Hass gegen Napoleon entstand erst ein »übernationales Gemeinschaftsgefühl der Europäer« (Heinrich Mann).

An Napoleon schieden sich die Geister. Die einen sahen in ihm den Weltgeist zu Pferde – den Einiger Europas im Geiste der Ideen von 1789, die anderen bloß den Imperator, der die Ideale der Französischen Revolution und die europäische Friedensidee pervertierte und den ganzen Kontinent unter das französische Joch zwingen wollte. Auf der Seite der Ablehnung standen die Romantiker, insbesondere Novalis, aber auch die Gebrüder Friedrich und August Wilhelm Schlegel. Gegen die kriegerisch nationalistische Hybris Napoleons setzen sie die Idee eines friedlich geeinten Europas. In seiner berühmten Rede »Die Christenheit oder Europa« beschwört Novalis die (imaginären) schönen Zeiten Alt-Europas als eines christlichen Kontinents, verbunden durch ein großes gemeinschaftliches Interesse und ein gemeinsames Oberhaupt. Europa wird hier zu einem geschichtsphilosophischen Sehnsuchtsort – Novalis fordert gar »eine zweite Reformation« –, der aber zurückverweist auf die mittelalterliche Reichsidee und eine vorreformatorisch geeinte Christenheit.

Mit diesen Ideen blieben die Romantiker jedoch ziemlich allein. Heinrich Mann stellte später zu Recht fest, dass es sich bei der europäischen Einheitsidee um eine »reine Erfindung der Dichter [handelte], nur von ihnen erhalten und aufbewahrt während der feindlichsten Zeiten«. Weit dominierender war eine andere Idee, welcher der Krieg gegen Napoleon entscheidenden Auftrieb ver-

lieh – die der Nation. Von Intellektuellen wie Ernst Moritz Arndt und Johann Gottlieb Fichte vorangetrieben, wurde die nationale Begeisterung gegen den Imperator fast zu einer Massenbewegung, die mit der Völkerschlacht von Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 ihren kriegerischen »Höhepunkt« erlebte.

Die endgültige Niederlage Napoleons 1815 und der folgende Wiener Kongress verhalfen jedoch weder der europäischen noch der nationalen Idee zum Durchbruch: Eine Rekonstruktion des alten Heiligen Römischen Reiches kam für die beteiligten Großmächte und Kleinstaaten nicht in Betracht. Aber auch die ersehnte deutsche Einheit blieb ein Wunschtraum. Was gezogen wurde, waren alte und neue Grenzen, die den Kontinent jahrzehntelang dominieren sollten. Alle Kräfte – speziell in Deutschland – richteten sich nun auf die Vollendung des souveränen Nationalstaats und auf den Ausbau seiner Macht. Damit jedoch waren die Konflikte der nächsten 100 Jahre besiegelt.

### Von der alten zur neuen deutschen Frage

Mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 – erkämpft durch »Blut und Eisen« (Bismarck) – entstand schließlich jene Macht in der Mitte Europas, die das labile europäische Gleichgewicht 40 Jahre später sprengen sollte. Das ganze »kurze« 20. Jahrhundert stand unter dem kriegerischen Vorzeichen der deutschen Frage. Es begann mit den Schüssen von Sarajevo, dem Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger am 28. Juni 1914, und endete mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989, die die »zweite« deutsche Einheit besiegelte. Die Ironie der Geschichte: Mit der Eskalation der deutschen Frage erlebte auch die europäische Idee ihre Hochzeit: Am Anfang stehen das europäische Gemetzel – auf den Feldern von Verdun und Langemarck – und der zweite Europäische Bürgerkrieg (von 1914 bis 1945); nach 1945 lautete dann die Parole, aus Feinden werden Brüder.

Doch nach 1989 ist Europa nicht nur die alte deutsche Frage abhandengekommen, sondern auch die alte Europa-Verbundenheit, als eine Frage von Krieg und Frieden. Das historische Gedächtnis erweist sich als ausgesprochen kurzlebig. Jede europäische Nation kämpft heute wieder auf eigene Rechnung. Man kann fast den Eindruck gewinnen, die unitarische Idee Europas habe sich 300 Jahre nach ihrer »Erfindung« wieder in eine Sache der Philosophen zurückverwandelt. Tatsächlich wird für das geeinte Europa von niemandem so sehr gefochten



wie von Jürgen Habermas. Wie wenig Europa dagegen ohne größere Idee auskommen kann, zeigt der aktuelle Zustand der Europäischen Union. Eben noch mit dem Friedensnobelpreis geehrt, droht in der Euro-Krise das einstige Projekt der Entfeindung zu einem Projekt neuer Verfeindungen zu werden.

Gleichzeitig erleben wir die Wiederkehr der deutschen Frage in neuem Gewand, nämlich als ökonomische. Dabei hatte man die Anomalie der deutschen Geschichte, den deutschen Sonderweg der verspäteten Einigung, mit der deutschen Einheit 1990 für glücklich überwunden gehalten. Doch nun tun sich neue Sonderwege in Euro-Europa auf, ist wieder vom deutschen Hegemon die Rede. Uralte Stereotype werden bemüht: Der Philosoph Giorgio Agamben hält der Hochkultur des lateinischen Südens die protestantische Arbeitsmoral des barbarischen Nordens entgegen. Damit taucht der alte, verhängnisvolle Gegensatz von hoher ›Kultur‹ versus niederer ›Zivilisation‹ wieder auf, wenn auch ins Gegenteil verkehrt: Waren in den ›Ideen von 1914‹ – dezidiert gerichtet gegen jene von 1789 – noch die Deutschen die Helden und die anderen die Händler gewesen, liegt die Sache heute andersherum. Bei alledem zeigt sich: Das rein monetäre Europa, das allein auf dem Euro gründet, gibt offenbar nicht die Antwort auf die Krise Europas und die neue deutsche Frage. Was daher nottut, ist eine Reaktivierung des europäischen Gedankens im Zeichen einer echten, politischen Einheit Europas.

### Die alte Konkurrenz: Europa oder der Westen

Dafür allerdings tut sich gegenwärtig eine ungeahnte Chance auf: Denn neben der Europa-Idee gab es speziell für die Bundesrepublik stets eine Konkurrenzidentität – die Idee des Westens. Schon Konrad Adenauer fuhr zweigleisig: Erstes Ziel war die europäische Entfeindung, speziell gegenüber dem Nachbarn und Erzrivalen Frankreich. Daneben aber – und nicht weniger wichtig – war die Beziehung zur Schutzmacht Amerika. Dem diente die Integration ins westliche Bündnis und in die NATO.

Auch die USA pflegten den Stand ihrer Beziehungen zu Europa, als Vorhut gegen den Kommunismus. John F. Kennedy brachte daher 1963 bei seiner Rede in Frankfurt am Main eine »transatlantische Partnerschaft« ins Spiel. Dieses Programm einer riesigen atlantischen Einheit war ein dezidierter Gegenentwurf zu dem vor allem vom französischen Präsidenten Charles de Gaulle verfochtenen Europa der Vaterländer. Die Idee des Westens und die at-

lantische Brücke verhinderten so auch die Besinnung auf die eigene souveräne Stärke Europas. Spätestens seit ›Nine Eleven‹, eigentlich aber bereits seit dem Fall der Mauer und dem Untergang des gemeinsamen Feindes im Osten ist die westliche Identität jedoch schwer angeschlagen. Speziell das von Barack Obama ausgerufene »pazifische Jahrhundert« bedeutet auch eine Abwendung von Europa, die durch die jüngsten Enthüllungen zu Prism und NSA nur noch verstärkt wird.

Daraus folgt: Europa muss seine Probleme heute allein lösen – die Nachkriegszeit ist endgültig vorbei. Umso mehr ist eine eigenständige politische Identität Europas geboten. Das aber verlangt den Einzelstaaten einen doppelten Souveränitätsverzicht ab: erstens nach außen durch den Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte. Bereits die Nachfolgekrise in Jugoslawien 1993, als Europa zu einer Befriedung nicht in der Lage war, brachte dieses Erfordernis deutlich zum Ausdruck. Und zweitens wäre nationale Souveränität nach innen abzugeben, durch den Aufbau eigenständiger demokratischer Einrichtungen in der EU – eines gewählten Parlaments samt einer Regierung, die über den Nationalstaaten angesiedelt ist. Das Ende des Westens bedeutet daher auch eine Chance für Europa, zu einer echten, eigenständigen Identität zu gelangen. Der bisherige Weg einer bloßen Erweiterung wird dafür jedoch nicht ausreichend sein. Ohne eine europaweite Diskussion über die Finalität – also Ziel und Zweck – Europas ist alles nichts.

Heute steht Europa an einem historischen Wendepunkt: Auf der einen Seite droht die Renationalisierung – samt der Aussicht auf den Bürgerkrieg. Die Alternative dazu ist eine forcierte Europäisierung – was jedoch keineswegs mit der Durchsetzung des Euro zu verwechseln ist, im Gegenteil: Europa müsste lernen, dass ein gemeinsamer europäischer Markt samt einheitlicher Währung gerade kein Allheilmittel ist, um eine politische Union zu werden. Diese politische Revitalisierung Europas ist für niemanden so wichtig wie für Deutschland. Denn einen hegemonialen Zuchtmeister, ob politisch oder ökonomisch, hat Europa noch nie geliebt – und in der Regel auch nicht lange ertragen.

Jenny Preunkert  
und Georg Vobruba

## Die beiden Hälften der Eurokrise

### I.

»Um jetzt noch weiter voranzukommen, müssen wir uns dem Kern der Krise stellen: der Einsicht, dass wir es im Euro-Raum zwar mit einer Staatsschuldenkrise zu tun haben, vor allem aber auch mit einer Vertrauenskrise.« (Merkel 2011) Ähnliche Statements gibt es von Barroso, Draghi oder Hollande. Das also ist der Krise Kern: Die Krise der gemeinsamen Währung ist eine Vertrauenskrise (Preunkert 2013). Soll der Euro Bestand haben und soll damit der gesamte Prozess der europäischen Integration nicht in Gefahr geraten, muss Vertrauen wiederhergestellt werden.

In der Tat: Vertrauen ist die unabdingbare Ausstattung von Akteuren, in soziale Interaktionen einzutreten. Ohne ein gewisses Maß an Vertrauen von beiden Seiten lassen sich Interaktionen erst gar nicht in Gang setzen, da sie prinzipiell eine – wenn auch noch so geringfügige – Vorleistung verlangen. Solche Vorleistungen muss man erwarten können. Vertrauen ist also im Kern das Zutrauen in die eigenen Erwartungen. Die Fähigkeit, sich in der Gesellschaft zu bewegen, ja, die Konstitution von Gesellschaft selbst erfordert ein Minimum an Vertrauen.

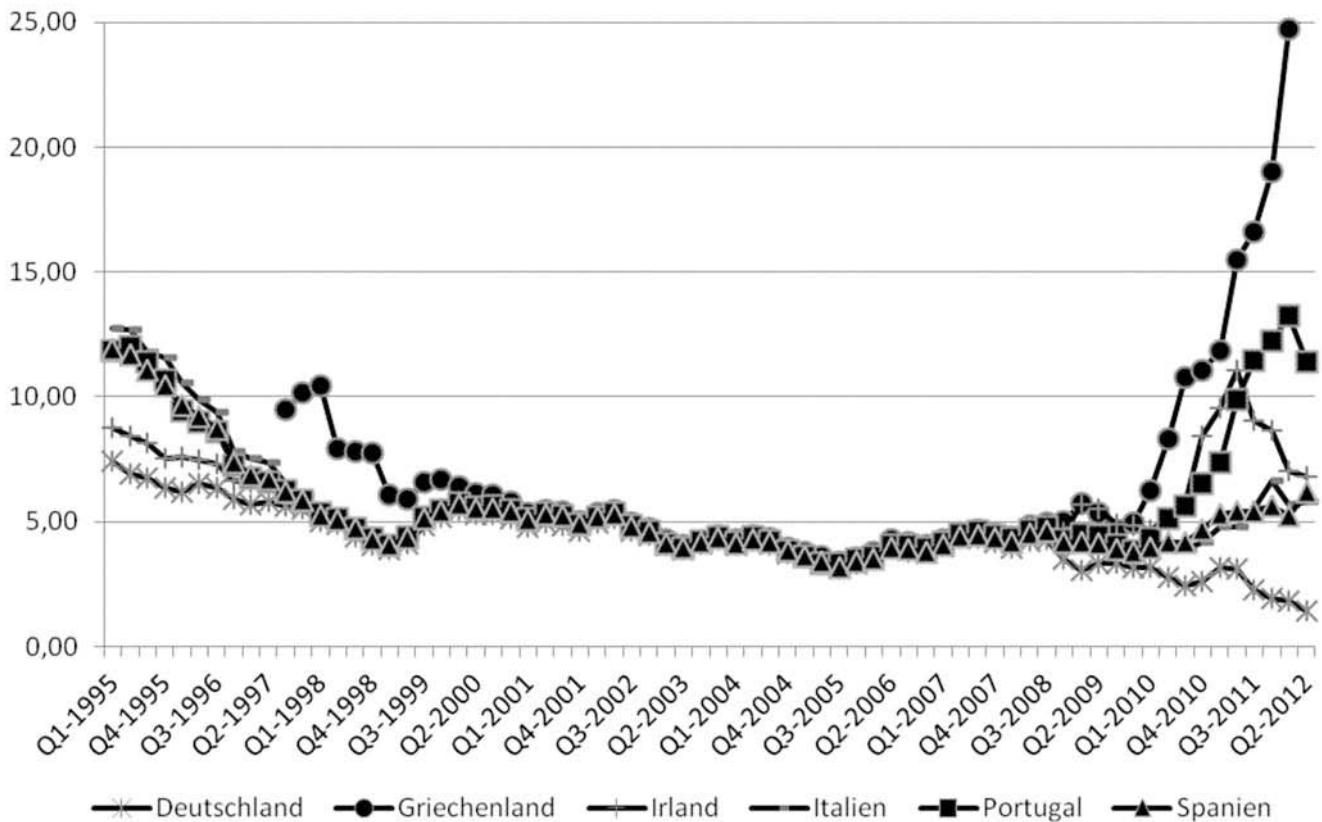
Vertrauen ist insbesondere für ökonomisches Handeln konstitutiv. Man macht kein Angebot, wenn man damit rechnet, dass es angenommen, aber ohne Gegenleistung bleiben wird. Solange potenzielle Tauschpartner von der reziproken Erwartung geleitet sind, dass ihre Vorleistung ausgebeutet wird, scheitern ökonomische Beziehungen. Vertrauen ist konstitutiv für die Ökonomie, denn es ermöglicht den potenziellen Teilnehmern an ökonomischen Austauschprozessen, in Vorleistung zu gehen. Aber Vorleistungen können ausgenutzt, Erwartungen einer Gegenleistung können enttäuscht werden. Vertrauen ist darum immer riskant. Man kann auch zu viel und unrealistisch Vertrauen haben. Das nennt man »vertrauensselig« – nicht gerade ein Kompliment.

### II.

Bis zum Ausbruch der Subprime-Krise in den USA herrschte auf dem Kapitalmarkt ganz offensichtlich Vertrauensseligkeit. Diese Vertrauensseligkeit manifestierte sich in der Konvergenz der Kapitalmarktzinsen innerhalb der gesamten Eurozone von den späten neunziger Jahren bis zum Beginn der internationalen Finanzkrise. Rückblickend ist das Kapitalmarktversagen, das sich in den niedrigen Zinsen für drittklassige private und öffentliche Schuldner dokumentierte, schwer zu erklären. Es kann sein, dass die überwiegende Mehrheit der Gläubiger eine Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der Ökonomien aller Mitglieder der Eurozone erwartete; oder dass sie immer schon von einer de facto gesamtschuldnerischen Haftung aller Euromitglieder – entgegen der »bail-out clause« – ausgingen. Jedenfalls bildete der beinahe einheitliche Zinssatz die unterschiedlichen Rückzahlungsrisiken der Euroländer nicht ab – im Rückblick ein gigantisches Kapitalmarktversagen (Preunkert und Vobruba 2012, S. 209 ff.; Vobruba 2012, S. 84).

Als man sich des Risikos bewusst wurde, führten die faulen Kredite zu einer weltweiten Finanzkrise und zur Krise des Euro. Das Vertrauen der Gläubiger in ihre Schuldner und das Vertrauen der Banken untereinander brachen zusammen. Nun zeigte sich die konstitutive ökonomische Bedeutung von Vertrauen: Die Bereitschaft zur Vergabe von Krediten aller Art nahm rapide ab.

Seitdem konzentrieren sich Diskussion und Krisenpolitik darauf, das Vertrauen der »Märkte« – oder konkreter: potenzieller Gläubiger – wiederherzustellen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass dies ohne Alternative ist, solange Staaten und Private auf Kredite vom Kapitalmarkt angewiesen sind. Als Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens wurden den schwächeren Euroländern öffentliche Kredite und Bürgschaften gewährt, die an Haushaltskonsolidierung als Bedingung geknüpft wurden, sowie Staatsschuldenpapiere durch die Zentralban-



Renditen auf Staatsanleihen mit einer Laufzeit von mindestens 10 Jahren. Quelle: OECD 2013

ken gekauft. Die Europäische Zentralbank als ›lender of last resort‹ wuchs in die Rolle des zentralen Krisenmanagers. Schließlich gab der EZB-Präsident eine quasi Blanko-Garantieerklärung ab, die er direkt an potenzielle Gläubiger der Eurokrisenländer adressierte: »Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.« (Draghi 2012)

Die Eurokrise als Krise des Gläubigervertrauens wird mit der Entwicklung des Spread anschaulich, also der Entwicklung der Differenz der Zinsen zwischen guten und schlechteren Staatsschuldnern. Dieses Schaubild ist für die ökonomischen und politischen Eliten zum Abbild der Krise schlechthin geworden. Es dominiert das Problembewusstsein.

Das Bild zeigt die vier Phasen der Entwicklung des Gläubigervertrauens – Realismus, Vertrauensseligkeit, Panik, beginnende Normalisierung – und signalisiert: Die Differenz zwischen den Zinssätzen, das *ist* das Vertrauensdefizit, das es wieder aufzufüllen gilt, soll die ge-

meinsame Währung bestehen. Und tatsächlich zeigt die Tendenz langsamer Zinsforderungen, dass das Vertrauen der Gläubiger langsam zurückkehrt.

### III.

Ist die Krise also auf dem Weg zu ihrer Lösung oder gar vorbei? Keineswegs. Das allgemeine Verständnis der ›Vertrauenskrise‹ erfasst nur die eine Hälfte der Eurokrise: das Vertrauensproblem der Gläubiger. Die geläufigen Krisendiagnosen und das dominante Krisenmanagement sind darum in hoch problematischer Weise einseitig. Wie sieht die zweite Hälfte der Eurokrise aus?

Mit der Zinskonvergenz strömte – sei es über Staats- oder über Privatkredite – billiges Kapital in die wettbewerbsschwächeren Euromitglieder und erzeugte dort Wohlstandsniveaus, die deutlich über deren ökonomischer Leistungsfähigkeit lagen. Mit der abrupten Unterbrechung dieser Kapitalzufuhr musste sich das ökonomische Aktivitätsniveau absenken. Staats- und Privatausgaben in den Eurokrisenländern gingen zurück,





ihre Wirtschaften schrumpften, die Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit nahmen dramatisch zu.

Mit der sprunghaften Zunahme sozialer Probleme in den Eurokrisenländern wird klar, dass es längst nicht nur um Gläubigervertrauen geht. Negativwachstum, Wohlstandsverluste und Arbeitslosigkeit führen zu dramatischen Abbauprozessen des Vertrauens der Bevölkerungen in die politischen Institutionen und in die Zukunft ihrer Gesellschaft. Die als Niedergang der ökonomischen und politischen Leistungsfähigkeit wahrgenommenen Probleme zeitigen die klassischen Reaktionen (Hirschman 1970): Loyalität schwindet, unterschiedliche Versionen von Exit- und Voice-Strategien nehmen zu.

Exit-Strategien wählen insbesondere junge und hoch qualifizierte Arbeitskräfte: Sie verlassen in großer Zahl ihr Land. Die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen unter 25 Jahren liegt im ersten Quartal 2013 in Italien bei 39,2 Prozent, in Portugal bei 40,6 Prozent, in Spanien bei 55,7 Prozent, und bei »eye watering« (*The Economist* vom 11. 7. 2011) knapp 60,1 Prozent in Griechenland (Eurostat 2013). Im Zuge der Kampagne »Os Portugueses em 2030« der Fundação Francisco Manuel dos Santos las man schon im Sommer 2012 auf Plakaten in der Innenstadt von Lissabon: »Emigrar vai fazer parte do curriculum?«

Voice-Strategien bleiben all jenen, die Exit entweder nicht wählen wollen oder nicht wählen können. Zu diesen Strategien zählt ein Wahlverhalten, das sich in Erfolgen europakritischer Parteien, meist mit Neigungen zu Rechts- oder Linksextremismus, manifestiert; Massendemonstrationen in den urbanen Zentren und vielfältige Proteste gegen reale und vermeintliche Verursacher und Verstärker der Krise sowie gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse generell.

In Abwandlung einer griffigen Formel von Richard Münch (2001, S. 294) könnte man sagen: In der Eurokrise ist Exit eine Sache der jungen, transnational mobilen Hochqualifizierten, Voice dagegen »eine Sache der gefährdeten, an den Rand gedrängten Schichten«. Darum ist nicht zu erwarten, dass sich die Resultate von Exit und Voice wechselseitig verstärken (Hirschman 1970, S. 120 ff.); insbesondere ist nicht zu erwarten, dass mit zunehmendem Exit die Voice-Option der in ihren Ländern Verbliebenen europapolitisch wirkungsvoller wird. Im Gegenteil, der Verlust durch Exit schädigt die Länder ökonomisch und politisch. Ökonomisch führt der gegen-

wärtige Braindrain zu einem Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften mit weit reichenden Effekten für ihre zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Politisch nimmt mit dem Exit der Hochqualifizierten der Einfluss jener Teile der Bevölkerungen zu, welche für eine nationenbezogene, defensive Politik eintreten, zugleich aber auf sozialpolitische Unterstützung angewiesen sind, die ihr Staat schon jetzt nicht zu leisten vermag und nach einem Austritt aus der gemeinsamen Währung erst recht nicht. Gegenwärtig manifestiert sich dies in dem charakteristischen Einstellungssyndrom, einerseits zwar gegen das »Diktat« aus Brüssel, Berlin oder der Troika zu opponieren, andererseits aber einen Austritt aus der gemeinsamen Währung abzulehnen. Zukünftig wird dies zur Enttäuschung über nationale Politik führen, deren Versprechen sich als un-einlösbar herausstellen. Die Gefahr, dass der politische Einfluss der aggressiven nationalistischen Rechten zunimmt, ist dort am größten, wo die Linke die stärksten Hoffnungen auf die Schutzfunktion des Staates und Leistungsfähigkeit der Sozialpolitik im nationalstaatlichen Rahmen erhält.

#### IV.

Man sieht: Der Euro und die EU stecken in einer ökonomischen *und* in einer politischen Vertrauenskrise. Die zweite Hälfte der Eurokrise besteht darin, dass zur Wiederherstellung des Gläubigervertrauens finanz- und sozialpolitische Maßnahmen für notwendig gehalten werden, die das Vertrauen der Bevölkerungen in Politik und Gesellschaft nachhaltig erschüttern. Diese zweite Hälfte der Krise ist schwieriger fassbar, gleichwohl real und von entscheidender Bedeutung. Es besteht kein Zweifel, dass die Krisenpolitik in der Bevölkerung breit geteilte Gerechtigkeitsgefühle verletzt. Aus den reichen Kernländern der Eurozone kommen Garantien und Geld für die Rettung von Banken und die Wahrung der Gläubigerinteressen. Diese Garantien und Transfers gehen an den Bevölkerungen der Eurokrisenländer vorbei, und doch sehen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, sie würden den Steuerzahlern im Norden auf der Tasche liegen. Das kann nur zur Empörung führen.

Die gefährlichste Entwicklung aber besteht darin, dass sich der Vertrauensvorschuss verbraucht, welcher der Politik von der Bevölkerung in der Frühphase der Krise noch zugebilligt wurde. Einschneidende Maßnahmen, Einkommensverluste, verschlechterte Lebensverhältnisse konnten eine Zeit lang hingenommen werden im Ver-

J'aime  
l'Europe  
je vote  
NON

Référendum 29 mai 2005

Salariés, précaires, créateurs, paysans  
HOMMES ET FEMMES DE GAUCHE VOTENT

**NON**

POUR REJETER LE TRAITÉ  
DE LA DROITE ET DU MEDEF  
POUR QUE ÇA CHANGE



24 | 25

Dossier

trauen darauf, dass sich die Verhältnisse in einem überschaubaren Zeithorizont wieder verbessern würden, dass mit offensichtlicher Misswirtschaft und Korruption aufgeräumt werde. In breiten Bevölkerungsschichten sah man in den betroffenen Ländern den individuellen Verzicht als Investition in eine bessere kollektive Zukunft an. Nun macht sich nur noch Enttäuschung breit. Ein Bündnis der Politik der reichen Kernländer mit den Bevölkerungen der ärmeren Länder gegen deren teils korrupte Oberschichten kann sich kaum im Ansatz entwickeln. Im Gegenteil: Die Gefahr wächst, dass es ebendiesen Oberschichten gelingt, Mehrheiten der Bevölkerung in eine Allianz gegen jene Reformen zu locken, die ihre illegalen Praktiken zu beenden und ihre illegitimen Privilegien zu gefährden drohen. Am Horizont einer solchen Entwicklung drohen Politiker des Typs Berlusconi. Zugleich führt die Krisenermüdung im reichen EU-Kern dazu, dass die Probleme der südlichen Euroländer zunehmend als nur noch lästig angesehen werden und durch die Fokussierung auf den Vertrauensverlust der Finanzmärkte die Krise als weitgehend überwunden gilt. Die Zinsen sinken, also haben wir die Krise im Griff! Dieser Irrtum ist für die Südmitglieder tragisch und wird das Zentrum der Europäischen Union teuer zu stehen kommen.

## V.

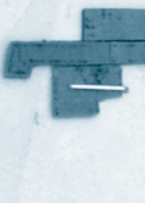
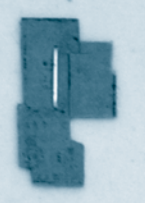
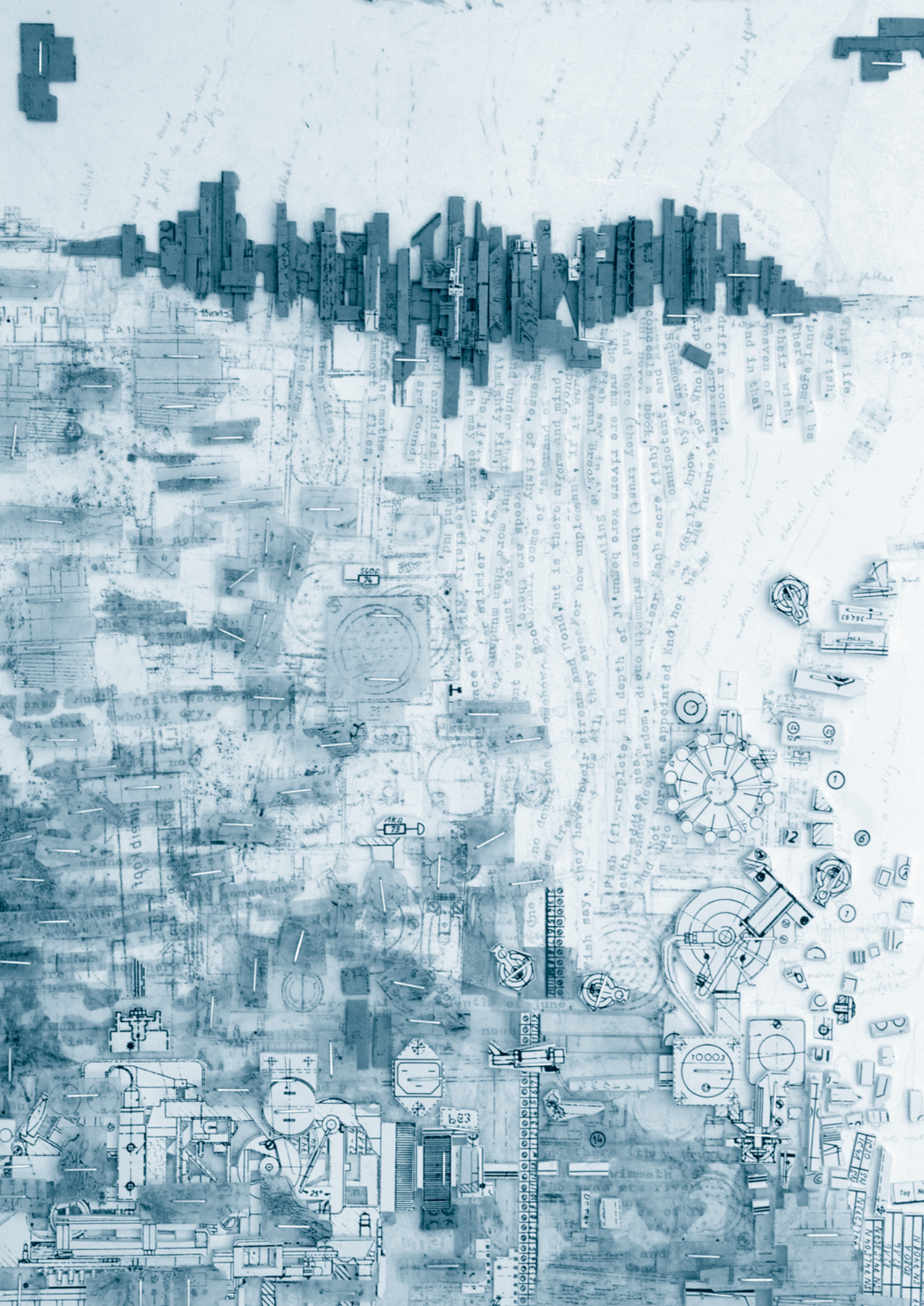
Vertrauen ist eben nicht nur eine ökonomische Ressource. Vertrauen ist »ein elementarer Tatbestand des sozialen Lebens« (Luhmann 1973, S. 1). Fasst man beide Hälften der Eurokrise ins Auge, so sieht man, dass das Eurokrisenmanagement in ein schwer lösbares Dilemma geraten ist. Die Politik, die das Vertrauen der Gläubiger stabilisieren soll, hat, je länger sie anhält, verheerende Folgen für die Bevölkerungen und ihr Vertrauen. Die Vertrauensgewinne der einen werden mit Vertrauensverlusten und zunehmendem Zorn der anderen erkauft. Das ist die *ganze* Vertrauenskrise. Die eine Hälfte der Vertrauenskrise besteht in der Zurückhaltung potenzieller Gläubiger, Kredite zu vergeben. Dieser Teil der Krise ist mittlerweile etwas entschärft. Die andere Hälfte der Vertrauenskrise droht zu inneren Kündigungen des gesellschaftlichen Grundkonsenses durch immer größere Teile der Bevölkerungen zu führen. Das Bedrohungspotenzial dieser zweiten Hälfte der Eurokrise nimmt zu. Bedrohlich sind nicht so sehr die Proteste am Syntagmaplatz in Athen und sonst wo, bedrohlich ist der stille Kooperationsentzug von Bevölkerungsmehrheiten mangels Ver-

trauen in die Zukunft ihrer Länder. Spätestens wenn sich diese Vertrauensverluste in Wahlergebnissen verfestigen, stellt sich heraus, dass die Ökonomie auf entsprechende politische und soziale Rahmenbedingungen angewiesen ist. Eurokrise und Eurokrisenmanagement lassen das Vertrauen der betroffenen Bevölkerungen erodieren mit Rückwirkungen auf Ökonomien der Länder.

Das Dilemma des Eurokrisenmanagements droht in eine destruktive Dynamik zu münden. Die Politik der Stärkung des Gläubigervertrauens unterminiert das Vertrauen in die Gesellschaft, und dies wirkt störend auf die Ökonomien zurück. Ein Ausweg aus dem Dilemma zwischen der Stabilisierung des Gläubigervertrauens und des Vertrauens der Bevölkerungen wird dadurch erschwert, dass das ökonomistisch halbierte Krisenbewusstsein verständnislos vor jener Dynamik steht, in welcher sich die beiden Hälften des Vertrauensproblems wechselseitig aufschaukeln. Das ist der wahre Kern der Auffassung, dass mit dem Euro die europäische Integration auf dem Spiel steht.

## Literatur

- M. Draghi: Speech by Mario Draghi, President of the European Central Bank at the Global Investment Conference in London. 26. Juli 2012. [www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html](http://www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html)
- Eurostat: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppe – vierteljährliche Daten [2013]. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment\\_unemployment\\_lfs/data/database#](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database#)
- A. O. Hirschman: *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States*. Cambridge, Mass. 1970
- N. Luhmann: *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart 1973
- A. Merkel: Regierungserklärung zum Europäischen Rat (2. 12. 2011). [www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-12-02-merkel-eu-rat.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-12-02-merkel-eu-rat.html)
- R. Münch: *Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats*. Frankfurt am Main 2001
- OECD: Monthly Monetary and Financial Statistics [2013]. <http://stats.oecd.org/index.aspx?r=943299#>
- J. Preunkert: *Die Eurokrise als Vertrauenskrise. Serie Europa – Europe Series*. Universität Leipzig 2013. [www.uni-leipzig.de/~lews/wp-content/uploads/2013-01onL-Preunkert-EuroVertrauen.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~lews/wp-content/uploads/2013-01onL-Preunkert-EuroVertrauen.pdf)
- J. Preunkert und G. Vobruba: »Die Eurokrise. Konsequenzen der defizitären Institutionalisierung der gemeinsamen Währung«, in: K. Kraemer und S. Nessel (Hg.): *Entfesselte Finanzmärkte*. Frankfurt am Main 2012, S. 201–223. Und in: [www.uni-leipzig.de/~lews/wp-content/uploads/2012-01online-Preu-Vobr-Eurokrise.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~lews/wp-content/uploads/2012-01online-Preu-Vobr-Eurokrise.pdf)
- G. Vobruba: *Kein Gleichgewicht. Die Ökonomie in der Krise*. Weinheim/ Basel 2012



*[Illegible text from the top collage, including fragments like 'This life', 'say I wish', 'I be', 'their wish', 'Heaven of all', 'and in that']*

*[Illegible text from the middle collage, including fragments like 'And there (they trust) there swam', 'conceals a hook', 'Satanic', 'omnipotent', 'Who dr', 'know', 'The future', 'at of', 'at of']*

*[Illegible text from the lower-middle collage, including fragments like 'But is there a worm and mind', 'I', 'stream and pond', 'they have', 'replete in depth', 'Not here', 'the appointed end', 'Not here']*

*[Illegible text from the bottom collage, including fragments like 'One no doubt that', 'fish say', 'death', 'wimmeth', 'to seek', 'river']*

*[Illegible text from the very bottom collage, including fragments like 'NORTH', 'WALL', 'NO. 1', 'NO. 2', 'NO. 3', 'NO. 4', 'NO. 5', 'NO. 6', 'NO. 7', 'NO. 8', 'NO. 9', 'NO. 10']*



Andreas Voßkuhle

## »Gerichte können nur einen Rahmen abstecken, innerhalb dessen Politik sich entfalten kann«

Ein Gespräch mit Wolfert von Rahden zur Rolle des Bundesverfassungsgerichts in Europa

**GEGENWORTE:** Herr Präsident, Umbau und Neubau: ›Umbruch‹ drängt sich dem Beobachter als passende Metapher auf sowohl für die Baumaßnahmen am Gebäude hier in Karlsruhe wie für Europa insgesamt. Man könnte sagen: »Bruchstellen sind Fundstellen.«

*Vosskuhle:* In der Tat, wir bleiben in Bewegung. In Bezug auf die Renovierung unseres alten Gebäudes gilt der Satz aus *Gattopardo*, dass sich alles ändern muss, damit es so bleibt, wie es ist. Das Gebäude wurde weitgehend entkernt und wird momentan genauso wieder aufgebaut, wie es ursprünglich einmal war – allerdings nach den heutigen Standards, was beispielsweise den Brandschutz und die Energieeffizienz betrifft. Das Gebäude liegt uns deshalb so sehr am Herzen, weil es den Geist des Gerichts in besonderer Weise symbolisiert: Es gehört zu den ersten Justizgebäuden der Welt, die nicht nach Maßgabe der klassischen Justizarchitektur gebaut sind – also als Palast, sehr verschlossen, einschüchternd, nach dem Prinzip: ›Der Mensch ist klein, die Gerechtigkeit ist groß‹. Stattdessen ist es ein transparentes Gebäude, in dem man die Richterinnen und Richter bei ihrer Arbeit sehen kann. Ein Gebäude, das leicht, licht und zugewandt wirkt und in dem innen und außen verschwimmen. Der Erhalt dieser Symbolik war uns wichtig und ein Grund, warum wir uns sehr für eine Renovierung statt für einen Neubau eingesetzt haben.

Laut Umfragen genießen Bundesverfassungsrichter gegenwärtig mit das höchste Vertrauen in der Bevölkerung, während Politiker, Banker und auch Journalisten am Ende der Skala rangieren. Befürchten Sie manchmal, dass aufgrund der letzten Krisen und Skandale der Sog des Misstrauens, der Teile der Öffentlichkeit – und nicht nur der Medien – erfasst hat, auch vorm Bundesverfassungsgericht nicht haltmachen könnte?

Die Frage ist meines Erachtens richtig gestellt, denn Vertrauen muss jeden Tag wieder neu erarbeitet werden.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat Phasen gehabt, in denen es weniger Akzeptanz in der Bevölkerung erfahren hat als heute. Denken Sie etwa zurück an die Zeit in der Mitte der neunziger Jahre, als das Gericht in kurzer Folge zwei unpopuläre Entscheidungen zum Kreuzifix in Klassenzimmern und zum Tucholsky-Zitat »Soldaten sind Mörder« getroffen hat. Diese Entscheidungen haben damals zu viel Kritik und geringen Zustimmungswerten geführt; und auch das muss ein Gericht ertragen können. Insofern freuen wir uns über das gegenwärtige Vertrauen der Menschen, wissen aber auch, dass es nicht selbstverständlich ist. Vor allem müssen wir anstreben, dass die Bürgerinnen und Bürger unsere Entscheidungen nachvollziehen können, auch und gerade dann, wenn sie mit dem Ergebnis einmal nicht einverstanden sind. Meines Erachtens gibt es eine ganze Reihe von Faktoren, mit denen wir diese Akzeptanz erreichen können: Dazu gehört vor allem der öffentliche Diskurs in der mündlichen Verhandlung, eine gute, überzeugende Begründung der Entscheidung, aber auch ihre Lesbarkeit bei aller fachlichen Genauigkeit.

Haben Sie den Eindruck, dass die Politik dem Bundesverfassungsgericht besonders in jüngster Zeit zu viele Entscheidungen aufbürdet, die eigentlich die Politik selbst treffen sollte? Droht das Gericht – egal, wie es entscheidet – nicht möglicherweise in das Dilemma zu geraten, entweder dafür kritisiert zu werden, dass es ›zu viel‹ bestimme, also zu ›politisiert‹ sei, oder dafür, dass es ›zu wenig‹ eingreife, also sich vor Entscheidungen ›drücke‹? In einer vergleichbaren Lage befindet sich nicht selten die Wissenschaft als Beratungsinstanz für die Politik: Auch hier kann häufiger beobachtet werden, dass die Wissenschaft als bloße Legitimationsinstanz für die Politik erhalten muss oder die Verantwortung für Entscheidungen von der Politik auf die Wissenschaft abgewälzt wird. Entsteht nicht die paradoxe Situation, dass die



Politik sich von Entscheidungen zurückzieht, die ihr ureigenstes Gebiet sind, und dann einerseits die Juristen und andererseits die Wissenschaftler die Verantwortung tragen müssen für Entscheidungen, die eigentlich die Politik selbst tragen sollte?

Es gibt Situationen, in denen die Politik versucht, schwierige Entscheidungen zu ›verrechtlichen‹, indem sie sie als Rechtsfrage nach Karlsruhe bringt oder auf ausstehende Urteile verweist. In gewisser Weise halte ich diese Strategie für legitim, beispielsweise wenn sie zur Entideologisierung einer Debatte beiträgt oder wenn das Abwarten festen Grund schafft für weitere politische Überlegungen. Das Gericht sollte sich aber nicht instrumentalisieren lassen. Hilfreich ist dabei, dass wir uns die Fälle nicht aussuchen können: Wir haben klare Zulässigkeitskriterien, und wenn ein Antrag zulässig ist, dann müssen wir über ihn entscheiden. Das ist nicht bei allen Verfassungsgerichten so. Der US Supreme Court zum Beispiel wendet die sogenannte ›political question doctrine‹ an, die es dem Gericht ermöglicht, bestimmte Fragen unter Hinweis auf ihren politischen Kern nicht zu entscheiden. Wer über derartiges Ermessen verfügt, läuft Gefahr, durch den steuernden Einsatz dieses Kriteriums zu einem aktiven Teilnehmer im politischen Prozess zu werden. Weil das Bundesverfassungsgericht nicht auswählen kann, ist es davor geschützt. Vielmehr werden politische Fragen, die ja in aller Regel mit Rechtsfragen verbunden sind, wieder in das Feld der Politik zurückgespielt. Sehr häufig findet sich in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ein Hinweis auf den weiten Einschätzungs- und Prognosespielraum des Gesetzgebers. Und sehr häufig werden Sachfragen gerade nicht ›durchentschieden‹, sondern das Gericht formuliert den Rahmen, innerhalb dessen eine politische Gestaltung möglich ist. Nehmen Sie eine einfache Situation: Eine Regelung, die eine Begünstigung gewährt, verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz. Die Politik kann in unterschiedlicher Weise darauf reagieren: Sie kann die Begünstigung für alle streichen, oder sie kann die Begünstigung allen geben. Welche der Lösungen überzeugender ist, bleibt eine politische Frage. Das Gericht achtet sehr genau darauf, sich hier nicht in den politischen Prozess einzumischen.

Das Geflecht von Entscheidungshierarchien in Europa wird immer komplexer und unübersichtlicher. In der Exekutive, Legislative und Judikative haben wir auf ein-

zelstaatlicher und auf europäischer Ebene eine Vervielfachung von ›vorletzten‹ Entscheidungsinstanzen (Parlamente, Regierungen, Bürokratie, Verfassungsgerichte). Wie sehen Sie in diesem Kontext die Rolle der Bundesverfassungsgerichtsbarkeit?

Wir sind in diesem Mehr-Ebenen-System mit einer spezifischen Rolle betraut, nämlich mit dem Schutz des Grundgesetzes. Unsere Verfassung bleibt der Maßstab für unsere Arbeit. Mit wachsender europäischer Integration gibt es mittlerweile jedoch eine Reihe von Schnittstellen. Nehmen Sie als Beispiel die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Sicherungsverwahrung. Das Straßburger Gericht hat einige Aspekte anders gesehen als zuvor das Bundesverfassungsgericht. In der Folge waren wir wieder gefordert und mussten uns fragen: »Wie gehen wir mit dieser Entscheidung um?« Die Antwort fiel differenziert aus; wir haben unsere Rechtsprechung teilweise modifiziert und sind teilweise bei unserer bisherigen Linie geblieben. Dabei haben wir uns intensiv mit der Entscheidung des EGMR auseinandergesetzt. Das wurde als sehr gelungene Form der Kooperation wahrgenommen, als gute Zusammenarbeit der verschiedenen Gerichte in einem Gerichtsverbund. Allgemein erscheint mir wichtig, dass jedes Gericht seine spezifische Rolle sieht und sich auf sie beschränkt, denn in einem solchen Verbund wirft es Probleme auf, wenn ein Gericht übergriffig ist. Wir sind bestrebt, uns an diese Maxime zu halten – auch wenn die Abgrenzung im Einzelfall mitunter eine Frage der Perspektive ist.

Ein anderes Beispiel ist immer noch und vielleicht zunehmend die Finanzkrise in Europa, die ja auch zu einem Misstrauen gegenüber Europa und der europäischen Idee überhaupt geführt hat. Sie selbst haben allerdings im *Leviathan* (Heft 39/3, September 2011) die Formulierung gewählt, Europa sei »von einem Projekt der Eliten zu einem der Demokratie« geworden. Müsste man in dieser Logik nicht auch fordern, dass das plebiszitäre Element gestärkt werde, um die Legitimation bzw. Akzeptanz ›von unten‹ zu erhöhen? Oder wiegt das Argument zu schwer, dass das Risiko zu groß wäre, damit das Projekt ›Europa‹ insgesamt zu gefährden?

Das ist eine schwierige Frage: Wie ist das richtige Verhältnis aus parlamentarischen und plebiszitären Elementen? Aus meiner Sicht hat sich die parlamentarische Demokratie in Deutschland als gutes, überzeugendes Modell



bewährt. Die Vorstellung, eine plebiszitäre Demokratie sei per se demokratischer als die parlamentarische, halte ich für falsch. Jedoch haben beide Verfahren ihre Vorteile und ihre Nachteile – es geht also darum, ein ausgewogenes System zu finden. Bei einem Bürgerbegehren oder einem Volksentscheid tritt etwa das Problem auf, dass schwierige Sachfragen auf die Alternativen ›ja‹ oder ›nein‹ reduziert werden müssen. Dies wird der Komplexität des zu lösenden Problems nicht immer gerecht, vor allem dann nicht, wenn populistisch argumentiert wird. Zudem können kleine, gut organisierte Gruppen den Diskurs stärker bestimmen als die ›schweigende Mehrheit‹. Diese Probleme gibt es bei Wahlen weniger – auf der anderen Seite erstreckt sich die Partizipation hier nicht auf konkrete Sachfragen. Also kommt es auf die richtige Mischung an. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass man gerade bei europäischen Fragen die große Enthaltensamkeit des Grundgesetzes in Bezug auf plebiszitäre Elemente verfassungspolitisch etwas relativiert. Die Bürgerinnen und Bürger könnten damit Einfluss auf die künftige Gestaltung der europäischen Integration nehmen. Auch auf europäischer Ebene bestehen Potenziale: Mit dem Lissabon-Vertrag wurde die ›Europäische Bürgerinitiative‹ eingeführt. Das könnte eine Chance sein für die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit, für Bürgerinnen und Bürger, die sich für Europa interessieren und sich beteiligen wollen. In der Summe meine ich aber, dass solche Verfahren den Diskurs in den Parlamenten bestenfalls ergänzen, nicht aber ersetzen können.

Auch wenn man nicht unbedingt für ein europäisches Soververfassungsgericht plädiert, stellt sich trotzdem die Frage, wie man sich dazu verhält, dass es in den einzelnen Ländern verschiedene Traditionen, also Wertetraditionen, Rechtskulturen, auch Rechtsprechungskulturen gibt. Das angelsächsische Rechtssystem etwa weist bekanntlich erhebliche Unterschiede zum kontinentalen auf. Oder nehmen wir ein aktuelles Beispiel: Wie geht man damit um, was als ›ungarischer Sonderweg‹ bezeichnet werden könnte? Da werden europäische Grundwerte, auf die man sich geeinigt hat, infrage gestellt. Wie sähe die Strategie aus, wenn man feststellt, dass eine gemeinsame Grundlage verlassen wird, weil die Gewaltenteilung missachtet und die Idee eines verbindlichen Fundaments offenbar nicht mehr geteilt wird?

Ich glaube, wir müssen solchen Herausforderungen mit den Mitteln des Rechts begegnen. Insofern freue ich mich, dass die Europäische Kommission sehr bewusst mit ihrem rechtlichen Instrumentarium umgeht. Natürlich ist es wichtig, auch politisch auf diejenigen einzuwirken, die sich vom allgemeinen Konsens verabschieden, zu diskutieren und offenzulegen, wo die Probleme liegen. Bestimmte Grundlagen stehen in Europa allerdings nicht zur Disposition, etwa was die Wahrung der Gewaltenteilung oder die Achtung der Grundrechte betrifft. Wenn diese Grundlagen nicht beachtet werden, sieht das europäische Rechtssystem Verfahren vor, insbesondere das Vertragsverletzungsverfahren. Dies ist kein Plädoyer dafür, alles zu zentralisieren und gleichzumachen, denn wir haben in Europa eine Kultur der Vielfalt, die wir unbedingt erhalten sollten. Gerade die Unterschiedlichkeit macht Europa reich, aber es gibt – wie das Ernst Fraenkel für die Pluralismustheorie einmal beschrieben hat – einen sogenannten ›unstreitigen Sektor‹, der nicht verhandelbar ist. Wer diese gemeinsame Basis verlässt, der muss sein Verhalten entweder ändern oder in letzter Konsequenz darüber nachdenken, die Union zu verlassen.

Die Frage stellt sich natürlich, ob die Sprache des Rechts nicht der ›Sprache‹ der Ökonomie unterliegt und unterliegen muss. Man kann sich bisweilen kaum des Eindrucks erwehren, die letzte und höchste europäische Entscheidungsinstanz sei die Europäische Zentralbank. Funktionieren die gegenseitigen Kontrollmechanismen in Europa? Wie viele Rettungsschirme sind noch mit der Verfassung vereinbar?

Im Juni hat der Zweite Senat genau über diese Fragen im Hauptsacheverfahren ESM/EZB verhandelt: Ist der Europäische Stabilitätsmechanismus in ausreichender Weise demokratisch legitimiert? Wie weit gehen die Kompetenzen der Europäischen Zentralbank? Damit sind schwierige Rechtsfragen aufgeworfen, mit denen wir uns derzeit im Senat intensiv auseinandersetzen. Sie werden verstehen, dass ich hierzu im Moment keine Voreinschätzung abgeben kann.

In einem Vortrag an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften\* sprachen Sie im Kontext des Grundrechtsschutzes von der Notwendigkeit, »spezielle Verbundtechniken« im europäischen Verfassungsgerichtsverbund zu entwickeln: Nationale Verfassungsgerichtsbarkeiten und der Europäische Gerichtshof für

### Menschenrechte sollten miteinander in einen »Rechtsprechungsdialog« treten. Was verstehen Sie unter diesem Verfahren?

Der »Rechtsprechungsdialog« beschreibt das weite Feld der Zusammenarbeit von Gerichten auf verschiedenen Ebenen. Zu denken ist hier an die nationalen Fachgerichte, die nationalen Verfassungsgerichte, den Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg (EuGH) und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. In den letzten 30 bis 40 Jahren haben sich sehr komplexe Formen der rechtlichen Zusammenarbeit entwickelt, die ich versucht habe, mit dem Stichwort »Verbundtechniken« zu beschreiben. Was ist das zum Beispiel? In der »Solange-II-Entscheidung« hat das Bundesverfassungsgericht in etwa formuliert: »Solange auf europäischer Ebene ein Grundrechtsstandard vorhanden ist, der mit dem deutschen Standard im Wesentlichen vergleichbar ist, werden wir europäische Akte nicht am Maßstab der eigenen Grundrechte überprüfen.« Das ist der sogenannte »Solange-Vorbehalt«. Ein weiteres Beispiel: Der EGMR in Straßburg spricht häufig von einem »margin of appreciation«. Dabei geht es um einen Einschätzungsspielraum der nationalen Gerichte und nationalen Politiken bei der Beurteilung von menschenrechtlichen Fragen. Diese Zurückhaltung des EGMR in bestimmten Fragen dient dazu, den nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Noch ein Beispiel: Vorlageverpflichtungen sind in der Praxis ein ganz wichtiges Instrument, um die Einheitlichkeit des Europarechts in der Union herzustellen. Immer dann, wenn eine ungeklärte europarechtliche Frage entscheidungserheblich wird, haben die Fachgerichte und nationalen Verfassungsgerichte diese Frage dem EuGH vorzulegen. Der EuGH entscheidet über die Auslegung des Europarechts, und auf dieser Grundlage muss dann der Fall vom vorlegenden Gericht entschieden werden. Auch das ist eine »Verbundtechnik«, so wie ich sie verstehe. Es gibt viele dieser Techniken und dogmatischen Figuren. Damit der Gerichtsverbund gut arbeiten kann, werden sie ständig weiterentwickelt. Wichtig ist dabei sowohl der Respekt vor den Aufgaben der anderen Gerichte als auch die Verantwortung für die eigene Aufgabe. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht zum Beispiel schon früh entschieden, dass es sich trotz des Vorrangs des Europarechts vorbehält, sogenannte »ausbrechende Rechtsakte« für verfassungswidrig zu erklären. Dies ist eine logische Folge daraus, dass nur begrenzte Kompetenzen auf die europäischen Institutio-

nen übertragen wurden – außerhalb dieses Rahmens bleiben allein die Mitgliedsstaaten zuständig. Wenn der Gerichtshof der Europäischen Union hiergegen auf seine Zuständigkeit für das Europarecht verweist, ist das zwar grundsätzlich richtig. Gegen Rechtsakte, die völlig außerhalb der Kompetenz liegen – und das könnten auch Entscheidungen des Gerichtshofs sein –, müssten wir aber als Hüter des Grundgesetzes einschreiten. Auch diese sogenannte »Ultra-vires-Kontrolle« ist eine Verbundtechnik im komplexen europäischen Zusammenspiel der Gerichte, die allerdings in der Praxis bislang noch nie zum Tragen kam.

Das klingt schön und harmonisch, aber wenn man konkret auf die Differenzen zwischen den europäischen Ländern schaut – man denke nur an den Umgang mit Homosexualität, der eine Spannbreite von Gleichstellung bis hin zu schlimmster Diskriminierung aufweist –, dann fragt man sich doch, wie weit es her ist mit der europäischen Harmonie bezüglich der Menschenrechte. Es lässt sich ein beträchtliches Nord-Süd-, aber auch West-Ost-Gefälle beobachten, das auf kulturellen, teilweise religiösen Unterschieden basiert und das doch tiefgreifendere und eventuell nicht vermittelbare Differenzen vermuten lässt.

Bei allen Fortschritten bleibt die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Diskriminierung sicherlich eine Daueraufgabe. Auf der anderen Seite sind unterschiedliche Lebenswirklichkeiten in Europa in gewissem Umfang durchaus intendiert. Ich hätte Sorge, in einer Union zu leben, in der alle wichtigen Fragen gleich entschieden werden müssen. Selbst in Bundesstaaten ist das nicht immer der Fall. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe sind insofern ein eher schwieriges Beispiel. In Deutschland hat zunächst der Gesetzgeber – und nicht das Verfassungsgericht – die zentrale Entscheidung getroffen, die Lebenspartnerschaft im Wesentlichen mit den gleichen Rechten und Pflichten auszustatten wie die Ehe. Die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts bezieht sich auf die Konsequenzen, die von dieser Grundentscheidung ausgehen. Die Situation würde sich unter Umständen anders darstellen, wenn es den ursprünglichen Gesetzgebungsakt nicht gegeben hätte. Die zentralen Entscheidungen müssen politisch getroffen werden – im Rahmen der Verfassung sicherlich, aber die Verfassung hält nicht für alles



eine Lösung vor. Es wäre doch etwas beängstigend, wenn alle wichtigen Fragen von Gerichten entschieden würden. Gerichte können nur den Rahmen abstecken, innerhalb dessen Politik sich entfalten kann.

\* Andreas Voßkuhle: Festvortrag »Menschenrechte im Europäischen Verfassungsgerichtsverbund« anlässlich der Verleihung des Preises der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften an Armin Falk am 21. Oktober 2011 in Berlin





Stephan Ruß-Mohl

## Über europäische Öffentlichkeit und europäischen Journalismus

*Ist die Krise der EU auch eine Krise der Massenmedien in Europa? Europa als Kommunikationsprojekt für Kommunikatoren*

An dieser Stelle könnten eigentlich auch drei leere Seiten folgen: Eine europäische Öffentlichkeit gibt es bisher nicht, erst recht gibt es keinen europäischen Journalismus.

So ließe sich allenfalls darüber spekulieren, ob im Zeitalter der sozialen Netzwerke, der Blogs und Diskussionsforen allmählich eine europäische Öffentlichkeit *ohne* europäischen Journalismus entstehen könnte – denn so manche Internetgurus und Digitalisierungspropheten verheißen uns ja seit Jahr und Tag, dass sich Öffentlichkeit in der Demokratie auch ohne Journalismus herstellen lasse, der auswählt, prüft und recherchiert (zuletzt: Jarvis 2013).

Vorerst sprechen die meisten empirischen Studien allerdings eine andere Sprache. Auch wenn die sogenannten »Citizen Journalists« da und dort bei Katastrophen als Erste die zugehörigen Bilder über den Globus zwitschern, ersetzen Twitter, Facebook & Co. nicht die Mainstream-Medien, sondern dienen allenfalls als deren zusätzliche Plattformen und Resonanzböden.

Öffentlichkeit wird auch im Internet-Zeitalter bislang weitgehend vom Journalismus hergestellt. Journalisten sind weiterhin wichtige Schleusenwärter der öffentlichen Kommunikation. Wenn kluge Köpfe wie Julian Assange oder Edward Snowden weltweit für ihre jeweilige Causa Aufmerksamkeit erregen wollen, suchen sie in Amerika die Zusammenarbeit mit der *New York Times* oder der *Washington Post* und in Europa mit dem *Guardian*, dem *Spiegel* sowie mit *Le Monde* und *El País*. So dürfte auch die – wohl vorschnell bereits wieder abklingende – Vertrauenskrise, in welche die Europäische Union in den letzten Jahren geschlittert ist (Petersen 2013), letztendlich stark von der Berichterstattung der Mainstream-Medien mit ausgelöst worden sein.

Wer Europa als Projekt noch nicht aufgegeben hat, sollte sich zunächst fragen, wie es passieren konnte, dass

- Regierungen in EU-Europa sich nicht an Gesetze und Vereinbarungen gebunden fühlen, die sie selbst erlassen bzw. getroffen haben (zum Beispiel Maastricht-Kriterien für die Staatsverschuldung);

- die Staatsfinanzen in halb Europa außer Rand und Band geraten sind und aufgeplusterte, aber unsolide finanzierte Rettungsschirme weiterhin die wirtschaftliche Stabilität Europas gefährden;

- die EU zwar Bananen-Krümmungen und sonstige Normvorgaben für Obst und Gemüse bis ins letzte Detail regelt, trotz ihres »Regulierungswahns« (Enzensberger 2010) es ihr dagegen an vielen Stellen innerhalb der EU nicht gelingt, rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien gegen offensichtlichen Machtmissbrauch durchzusetzen;

- sich in Europa mafiöse, korrupte Praktiken ausbreiten, also nicht der »Export von Stabilität« gelingt, »sondern der Import von Instabilitäten« droht bzw. stattfindet (Nonnenmacher 2005);

- damit einhergehend auch im Journalismus und in der Medienbranche professionelle Spielregeln außer Kraft gesetzt werden, nicht zuletzt, weil die Macht von Medienbaronen wächst, welche Medienmacht für ihre eigenen Zwecke politisch missbrauchen (Kuś u. a. 2013).

Dies alles verdichtet sich zum Befund Peter Sloterdijks (2013), das Projekt Europa sei dabei, an Missmanagement zu scheitern: »Als durchwegs ökonomisch ausgerichtete Wohlstandsgemeinschaft ist Europa an seine Grenzen gelangt.«

Perspektivisch gibt es zwei grundsätzliche Antworten, um das Projekt Europa wieder zukunftsfähig aufzugleisen, die eine zielt mehr aufs politische System, die andere mehr auf den medial-kulturellen Bereich.

Erstens gilt es auf europäischer Ebene ein *Demokratie-Defizit* zu beseitigen: Exekutive und bürokratische Appa-



rate wachsen, ja wuchern – die parlamentarische Kontrolle und auch die Bürgerbeteiligung funktionieren dagegen höchst unzureichend.

Zweitens fehlt es an einer funktionierenden ›vierten Gewalt‹, an einem unabhängigen, distanzierten Journalismus, der mit hinreichender Recherche-Kapazität ausgestattet ist (Marconi 2011) und das europäische Projekt wohlwollend-kritisch begleitet.

Der erste Problemkomplex wurde breit und seit Langem öffentlich erörtert (Grimm 1992; Wohlgemuth 2007; Enzensberger 2010; Schmidt 2010; vgl. auch Frey 2012; Neyer 2013; eher relativierend: Verheugen 2005), der zweite dagegen bisher kaum thematisiert. Dieser Beitrag fokussiert deshalb auf den zweiten Aspekt.

Zwar sind in kaum einer Kapitale der Welt mehr Journalisten akkreditiert als in Brüssel (Marconi 2011, S. 4 f.), aber ihre Zahl ist in den letzten Jahren dramatisch geschrumpft (Castle 2010). Genauer besehen, ist in vielfältiger Weise Journalismus-Versagen zu konstatieren: Die Korrespondentenbüros sind ausgedünnt, die zahlreichen Einzelkämpfer unter den Brüsseler Journalisten können der geballten Übermacht der EU-Bürokratie und den hochprofessionellen Lobbying- und PR-Aktivitäten in deren Vorfeld kaum standhalten.

Aber selbst wenn die Brüsseler Korrespondenten eine wichtige ›Geschichte‹ ausgegraben haben, besteht Gefahr, dass die ebenfalls geschrumpften Redaktionen zu Hause deren Relevanz nicht erkennen. Dazu ein Beispiel: Noch im Herbst 2009, zu einem Zeitpunkt, als immerhin der Vertrag von Lissabon in Kraft trat, widmete das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, wie eine Inhaltsanalyse ergab, den Reformen der EU in etwa gleich viel Platz wie der Wirtschaftspolitik Weißrusslands und einer Währungsreform in Nordkorea (Petersen 2013).

Das hat sich seither infolge der Finanzkrise verändert, ansonsten haben sich die Bedingungen aber drastisch verschlechtert. Denn die Journalismus-Kulturen, die sich in Europa auf nationalstaatlicher Ebene herausgebildet haben, sind allesamt von Deprofessionalisierung bedroht, es entsteht ein journalistisches Prekariat (Schnedler 2013). Die Publika wandern scharenweise ins Internet ab und sind dort weniger zahlungsbereit. Auch über Werbung lässt sich anspruchsvoller Journalismus immer weniger finanzieren, da die werbetreibende Wirtschaft zielgruppen- genau und ohne Streuverluste ihre Botschaften platzieren möchte und Facebook, Google & Co. hier unschlagbare Angebote machen können (Ruß-Mohl 2009, 2013).

Wenn in Redaktionen gespart werden muss, trifft das meist zuerst die Auslandsberichterstattung. Brüssel ist einfach weiter weg als die eigene Hauptstadt und der eigene lokale Kirchturm. Selbst wenn in den letzten Jahren ereignisbedingt mehr über die EU und die jeweiligen europäischen Nachbarländer berichtet wurde, so hat die Kompetenz der Berichterstattung oder gar deren aufklärerisch-kritische Qualität gewiss nicht zugenommen. Im Gegenteil, krisenbedingt brachen europaweit Nationalismen, Klischees und Stereotype in den Medien durch, wie wir sie eigentlich nicht mehr für möglich gehalten hätten – seien das Pauschalurteile über ›die‹ faulen und kriminellen Griechen oder Italiener, seien das Versuche vieler Medien in Südeuropa, Angela Merkel in die Nazi-Ecke zu stellen und ›den‹ Deutschen neue Weltherrschaftsgelüste anzudichten.

Noch einmal Peter Sloterdijk (2013): Dieser Kontinent kommt »mit all seiner amüsanten Diversität, seiner konstitutiven Uneinigkeit, seiner sympathischen Entschlussschwäche, seiner prekären Symbiose zwischen Norden und Süden usw. immer noch eher dem Pol der lose gekoppelten Unterhaltungsgemeinschaft nahe, erkennbar an der herrlichen Beliebigkeit der Themen, am Vorrang der Urlaubsweltansichten und einer alles durchdringenden Ernstfallferne«.

Vernichtender könnte eine Journalismus-Kritik in Europa kaum ausfallen – Europas Krise ist somit auch eine Krise des Journalismus in Europa. Wenn es andererseits weiterhin der Journalismus ist, der Öffentlichkeit herstellt, dann hätte eine europäische Öffentlichkeit einen funktionierenden europäischen Journalismus zur Voraussetzung.

Die wenigen Versuche, Medien zu etablieren, die europaweit als europäische und nicht als nationalstaatliche Stimmen wahrgenommen werden, sind indes allesamt gescheitert. Robert Maxwells *The European*, Orchideen wie *Lettre internationale* und *Le monde diplomatique*, Sender wie *Euronews* und *Eurosport* waren und sind jedenfalls keine Erfolgsgeschichten. Auch ein paar Titel wie *GEO*, *Gala* oder *Auto-Bild*, die in mehrere Sprachen übersetzt und an die nationalen Lesekulturen angepasst werden, machen noch keinen europäischen Frühling. Der enge Markt international ausgerichteter Tageszeitungen in Europa wird – mit Ausnahme des *Guardian* und der *Financial Times* – von amerikanischen Titeln dominiert wie *USA Today*, *Wall Street Journal Europe* und der *International Herald Tribune* (Ruß-Mohl 2004), die demnächst



zur europäischen Ausgabe der *New York Times* mutieren wird.

Statt eines europäischen Journalismus gibt es weiterhin eine Vielzahl von Journalismus-Kulturen in Europa. Um zu begreifen, wie unterschiedlich diese und die Mediensysteme ausgeprägt sind, genügt ein Blick auf die jährlichen Rankings zur Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen 2013) sowie auf einige komparative Forschungsprojekte, die in den letzten Jahren die Journalisten in Europa etwas genauer vermessen haben (vgl. Sievert 1998; Hallin/Mancini 2005; Hanitzsch u. a. 2010; Anagnostou u. a. 2010; Fengler/Eberwein 2013).<sup>\*</sup> Im Pressefreiheits-Ranking bilden nord- und mitteleuropäische Länder wie Finnland (Platz 1), Niederlande (Platz 2) und Norwegen (Platz 3) die Spitze, süd- und osteuropäische EU-Mitglieder wie Ungarn (Platz 56), Italien (Platz 57), Griechenland (Platz 84) und Bulgarien (Platz 87) sind dagegen die Schlusslichter in Europa. Die vergleichenden Forschungsprojekte belegen, dass ähnlich stark fast alle Variablen oszillieren, mit denen sich Qualitäten von Mediensystemen und Journalismuskulturen dingfest machen lassen.

Der Journalismus ist in Europa somit eine bemerkenswert diverse und zugleich ›lokale‹ Veranstaltung geblieben. In aller Regel findet er innerhalb eines Sprachraums statt. Es wäre nicht nur ein aussichtsloses, sondern womöglich kontraproduktives Projekt, *einen* europäischen Journalismus und *eine* europäische Öffentlichkeit herstellen zu wollen.

Das darf und kann indes nicht heißen, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Im Gegenteil, jede Strategie, die dem Projekt Europa aufhelfen möchte, hätte zunächst bei den Kommunikatoren anzusetzen. Nur wenn es gelingt, unter Journalisten und anderen Medienschaffenden weiterhin eine weltoffene *europäische* Grundorientierung zu verankern, wird das Projekt Europa auch in den nächsten 50 Jahre florieren.

Auch wenn dies unrealistisch erscheinen mag: Wir bräuchten in Europa dringend

- mehr Journalisten, die gelernt haben, über den Kirchturm des eigenen Sprengels hinauszugucken, die zwei oder drei europäische Sprachen sprechen, die sich nicht nur in einem Land zu Hause fühlen und die Vorurteile abbauen helfen, statt Stereotype weiterzuverbreiten; und
- auch mehr Journalisten, die sich in EU-Europa auskennen, vor allem im Dickicht der Brüsseler Administration und der vorgelagerten Lobbying-Aktivitäten;

- professionelle Mindeststandards, das heißt gut ausgebildete Journalisten, die diese einhalten, die für Pressefreiheit kämpfen und die wissen, dass Pressefreiheit auf Dauer ohne verantwortungsvollen Umgang mit ihr, also ohne ›Media accountability‹ und ohne funktionierende Selbstkontroll-Instanzen (Fengler u. a. 2013) nicht zu haben ist;
- sowie mehr journalistische Aufklärung über Medien und Journalismus, auch um voneinander über Sprach- und Kulturgrenzen hinweg zu lernen.

In der Journalistenaus- und -weiterbildung stößt bislang der Blick über den Tellerrand der eigenen Journalismus-Kultur schnell an Sprachbarrieren. Immerhin sind im Gefolge von Erasmus-Programmen erste internationale Curricula und Kooperationen von Journalistik-Instituten entstanden, die zur Horizonterweiterung ihrer Absolventen beitragen dürften. Das gälte es, auszubauen.

Europäische Denkweisen und gemeinsame europäische Mindeststandards bei der journalistischen Professionalisierung ließen sich am ehesten in institutionellen Kontexten entwickeln, in denen Nachwuchsjournalisten und -medienforscher aus verschiedenen europäischen Ländern sich austauschen und gemeinsam über das eigene Metier und über Europas Zukunft nachdenken, zum Beispiel

- in europäischen Fellowship-Programmen für Journalisten (Reuters Institute for the Study of Journalism, Oxford University; European Journalism Fellowships, FU Berlin);
- an europäischen Weiterbildungsstätten und Universitäten (European Journalism Center in Maastricht – wobei dessen Angebote nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind und es verwundert, weshalb europäische Universitäten wie das European University Institute in Florenz oder die Viadrina in Frankfurt/Oder nicht gezielt Programme für Journalisten anbieten);
- im Rahmen vergleichender Journalismusforschung, die in den letzten Jahren erfreulich expandierte und weiter ausgebaut werden sollte, zum Beispiel durch interdisziplinäre, europäische Doctoral Schools in der Medienforschung.

Man mag einwenden, das sei ein elitäres Programm. Aber letztlich waren es auch bisher Eliten, die das europäische Projekt vorangetrieben haben. Gerade weil es insgesamt mit dem Journalismus bergab geht, gilt es, durch solche Initiativen gegenzusteuern. Die europäische Politik ist gefordert, wenn Machtzusammenballungen im



Mediensektor Vielfalt und Wettbewerb gefährden. Sie sollte aber auch dazu beitragen, dass europaweit Infrastrukturen entstehen, die gerade jetzt unter den schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen dem Journalismus in Europa zu einem soliden professionellen Fundament verhelfen. Um das zu bewirken, sollte sich die EU zur Regel auferlegen, für jeden Euro, den sie für Werbung und PR-Aktivitäten – bis hin zur Manipulation von Umfragen (Kühn 2012) – ausgibt, zwei Euro in einen Fonds zur Finanzierung solcher Infrastrukturen einzuzahlen. Das würde dem Journalismus aufhelfen und den Aufwand der EU für Selbstbeweihräucherung mit Steuergeldern auf ein erträgliches Ausmaß reduzieren.

Es wäre allerdings falsch, allzu große Erwartungen an die Institutionen der EU zu richten. Ohne zivilgesellschaftliches Engagement, ohne private Stiftungen, ohne Idealismus und Bereitschaft zur ehrenamtlichen Selbstausbeutung von Journalisten und Medienforschern kann es nicht gelingen, das Europa der Kommunikatoren zu bauen. Nicht zuletzt bedarf es neuer Netzwerke, in denen über die Sprach- und Kulturgrenzen innerhalb Europas hinweg kommuniziert wird.

Ein Beispiel hierfür ist das European Journalism Observatory (EJO). In der neuen, konvergenten und webbasierten Medienwelt hilft es Journalisten, Medienmanagern und anderen Interessierten, sich fachlich zu orientieren. Es beobachtet Trends im Journalismus, in der Medienbranche sowie in der Medienforschung. Es baut Brücken zwischen den Journalismus-Kulturen, vor allem in Europa und in den USA, und will einen Beitrag zur Qualitätssicherung im Journalismus leisten.

Zunächst an der Universität Lugano beheimatet, ist das EJO heute ein Netzwerk, in dem Partner aus zehn europäischen Sprachräumen und 13 Ländern zusammenwirken – darunter das Reuters Institute for the Study of Journalism an der Universität Oxford und das Erich-Brost-Institut für Internationalen Journalismus der TU Dortmund sowie die Turiba Business School in Riga, die Universität Wrocław und die Universität Tirana.

Gerade für fachliche Information gewinnt das Internet an Bedeutung. Das EJO hat sich von Anfang an als Online-Plattform verstanden, das mit seiner Website ([www.ejo-online.eu](http://www.ejo-online.eu)), seinen Facebook- und Twitter-Accounts nicht nur eigene Veröffentlichungen in zehn Sprachen abrufbar macht, sondern auch Information aggregiert und seine Nutzer mit anderen anregenden Websites verlinkt. Übersetzt werden Texte dann, wenn sie für

den jeweiligen Sprachraum interessant erscheinen. Weitere europäische Sprachversionen (Französisch, Spanisch, Bulgarisch) sind in Vorbereitung und werden realisiert, sobald sich Sponsoren gefunden haben.

Die Vision ist, das EJO weiter als multilinguale Plattform auszubauen, die relevante Erkenntnisse der Medien- und Journalismusforschung für die Medienpraxis lokal und europaweit erschließt – mit einem Schwerpunkt auf die eigene Journalismus-Kultur des jeweiligen Sprachraums, aber doch auch mit einem hohen Anteil übersetzter und adaptierter Texte der Partner. Dies ist die mutmaßlich preiswerteste Form, europaweit den Zugang für Journalisten zu Fachwissen zu erweitern und die Reflexionskompetenz von Medienpraktikern zu trainieren. Zugleich entsteht ein zeitgemäßes Informationsangebot, das vorhandene, in der Produktion teurere Journalismus-Fachzeitschriften ergänzt.

Ein Treppenwitz: Das meiste Geld für das Projekt kommt bisher aus einem Land, das gar nicht zur EU gehört, von dem aber Europa viel in puncto konstruktiver Zusammenarbeit über Sprachgrenzen hinweg lernen könnte, nämlich aus der Schweiz: Die Stiftung des *Corriere del Ticino*, der größten Regionalzeitung der italienischen Schweiz, hat die Gründung des EJO 2004 ermöglicht. Als erste staatliche Forschungsförderungs-Institution hat der Schweizerische Nationalfonds seit 2011 sechs osteuropäische EJO-Websites sowie einen Teil der bisherigen Aktivitäten in der Schweiz finanziert. Ansonsten engagieren sich mit der Stiftung Presse-Haus NRZ, der Robert Bosch Stiftung und der FAZIT-Stiftung vor allem private deutsche Förderinstitutionen. Schaut man auf die Finanzierungsseite, ist das EJO also noch weit davon entfernt, ein wirklich europäisches Projekt zu sein.

Und doch ist es ein erster Schritt, *über* Journalismus und *über* Medien eine »europäische Öffentlichkeit« herzustellen – zumindest für Journalisten und Medienmanager, für Medienforscher und andere Medienexperten, und last not least für den Nachwuchs in diesen Berufsfeldern.

Letztlich bleibt auch zu hoffen, dass die Forschungsförderungseinrichtungen umsteuern und für Wissenschaftler mehr Anreize zum Mitmachen schaffen: Wer öffentliche Gelder für seine Forschungsprojekte erhält, sollte auch in die Pflicht genommen werden, die Öffentlichkeit an seinen Erkenntnissen teilhaben zu lassen. Ein Dreispalter in der *FAZ* oder *taz* über ein Forschungsprojekt sollte bei der Neubewerbung um Drittmittel nicht weni-



ger zählen als eine Publikation der Ergebnisse in einem ›peer reviewed journal‹, die nur von einer Handvoll hoch spezialisierter Fachkollegen zur Kenntnis genommen wird. Nur so ließe sich wohl verhindern, dass viele Forschungsergebnisse in Bibliotheksregalen verstauben und in Web-Depositorien verschwinden, statt öffentlich zugänglich zu werden und in der Praxis Früchte zu tragen.

Ein europäischer Journalismus und eine europäische Öffentlichkeit wird sich aus derlei Aktivitäten zwar nicht entwickeln, sofern das EJO-Netzwerk weiter floriert und es gelingt, seine Finanzierung zu sichern, könnte es aber immerhin dazu beitragen, dass sich europaweit die Kommunikation unter Kommunikatoren verbessert. Vergleichbare Plattformen könnten vermutlich auch in anderen Bereichen helfen, dass Forschungsergebnisse besser genutzt werden, sich ›best practices‹ über Sprachgrenzen hinweg ausbreiten und sich europaweit professionelle Mindeststandards durchsetzen.

Gerade die neuen sozialen Netzwerke eröffnen europäischen Initiativen und Institutionen nie gekannte Kommunikationsmöglichkeiten. Die Kommunikation unter den Kommunikatoren, aber auch zwischen Medienforschern und -praktikern ist ausbaufähig. Dank besseren Informationsaustausches könnte dereinst vielleicht doch so etwas wie eine hoffentlich vielfältige, facettenreiche ›europäische Journalismus-Kultur‹ entstehen, die sich in puncto professioneller Standards mit der amerikanischen messen kann.

Das wäre ein Silberstreif am Horizont – auch wenn es im Moment eher so aussieht, als würden Europa und seine Journalismus-Kulturen weiter von schweren Unwettern heimgesucht.

\* Verwiesen sei zusätzlich auf folgende Projekt-Websites: [www.mediaact.eu/](http://www.mediaact.eu/); [www.mediadem.etiamep.gr/](http://www.mediadem.etiamep.gr/); [www.worldsofjournalism.org/](http://www.worldsofjournalism.org/)

#### Literatur

- D. Anagnostou u. a.: Background information report. Media policies and regulatory practices in a selected set of European countries, the EU and the Council of Europe, 2010; [www.mediadem.etiamep.gr/wp-content/uploads/2010/05/BIR1.pdf](http://www.mediadem.etiamep.gr/wp-content/uploads/2010/05/BIR1.pdf) (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- St. Castle: »As the E.U. Does More, Fewer Tell About It«, in: *International Herald Tribune* v. 22. 3. 2010; [www.nytimes.com/2010/03/23/business/global/23press.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2010/03/23/business/global/23press.html?_r=0) (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- V. Dolna: »Europa ohne Europäer«, in: *Die Furche* v. 27. 6. 2013, S. 3
- H. M. Enzensberger: »Wehrt euch gegen die Bananenbürokratie!«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 3. 2. 2010, S. 27
- S. Fengler und T. Eberwein: »Zahnlos und lahm?«, in: *Journalistik Journal*, Jg. 16, Nr. 1 (Frühjahr 2013), S. 35–38
- B. Frey: »Weg mit dem Nationalstaat«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 24. 11. 2012, S. 34; [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/europas-zukunft-weg-mit-dem-nationalstaat-11970938.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/europas-zukunft-weg-mit-dem-nationalstaat-11970938.html) (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- D. Grimm: »Der Mangel an europäischer Demokratie«, in: *Der Spiegel*, Heft 43 v. 19. 10. 1992; [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679731.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679731.html) (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- D. C. Hallin und P. Mancini: *Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics*. Cambridge, UK 2004
- Hanitzsch, Thomas u. a.: »Mapping Journalism Cultures across Nations: A Comparative Study of 18 Countries«, in: *Journalism Studies*, Vol. 12 (2011), S. 273–293
- J. Jarvis: »There are no journalists«, in: *BuzzMachine* v. 30. 6. 2013; <http://buzzmachine.com/2013/06/30/there-are-no-journalists-there-is-only-journalism/> (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- O. Kühn: »Waren Sie heute schon europafreundlich? Selbstbetrug und Manipulationen: Die EU in ihren eigenen Statistiken«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 7. 11. 2012, N 4
- M. Kuš u. a.: *Die Rückkehr der Patrons*, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 13. 8. 2013
- C. Marconi: Does the Watchdog Bark? The European Union, the Greek Debt Crisis and the Press. Reuters Institute for the Study of Journalism 2011; <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/about/news/item/article/does-the-watchdog-bark-the-europea.html> (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- J. Neyer: »Europa: Integration und Demokratie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 8. 4. 2013, S. 7
- G. Nonnenmacher: »Das Publikum verlässt den Saal«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13. 6. 2005, S. 1
- Th. Petersen: Das Vertrauen in die EU wächst, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 17. 7. 2013, S. 8
- Reporter ohne Grenzen: Aktuelle Rangliste der Pressefreiheit, 2013; [www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/rangliste-2013](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/rangliste-2013) (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- St. Ruß-Mohl: »Towards a European Journalism? – Limits, Opportunities, Challenges«, in: *Studies in Communication Sciences / Studi di scienze della comunicazione*, Vol. 3/Nr. 2 (Summer 2003), S. 203–216
- St. Ruß-Mohl: *Kreative Zerstörung. Niedergang und Neuerfindung des Zeitungsjournalismus in den USA*. Konstanz 2009
- St. Ruß-Mohl: *Vom Qualitätsjournalismus zu Zeiten des Internets*. Berlin 2013; <http://de.ejo-online.eu/9881/ethik-qualitatssicherung/vom-qualitaetsjournalismus-zu-zeiten-des-internets> (letzter Zugriff am 9. 9. 2013)
- M. G. Schmidt: »Hat die Europäische Union ein Demokratiedefizit?«, in: ders.: *Demokratiethorien. Eine Einführung*. Wiesbaden 2010, S. 399–411
- Th. Schnedler: »San Precario an der Weser«, in: *Message*, Nr. 3 (2013), S. 36–39
- H. Sievert: *Europäischer Journalismus: Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*. Wiesbaden 1998
- P. Sloterdijk: »Anmerkungen eines nicht mehr Unpolitischen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 19. 6. 2013, S. 28
- G. Verheugen: *Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee*. Köln 2005
- M. Wohlgemuth: »Einheit in Vielfalt. 50 Jahre europäische Ordnungspolitik«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 17. 3. 2007, S. 11



Hazel Rosenstrauch

## Haym@geföhle für Europa?

Heimatgefühl ist ein großes Wort, an dem viele Gewichte hängen, deshalb habe ich es ein wenig verfremdet. Es ist ein deutsches Wort, in andere Sprachen nicht übersetzbar. Die Engländer sagen »my home is my castle«, die Spanier sprechen bestenfalls von »patria«, was man aber mit »Vaterland« rückübersetzen müsste. Heimat*liebe* hieße »amor a la patria« und hat einen peinlichen Beigeschmack. Wer gar das Heimatland als »homeland« übersetzt, ist bei jenen Siedlungen, in die während des Apartheid-Regimes in Südafrika die Schwarzen gepfercht wurden – samt Ausgangssperre und hohem Zaun. Schriftsteller, die aus ihrer »Heimat« vertrieben wurden, finden am fremden Ort manchmal Heimat in der Sprache. (Rose Ausländer: »Mein Vaterland ist tot, sie haben es begraben im Feuer. Ich lebe in meinem Mutterland Wort.«)

Laut Grimm'schem Wörterbuch ist »Heim« der Ort, wo man wohnt oder sich aufhält. Heimat war für gläubige Christen primär der Himmel, auf der Erde weilten sie als Fremdlinge. Seine sentimentale Bedeutung bekam der Begriff nicht zufällig im Laufe des 18. Jahrhunderts, in dem traditionelle Zugehörigkeiten und Orientierungen verloren gingen. Haym@, geschrieben mit y und @, rüttelt an alten Mustern und soll helfen, eine Haltung zwischen Sentimentalität und »kalter« Vernunft zu finden.

Seelenkundler versichern uns, die Menschen bräuchten eine Zugehörigkeit, ob der Mensch eine nationale Identität braucht, kann ich nicht beurteilen; Tatsache ist, dass nationale Legenden wieder Aufwind haben, und das ist – neben der Finanzkrise – ein wesentlicher Grund, weshalb neuerdings auch Politiker nach einem »Narrativ für Europa« suchen. Als die EU gebaut wurde, hat man Philosophen und Schriftsteller nicht eingeladen, die Bau- »Herren« wollten pragmatisch sein und haben sich kaum um die Geföhle der »Zugehörigen« gekümmert. Erst seit das Projekt zu scheitern droht, wird der Ruf nach einer »Erzählung über Europa« laut.

Die EU ist zwecks Austausch von Waren und – auch – als Lehre aus der Geschichte entstanden. Dass sie schwerfällig, für Zuschauer langweilig und so gar nicht sexy ist, gehört zu dieser Lehre. Der Faschismus nämlich war für viele durchaus sexy. Geföhle für die Heimat/die Nation oder das Reich lassen sich zwar von oben inszenieren, aber bei der Gründung der EU wusste man noch, dass die kollektive Begeisterung für abstrakte Gebilde wie Nation, Staat oder Rasse gefährlich und potenziell tödlich ist. Mit Propaganda, Patriotismus und staatlich verordneten Identitätsangeboten ist zu viel Missbrauch getrieben worden, es ist besser, wenn politische Institutionen nicht emotional besetzt werden.

»Europa« ist den meisten Inwohnern zu fremd, um geföhlmäßige Bande zu entwickeln. Sie stehen vor dem Koloss wie Josef K. vor dem Schloss, in das er gerufen und nicht eingelassen wird. Das in Heimatfilmen und Groschenheften beschworene Idyll ist der Industrie, Autobahnen, Nobelhotels auf hohen Bergen gewichen, ganze Dörfer wurden für den Bergbau geflutet; zeitgenössische Filme und Romane erzählen eher von der Brutalität in Bergbauerndörfern als von Heimeligkeit; Landbewohner ziehen in die Städte oder werden umgesiedelt, die Provinz verödet. Paradiese gibt es nur in der Werbung, im Jenseits oder im Kitsch. Wie also ließe sich von Europa erzählen, ohne zu lügen, wie könnte man sich, gern mit Stirnrunzeln und vielen Fragen, zwischen Adria und Kaukasus, Sizilien und Reykjavík »zugehörig« und so weit verantwortlich fühlen, dass man Lust hat, zum Erhalt seiner Reichtümer (und ich spreche nicht vom Geld) beizutragen? Braucht man Heimat im 21. Jahrhundert noch? Und dann: Europa? Einen Kontinent, der aus vielen Ländern und Landschaften besteht? Was wäre das geeignete Äquivalent für die Linde am Brunnen vor dem Tore – heute, wo es ja Brunnen und Stadttore kaum mehr gibt?



In letzter Zeit häufen sich Berichte über die ›Transnationalisierung‹ und, noch so eine Neubildung: ›Multilokalität‹. Wissenschaftler und Journalisten erzählen uns, dass immer mehr Kinder an mehreren Orten zugleich oder hintereinander zu Hause sind. Sei es, weil die Eltern für internationale Organisationen arbeiten, als Diplomaten, Monteure oder Migranten von Wien nach New York, von Madrid nach Berlin oder auch Timbuktu übersiedeln, und ihre Heimat aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen verlassen. Sie ziehen, ohne den Nachwuchs zu fragen, von Anatolien nach Bulgarien und weiter nach Norwegen. Oder die Kinder pendeln, weil Papa hier und Mama da wohnt. Ob die neuen Nomaden als Mobilitätsgewinner oder -verlierer bezeichnet werden, hängt vom Blickwinkel und nicht zuletzt den Bildungschancen ab. Sie mögen mobil, mehrsprachig und flexibel sein, aber können sie Heimatgefühle entwickeln, und was ist das überhaupt?

Es gibt Journalisten, Schriftsteller und Theaterleute, Schüler und Städte, die sich europäisch vernetzen, Programme für europäische Begegnungen, Stiftungen, die Portugiesen und Letten, Polen und Holländer zusammenbringen, länderübergreifende Publikationen von und für Menschen, die europäisch denken. Das Manifest »Wir sind Europa« entwirft ein Gegenmodell zum technokratischen Europa. Nur wenig davon dringt an die Öffentlichkeit – nicht zuletzt, weil es keine europäische Öffentlichkeit gibt. Allerdings sind auch die nationalen ›Öffentlichkeiten‹ in schlechtem Zustand, weil es wenig ›gemeinsame Kultur‹ und viele zersplitterte Publika gibt.

Identität und Zugehörigkeit ist in allen Kulturen durch Geschichten, Legenden, Bilder und Mythen geprägt worden. Wenn sich nun Historiker und Philosophen mit der Frage auseinandersetzen, was Europa im Innersten zusammenhält, wie sich die EU rechtfertigen oder gar lieben lässt, sind einige Vorgaben zu berücksichtigen: Timothy Garton Ash hat erklärt, was diese Erzählung nicht sein soll: keine Mythologie, keine supranationale Erzählung, kein Euronationalismus. Eine neue Erzählung müsse ehrlich und selbstkritisch sein, die unterschiedlichen Vergangenheiten und geteilten Ziele berücksichtigen, und sie soll trotzdem eine gemeinsame Zukunft begründen. Kein kleiner Anspruch, und darum gibt es sie ja auch nicht.

Die Frage, wer wir sind und woher wir kommen, wurde oft beantwortet, umgeschrieben, variiert, verbes-

sert, verschlechtert und immer wieder ins Joch von Ideologien gespannt. Was aus der Geschichte wie dargestellt wird, ist nicht beliebig, aber man kann als Historiker, Erzähler oder auch Lehrer überlegen, welche Aspekte geeignet wären, um im neuen Jahrtausend die Frage nach Herkunft zu kommentieren, welche roten Fäden aus der Vielfalt von Erzählungen helfen könnten, ein europäisches Selbstverständnis (um das Wort ›Identität‹ zu vermeiden) den heutigen Umständen und dem heutigen Wissen entsprechend umzuordnen.

Wer es gut meint, denkt bei Europa vor allem an Vernunft und Wissenschaft, an Freiheit, Individualismus und Emanzipation, an die Fähigkeit, zu zweifeln und Kritik zu üben. Kritische Geister aus dieser Tradition denken auch an die Kriege, Pogrome, Verfolgungen, Ausbeutung der Dritten Welt – all die »Irrwege Kolonialismus, Szientismus, Nationalismus«, wie der berühmte Europäer und Mediävist Jacques Le Goff schreibt. Wenn es um klar definierte Zugehörigkeiten ging – ob religiös, ethnisch oder national –, haben die einen die anderen ausgerottet.

In Anlehnung an die Heimatlieder, die Landschaft, Flora und Fauna in den Vordergrund stellen, mache ich mir ein Bild: Europa ist ein Kontinent oder, wie die Geologen sagen, ein asiatischer Wurmfortsatz; es ist ein relativ kleiner Kontinent, der gerade mal 7 Prozent der Erdoberfläche umfasst, von Lissabon bis Nordostrussland sind es ca. 5000 Kilometer. Europa ist eine der wenigen Gegenden mit überwiegend gemäßigttem Klima, keine Tsunamis (bisher), kaum Wüsten, viel fruchtbarer Boden mit Wäldern und großen Flüssen, Bergketten und Seen. Hier gibt es Laub- und Nadelbäume, Nutztiere und Schädlinge, Klippen und sanfte Ebenen. Unter seinen Tieren und Pflanzen wimmelt es von Migranten – Akazien und Eukalyptus, Tomaten und Mais, Tabak, Zuckerrohr und die asiatische Tigermücke sind eingewandert, manche inzwischen einheimische Fischart ist in Schiffsbäuchen hergeschwommen (Bernhard Kegel: *Die Ameise als Tramp*).

Unsere Vorfahren sind vor 30 000 bis 40 000 Jahren aus Afrika und Asien nach Europa gekommen, das von Anfang an »mischrassig« war, wie der spanische Historiker Josep Fontana schreibt – Römer, Kelten, Germanen, Slawen, Araber, Juden, Ungarn, Preußen, Litauer und Inder mischten sich, lange bevor es Multikulti gab. Zur ruhmreichen Geschichte Europas gehören viele Erfindungen, segensreiche und tödliche. Jetzt überwiegen



Städte, Beton, Lärm und viel Technik, zu denen Erfindungen wie Waschmaschinen und Kühlschränke gehören, die es Frauen ermöglichen, aus dem Haus zu gehen.

Die europäische Grundmelodie, ob geografisch, kulturell oder biologisch, variiert stets das Thema Vielfalt. Verschiedenes existiert nebeneinander, wechselt, ändert sich, verschmilzt und entwickelt sich in immer neue Richtungen. Was geografisch zu Europa gehört, ist ebenfalls strittig. Historisch betrachtet sicher Nordafrika und der Nahe Osten, Istanbul, das einstige Konstantinopel, die Länder zwischen Euphrat und Tigris, Mesopotamien, also Palästina, Jordanien, Irak und Syrien.

Als Auswanderer die Neue Welt besiedelten, galt Amerika als das neue Europa – es waren schließlich Engländer und Portugiesen, Spanier und Holländer, Franzosen und Iren, die sich zuerst dort ansiedelten ... und die Ein-Heimischen teils mit der Waffe, teils mit Alkohol oder eingeschleppten Krankheiten dezimierten. Wählt man jenes Merkmal, das besonders gern und oft als alle Europäer verbindende Gemeinsamkeit beschworen wird: die Kultur, dann gehört die ganze Welt zu Europa – inklusive Kolonialismus, Waffengewalt, Sklaverei und Ausbeutung, aber auch Rebellion.

Das sind Puzzlesteine für eine europäische Geschichte, die ein riesiges Reservoir von Erfahrungen, Traditionen und Erbschaften im Umgang mit Ökologie, mit Gier und Moral birgt. Die *homogene* Nation hat es nie gegeben. Charakteristisch für Europa waren in den letzten 5000 Jahren Amalgamierungen, Überlappungen und Kreuzungen. Auf europäischem Terrain bestand und besteht eine breite Palette von Lebensformen neben- und nacheinander, hier wurden verschiedene Kulturen, Götter und Riten aufgesogen und in neue Kulte verwandelt. Das gilt auch für andere Gegenden unseres Globus, ist aber hervorhebenswert, weil es immer noch Geschichtsbücher gibt, die von klaren Ordnungen samt Trennungen zwischen Nationen und Ethnien erzählen. Historiker wissen, dass sich auch die Vergangenheit ändert, weil sie in jeder Generation neu interpretiert wird: Das antike Athen wurde erst viele Jahrhunderte nach seinem Untergang als vorbildliche Demokratie entdeckt; Historiker übertrumpfen sich inzwischen zu beweisen, dass das finstere Mittelalter nicht finster war. Autoren der Reihe *Europa bauen* sprechen nicht mehr von *der* Renaissance, sondern von *Reinassancen*. Ohne die Flüchtlinge aus türkisch eroberten Gebieten, ohne die gebildeten Sklaven in Rom wüssten wir wenig über die Antike. Es gäbe kein Toledo und keine

Alhambra und auch nicht die erst kürzlich entdeckten andalusischen *Märchen aus 101 Nacht*. Mathematik und die griechische Wissenschaft und Philosophie wurden auch von arabischen Gelehrten aufbewahrt, in Sicherheit gebracht und übersetzt. Zu den hier heimischen Wesen und Unwesen gehören – neben Shakespeare und Hitler – auch Gulliver und Münchhausen, das Pferd Rosinante, Trolle und verbrannte Hexen, Titania und Leopold Bloom ebenso wie Heerführer, Könige, Maler, Ingenieure und Bäuerinnen. Eine wilde Mischung. Genau das zeichnet Europa aus, wenn man sich von der kurzen Geschichte nationaler und ethnischer Ordnungsversuche wegbewegt. Konflikte, Ambivalenzen und unordentliche Grenzen sind ein europäisches Kapital, und ein wichtiger Rohstoff für die kommenden Jahre.

In Europa wurde jahrhundertlang gestritten – über Kunst und Moral, Religion und Rasse, über Marktanteile und Löhne, Macht und Ohnmacht. Konflikte und Debatten, Aushandeln und Vernunft sind verteidigungswerte Modelle, die immer wieder neu justiert werden müssten. Streit auszuhalten ist, soviel ich weiß, kein Schulfach, aber es ist eine europäische Tugend, die die Europäer für das 21. Jahrhundert fit machen können.

Die Welt ist kleiner geworden, und die Menschen brauchen einen Rahmen. Das könnte Europa sein, und in Anerkennung, dass Skepsis eine zutiefst europäische Tugend ist – könnte es auch die EU sein. Man muss den Kontinent nicht lieben, aber es gibt eine Reihe von Gründen, um sich auf ihm ›heimisch‹ zu fühlen. Was niemanden daran hindern soll, sich auch in den Americas, in Afrika oder asiatischen Ländern wohlfühlen.

#### Literatur

T. G. Ash: *Eine neue Geschichte für Europa* (26. 2. 2007),

[www.perlentaucher.de/essay/eine-neue-geschichte-fuer-europa.htm](http://www.perlentaucher.de/essay/eine-neue-geschichte-fuer-europa.htm) (letzter Zugriff am 20. 8. 2013)

J. Le Goff: *Das alte Europa und die Welt der Moderne*. Aus dem Französischen von T. Scheffel. München 1996

J. Fontana: *Europa im Spiegel. Eine kritische Revision der europäischen Geschichte*. Aus dem Spanischen von J. Weiss i Knopf. München 1995

*101 Nacht*. Aus dem Arabischen von C. Ott nach der Handschrift des Aga Khan Museums. Zürich 2012

Jacques Le Goff erzählt die Geschichte Europas. Aus dem Französischen von T. Scheffel. Frankfurt am Main/New York 1996

B. Kegel: *Die Ameise als Tramp*. Zürich 1999

*Wir sind Europa! Manifest zur Neugründung Europas von unten*.

<http://manifest-europa.eu/allgemein/wir-sind-europa>

\* Der Text ist die stark gekürzte Fassung eines Vortrags, der am 1. Juli 2013 an der PH Baden bei Wien gehalten wurde.



Laurent Romary

## Wissenschaftliche Arbeit und Open Access

In der folgenden Abhandlung präsentiere ich einen Überblick über Schwierigkeiten und Aussichten der Definition einer institutionell-wissenschaftlichen Informationspolitik, wie sie durch Forschungsorganisationen, zum Beispiel die Akademien der Wissenschaften, erwogen werden könnte. Mein Standpunkt beruht auf langjähriger Erfahrung mit der Definition und Implementierung von Prinzipien der wissenschaftlichen Information am CNRS (FR), an der Max-Planck-Gesellschaft (DE) und am Inria (FR), aber auch auf der in der europäischen Forschungsinfrastruktur DARIAH gewonnenen Erfahrung. Der Überblick erfolgt anhand der neuesten europäischen Entwicklungen in diesem Bereich.<sup>1</sup>

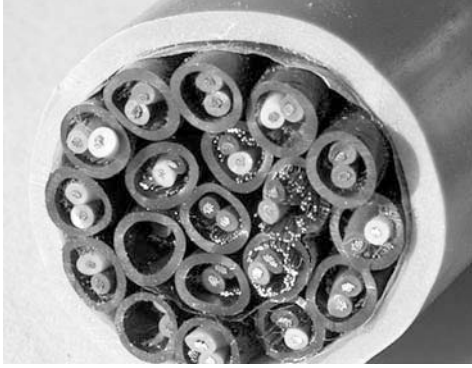
Es liegt in der Natur der Wissenschaft, eine möglichst weite Verbreitung von Forschungsergebnissen anzustreben. Die wissenschaftliche Tätigkeit besteht genau darin, neue Gebiete zu erschließen und sich dabei darüber zu informieren, was andere tun, welcher der neueste Erkenntnisstand ist und welche Projekte wo durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die eigene Forschung über den aktuellen Stand hinausgeht und sich in einen größeren Rahmen an Wissenszuwachs eingliedert. Erkenntnisse zu kommunizieren gehört darüber hinaus zu den wesentlichen Aktivitäten des akademischen Lebens, umso mehr, als Evaluierungen durch Peer-Review-Mechanismen wesentliche Auswirkungen auf die institutionelle Anerkennung und damit durchaus auch eine Bedeutung für die finanzielle Unterstützung weiterer Forschungsvorhaben haben.

In diesem Kontext müssen Forschungsorganisationen ihre eigenen Open-Access(OA)-Richtlinien festlegen, um Forschern Zugriff auf Publikationen zu ermöglichen (traditionell über Zeitschriftenabonnements), eigene Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen (im Sinne von Publikationsdepots)<sup>2</sup> und assoziierte Forschungsdaten zu verwalten (Labornotizen, Beobachtungen, Primärquellen, Datenbanken). Dies wurde in den

letzten Jahren erheblich schwieriger, denn entgegen der Annahme, neue Technologien würden die Verbreitung von Informationen erleichtern und die entsprechenden Kosten senken, haben sich die von Herausgebern verlangten Preise für Publikationen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Die Situation ist umso paradoxer, als die meisten der nötigen Arbeitsschritte vom Manuskript zur finalen Publikation kostenfrei von den Forschern selbst durchgeführt werden.

Auch wenn die OA-Bewegung noch relativ neu ist, ist es möglich, einige Prinzipien und Handlungsrahmen festzulegen. Von mehreren Treffen, die ab dem Jahre 2000 zur Stabilisierung der grundsätzlichen Vorstellung des Open Access stattfanden, lässt sich die Kernaussage der Berliner Deklaration (2003) zitieren: Sie forderte das »freie, weltweite Zugangsrecht zu Veröffentlichungen« und »die Erlaubnis, jedes beliebige digitale Medium für jeden verantwortbaren Zweck zu kopieren, zu nutzen, zu verbreiten, zu übertragen und öffentlich wiederzugeben, sowie Bearbeitungen davon zu erstellen und zu verbreiten, sofern die Urheberschaft korrekt angegeben wird«. Diese Aussage reflektiert nicht nur die Intuition, dass die gegenwärtige Landschaft die Kommunikationsbedürfnisse der Forschungsgemeinschaft nicht adäquat erfüllt. Sie markiert auch einen möglichen Rahmen, innerhalb dessen die kommerziellen Restriktionen weniger Bedeutung haben als das allgemeine, öffentliche Wohl.

Es existieren grundsätzlich zwei Wege, einen entsprechenden Wechsel im wissenschaftlichen Verlagsumfeld zu implementieren. Der erste (»green open access«) besteht darin, die Verlagsindustrie wie bisher publizieren zu lassen und unabhängig davon eine Infrastruktur für Publikationsdepots einzurichten, die die freie Online-Verbreitung von Autorenversionen ermöglicht. Eine solche Infrastruktur kann auf der Ebene einer einzelnen Forschungsabteilung, einer Universität, aber auch auf höherer geografischer oder institutioneller Ebene eingerichtet



werden. In Frankreich wurde beispielsweise mit HAL<sup>3</sup> eine entsprechende nationale Infrastruktur für ein Publikationsarchiv entwickelt, das die Bedürfnisse der meisten akademischen Organisationen Frankreichs abdeckt. Es ist jetzt Teil der offiziellen Open-Access-Richtlinien des französischen Ministeriums für Forschung und Hochschulbildung.<sup>4</sup> Derartige Publikationsplattformen sind besonders wichtig, da sie die unverzügliche Verbreitung von frühen Entwürfen der Forschungsarbeiten bis hin zur finalen Publikation unterstützen. Da die Publikationen oft mit präzisen Metadaten und zusätzlichen Informationen (zum Beispiel Verweisen) versehen sind, die ebenfalls konsistent verwaltet werden können, bietet es Forschungseinrichtungen gleichzeitig die Möglichkeit, sich ein Gesamtbild der unter ihrer Schirmherrschaft erfolgten Forschungsaktivitäten zu machen.<sup>5</sup>

Zusätzlich wächst seitens der Wissenschaftler die Forderung nach vertrauenswürdigen Publikationsdepots, die unter Garantie für Zugänglichkeit und Referenzierbarkeit Forschungsdaten für einen langen Zeitraum aufbewahrt. Jüngste Erfahrungen mit der NARCIS-Datenbank<sup>6</sup> in den Niederlanden haben gezeigt, dass ein derartiges Umfeld sogar mit traditionellen Publikationsarchiven gekoppelt werden kann.

Eine zweite Möglichkeit zur Implementierung einer OA-Richtlinie (der *goldene* Weg zum OA) besteht im Austausch des derzeitigen abonnementbasierten Modells durch andere Geschäftsmodelle, welche bei ausgeglichenem Budget die Erstellung eines barrierefreien Systems für den Zugang und die Wiederverwendung von Forschungsergebnissen ermöglichen. Auch wenn die Verlagsindustrie den bisherigen goldenen Weg pervertiert hat, indem sie eine Artikelbearbeitungsgebühr einführt, die lediglich die einstigen Abonnementkosten in ein Autorenbezahlmodell verwandelte, werden innerhalb dieser Abhandlung noch andere Perspektiven zur Veränderung der Verlagslandschaft vorgestellt.

Eine erste Strategie bestünde darin, an ein alternatives Geschäftsmodell zu denken, das auf einer ethischen Unterstützung der wissenschaftlichen Veröffentlichung mit einer OA-Ausrichtung basiert. Dies hatte zumindest die OpenEdition-Verlagsinfrastruktur<sup>7</sup> mit ihrem *Freemium*-Modell vorgeschlagen. Es fußt auf dem Prinzip, dass ein grundsätzlicher Zugang, zum Beispiel in HTML, zum veröffentlichten Material für jeden kostenfrei möglich sein sollte. Zusätzliche Angebote wie PDF-Versionen, ePub-Formate oder Katalogdienste können zu

angemessenen Kosten an Bibliotheken verkauft werden. Der entsprechende Gewinn wiederum würde an die Zeitschriften zurückgegeben, damit diese die Ausgaben ihres Tagesgeschäfts abdecken können. So sind, wie im Fall der OpenEdition, die Kerninfrastruktur sowie die allgemeine redaktionelle Unterstützung Teil der institutionell finanzierten Infrastruktur.

Selbst wenn wir am traditionellen Zeitschriften- und Redaktionsschauplatz bleiben, können wir beobachten, dass dessen Kerndienste, namentlich Identifikation, Zertifizierung, Verbreitung und Langzeitverfügbarkeit, sehr einfach ebenfalls auf Grundlage eines bestehenden Publikationsdepots implementiert werden können. Solch ein Depot schafft selbstverständlich ein Eingabe-Umfeld, das Autoren identifiziert und Dokumente zeitlich erfasst. Darüber hinaus bietet es eine perfekte Online-Verbreitungsplattform mit der nötigen Langzeit-Archivierung. In diesem Kontext ist der Aufwand für die zusätzliche Einrichtung eines Mechanismus zur Zertifizierung minimal. So wird ein von einem Autor hinterlegtes Dokument für eine Peer-Review an ein Redaktionskomitee weitergeleitet. Genau dies wird derzeit mit dem Episciences<sup>8</sup>-Projekt auf Grundlage der HAL-Plattform erprobt. Solch eine Plattform ist ebenfalls interessant, weil sie neue Sichtweisen auf den Zertifizierungsprozess anbietet: Offene Einreichung, offene Peer-Review<sup>9</sup>, aktualisierte Versionen eines Artikels und der gemeinschaftliche Austausch sind Charakteristika, die den Prozess der wissenschaftlichen Veröffentlichung nachhaltig verändern könnten.

In bestimmten Stadien des Forschungsprozesses ist es häufig wichtiger, Momentaufnahmen der unmittelbaren Entwicklung eines Experimentes in den Naturwissenschaften oder einer Quellenanalyse in den Geisteswissenschaften anzubieten, als tief gehende wissenschaftliche Ergebnisse zu präsentieren. Dies sind Situationen, in denen es für einen Wissenschaftler angebrachter ist, kleine Abhandlungen in Form von Blog-Einträgen zu schreiben und auf sozialen Plattformen zu veröffentlichen. Blogs bieten wissenschaftlichen Publikationen in erster Linie zwei Dinge an: die Online-Verfügbarkeit und die Möglichkeit des direkten Kommentars zum wissenschaftlichen Inhalt. Sie sind außerdem ein einfacher Weg, das Recht auf Erstveröffentlichungen zu belegen, und ermöglichen des Weiteren die schrittweise Verfolgung einer Beobachtung, beispielsweise während einer archäologischen Arbeit. Idealerweise geht das Bloggen mit einem sicheren wissen-



schaftlichen Umfeld einher, wie beispielsweise bei Hypotheses.org, wo Forschern sowohl redaktionelle Unterstützung als auch breite Sichtbarkeit geboten werden.

Die bisher umrissenen Möglichkeiten haben nur dann Sinn, wenn die Forschungsinstitutionen Zeit, politische Energie und einen entsprechenden Etat investieren, um solche Modelle einzuführen und zum Alltag ihrer Forscher machen. Ein typisches und sehr gutes Praxisbeispiel ist die unlängst von der Inria<sup>10</sup> eingeführte Open-Access-Politik, die eine obligatorische Archivierung aller Publikationen im HAL-Archiv mit einer umsichtigen Einschätzung neuer Angebotsmodelle des privaten Verlagssektors und der Konsolidierung der Episciences-Plattform kombiniert.

Damit hält gerade eine unkonservative Vision von Wissenschaftskommunikation eine ganze Reihe an Ausichten bereit, wissenschaftliche Ideen ohne Umwege einem breiten Publikum bereitzustellen. Darüber hinaus zeichnet sich eine neue Landschaft ab, in der sich durch das Management virtueller Forschungsumgebungen sowohl Forschungsdaten als auch verschiedene Typen von Notizen, Kommentaren und Entwurfsdokumenten erfassen lassen, die miteinander verknüpft das zukünftige wissenschaftliche Arbeiten drastisch verändern könnten. Derartige Umgebungen erlauben wissenschaftliche Begutachtungsverfahren auf unterschiedlichem Niveau, von einfachen Rückmeldungen durch bekannte Kollegen bis hin zur Möglichkeit, als Mitglied einer Forschungsgemeinschaft jedweden Inhalt zu kommentieren. Traditionelle Begutachtungsverfahren sind lediglich eine mögliche Implementierung eines solchen Modells, bei dem der Fokus hauptsächlich darauf liegen sollte, die Qualität und den breiten Zugang zur Wissenschaft zu verbessern.

Zusammenfassend verteidige ich eine Vision der wissenschaftlichen Kommunikation, die in einer weiter aufgefassten Forschungsinfrastruktur verwurzelt ist und somit als Teil der öffentlichen Forschungsinstitutionen verstanden werden muss. Damit müssen die Konsequenzen einer derartigen Auffassung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen, der Investitionen in technologische Ausrüstung, aber auch der sich ändernden Funktion von Forschungsbibliotheken gesehen werden, sodass diese die nötige redaktionelle Unterstützung für ein solches Umfeld anbieten können. Der Wechsel mag drastisch sein, aber dies ist aus meiner Sicht der einzige Weg, das Geld der Steuerzahler bestmöglich für das Wissenschaftsangebot zu nutzen.

1 [www.inria.fr](http://www.inria.fr)

2 Vgl. L. Romary und Chr. Armbruster: »Beyond Institutional Repositories«, in: *International Journal of Digital Library Systems*, 1/1 (January 2010); <http://hal.inria.fr/hal-00399881/>

3 [hal.archives-ouvertes.fr](http://hal.archives-ouvertes.fr)

4 Vgl. [www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/cid71277/partenariat-en-faveur-des-archives-ouvertes-plateforme-mutualisee-hal.html](http://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/cid71277/partenariat-en-faveur-des-archives-ouvertes-plateforme-mutualisee-hal.html)

5 Die Qualität solcher Metadaten ist eine der Schwierigkeiten in kommerziellen Plattformen wie Academia.edu oder Research Gate.

6 [www.narcis.nl](http://www.narcis.nl)

7 [www.openedition.org/](http://www.openedition.org/)

8 [www.nature.com/news/mathematicians-aim-to-take-publishers-out-of-publishing-1.12243](http://www.nature.com/news/mathematicians-aim-to-take-publishers-out-of-publishing-1.12243)

9 Vgl. U. Pöschl: »Interactive open access publishing and peer review: the effectiveness and perspectives of transparency and self-regulation in scientific communication and evaluation«, in: *LIBER Q.* 19 (2010), S. 293–314

10 Vgl. <http://tonyhey.net/2013/06/03/a-global-view-of-open-access-part-1/>



Albrecht  
Riethmüller

## Musik und europäische Integration

Um sich der Frage zu nähern, was Musik für den aktuellen Prozess der europäischen Integration leistet, sollte man zunächst danach fragen, was sie geschichtlich zur europäischen Identität beigetragen hat. Mühelos bringen Beobachter anderer Kontinente Europa in Zusammenhang mit musikalischen Errungenschaften wie den Opernhäusern und den für sie verfassten Partituren, den Symphonieorchestern samt der symphonischen Musik, der Entfaltung des dazugehörigen Instrumentariums, insbesondere den Blas- und Saiteninstrumenten sowie den Tasteninstrumenten von der Orgel bis zum Konzertflügel. Dasselbe gilt für die Spielarten musikalischer Folklore in den Regionen Europas, von denen man nicht so recht weiß, ob die Vielfalt als divergent oder konvergent, als Alterität oder Identität aufgefasst werden soll.

### Europäische oder abendländische Musik

Viel häufiger als von ›europäischer Musik‹ hört man nach wie vor von ›abendländischer Musik‹ reden, im Französischen gelegentlich noch von ›musique occidentale‹ (in Opposition zu ›musique orientale‹), während sich im englischsprachigen Raum dafür, ohne dass es genau dasselbe wäre, längst der Ausdruck ›western music‹ durchgesetzt hat. Keiner dieser Ausdrücke ist ohne Tücke. Wird in striktem Sinne abendländisch als christlich verstanden, so fällt unter dem Rubrum ›abendländische Musik‹ die Musik der Antike entweder heraus oder wird zur Vorgeschichte degradiert (wozu eine auf das Mittelalter fixierte Musikgeschichtsschreibung ebenfalls lange aufgelegt war). Aber auch die Frage der Ostgrenze ist aufgeworfen; denn auf Rom konzentrierte Historiografen taten sich stets schwer damit, den Raum der Ostkirche musikalisch gelten zu lassen, es bestand stets die Neigung, ihn sozusagen zu orientalisieren. Man sollte meinen, dass die entsprechenden Vertreter die Zeit der Säkularisierung seit der Aufklärung und der Französischen Revolution, also die (kunstreligiöse) europäische Musik als postabendlän-

dische, eventuell nicht mehr abendländische angesehen hätten. Gegenteilige Strategien behielten jedoch bei den Musikfreunden die Oberhand. Paradigmatisch erklärten sie die *Missa solemnis* von Beethoven als ein Musikwerk, das nicht mehr zur Erfüllung einer liturgischen Funktion taugte, sondern eigentlich im säkularen Konzertsaal seine Heimstatt habe. Gleichzeitig wird Beethoven als Inbegriff abendländischer Musik reklamiert. Offenbar kann man beides zugleich haben, so kontradiktorisch es erscheint.

Die Ausfransungen der geografischen und politischen Definition von Europa sind in kulturellen Bereichen wie der Musik nicht geringer. Erschwerend kommt hinzu, dass in der Musik sowohl ein visueller Halt als auch die Sprachgebundenheit fehlen und ein Musikatlas – wenn überhaupt – sehr viel schwerer zu erstellen ist als ein Sprachatlas. Jedenfalls ist durch das ganze 20. Jahrhundert hindurch die Ostflanke von Musik in Europa unsicher geblieben und konnte von Berlin (zur Zeit der Mauer) und Istanbul bzw. Konstantinopel hin- und hergeschoben werden. Das heißt indessen keineswegs, dass es an der Westflanke trotz der Umarmung einer westlichen Kultur Zivilisation und Musik nicht auch Abgrenzungsprobleme gegeben hätte. Geschuldet ist das nicht zuletzt einem zu dieser Zeit in Kunstdingen und ganz besonders in der Musik währenden regen kulturellen Antiamerikanismus in Europa. Spannungsreicher blieben die Konflikte an der östlichen Seite mit vielerlei Abgrenzungsmöglichkeiten: abendländisch vs. byzantinisch vs. orientalisches (morgenländisch) vs. asiatisch. Wie verworren das noch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zugeht, mag das Beispiel Schönberg erhellen. Er war Mitte der 1920er Jahre davon überzeugt, der deutschen Musik die Vorherrschaft für die nächsten 100 Jahre gesichert zu haben (nicht wirklich ein europäisches Argument und, wie sich durch den Holocaust herausstellte,



eine Fehlprognose), und gleichzeitig nahm er lebhaft Partei für die Errichtung eines zionistischen Staates in Palästina. Der dem Zionismus nahestehende Schriftsteller Heinrich Berl schob Schönbergs Musik gegen Ende des Jahrzehnts aus Europa hinaus und erwog, dass sie eigentlich orientalisches sei (was damals keineswegs als Kompliment gedacht war). Als Schönberg 1933 von den Nazis aus seinem Berliner Amt vertrieben wurde und hellsichtig sofort das Land verließ, wallte es kurz so in ihm auf, dass er seinem Schüler Webern schrieb, dass er nicht mehr zur Musik des Abendlandes gehören wolle.

### Neue Demarkationen im Kalten Krieg

Auch hinsichtlich der Musik war der Beginn der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg von der neuen Ost-West-Spaltung des Kalten Krieges überschattet, die vor allem in den 1950er und 1960er Jahren ideologisch zementiert war. Schönbergs Musik war nun in der DDR und im gesamten kommunistischen Osteuropa nicht mehr wie bei den Nazis aus rassistischen Gründen verboten, sondern als dekadenter musikalischer Formalismus geächtet. Die Lager der ästhetischen Autonomie hier und des sozialistischen Realismus in der Kunst dort standen einander so rechthaberisch wie unversöhnlich gegenüber. Von einer europäischen Integrationsbestrebung konnte wenigstens an der propagandistischen Oberfläche – auch in der ästhetischen Theorie und der aktuellen, nicht historisierenden Musikpraxis – nicht die Rede sein. Immerhin waren Werke von Komponisten aus dem sowjetischen Machtbereich wie Schostakowitsch oder Chatschaturjan im Westen erfolgreich verbreitet, während umgekehrt die Komponisten der westlichen Avantgarde wie Cage, Boulez oder Stockhausen selbst nach den Lockerungen in den 1970er Jahren bis zum Zerfall des kommunistischen Machtbereichs keine Chance zur Aufführung hatten.

Wenn man durch den Kalten Krieg hindurch nach einer aktuellen Musiksparte sucht, die hienieden wie drüben als Moderne in ganz Europa verstanden worden ist, dann war es wohl – paradoxerweise – ein Import, nämlich der Jazz. Er war unmittelbar vor dem Kalten Krieg in Nazi-Deutschland als ›rassenfremde Untermenschenmusik‹ gebrandmarkt, im französischen Untergrund hingegen als Symbol für die europäische Unterdrückung durch Nazismus und Faschismus verstanden, in der Nachkriegszeit nun im Westen (und voran in Frankreich) als europäisierte musikalische Avantgarde angesehen, im kommu-

nistischen Ostdeutschland wie im gesamten Ostblock nun offiziell nicht mehr als Musik von ›Untermenschen‹, sondern des kapitalistischen ›Klassenfeindes‹ erachtet, während sich unter Musikern im Untergrund eine bedeutende Jazz-Szene entwickelte. Möglicherweise hat der Jazz, daneben aber auch ein Umbruch wie die im Ostblock zunächst verbotene, danach kritisch beugte Musik der Beatles größere integrative Kraft in Europa besessen, als die ideologisch geleiteten Ästhetiker, Kunsttheoretiker und ausübenden Kunst- bzw. Musikschaffenden es wahrhaben wollten, die sich in die Grabenkämpfe zwischen Formalismus und Realismus haben einspannen lassen.

### Musikalischer Eurozentrismus und Wertegemeinschaft

In der internationalen Musikwissenschaft, voran der Ethnomusicology, breitete sich mit Höhepunkt in den 1980er Jahren eine inzwischen wieder abgeebbte Bewegung aus, die sich gegen den ›Eurocentrismus‹ in der Musik wendete. Das Aufbegehren richtete sich gegen eine nicht einmal mehr als eine Art Kolonialismus, sondern geradezu als Imperialismus begriffene Dominanz europäischer Kunst- und speziell Populärmusik auf allen anderen Kontinenten und Kulturen. Es sollte dabei nicht aus dem Gedächtnis verloren werden, dass Ayatollah Chomeini nach seiner 1979 erfolgten Rückkehr aus dem Pariser Exil nach Teheran rasch etwas veranlasst hat, wozu straffe Regime und Diktaturen generell neigen, nämlich Musikverbote zu verhängen. Im Falle von Iran traf es damals zum einen westliche Unterhaltungsmusik, zum anderen freilich traditionelle iranische Kunstmusik. Das Misstrauen des geistlichen Führers richtete sich – nicht ganz unähnlich dem Verhalten bestimmter kirchlicher Kreise im 19. Jahrhundert in Mitteleuropa – gegen säkulare, im schlimmsten Fall als teuflisch erachtete Musik. Der Verdacht eines Eurozentrismus in der Musik setzte auf verschiedensten Seiten vielerlei Befürchtungen frei. Die Angelegenheit brachte es im März 1985 sogar auf die Titelseite der *New York Times*, wo in einem Leitartikel die bange Frage gestellt wurde, ob an den Schools of Music der nordamerikanischen Universitäten nun alle Klavierprofessuren gegen Dozenturen für Sitar-spiel eingetauscht werden würden.

Der Kritik an der musikalischen Dominanz Europas steht die positive Sicht von Werten gegenüber, die in der Musik jedoch nicht einfach zu finden ist. Selbst der Versuch,



mit der Musik auf die bisher einzig europäische *Lingua franca* – Latein – zurückzugehen, wird den europäischen Gedanken musikalisch nicht befördern. Es hat vor gut einem Jahrzehnt einen entsprechenden Versuch gegeben, die auf die Instrumentalmelodie von Beethovens »Ode to Joy« festgelegte Hymne der Europäischen Union zu textieren und auf Lateinisch singen zu lassen – der Vorschlag kam aus Wien und hat sich nicht durchgesetzt. Wo die Stichwörter »europäisch«, »westlich« und »demokratisch« ausgegeben und verwendet werden, da werden oft zugleich Werte und eine Wertegemeinschaft beschworen. Doch anders als ethische und soziale Normen lassen sich ästhetische, mithin auch musikalische Werte nicht verbindlich festlegen. Ganz im Gegenteil scheint es so, als sei eine bemerkenswerte Beliebigkeit zu beobachten. Musiker wie der Dirigent Furtwängler zeigten eine Behändigkeit darin, ein Schlüsselwerk der Musikgeschichte wie Beethovens Neunte Sinfonie bis Anfang 1945 als »deutsch und nur deutsch« auszugeben, danach aber sogleich als »durch und durch europäisch« zu reklamieren. Gerade auf dem prekären Gebiet von Werten und Wertungen tendieren auch die kulturellen Diskurse dazu – sei es im kunstöffentlichen, sei es im akademischen Rahmen –, sich von Sonntagsreden kaum mehr zu unterscheiden.

### Der Rahmen: In Search of Europe

Eine Historiografie der Musik auf europäischer Grundlage existiert noch nicht, so selbstverständlich von einer europäischen Musik ausgegangen oder gesprochen wird. Noch dominiert die Projektion nationaler, erst in zweiter Linie regionaler musikalischer Maßstäbe auf die europäische Leinwand. Das gilt insbesondere für Gegenden mit starken musikalischen Traditionen wie Italien, Frankreich, Deutschland (samt Österreich) und Russland. Dem Eurozentrismus in der Musik, der von außerhalb beklagt wird, entspricht innerhalb Europas eher eine Zerrissenheit auf mehreren Ebenen: eine Spaltung zwischen Musik der Hochkultur und der Populärmusik, musikalischer Folklore usw., dann aber auch die Diversität verschiedener Nationalmusiken, so schwer greifbar und bestimmbar diese Kategorie auch sein mag, die so etwas wie musikalische Folklore auf Hochkulturebene bezeichnet. Eine Homogenisierung ist einstweilen nicht in Sicht, eine Richtlinie aus Brüssel darüber glücklicherweise ebenfalls nicht.

Es ist schwer auszumachen, was an der europäischen Musik »europäisch« ist. Das zeigt sich gut an dem seit mehr als einem halben Jahrhundert praktizierten größten musikalischen Jahres-Event in Europa, dem als Idee in der Schweiz aufgekommenen »Grand Prix Eurovision de la Chanson«, der schon zur Zeit des Kalten Krieges verbindend wirkte und inzwischen zum Mega-Event des Eurovision Song Contest angeschwollen ist. Von Island bis Aserbaidschan, von Norwegen bis Malta und Israel wird in wechselnden Moden gesungen – auch das eine Mal ein wenig mehr in Landessprachen, das andere Mal doch wieder mehr auf Englisch (der in Europa seit dem 20. Jahrhundert und nicht erst seit den Beatles deutlich bevorzugten Gesangssprache). Die Frage allerdings, ob »europäisch« hier musikalisch etwas mehr meint als die großzügig verstandene geografische Zugehörigkeit zu Europa, ob es zwischen den europäischen Meistersingern und den US-Charts einen nennenswerten Unterschied gebe – nicht im organisatorischen und institutionellen, sondern im musikalischen Sinne –, darüber wird wenig debattiert und noch weniger darauf geantwortet.\*

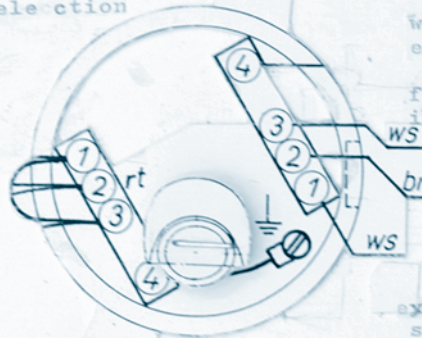
\* Die hier vorgetragenen Gedankensplitter und Fragenhorizonte sollen in einem Sammelband genauer ausgebreitet und näher erörtert werden, der dem Thema *Music and European Integration* gewidmet ist und das Ziel verfolgt, der »performance of music« im Prozess dieser Integration seit dem Zweiten Weltkrieg nachzugehen. Wenn diese Vorüberlegungen Anlass zur Gegenrede gäben, dann ist der zur Herausgabe jenes Bandes vorgesehene Autor dieser Zeilen dankbar für alle Kritik und Anregung. Der Band ist gedacht zur Aufnahme in die Schriftenreihe *In Search of Europe*, die der Präsident der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, Günter Stock, in seiner Funktion als Präsident der Dachorganisation ALLEA (All European Academies) in deren Namen mit jährlichem Erscheinen ins Leben rufen wird.

|     |     |     |     |     |     |     |
|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
| 132 | 133 | 134 | 135 | 136 | 137 | 138 |
| 139 | 140 | 141 | 142 | 143 | 144 | 145 |
| 146 | 147 | 148 | 149 | 150 | 151 | 152 |

Name  
132. Kovera

P55  
(V26)

P40



P39

HELL

NF1

LEU

LINE

a white glass arcade reserved for  
called the Crystal  
Palace.

Schritte 0-1, 2, 3

|         |  |
|---------|--|
| NrBest. |  |
| X       |  |
| X       |  |

On the one side are  
are factories, houses, and which

Rasters

10009600

Erstellt durch Zeichner



Hans-Martin Gauger

## Bei wem haben Sie studiert?

Ach, Europäer waren wir fast alle – wir, die wir in den fünfziger Jahren studierten. Da waren positive Gründe: Einheit, Zusammenarbeit sollten sein, wo immer es ging. Aber starke negative Gründe hatten wir auch. Denn wir Deutschen hatten nach dem ›Zusammenbruch‹ für nationales Empfinden nicht viel Raum. Wo immer wir hinkamen, war Anlass, die Köpfe einzuziehen. In Europa gab es nur zwei Länder, in denen wir keine Probleme hatten: in Spanien und, bereits etwas außerhalb Europas, in der Türkei. In Italien stieß man gelegentlich auf Leute, die sich halbwegs entschuldigten, weil man uns da kurz vor dem Ende hatte sitzen lassen, aber dies freute uns nicht. Und in England, in Leicester, als ich dort 56/57 studierte, wurden wir deutschen Studenten immer wieder, eigentlich nett und quasi sportlich, gefragt: »Ja, warum seid ihr damals nicht gekommen?« Beim ersten Mal verstand ich die Frage nicht. Gemeint war, aber davon wussten wir kaum etwas, Dünkirchen, 1940. Was sollte unsereiner da sagen? Überhaupt: Der Krieg war damals in England noch ungeheuer gegenwärtig, viel, viel mehr als in Frankreich, und eigentlich hätte es ja umgekehrt sein müssen. Für uns hieß Europa Frankreich, hieß vor allem das deutsch-französische Verhältnis – und in diesem Punkt waren wir alle auch mit Adenauer einig. Und mit den Jungen jetzt haben wir nicht selten Probleme, weil ihnen unser Verständnis für Frankreich, unsere Sympathie auf die Nerven geht. Ein Journalist hat es mir offen zugegeben: Er habe genug davon, höre diesen Sums ständig bei seinen Eltern.

Zu Frankreich hatte ich persönlich besonders enge Beziehungen, weil ich von 1949 (da war ich 14) bis 1952, also drei Jahre lang, Schüler, gar Internatsschüler, zweier französischer Schulen war – erst in Tübingen, dann in Konstanz: rein französische Schulen, die für die Kinder der Besatzungsmacht eingerichtet worden waren. Und ich hatte ein Stipendium der französischen Regierung. Dies

übrigens haben unter den vier Besatzungsmächten nur die Franzosen angeboten. Es war amtliche Pariser Politik: Die Fehler von 1918 sollten diesmal vermieden werden. Danach machte ich auch noch – unnötigerweise – das Abitur, denn ein Beamter des Oberschulamts in Tübingen, den ich danach gefragt hatte, machte mir in gemütlichem Schwäbisch klar, was mir bei dieser Gelegenheit besonders unangenehm aufstieß, dass dies unumgänglich sei: »Natürlich kennten Sie, wenn Sie Franzose wären, mit diesem ›baccalauréat‹ hier shtudieren, aber als Deutscher brauchen Sie doch das deutsche Abitur.« Schon damals, 17-jährig, war ich über diese Auskunft ›europäisch‹ schockiert. Sie war ja auch sicher unzutreffend. Aber dies war mir nicht bewusst, und so machte ich den zweiten, leichteren und spezielleren Teil des ›baccalauréat‹ nicht mehr – dafür dann in der Tat das »deutsche Abitur« (in Biberach an der Riss). Und da konnte, da musste ich unwillkürlich die beiden stark verschiedenen Schulsysteme vergleichen.

Der durchweg klassisch frontale Unterricht bei den Franzosen war in allen Inhalten zentral und also von oben, somit von Paris her, vorgegeben, und alles war stark stoff- und lernbezogen; auch reine Gedächtnisleistungen, schon damals bei uns nicht hoch im Kurs, wurden keineswegs verachtet, ebenso wenig, etwa im Aufsatz, die formale Schulung im Gebrauch der eigenen Sprache. Und es herrschte das von den Jesuiten herkommende Prinzip des ›ehrlichen Wettbewerbs‹, ›honestam aemulatio‹. Jeder konnte da zeigen, was er wusste: Fortlaufend wurde es einem bescheinigt, für jede Arbeit erhielt man nicht nur eine Note, es wurde einem auch der erreichte Rang in der Klasse mitgeteilt, also etwa: 12 von 20 Punkten und Fünfter unter 14. Irgendetwas, muss ich zugeben, gefiel mir daran.

Auch unter diesen ›europäischen‹ Voraussetzungen konnte ich danach an der *Universität* die Exaltierung des sehr freien deutschen Systems und die Abwertung des



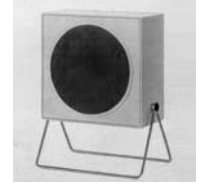


französischen, italienischen, spanischen oder auch, aber in mindere Grad, des englischen, wie sie mir durchweg entgegnetrat, nicht einfach nachvollziehen. Das entschiedene Schulmäßige dort war mir nicht so unangenehm, und die Freiheit an der deutschen Universität nicht dermaßen positiv, obwohl sie mir insgesamt doch passte. Mir war die deutsche Hochschule immer zu wenig Schule. Meine Meinung war (und ist): Für die Guten ist unser System besser, das System außerhalb Deutschlands aber besser für die nicht so Guten, die nicht von sich aus so Motivierten, also für die Mehrheit. Und so etwas wie eine ›Grande École‹ für die ganz Guten hätte mir vielleicht – vielleicht – schon auch gefallen.

Als ich mich Sommer 54 in Tübingen immatrikulierte, gab es für die ›Neuen‹ eine große feierliche Veranstaltung. Da sprach – nach dem Rektor – der damals hochberühmte, allseits verehrte, vormals Berliner Philosoph Eduard Spranger. Der Titel seiner Rede war stark Max-Weberisch: »Studium und Lebensführung«. Wer von uns heute würde es wagen, mit einem solchen Thema vor Studenten zu treten? Spranger – »Meine lieben Studenten und Studentinnen!« – erklärte gleich eingangs, dass es an der deutschen Universität, wie sie jetzt sei, »wohl vieles zu kritisieren und zu reformieren« gebe. Da war er also offen. Jedoch müsse man wissen, dass solche Kritik und davon ausgehende Reformen im »Geiste« der deutschen Universität, also in dem des »klassischen deutschen Liberalismus, eines ethischen Liberalismus«, zu geschehen hätten – Humboldt also. Es gebe an der deutschen Universität »ein Maß von persönlicher Freiheit wie in keinem anderen Hochschulsystem«. Ein Amerikaner (er sagte nicht, welcher) habe einmal gesagt: »Der deutsche Student genießt mehr Freiheit, als irgendein Mensch in der Welt hat und haben sollte.« Es ist ja nicht unwitzig. Da sei man, so Spranger, gleich am »springenden Punkt«. Der Mann war nicht unpolitisch: »Wollt ihr Freiheit, so müsst ihr sehen, wie ihr die deutsche akademische Lebensordnung aus diesem ihrem Geiste reformiert! Wollt ihr Gebundenheit, so ahmt das amerikanische System nach! Wollt ihr Unfreiheit – die Universitäten in der deutschen Ostzone zeigen euch, wie das aussieht!« Das amerikanische Universitätssystem also in seltsamer Zwischenstellung zwischen den konträr entgegengesetzten in den beiden Teilen Deutschlands ... Der Redner konkretisierte uns diese Freiheit so: Die Universität sei nicht wie ein Reisebüro, das einem die Sehenswürdigkeiten von vorneherein festsetze: »Sie können sich die Sehenswür-

digkeiten oder ›Hörenswürdigkeiten‹ an Ihrer Hochschule selbst aussuchen. Sie werden nicht am Schluss jedes Semesters mit Zwischenprüfungen geplagt. Es kontrolliert Sie buchstäblich niemand, weder in Ihrem Studium noch in Ihrer Lebensführung.« Dann aber: »Sie existieren in der Atmosphäre – hier sage ich nicht: der absoluten Freiheit, sondern der ernstesten Selbstverantwortung.« Da ist er: der »klassische deutsche, der ethische Liberalismus«. Klänge für uns heute wie aus einer anderen Welt! Trotzdem: Das mit der freien Wahl der »Hörenswürdigkeiten« ist noch immer ein Punkt. Übrigens kam mir (und sicher nicht nur mir) der edle Greis schon damals etwas historisch vor.

Ich nenne knapp einiges von dem, was ich meine, wenn ich sage, dass mir in unserer Universität zu wenig Schule war. Als Student wurde ich kaum geführt, und als Lehrer konnte ich so viel nicht führen, wie ich wollte, in Einzelfällen natürlich schon. Mit Neid hörte ich einmal im Fernsehen den Bericht eines Professors aus Oxford, der auf die Frage, wie lange er brauche, um zu erfahren, dass ein Student nicht mehr mitmache, schlicht sagte: »Drei Wochen.« Die ihm zugewiesenen (nota bene) Studenten sehe er jede Woche, da bespreche er die von ihm, dem Professor, inzwischen gelesene Arbeit, der Student bekomme eine neue aufgetragen für die nächste Woche, einmal dürfe er unbegründet fehlen, beim zweiten Mal werde nachgeforscht. Wir dagegen erfahren nur zufällig, wenn ein Student aussteigt. Eigentlich ist das System Humboldt allein schon, zumindest in den ›großen‹ Fächern, durch die hohen Zahlen an sein Ende gekommen, denn bei den geringen Zahlen zuvor, bei denen jeder jeden kannte, gab es automatisch so etwas wie Kontrolle. Übrigens spreche ich, wenn ich nichts anderes dazusage, nur von der Philosophischen Fakultät. Da war nun zu meiner Zeit in der Tat für die Studenten (und wir waren schon viele) so gut wie gar keine Kontrolle. Es gab sie allenfalls über die (eigentlich wenigen) Scheine, die man für das Staatsexamen vorlegen musste. Mich störte nicht wenig die mir als unreal und auch etwas anmaßend vorkommende und überall anzutreffende Distanzierung von der Schule. Die Zwischenprüfung, Mitte der sechziger Jahre eingeführt, erfüllte kaum den ihr zugeordneten Zweck. Sie sollte ja die ungeeigneten Studenten, die also ein für sie falsches Fach gewählt hatten, schon zu einem weit früheren Zeitpunkt blockieren als erst durch das nicht bestandene Examen. »Da musste man«, sagte mein Lehrer Mario Wandruszka, »gestandenen Männern, zum Teil bereits Vätern,



auch Frauen, auch schon Müttern, klarmachen, dass sie einen Beruf gewählt hatten, den sie nie hätten wählen dürfen!« War dies nicht ein Problem – geschaffen durch fehlende Kontrolle? Dann: Keinen Bestandteil dieses Exams konnte man vorher erledigen, »wegprüfen«. Alles musste bis zum definitiven Abschluss, der irgendwann sein konnte, mitgetragen werden (ich sage nicht »mitgeschleppt«). Es gab die Klausuren (übrigens immer weniger), schließlich, viele Wochen später, die einstündige und entscheidende *mündliche* Prüfung, in welcher die Gesamtnote festgesetzt wurde. Hier störte mich die, fast möchte ich sagen, doofe Fiktion, man müsse, man *könne* an *einem* Tag und dann noch abhängig von der Tagesform *alles* parat haben. Und an der mündlichen Prüfung störte mich als Prüfenden, dass die Kandidaten (es waren übrigens in meinem Fach meist, Tendenz stark steigend, Kandidatinnen – aber ich bleibe bei dem sprachlich korrekten, ja vorgeschriebenen, aber, zugegeben, ungerechten »generischen Maskulinum«), dass also die Kandidaten zudem eine Reihe von sogenannten »Spezialgebieten« mitbrachten, mitbringen *mussten*, die, übrigens kaum kontrollierbar, vorher abgesprochen waren. Manche Prüfungen wurden nur dadurch objektiver, dass der gewählte Prüfende (*nota bene*: man hatte ihn *gewählt*) die Absprachen nicht mehr präsent hatte und aus Versehen Unerwartetes fragte. Kaum je habe ich erlebt, dass etwa in französischer Literatur über die Spezialgebiete hinaus *zusätzlich*, nur so zur Kontrolle, eine schlichte Frage wie »Wer war Victor Hugo? Was wissen Sie über ihn?« gestellt wurde. Es wäre ja eine reine Lernsache gewesen! Einen französischen oder spanischen oder italienischen Kollegen hätte dies kaum gestört. Nichts galt und gilt bei uns, das nicht ganz persönlich erlesen und also »erlebt« wurde – »Das Erlebnis und die Dichtung«, wie Wilhelm Diltheys berühmter und schöner Titel von 1906 lautete. Davon hat sich bis heute viel erhalten. Anderswo also, in Frankreich, in Spanien, Italien wurde jährlich geprüft, und dieser Teil war dann erledigt, man rückte da vor von Jahr zu Jahr, und wenn man durchfiel, hatte man – eine kleine Katastrophe, die aber nicht selten war – »ein Jahr verloren«. Was zählte bei uns – ein Jahr? Mich störte auch immer, denn dies war die unvermeidliche Folge, im Vergleich mit den französischen, englischen, spanischen, italienischen Absolventen, das »hohe« Alter der unseren. Und dies war ja nun auch und zunehmend ein europäisches Problem.

Ich war also durchaus nicht gegen »Bologna« und habe in der Kommission für die »Bologna«-Umsetzung noch

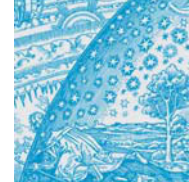
ganz am Ende meiner aktiven Zeit mitgearbeitet. Selbstverständlich war es in den exakten Disziplinen immer schon reglementierter, und in der Medizin gab es das gefürchtete »Physikum«, nach welchem es wieder gemütlich wurde. Inzwischen aber gibt es Reglementierungen überall: Bachelor und Master haben die alten Staatsexamina, auch das alte, besonders angesehene Diplom in den Naturwissenschaften fast ganz ersetzt. Und die Zwischenprüfung gibt es natürlich nicht mehr. Diese Studiengänge werden, wie es scheint, auch von den Studenten neuerdings positiver oder weniger negativ eingeschätzt. Es gab ja auch – nach den Protesten – lockernde Korrekturen. Der erlebte Stress ist bekanntlich dann am größten, wenn erstens viel verlangt und zweitens kein Spielraum für eigene Entscheidungen bleibt: »demand and control«. Es gibt einen Bericht des Deutschen Studentenwerks aus diesem Jahr (er wird alle drei Jahre erstellt), der dieses Ergebnis zeigt: Nur noch 48 Prozent der Befragten meinen, die zeitliche Belastung sei zu hoch, vor drei Jahren waren es 56 Prozent. Und jetzt gehen auch die während des Studiums erworbenen »Punkte« in die Endnote ein, was den Druck erhöht. Eine Endprüfung gibt es in diesem Sinne nicht mehr – eine große Neuerung! Und die »fremden«, also im Ausland erworbenen ECTS-Punkte (das ist die »Bologna-Währung«) werden nunmehr »zu Hause« zumeist angerechnet. Allerdings, denn dies sollte doch gerade »europäisch« steigen, stagniert die Quote der Auslandsstudien auf niederen 30 Prozent. Und wieder einmal zeigt sich da die enorme soziale Ungerechtigkeit unseres Systems: Wenn die Eltern der Studierenden Akademiker sind, geht es doppelt so häufig ins Ausland wie bei den anderen! Überhaupt: Die Zahl der Arbeiterkinder an der Universität ist nicht gestiegen, sondern seit 1982 kontinuierlich gesunken (abgesehen von 2009); 59 Prozent der Studenten kommen »aus gehobenen oder besonders begüterten Schichten«, oder: Von 100 Akademikerkindern gehen 71 an die Universität, von den anderen 24 (so Bernd Rütters in einem sehr kritisch pointierten und vielleicht doch etwas korrosiven Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 22. Mai 2013). Die Gebührenfreiheit hat, jedenfalls bisher, nichts gebracht. Übrigens ist oder war, denn er verliert sich zusehends, der emphatische Begriff »Akademiker« eine speziell deutsche Angelegenheit – der analoge Begriff »universitaires« in Frankreich (denn die »académiciens« sind etwas anderes) hat diese Stellung nicht, auch nicht der »university graduate« in England.



Keine Frage also: Die deutsche Universität ist in den letzten Jahrzehnten europäischer geworden. Und es musste auch etwas geschehen. Als vor rund zehn Jahren bei einem der alljährlichen Treffen des Freiburger Rektors mit den Emeriti diesen die Neuerungen dargelegt wurden und da auf größte Skepsis stießen, sagte mir Rektor Jäger beim Hinausgehen: »Das sind gerade die Leute, die in ihrer aktiven Zeit sich all dem verschlossen haben!«

Trotzdem ist die Frage zu stellen: Was ist geblieben von dem *Positiven*, das da ohne Zweifel war? Ist etwas geblieben von Humboldt, von der Freiheit, über die Eduard Spranger 1954 in so hohem Tone redete, oder – konkreter und schlichter – etwas von der Möglichkeit der Studierenden, wie er sich ausdrückte, sich an der Universität »die ›Hörenswürdigkeiten‹ selbst auszusuchen«? Dass die damals abwesende Kontrolle während des Studiums – »es kontrolliert Sie buchstäblich niemand« – nun durch die ›Modularisierung‹ des Studiums sehr präsent ist, ist evident. Etwas Wichtiges ist aber doch geblieben. Als ich einmal – vor Jahren in Spanien – eine Spanierin, die eben ihr Studium pünktlich abgeschlossen hatte, in Anwesenheit des in Berlin lehrenden spanischen Politologen Ignacio Sotelo fragte: »Bei wem haben Sie studiert?«, unterbrach mich dieser: »Das ist eine deutsche Frage!« Aber natürlich studiert man auch in Spanien ›bei jemandem‹. Doch hat man sich den oder die dort nicht selbst ausgesucht – er oder sie war halt gerade dran, als die entsprechende Veranstaltung zu absolvieren war. Also bei uns in Deutschland (und auch in der Schweiz und in Österreich) ist diese Frage, die eine *Wahlmöglichkeit* impliziert, noch immer sinnvoll: Bei wem haben Sie studiert?

\* *Studium und Lebensführung*. Zwei Reden am Dies Universitatis 1954 von Professor Dr. theol. Franz Arnold, Rector Magnificus und Professor Dr. Eduard Spranger. Tübingen 1954



Wolfert von Rahden

## »Wir Europäer von übermorgen« – Nietzsches ideeller Gesamt- europäer

### Ein Gesamteuropäer ex negativo

Nietzsche polarisiert, immer noch. Bereits unter seinen Zeitgenossen traf er einerseits bei einigen auf engagierte Zustimmung, andererseits jedoch bei der Mehrheit entweder auf Nicht-Beachtung oder auf vehemente Ablehnung. Als aufschlussreich und auch überraschend vermerkt der Chronist dabei nicht so sehr die schon damals übliche Kritik an der Denkfigur des »Übermenschen«, wohl aber die noch heftigere und heute kaum noch bekannte Polemik gegen das »undeutsche« Denken, das die Gemüter seinerzeit in großen Teilen des deutschsprachigen Raums weitaus stärker erregte: So erfuhren des Autors Auffassungen und sein Schreibstil wiederholt Schmähungen, sei's als »französisch«, sei's als »slawisch« oder »jüdisch«<sup>1</sup>. Als der Zeitgeist den Nationalstaat verherrlichte, stilisierten zeitgenössische Kritiker Nietzsche zum Feindbild vom »Nicht-Deutschen«. Er erscheint in diesen Polemiken als Typus eines »Gesamteuropäers ex negativo«; er wurde vor allem deshalb strikt abgelehnt, weil er nationale, »rassische« und »völkische« Barrieren attackierte, und war deshalb nicht selten besonders aggressiven Angriffen ausgesetzt.

### Was wir den Alten verdanken

»Was wir den Alten verdanken«: Diese Formel kehrt bei Nietzsche häufig wieder. Er meint damit vor allem herausragende Denker, Staatsmänner und Künstler der griechisch-römischen Antike sowie der Renaissance und der Aufklärung, aber im Prinzip aus *allen* Zeiten und Regionen des »europäischen« Einzugsgebietes: Dazu gehören aus der klassischen griechischen Antike grosso modo die Mehrzahl der bekannten philosophischen, künstlerischen, wissenschaftlichen und politischen Persönlichkeiten (was bei einem Altphilologen auch nicht arg verwundert)<sup>2</sup>; sodann Epikur, Lukrez, Horaz, Caesar, Cicero, der Staufer-Kaiser Friedrich II. (»der erste Europäer«), die provençalischen Troubadours (»die freigeistigen Ritter«),

Leonardo und Michelangelo, Spinoza, die französischen Moralisten (hier besonders Montaigne, Pascal, Galiani und Chamfort) sowie Voltaire (aber *nicht* Rousseau), Beethoven, Byron, Heine, Dostojewski und vor allem Goethe (aber *nicht* Schiller und Herder)<sup>3</sup> – um einige zu nennen, die Nietzsche nennt. Der Philologe und Philosoph orientiert sich hier vorzugsweise an »großen Geistern« der Geschichte – das trug ihm nicht selten den Vorwurf ein, er habe nur die »Eliten«, die »exzellenten Köpfe« im Blick (zu seiner Zeit sprach man noch ungenierter vom »Genius«). Allerdings verblasst ein derartiger Vorwurf in Zeiten, in denen immer lauter der Ruf danach ertönt, dass »exzellente Köpfe« in allen Bereichen der Gesellschaft notwendiger denn je seien, wenn man in Wissenschaft und Wirtschaft »zukunftsfest« werden wolle.

Antike, Renaissance, Aufklärung: Aus den Ideenarchiven dieser Vergangenheitsorte soll der Zukunftsort Europa schöpfen. Gleichwohl ist Nietzsches Sicht nicht bloß klassisch eurozentristisch verkürzt, sondern er wendet sich auch dem Anderen, dem Fremden, dem befremdlich Anmutenden zu: Neben dem topografisch Näheren wie nordischer Mythologie und vor allem frühgriechischem Dionysus-Kult richtet er den Blick unter anderem ebenfalls auf indische Mythen, den Islam und die Gedankenwelt Buddhas. Und seine bekannteste Figur Zarathustra schließlich entstammt dem Kulturkreis der alten Perser.<sup>4</sup>

Als weitaus weniger wertvoll schätzt Nietzsche allerdings das Christentum und seine Ideale ein: Laut seiner Zeitdiagnose in *Jenseits von Gut und Böse* und in der *Genealogie der Moral* haben die herkömmlichen moralischen Werte im Laufe der Geschichte ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt. Durch die »Verdoppelung« der Welt in ein Diesseits und in ein Jenseits seien die Prioritäten verkehrt worden, denn das Primat der »Hinterwelt« von Plato bis zum Christentum habe vor allem »lebensfeindliche« Wirkungen gezeitigt. Christlicher Asketismus gehe Hand in



Hand mit Weltverneinung. Staat und Kirche hätten das Leben der Einzelnen unter Gesetzen und Moralvorschriften erstickt, zugleich aber eine Doppelmoral etabliert und dadurch sich selbst ausgehöhlt. So habe die christliche Moral schließlich den »europäischen Nihilismus« hervorgebracht. Die höchsten Werte hätten sich selbst entwertet und Heuchelei produziert – »moralische Tartüfferie«, wie Nietzsche es nennt. Der »gute Europäer« der Zukunft hat also die Bürde dieses Nihilismus abzuwerfen, kann sich aber gleichwohl auch auf die anfangs genannten positiven Denker und Traditionen berufen.

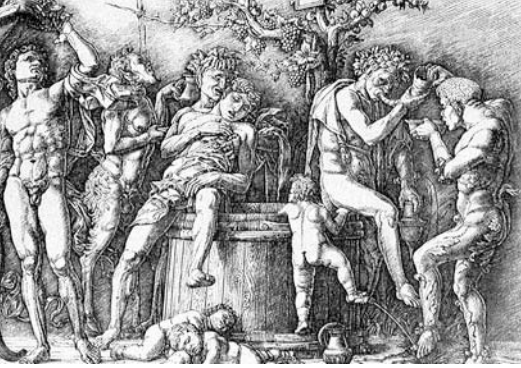
### Sänger, Ritter, Freigeist

Nietzsches Rückgriff vornehmlich auf Ideen und Werte der Antike, Renaissance und Aufklärung sowie seine Kritik am jüdisch-christlichen Wertekanon muten indes nicht überraschend an, wohl aber die Erinnerung an eine andere Epoche: Es ist jene der *provençalischen Kultur*. Und – soweit ich sehe – ist Nietzsche wohl einer der ganz wenigen (neben Herder), der unter europäischer Perspektive den Blick auf diese Zeit lenkt. »Die *Lieder des Prinzen Vogelfrei* [...] erinnern ganz ausdrücklich an den provençalischen Begriff der »gaya scienza«, an jene Einheit von *Sänger, Ritter* und *Freigeist*, mit der sich jene wunderbare Frühkultur der Provençalen gegen alle zweideutigen Culturen abhebt [...]«, schreibt Nietzsche in *Ecce homo – Die fröhliche Wissenschaft* (KSA 6, S. 333 f.). Und in einem Brief ersucht er seinen Verleger E. W. Fritsch in Leipzig (7. August 1886, KGB III 5, S. 226) um eine Erweiterung des Titels für die Zweitauflage der *Fröhliche[n] Wissenschaft*; er wünsche den »Zusatz in Parenthese »gai saber«, damit man an den provençalischen Ursprung meines Titels und an jene Dichter-Ritter, die Troubadours erinnert wird, die mit jener Formel all ihr Können und Wollen zusammenfaßten«. Er nimmt die provençalische Kunst als Paradigma einer Gesamtkultur, die eine *Einheit* von Wissen, Kunst und einer behagenden Lebensauffassung repräsentiert. Und dafür steht der Typus des »Dichter-Ritters«. Hier dient die provençalische Kultur mit dem »Freigeist« des Troubadours im Zentrum auch als ein alternativer Entwurf für Europa. An ihm wird die neuzeitliche Gesellschaft *kritisch* gemessen, deren Kultur – so Nietzsche – durch die herrschende »moralische Tartüfferie« zwiespältig und unglaublich geworden sei. Und er ergänzt mit den aquitanischen Ritter-Idealen das antike Vorbild: Die griechisch-römische Antike sah das Individuum noch

ganz eingebunden in die Polis oder in den Staat, betrachtete den Menschen als »zóon politikón«: »Freiheit« (»euthetria« oder »autonomia« als »innere« oder »äußere Freiheit der Polis« bzw. die »libertas« des »civis Romanus«) wurde in erster Linie nicht als individuelle, sondern als politische verstanden, die sich stets am Gemeinwesen ausrichtete. Am Troubadour hingegen faszinierte Nietzsche darüber hinausgehend jene freigeistige und mutige Haltung, in der das *Individuum* sich seiner selbst bewusst »auf eigene Faust« seinen Lebensstil entwirft.

Die Geburt des modernen Europa entsteht aus dem Geiste der »gaya scienza« oder des »gai saber« (der »fröhlichen Wissenschaft«) – so ließe sich die entscheidende Idee pointieren, die der Argumentation zugrunde liegt. Genauer: Die Entstehung des neuen europäischen Geistes erfolgt zu Beginn des 12. Jahrhunderts richtungsweisend aus der Dichtkunst und erdichteten Lebensform der Troubadours. Im nachantiken Europa – in Ablösung des schon nicht mehr geläufigen Lateinischen – bildeten sie eine bereits verbreitete Volkssprache, das Okzitanische, weiter fort zu einer »Kunstsprache«. Diese Kunstsprache, »zum differenzierten Ausdruck von Gefühlen und Gedanken fähig«, entwickelte sich »weit über die fließenden Grenzen der Volkssprache hinaus zum allgemeinen Medium einer hochkomplexen Dichtungstradition«, wie Tilman Borsche darlegt.<sup>5</sup>

Vor allem jene zwei Züge dieser »frühen Europäer« greift Nietzsche emphatisch auf, in denen er die Geistesverwandtschaft zu erkennen glaubt zwischen dem Troubadour von einst (wie er ihn sieht) und dem Philosophen von heute (wie er ihn begreift). Zum einen geht es um die »Passion«: Den »Dichter-Rittern« – so schreibt Nietzsche in *Jenseits von Gut und Böse* (210, KSA 5, S. 208) – verdanke das Abendland die »Liebe als Passion«, »unsere europäische Spezialität«, und diese Passion sieht er bewahrt in der »Leidenschaft der Erkenntnis«, die den Philosophen auszeichne, jedenfalls den Philosophen, der diesen Namen verdiene. Zum andern geht es um den »freien Geist« des Troubadours, in dem Nietzsche die Verwandtschaft zum Philosophen entdeckt: Der Freigeist folgt auch gegen alle gesellschaftliche Autorität seinem »individuellen Gesetz«, das ihm eine hohe Selbstverantwortlichkeit aufbürdet, die er mit allen Konsequenzen zu tragen bereit ist.<sup>6</sup> Die Zeit der Troubadours währte, historisch gesehen, nur kurz<sup>7</sup> und Nietzsche stilisiert sie nostalgisch. Er macht keinen Hehl aus seiner Hochachtung für jene »prachtvollen erfinderischen Menschen des



›gai saber‹, denen Europa so Vieles und beinahe sich selbst verdankt« (*Jenseits von Gut und Böse* 260, KSA 5, S. 212, Hervorhebung von mir). Die »freigeistigen Ritter«, diese »Christen von rücksichtsloser Rechtschaffenheit« (*Die fröhliche Wissenschaft* 377, KSA 3, S. 631), in deren Tradition sich Nietzsche begreift, waren – um es mit Borsche zu sagen – »selber ›heimatlose Europäer‹: heimatlos, weil ohne feste Position in der geografischen, sozialen, moralischen Ordnung ihrer Zeit; Europäer, weil das moderne Europa aus ihrem Geist entstanden ist. So jedenfalls sah es Herder, so sahen es die Romantiker, und so sieht es auch Nietzsche.«<sup>8</sup>

Wenn der Historiograf einer Ideengeschichte die Anfänge einer positiven Werte-Orientierung für ein modernes Europa in dessen eigener Vergangenheit aufzuspüren sucht, so stößt er im Provençalischen zudem auf eine erstaunliche Besonderheit, die Nietzsche nicht erwähnt: die *Trobairitz* als das weibliche Pendant zum *Trobador*, wie die Bezeichnungen im Altokzitanischen lauteten. Frauen genossen in dieser Hinsicht also im Prinzip eine gewisse Gleichstellung, die indes nach Zerschlagung der provençalischen Ritterkultur ebenso rasch wieder verloren ging.<sup>9</sup>

### Europäer der Zukunft?

Aus der theoretischen Ein- und ethischen Wertschätzung des Freigeistes, der sich nicht scheut, dem Zeitgeist zu widerstehen, zog Nietzsche auch praktische Konsequenzen: So trat er etwa mit aller Entschiedenheit dem bekanntlich bereits zu seiner Zeit stark grassierenden Antisemitismus entgegen, und hier vor allem dem offenen Rassismus von Schwester und Schwager. Er kritisierte den »verlognen Rassen-Schwindel« (*KSA* 12, S. 205) aufs Allerschärfste und sah die Zukunft Europas jenseits aller ethnisch-›rassischen‹, nationalstaatlichen und konfessionellen Schranken.

In diesem Kontext muss auch des Autors vielfach missverstandenes Bild vom »Übermenschen« gesehen werden. Denn der »Übermensch« ist sein »Gleichnis« vom zukünftigen Menschen, der den »furchtbaren« Gedanken vom Tode Gottes und der ewigen Wiederkehr des Gleichen auszuhalten vermag – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Er meint also nicht das Konzept einer wie auch immer begründeten ›neuen Rasse‹ oder Verwandtes, sondern die »übermenschliche« *Zumutung*, dass der Mensch aus eigener Kraft und Verantwortung Werte zu setzen hat, wenn ›Gott‹ nicht mehr als Garant der herkömmlichen christlichen Werte oder als »Postulat der

praktischen Vernunft« für das »Sittengesetz« (wie es Kant genannt hat) in Anspruch genommen werden kann.<sup>10</sup>

Nietzsche differenziert im Rückblick und im Ausblick: Er kritisiert in seiner Gegenwartsdiagnose den »schlechten«, den hässlichen Europäer seiner Zeit.

Die nationalistischen, kriegstreibenden, kolonialistischen und moralisch heruntergekommenen europäischen Staaten hätten die Ideale verspielt, für welche die »guten« Europäer »von gestern und vorgestern« einstanden und an welche die »guten Europäer von übermorgen« anknüpfen müssten. Ihm geht es hier um eine intellektuelle, eine »freigeistige« Haltung – und letzten Endes um den Entwurf eines *kosmopolitisch* orientierten Individuums und um eine kulturelle Ausprägung, welche die Ressentiments staatlicher, religiös-konfessioneller und ethnischer Barrieren überwindet. Da er primär vom Individuum her denkt, hat er den politisch-organisatorischen Aspekt supranationaler Verbünde kaum im Blick, anders als etwa »der Chinese von Königsberg« – wie der »alles zermalmende Kant« (Moses Mendelssohn) von Nietzsche bisweilen titulierte –, der in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* diese gesellschaftliche Seite der Probleme übernationaler Organisationsbildungen sehr wohl thematisiert.

Nietzsches Plädoyer für das Individuum und seine Freiheiten, seine Verteidigung der individuellen Rechte gegenüber dem Staat, seine Warnung vor nationalistischer Kriegstreiberei und kolonialistischen Eroberungsstrategien, seine Kritik an den Massenideologien und ihren Führern, der »Heerde« und ihren »Vor-Ochsen«, sein Eintreten gegen heuchlerische Moral und religiöse Intoleranz waren zu seiner Zeit höchst unzeitgemäß – muten heute jedoch erstaunlich zeitgemäß an. Seine Forderung schließlich, die Grenzen des Nationalstaats zu überwinden, lässt zugleich die Idee von einem Zukunftsort Europa vorscheinen, die kaum an Aktualität eingebüßt hat. Der Entwurf des »ideellen Gesamteuropäers« – um eine Wortschöpfung eines berühmten Fast-Zeitgenossen von Nietzsche zu variieren – überschreitet regionale und temporale Grenzen: Er verkörpert eine *übernationale Haltung* (um nicht ›Gesinnung‹ zu sagen) und verknüpft Ideen von »vorgestern« mit jenen von »übermorgen«. Wie so oft, denkt Nietzsche auch im Blick auf »das Eine Europa« unzeitgemäß zeitgemäß. Die moderne Meistererzählung für Europa, wie von manchen gefordert, ist noch nicht erzählt.<sup>11</sup> Sie kann jedoch – im Sinne Nietzsches – nicht von oben vorgegeben werden, sondern müsste sich von



unten, von den einzelnen kreativen und schöpferischen Individuen her erfinden und herausbilden. Vielleicht wird dann dereinst von den »Europäern von übermorgen« dieses noch zu schaffende Narrativ als ein neuer verbindender europäischer Gründungsmythos erzählt werden?

1 Als Beispiele seien genannt: für den Vorwurf »französisch« vgl. E. v. Hartmann: »Nietzsche's »neue Moral« (in: ders.: *Ethische Studien*. Leipzig 1898, S. 64–65); für »slawisch«: J. Duboc: *Jenseits vom Wirklichen. Eine Studie aus der Gegenwart* (Dresden 1896, S. 143–144), sowie L. Stein: *Friedrich Nietzsches Weltanschauung und ihre Gefahren. Ein kritischer Essay* (Berlin 1893, S. 43); für »jüdisch«: Theodor Fritsch (alias Thomas Frey): »Der Antisemitismus im Spiegel eines »Zukunftsphilosophen«, in: *Antisemitische Correspondenz* 20 (Dezember 1887, S. 15).

2 Nietzsches *philosophische* Wertschätzung umfasst hier zunächst und zumeist die vorsokratische Philosophie: Mit Sokrates und Platon, dessen »höherem Moral- und Idealschwindel« (*KSA* 13, S. 615), sieht er den Niedergang des klassischen griechischen Denkens eingeleitet: »Die eigentlichen Philosophen der Griechen sind die vor Sokrates.« (*KSA* 13, S. 288) Nietzsche (*KSA* und *KGB*) wird zitiert nach: F. Nietzsche (*KSA*): *Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe*. Hg. von G. Colli und M. Montinari. München/Berlin/New York 1980, 15 Bde.; ders. (*KGB*): *Briefwechsel. Kritische Gesamtausgabe*. Hg. von G. Colli und M. Montinari. Berlin 1975 ff., bisher 23 Bde. Bei zitierten Begriffen oder Textpassagen werden doppelte Anführungszeichen nur dann gesetzt, wenn sie sich auf Belegstellen bei Nietzsche beziehen, es sei denn, ein anderer Autor wird explizit genannt; in allen übrigen Fällen werden einfache Anführungsstriche verwendet.

3 Vgl. hierzu W. v. Rahden: »Nie wirklich satt und froh ...« – Nietzsches Herder«, in: *Der frühe und der späte Herder: Kontinuität und/oder Korrektur – Early and Late Herder: Continuity and/or Correction*. Hg. von S. Groß und G. Sauder. Heidelberg 2007, S. 459–477, sowie ders.: »Ächte Weimaraner«. Zur Genealogie eines Genealogen«, in: *Ein groß vnnd narbaft haften*. Hg. von E. Berner, M. Böhm und A. Voeste. Potsdam 2005, S. 43–54 ([opus.kobv.de/ubp/volltexte/2006/990/pdf/rahden.pdf](http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2006/990/pdf/rahden.pdf)).

4 Zum Thema »Nietzsche und Europa« allgemein sei vor allem verwiesen auf die Monografie von R. Witzler (*Europa im Denken Nietzsches*. Würzburg 2001) sowie die Beiträge in *Nietzscheforschung (Nietzsche und Europa – Nietzsche in Europa)*, Bd. 14 (2007).

5 T. Borsche: »Vom romantischen Traum einer fröhlichen Wissenschaft. Nostradamus, Nietzsche und die Inquisition«, in: *Nietzsche-Studien* 23 (1994), S. 175–199, hier S. 177

6 Das Paradoxon vom »individuellen Gesetz« wird ausführlicher erörtert in W. v. Rahden: »Individual Law. On Some Aspects of Nietzsche's Juridical and Aesthetic Discourse«, in: *Cardozo Law Review – Symposium: Nietzsche and Legal Theory* (Yeshiva University New York), vol. 24/2 (January 2003), S. 723–737.

7 Etwa von Beginn des 12. Jahrhunderts bis Ende des 13. Jahrhunderts. Als mutmaßlich erster Troubadour gilt Guilhem (Guillaume) IX., »le troubadour d'Aquitaine« (1071–1126), als letzter Guiraud Riquier (um 1230–1292) – der einzige unter ihnen, der seine Gedichte datiert hat und der ein »doctor de trobar« sein wollte (R. Lafont und C. Anatole: *Nouvelle Histoire de la Littérature occitane*. Paris 1970, S. 141, zit. nach T. Borsche: »Vom romantischen Traum einer fröhlichen Wissenschaft«, a. a. O., S. 186). Auch wenn Nietzsche aus heutiger Sicht allzu romantisch idealisieren mag, öffnet er gleichwohl die Sicht auf jene freigeistige Lebensform, die durch die Inquisition mit Ingrim und allen Mitteln bekämpft und zerstört wurde. Papst Innozenz III. hatte 1208 zum »Kreuzzug gegen die Provence« aufgerufen und Gregor IX. die Inquisition in den Jahren 1231 bis 1233 mehrfach als päpstliche Institution autorisiert, die den durch Honorius III. 1216 als Orden bestätigten Dominikanern übertragen wurde (»Domini canes« – »die Hunde des Herrn«), und 1252 schließlich legalisierte Innozenz IV. in der berühmten Bulle »Ad extirpanda« die Folter für innerkirchliche Verfahren. Der Kampf galt den provençalischen freigeistigen Strömungen, vor allem den Katharern (»Ketzern«), auch als Albigenser bekannt, und den Waldensern. Und in den Sog dieses Vernichtungsfeldzuges geriet auch die okzitanische Ritterkultur und wurde schließlich ausgelöscht. Zu den Anfängen und der Ausweitung der Inquisition sowie ihrer Normierung durch die von den Dominikanerpatres Sprenger und Institoris 1487 herausgegebene Schrift *Malleus Maleficarum* (*Der Hexenhammer*), mit deren Hilfe eine fragelose, wiewohl harthörige (in der Sprache der Inquisition: »hochnotpeinliche«) Untersuchungsstrategie durch Verhör und Folter etabliert wurde, vgl. genauer W. v. Rahden: »Orte des Bösen. Aufstieg und Fall des dämonologischen Dispositivs«, in: ders. und A. Schuller (Hg.): *Die andere Kraft. Zur Renaissance des Bösen*. Berlin 1993, S. 26–54, hier bes.: S. 26–40.

8 So T. Borsche (»Vom romantischen Traum einer fröhlichen Wissenschaft«, a. a. O., S. 176 f.) in seiner Untersuchung der historischen Dimension des Begriffs einer »fröhlichen Wissenschaft«; dazu auch W. v. Rahden: »Nie wirklich satt und froh ...« – Nietzsches Herder«, a. a. O., S. 465–468

9 Vgl. A. Rieger: *Trobairitz. Der Beitrag der Frau in der altokzitanischen höfischen Lyrik. Edition des Gesamtkorpus*. Tübingen 1991

10 Hierzu detaillierter W. v. Rahden: »Einen tanzenden Stern gebären«. Nietzsches ewige Niederkunft des Neuen«, in: W. Sohst (Hg.): *Die Figur des Neuen*. Berlin 2008, S. 271–304

11 In eine solche Richtung zielt eine Initiative der Europäischen Kommission, wenn sie eine Debatte über die Zukunft Europas anregen will, mit der sie »Künstler, Intellektuelle, Wissenschaftler und alle Bürger« dazu aufruft, Beiträge zu einem »neuen Narrativ für Europa« zu verfassen; [ec.europa.eu/debate-future-europe/new-narrative/more\\_eu.htm](http://ec.europa.eu/debate-future-europe/new-narrative/more_eu.htm) (letzter Zugriff am 9. 9. 2013).



Friedmar Apel

## Ein deutscher Romantiker mit Migrationshintergrund: Adelbert von Chamisso

Ehrendoktor der Berliner Universität, Mitglied der Berliner Gesellschaft Naturforschender Freunde, Mitglied der Leopoldinisch-Carolinischen Akademie der Naturforscher, Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, bekannt oder befreundet mit fast allen Berliner Literaten und Gelehrten: So einer kann nur eine Kulturbetriebsnudel gewesen sein.

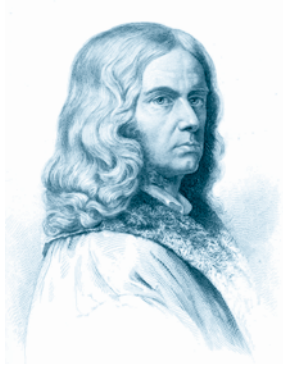
Und doch hat sich der 1781 geborene Louis Charles Adelaide de Chamisso, den es nach der Revolution von Boncourt, dem Sitz der Familie in der Champagne, mit seinen Eltern nach Preußen verschlagen hatte, stets als Außenseiter gefühlt. Das machte ihn sensibel für die Entfremdungserscheinungen der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft und für die prekäre Stellung des Individuums. Umso intensiver arbeitete er sich in Sprache, Denken, Kultur und Geselligkeit des Geisteslebens der Goethezeit hinein. Zwar legte er sich als Zeichen seiner doppelten Identität den Namen Adelbert von Chamisso zu, doch dachte und träumte er zeitlebens auf Französisch. So blieb ein Moment der Fremdheit bestimmend, das bei aller Einfühlung in die Literatursprache der Goethezeit immer wieder auch in seinem Stil aufscheint.

Fremdheit und Unsicherheit der kulturellen und nationalen Identität musste Chamisso 1813 mit der Erhebung Deutschlands gegen Napoleon besonders schmerzhaft zu Bewusstsein kommen. Mit dem allzu selbstgewissen Preußentum hatte er aber schon vorher seine Schwierigkeiten gehabt. Dennoch oder gerade deshalb publizierte er *Peter Schlemihls wunder-same Geschichte* (1814) auf Deutsch, und es gelang ihm sogar, seinen Freund E. T. A. Hoff-

mann an Popularität zu übertreffen. Der *gesamteuropäische Erfolg* der Erzählung im 19. Jahrhundert ist aber zweifellos auch darauf zurückzuführen, dass sie als ahnungsvolle Allegorie der sozialen Folgen der Industrialisierung und der Geldwirtschaft gelesen werden konnte. Am schattenlosen Helden erscheint bereits ein Komplex der Dissoziation sozialer Werte und Strukturen, der im Individuum Empfindungen von Normlosigkeit, Sinnlosigkeit, Ohnmacht, Einsamkeit und Depersonalisierung hervorruft. Auch das Spektrum der möglichen Reaktionen darauf, vom Konformismus über Resignation und Eskapismus zur Subversion, wird in Chamissos Erzählung bereits skizziert.

Die seinem Distanzbedürfnis entspringende doppelte Herausgeberfiktion (»mitgeteilt von Adelbert von Chamisso und herausgegeben von Friedrich Baron de la Motte-Fouqué«) konnte seine Berliner Umgebung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der Erzählung um eine wie immer distanzierte und verrätselte Selbstreflexion handelte. In der Verbindung eines christlichen mit einem sprechenden Namen aus dem Jiddischen wiederholt Chamisso sein grenzgängerisches Spiel mit der Identität, das darin gipfelt, dass Chamisso seinen Helden von der Gelehrtenexistenz seines Autors zwischen literarischer und naturwissenschaftlicher Intelligenz (und von einem populären Ritterroman des angeblichen Herausgebers Fouqué) träumen lässt, den er überlebt, als hätte Chamisso schon geahnt, dass der Name des Autors hinter dem des Helden zurücktreten würde. »Da träumt' es mir von Dir, es ward mir, als stünde ich hinter der Glastüre Deines kleinen Zimmers, und sähe Dich von da an Deinem Ar-





beitstische zwischen einem Skelet und einem Bunde getrockneter Pflanzen sitzen, vor Dir waren Haller, Humboldt und Linné aufgeschlagen, auf Deinem Sofa lagen ein Band Goethe und der ›Zauberring‹.« (S. 24 f.)<sup>1</sup> Noch in der Vorrede zur französischen Ausgabe von 1821 setzt Chamisso sein Spiel mit der Identität fort, wenn er seinen Helden als virtuell zweisprachig vorstellt. »Je crois, en effet, que c'est ainsi qu'aurait écrit Schlemihl, s'il avait voulu écrire en français.«

Der wunderliche Held kommt von fern her auf dem Seeweg in die Kaufmannsmetropole Hamburg und damit in eine Gesellschaft, die in satirischer Überzeichnung als eine der ungebremsten Kapitalakkumulation und des gedankenlosen Konsums beschrieben wird. »Wer nicht Herr ist wenigstens einer Million«, sagt der wohlbeleibte Kapitalist, »der ist, man verzeihe mir das Wort, ein Schuft!« (S. 18) Schlemihl erscheint von vornherein in einer Außenseiterposition, auch in seinem etwas umständlichen Deutsch: »Ich war da zu fremd, um von alle dem vieles zu verstehen, zu bekümmert und in mich gekehrt, um den Sinn auf solche Rätsel zu haben.« (S. 19) Der »arme Teufel« aber kompensiert seine Fremdheit mit Überanpassung. »O wie wahr!« rief ich aus mit vollem überströmenden Gefühl.« (S. 18) Das ist auch ein kleiner französischer Seitenhieb auf den Gefühlskult der deutschen Romantik. Andererseits erzeugt der fremde Blick eine Aufmerksamkeit für die verdinglichten Verhaltensweisen der reichen Bürger, die nach den Bedingungen ihres Wohlstands und der Herkunft der Konsumartikel nicht fragen.

Geld und Konsum erscheinen von vornherein abgelöst von der Realwirtschaft, was Schlemihl in Kategorien des Wunderbaren und Magischen beschreibt. Die ökonomische Theorie hatte freilich seit Adam Smith selbst schon »eine Neigung zur Geisterkunde gehegt und sich mit unsichtbaren Händen und anderem Spuk den Gang des Wirtschaftsgeschehens erklärt. Dies ist wohl einer gewissen Unheimlichkeit ökonomischer Prozesse geschuldet, in denen zirkulierende Objekte und Zeichen

einen gespenstischen Eigensinn entwickeln.«<sup>2</sup> Auch Mephisto spricht im *Faust* vom »Papiergespenst der Gulden«, das zwischenmenschliche Beziehungen ebenso verrechenbar macht wie die Bedürfnisbefriedigung: »Man braucht nicht erst zu markten noch zu tauschen, / Kann sich nach Lust in Lieb und Wein berauschen.«<sup>3</sup>

Der gegen maßlosen Reichtum eingetauschte Schatten kann so als übersteigerte Metapher einer Existenz im Modus der Fremdheit gelesen werden. Dabei erscheint die auf Schulden beruhende Geldwirtschaft zugleich als eine der Schuld. Selbst ein Reicher aber muss »in der Welt einen Schatten haben«. So steht der verlorene Schatten auch für den bei der Migration je infrage gestellten Habitus, den Pierre Bourdieu (der sich selbst als Außenseiter des akademischen Betriebs fühlte) nicht unpoetisch als geronnene Lebensgeschichte bestimmt hat. Der Habitus beinhaltet auch die sozialen Regeln und das Wissen über eine gegebene Gesellschaft, die ein Subjekt im Laufe seines Lebens verinnerlicht hat. Davon hängt der soziale Kapitalerwerb ab, der dem schattenlosen Peter Schlemihl in der Gesellschaft, in die es ihn verschlagen hat, zunächst nicht gelingt. Er wird als ein Fremder ausgegrenzt.

Im Motiv der Siebenmeilenstiefel gestaltet Chamisso schließlich die Lust an der Grenzüberschreitung und des Entrinnens. Mobilität erscheint als Lösung, die wie notwendig zur Laufbahn des Gelehrten und Naturforschers führt. »Durch frühe Schuld von der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen, ward ich zum Ersatz an die Natur, die ich stets geliebt, gewiesen, die Erde mir zu einem reichen Garten gegeben, das Studium zur Richtung und Kraft meines Lebens, zu ihrem Ziel die Wissenschaft.« (S. 60) In einer als universal gedachten Gelehrsamkeit lässt sich das kulturelle Kapital gewinnen, das dem Außenseiter auf anderen Gebieten des sozialen Feldes aufgrund der kulturellen Codierung der Wahrnehmung versagt bleibt. Dabei wächst dem Schlemihl ein neuer Schatten zu, der freilich als erborgt erscheint.



Chamisso selbst war, als er 1818 von seiner dreijährigen Forschungsreise nach Süd- und Nordamerika zurückkehrte, inzwischen gleichsam hinter seinem Rücken ein berühmter Autor geworden, was ihn eher irritierte. Vor allem der allzu oft wiederholte Scherz einer Gleichsetzung mit seinem Helden bezüglich des Schattenverlusts ging ihm zunehmend auf die Nerven. Er wollte seinen sprichwörtlichen Pechvogel lieber als eine Art Gesprächspartner sehen. 1834 redet er ihn nach dem Muster von Goethes elegischer Evokation Werthers wie einen alten Freund an. Ihm selbst sei zwar nicht »so übel mitgespielt« worden, doch habe er »am Ende wenig nur erzielt«.

Es bleibt der Reiz von Peter Schlemihls Geschichte, dass sie bei aller virtuosen und listig ironischen Anpassung an das motivische Arsenal der Deutschen Romantik und den Ton des *Wunderhorn* im gesellschaftlichen Gehalt der aufklärerischen Tradition des Conte de Féés seit Charles Perrault treu bleibt. Schlemihl ist kein frei schwebendes romantisches Subjekt, sondern erscheint in der Vermittlung mit den sozioökonomischen Verhältnissen, in einer Gesellschaftsbezogenheit der Literatur, um die noch Hugo von Hofmannsthal die französische Kultur beneidete. Chamisso verzichtet daher auch nicht auf den Anklang einer ›moralité‹, einer ›nützlichen Lehre‹. Die aber läuft auf ein Lob des Nonkonformismus hinaus. »Willst Du nur Dir und Deinem bessern Selbst leben, o so brauchst Du keinen Rat.« (S. 66) In der Welt der Wissenschaft ist auch der einsame Außenseiter aufgehoben. Das klingt eher nicht nach französischer Akademie, sondern nach jener Existenzform des Wissenschaftlers, die Chamissos Freunde Alexander und Wilhelm von Humboldt empfahlen.<sup>4</sup>

- 1 Adelbert von Chamisso: *Peter Schlemihls wundersame Geschichte*, in: ders.: *Sämtliche Werke in zwei Bänden*. Nach dem Text der Ausgaben letzter Hand und den Handschriften. Textredaktion J. Perfahl, Bibliographie und Anmerkungen von V. Hoffmann, Bd. 1. München 1975, S. 13–67
- 2 J. Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich 2011, S. 7
- 3 J. W. von Goethe: *Faust II. Werke*, Bd. 3. Hg. von F. Apel u. a. Frankfurt am Main 2007, S. 212
- 4 Postskriptum: Wolfert von Rahden ist seinerzeit bei seinen blitzschnellen unkonventionellen Positionswechseln als Mittelfeldspieler der Chaos Kickers regelmäßig seinem Schatten enteilt. Spätestens beim zweiten Weißbier in Gesellschaft stellte der sich aber wieder ein.

Matthias Weichelt

## Visionen und Verweigerungen am Lago Maggiore

Von einer behaglichen Auszeit im Süden konnte keine Rede sein. Als Hugo Ball mit Emmy Ball-Hennings und deren Tochter Annemarie 1917 dem immer wilderen Zürcher Dada-Treiben den Rücken kehrte und sich ins Tessin zurückzog, gab es noch keine komfortablen Stipendienprogramme für reisefreudige Schriftsteller. Und es herrschte Krieg. Wenn man nicht, wie Rilke, von großzügigen Mäzenen versorgt wurde, musste man sich anderweitig durchschlagen, etwa mit Ackerbau und Viehzucht. Als das Zimmer im Gasthof von Ascona nicht mehr bezahlt werden konnte, machte sich die kleine Familie auf ins Hinterland, zu einer Alphütte, wo ein Zicklein und der Anbau von Mais und Kartoffeln das Überleben sichern sollten. Vor Zeitungen und lästigen Briefen war man hier sicher. Die in Locarno gekauften Gerätschaften, die tausend Seiten Schreibmaschinenpapier, die Zigaretten- und Kaffeepakete, die Bettwäsche und die Bücher mussten im Tragekorb in die Berge gebracht werden. Doch der mühsam eingerichteten Einsiedelei war keine lange Dauer beschieden. Der Schweizer Schriftsteller Friedrich Glauser, der sich den literarischen Landwirten angeschlossen hatte, schrieb später in *Dada, Ascona und andere Erinnerungen*: »Unser Wohnhaus war ein Schuppen. Wir schliefen auf Bergheu. In der Nähe brauste durch Tag und Nacht ein Wasserfall. Spitze Gipfel umsäumten unser Haus, und nah war uns der Schnee der Gletscher [...] Hauptnahrungsmittel waren Polenta und schwarzer Kaffee. Das Melken der Ziege war nicht ganz einfach. Als wir kein Geld mehr hatten, gingen wir auseinander.«

Das Schweizer Ufer des Lago Maggiore, Ascona, Locarno und Minusio, waren zu diesem Zeitpunkt längst zum Sehnsuchtsort der Verweigerer, der Utopisten und Exilanten geworden. Lebensreformer und Abstinenzler hatten schon um die Jahrhundertwende damit begonnen, auf dem später ›Monte Verità‹ genannten Berg bei Ascona einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu suchen. 1900 wurde hier die ›Vegetabilische Gesellschaft‹ gegründet, auf dem von dem belgischen Industriellensohn Henri Oedenkoven gekauften, dreieinhalb Hektar großen Gelände entstanden Lichtfluthütten, Gemüsegärten und Sonnenbadeplätze. Die aus aller Herren Länder kommende bunte Gesellschaft der Anarchisten, Psychoanalytiker, Revolutionäre, Sonnenanbeter, Tänzer und Schriftsteller (auch ein Fastenkünstler und ein Kokosnussprediger stellten sich ein) einte der Wunsch, sich dem Zugriff autoritärer Staaten, verstaubter Ideologien und patriarchaler Familien zu entziehen – oder den Ansprüchen von Gläubigern und Armeen. Es hat eine besondere Ironie, dass Hugo Ball, der ausgezogen war, mit Dada und dem Cabaret Voltaire die Dichtung vor dem Journalismus zu retten und ihr einen heiligen Bezirk zu sichern, gerade an diesen Weiheort der Avantgarde zurückkehrte, als ihm der Erfolg seines auf Moderne und Fortschritt gerichteten Unternehmens zu viel wurde. Gewissermaßen eine Verweigerung der Verweigerung.

Aber derlei innere Widersprüche gehörten von Anfang an zur geistigen Atmosphäre der Künstlerkolonien auf dem Monte Verità und der am See verstreut wohnenden Geistesarbei-



ter. Wer einen Blick ins Laboratorium künftiger freier Lebens- und Liebensemöglichkeiten werfen wollte, machte sich auf den Weg in den Süden (von Frankfurt nach Locarno dauerte die Bahnfahrt 1909 nur noch neun Stunden), die Utopie hatte plötzlich eine feste Adresse. Und nicht nur Rudolf Steiner und Martin Buber kamen, sondern auch Lenin und Trotzki, Fidus und Marianne von Werefkin, Max Weber und August Bebel. Gerade die Schriftsteller (unter ihnen Ernst Toller und Hans Arp) zog es aus unterschiedlichen Gründen in den Süden der neutralen Schweiz, manche, wie der alkoholranke Hermann Hesse (der einem der Pioniere des Monte Verità, Gusto Gräser, später im *Glasperlenspiel* ein Denkmal setzte), kamen um ihrer angeschlagenen Gesundheit willen in die einstigen Fischerdörfer. Andere hofften auf die Überwindung von Lebenskrisen oder ein billigeres Leben – oder mussten, wie später Erich Maria Remarque und Kurt Tucholsky, Else Lasker-Schüler und Bertolt Brecht, vor den Nazis fliehen. Dass man den Einwohnern des Tessins eine besondere Liberalität und Toleranz nachsagte, tat ein Übriges, um die vom Leben in den nördlichen Metropolen Geplagten hierherzulocken. Die dabei entstehenden Romane, Abhandlungen und Aufrufe haben mit den Orten der Abgeschiedenheit und Kontemplation jedoch nur selten etwas zu tun, ihre Schauplätze, ihr Publikum sind die Großstädte Europas. Dorthin richtete sich der Ruf der psychoanalytischen Studien von Otto Groß, der anarchistischen Pamphlete von Ernst Frick, des 1917 in Locarno beendeten *Geist der Utopie* von Ernst Bloch.

Auch Fanny zu Reventlow, die Gräfin von München, schrieb hier vor dem Ersten Weltkrieg ihren großstädtischen Liebesreigen *Von Paul zu Pedro* sowie ihren berühmten Schwabing-Roman *Herrn Dames Aufzeichnungen oder Begebenheiten aus einem merkwürdigen Stadtteil*. Sie war nach Ascona gekommen, weil sie sich durch die Scheinheirat mit einem baltischen Adligen all ihrer Geldsorgen zu entledigen hoffte. Als alles sich zum Guten zu wenden schien und die Erbschaft eintraf, ging die Tes-

siner Bank pleite – ein Ereignis, das Fanny zu Reventlow zu ihrem 1916 erschienenen Roman *Der Geldkomplex* inspirierte. Darin meint die Protagonistin, sie habe »die Sache mit dem Geld niemals ernst genug genommen«, es verdrängt und beiseitegeschoben. Und das ließe sich das Geld nun einmal nicht gefallen: »Es begann sich an mir zu rächen, und das Infame an dieser Rache war, daß es mich nicht nur mied, sondern eben durch seine völlige Abwesenheit alle meine Gedanken und Gefühle ausschließlich erfüllte, mich vollständig in Anspruch nahm und sich nicht mehr ins Unterbewußtsein verdrängen ließ. Es gibt Momente, wo Leute anfangen zu beten. Und es gab einen Moment, wo ich anfang zu rechnen, blind und inbrünstig zu rechnen.« 1918 stirbt sie nach einer missglückten Operation, 47 Jahre alt, in Ascona, dem Ort, an dem sie schon 1910 »elendiges Heimweh« gehabt und geschrieben hatte, sie »möchte wieder Menschen sehen. Hier gibt es keine, nur Narren und Propheten.« Vor allem im Sommer sei der Ort »eine Art Selbstmord«. Kaum weniger desillusioniert fällt das Fazit von Oskar Maria Graf aus, der mit 19 Jahren die Wallfahrt nach Ascona angetreten hatte, um seiner Familie zu entkommen: »Die Kameraden waren zu pflanzlich für uns, zu ethisch, zu verworren. Und meine Schulden wurden täglich unerträglicher. Es war auch schon wieder alles so langweilig. Man bekam keine Post, am Ende der Welt war man und wußte nicht, was in den Städten vorging. Es war zu still da, zu gemütlich, zu reizlos. Der blaue Himmel allein machte es auch nicht.«

Erich Mühsam, der 1904 zum ersten Mal den Monte Verità besuchte, hätte schon Ideen gehabt, wie man den gediegenen Lebensformen am Lago Maggiore eine etwas andere Richtung geben konnte. Mit dem asketischen Dasein und Sendungsbewusstsein der Vegetarianer und Alkohol- und Tabakfeinde konnte er wenig anfangen, lieber setzte er sich in die einfachen Gasthäuser, redete mit den Dorfbewohnern oder spielte mit ihnen Karten. Seine Begeisterung für den Ort und seine ungezwun-



gene Atmosphäre ging so weit, dass er 1905 eine *Ascona* betitelte Broschüre herausgab, in der er anregte, den Ort, an dem schon eine »Menge außergewöhnlicher Erscheinungen« ansässig und die Bevölkerung von duldsamem, freiheitlichem Charakter sei, zu einer Sammlungsstätte solcher Menschen zu machen, »die aufgrund ihrer individuell gearteten Veranlagung ungeeignet sind, jemals nützliche Mitglieder der kapitalistischen menschlichen Gesellschaft« zu werden. »Die besten Elemente aller Nationen verkommen in Gefängnissen und Zuchthäusern. [...] Daher – mögen alle deutschen Betschwestern in keuschem Entsetzen die Augen verdrehen – wünsche ich in tiefster Seele, Ascona möchte einmal ein Zufluchtsort werden für entlassene oder entwichene Strafgefangene, für verfolgte Heimatlose, für alle diejenigen, die als Opfer der bestehenden Zustände gehetzt, gemartert, steuerlos treiben, und die doch die Sehnsucht nicht eingebüßt haben, unter Menschen, die sie als Mitmenschen achten, menschenwürdig zu leben.« Hätte sich dieser Vorschlag verwirklichen lassen, wäre wohl nicht die von Harald Szeemann formulierte Gesetzmäßigkeit eingetreten, nach der an »Orte der Kraft«\* zuerst die Spinner kommen, die ihn entdecken und mythisieren, dann die Künstler, die seine Schönheit besingen, und am Ende die Bankiers. Den Bürgermeister von Ascona versetzte Mühsams Vision jedenfalls in solche Aufregung, dass er die gesamte Auflage der Broschüre aufkaufen ließ und ihre Verbreitung somit verhinderte. So folgte 1926 mit Baron von der Heydt der Bankier Kaisers Wilhelms II. auf die Spinner und die Künstler. Er kaufte den Monte Verità, ließ ein Bauhaus-Hotel errichten und begründete die mondäne Epoche des Ortes.

Ein ganz anderer, ganz unmondäner Ort der Verweigerung entstand 1931 im nahen Minusio, einem Nachbarort Locarnos. Clotilde Schlayer, eine Vertraute und Verehrerin Stefan Georges, hatte das »Molino dell'Orso« genannte schlichte Haus gemietet, um dem Meister (und den ihn versorgenden jüngeren Freunden) eine Wohnstatt für die Wintermo-

nate zu bieten. Auch in den folgenden beiden Jahren kommt George ins Tessin, entzieht sich hier den Avancen der neuen deutschen Machthaber, wird zum Reichsflüchtling. Als er am 4. Dezember 1933 stirbt, wird er auf dem Friedhof von Minusio beigesetzt, das Begräbnis findet im Kreis der engsten Getreuen statt, der deutsche Gesandte, Ernst von Weizsäcker, trifft erst später ein. Das Hakenkreuz auf dem Kranz des Reiches wird von Unbekannten entfernt. Und auch die Umbettung des Leichnams, die »Heimholung« in die Geburtsstadt Bingen weiß man zu verhindern. Georges Grab ist damit wie ein Monument für ein auch über den Tod hinausgehendes Sich-Entziehen, ein Recht auf Unverfügbarkeit und Freiheit. Und was das Leben überdauert, wird Literatur. Den Molino-dell'Orso-Roman, die Geschichte ihrer stillen Tage in Minusio, da waren sich George und Clotilde Schlayer einig, hätte nur die Reventlow schreiben können.

Die verwendeten Zitate und Angaben entstammen der hervorragenden Untersuchung *Freie Liebe und Anarchie. Schwabing – Monte Verità. Entwürfe gegen das etablierte Leben* von Ulrike Voswinckel, München 2009, sowie den folgenden Publikationen: *Anders leben. Jugendbewegung und Lebensreform in Deutschland um 1900* (= *Zeit Wissen* 1/2013); Th. Karlauf: *Die Entdeckung des Charisma. Biographie*. München 2007; U. Raulff: *Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben*. München 2009; Cl. Schlayer: *Minusio. Chronik aus den letzten Lebensjahren Stefan Georges*. Hg. von M. Bozza und U. Oelmann. Göttingen 2010.

\* An die Kraft des Ortes versuchte im März 2013 auch das Literaturfestival »Utopien und herrliche Obsessionen« auf dem Monte Verità anzuknüpfen.



Christian Meier

## »Und mit der Demokratie steht im Grunde alles auf dem Kopf«

Ein Gespräch mit Wolfert von Rahden über die griechische Antike

**GEGENWORTE:** Europa ist als Thema in aller Munde: Europa in der Krise, auch in der Orientierungskrise. Da sticht natürlich der Untertitel Ihres Buches ins Auge: »Griechische Anfänge – Anfang Europas?« Sie haben es zwar mit einem Fragezeichen versehen, aber vielleicht könnten dort auch drei Pünktchen stehen oder gar ein Ausrufezeichen – handelt es sich hier um eine offene oder eine rhetorische Frage? Wie würden Sie den Bezug herstellen zwischen den Anfängen Griechenlands und den Anfängen Europas?

*Meier:* Ich bin engagiert, um für eine vierbändige Geschichte Europas den ersten Band über die Antike zu schreiben. Da stehe ich vor den Fragen »Was ist Europa?« und »Wie kommt es dazu?«. Insbesondere aber auch »Gehören die Griechen und/oder die Römer zu Europa?«, oder anders gefragt: »Ist deren Geschichte die Vor- oder die Frühgeschichte Europas?« Ich würde sagen, es handelt sich um die Frühgeschichte, aber beweisen lässt sich das nicht. Das Fragezeichen war daher schon ehrlich gemeint. Ich glaube, wenn man auf die Weltgeschichte sieht, fängt mit den Griechen wirklich etwas ganz Neues an, und das führt dann über Rom, das Christentum, zumal die Theologie, ins mittelalterliche und dann vor allem ins Renaissance-Europa. Das ist die These. So kann man sie als Historiker formulieren. Man kann das aber auch rückwärts tun: Der französische Philosoph Rémi Brague meint, dass es sich hier um eine umgekehrte Bewegung handelt, eine »adoption inverse«, Europa habe diese Griechen als Vorfahren adoptiert.

Sie skizzieren *deskriptiv* die historische Genealogie – lassen Sie uns die Frage *normativ* verschärfen: Was hat die Antike dem heutigen Europa noch zu sagen?

Dem »heutigen« Europa? Das ist eine ganz andere Frage. Meine Frage galt dem Europa, das eine großartige Kultur war, das ist es ja heute nicht mehr. Was ich von der Antike her sagen will, ist, dass soweit überhaupt Hochkultu-

ren gebildet worden sind, sie immer nach kurzen Übergangsphasen monarchisch und meistens auch priesterlich geprägt sind und beides zusammen die Gesellschaft geformt hat. Oder wenn Sie es schlagwortartig haben wollen: die Gesellschaft in einer gewissen Unselbständigkeit und Enge gehalten, vielerlei Denk- und Handlungsmöglichkeiten einfach blockiert hat. Bei den Griechen passiert das nicht, weil Monarchen zwar anfangs da sind, aber nichts Prägendes haben. Und damit bleibt der Freiraum, und vor allem kann das Gemeinwesen eine Sache *aller* Bürger sein. Es kann sich nicht in einer Person wie in einem König versammeln, sondern die Bürger tun sich zusammen, eigenständig, frei und gestalten dann gemeinsam ihre Polis. Das ist für sich genommen vielleicht noch nicht aufregend. Dann aber erleiden sie eine schwere Krise, geraten unter starke Einflüsse vom Orient her, und es geschieht das Außerordentliche: Monarchen können ihnen auch dann nicht auf die Dauer helfen. Sie können also ihre Eigenart bewahren, durch orientalische Anregungen bereichert. Und dann können sie es mit dem Orient aufnehmen. Kurz darauf entsteht die Extremform dieses freien Gemeinwesens, die Demokratie. Und mit der Demokratie steht im Grunde alles auf dem Kopf. Von da an tun sich die Fragen auf, die man anderswo nicht stellen konnte. Etwa nach »nomos« und »physis«, also Recht und Natur. Was ist eigentlich Recht? Gesetzes-Recht gibt es natürlich, aber ist das auch wirklich Recht? Und woher weiß man, was Recht ist? Es gibt ja keine Instanz – keinen Monarchen, keine Priester –, denen man das einfach abnehmen kann. Also muss man suchen, was nicht menschliche Willkür, sondern naturgegeben ist. Aber in der Natur finden Sie auf der einen Seite die Gleichheit, die behauptet wird, auf der anderen Seite den Löwen, der fragt: »Was hat mir denn der Hase zu sagen?« Und schon sind Sie wieder auf dem Trockenen, und so geht es weiter bis zu Platon. Zwar halte ich die platonische Philosophie ihrem Inhalt nach für nicht gerade sehr



förderlich für die Geschichte Europas zur Demokratie – die Fragen aber, die Platon stellt, und die Art und Weise, wie er sie stellt, sind ohne Parallele. Sie öffnen Riesenträume für ein freies Denken, das dann immer weitergetrieben wird.

**Vor allem heute, wo aus der Krise Europas vielleicht etwas Neues entsteht, bietet die griechische Antike da eine Orientierung? Die Staaten Europas leben immerhin ohne Krieg zusammen, sie versuchen, sich demokratisch zusammenzuschließen – eigentlich ein wunderbares Projekt. Und wäre nicht gerade hier die Antike ein Vorbild?**

Nein, ganz und gar nicht, weil diese griechischen Poleis sich untereinander ständig bekriegt haben. Ein Vorbild wären die Römer, die die ganze Mittelmeerwelt mit ihrer Pax Romana überzogen haben. Übrigens auch insofern, als der römische Bürger dem EU-Bürger am ehesten entspricht. Er hat politisch fast nichts zu sagen, aber er hat Rechte, Freiheitsrechte, Sicherheiten, was die EU zeitgemäß durch Konsumentenrechte ergänzt hat. Denn sie sorgt ja zum Beispiel dafür, dass wir mit dem Mobiltelefon billiger telefonieren können. Wenn wir dagegen griechische Polis-Bürger wären, wären die Probleme noch größer, als sie jetzt mit der Schuldenkrise sind, denn der griechische Bürger will mitsprechen, mitentscheiden über das, was geschehen soll. Und wie wollen Sie das in Europa hinbekommen?

**Kann man es nicht als eine Ironie der Geschichte sehen, dass sich zum einen wiederholt in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche Revolutionäre auf die Antike mit ihrem Freiheitsbegriff berufen haben, zum andern aber zugleich ebenso engagierte Distanzierungen gegenüber der Antike zu vernehmen sind? Denken wir etwa an die Französische Revolution: Zunächst wurde die Antike von vielen als Ideal gepriesen, später jedoch mehrten sich unüberhörbar die Stimmen, welche die Distanzierung vom ›antiken Vorbild‹ forderten. Man erinnere sich zum Beispiel an die Kritik des antiken Freiheitsbegriffs durch Benjamin Constant in seiner viel diskutierten Rede von 1819 (›De la liberté des anciens comparée à celle des modernes‹). Wie erklären Sie sich diese widersprüchliche ›adoption inverse‹ der Antike?**

Ganz einfach. Da ist auf der einen Seite die Überlegenheit und Vorbildhaftigkeit, auch der Reiz der antiken Hinterlassenschaft in Literatur, Plastik, Baukunst, Philo-

sophie, Recht, großartigen Gestalten und Ereignissen (übrigens gemeinsam für ganz Europa), die man in Anspruch nehmen kann, in mancher Hinsicht alternativ zum Christentum, auf der anderen Seite die Vielfalt der Positionen, die man mit ihrer Hilfe einnehmen kann – in Auseinandersetzung mit anderen. So kommt es dazu, dass man, wenn man Gegenwärtiges, Herkömmliches überwinden will, auf das Alte zurückgreift. Politisch extrem in der Französischen Revolution, dort wesentlich in Bezug auf Rom und dann auf Sparta: Da tragen sie zum Beispiel diese Freiheitsmütze, und Babeuf nennt sich ›Gracchus‹ und dergleichen. Und nachdem all die Gräueltaten geschehen waren – gerade der Abschreckendste, Robespierre, berief sich ja ausdrücklich auf die spartanischen Tugenden –, da musste man sich auch von den Vorbildern der Revolution absetzen. Das tut Benjamin Constant. In der französischen Altertumswissenschaft wirkt das bis heute nach. Übrigens setzt Constant Athen ausdrücklich gegen Sparta und die anderen Griechen ab.

**Bleiben wir doch bei dem Begriff der ›Freiheit‹, der ja auch in Ihrem Buch *Kultur, um der Freiheit willen* ganz zentral ist. Vielleicht sollten wir da noch einmal versuchen, etwas zu differenzieren. Was ist der antike Freiheitsbegriff, was ist der moderne Freiheitsbegriff? Wenn wir vom antiken Freiheitsbegriff, und zwar dem Athens, ausgehen, dann ist der ja auch sehr exklusiv oder defizitär: So umfasst er bekanntlich weder die Sklaven noch die Frauen. Das heißt, er grenzt im Grunde die Mehrheit aus. Was wäre daran Vorbild? Oder von den griechischen Begriffen her gefragt: Wäre eher ›autonomia‹ oder ›eleutheria‹ gemeint? Was würde griechisch auf Ihrem Buchtitel stehen?**

›Eleutheria‹ natürlich. Man konnte zwar auch Menschen, die nach eigenem Gesetz leben, ›autonom‹ nennen – zum ersten Mal begegnet uns das Wort in diesem Sinn bei Sophokles, für Antigone –, aber im Wesentlichen bezieht sich ›autonomia‹ auf die innere Freiheit der Stadt, deren Freiheit eben, nach eigenen Gesetzen zu leben. Die Freiheit der Griechen ist ihre ›Eigenständigkeit‹. Man ist selbständig, man ist sein eigener Herr, man hat sein Gut, unter Umständen noch seine Sklaven, und insofern ist man der Herr seiner selbst. Und innerhalb des Gemeinwesens ist man Freier unter Freien, ganz unmittelbar, ganz konkret, möglichst ohne Zwischenschaltung anderer Instanzen. Das heißt, man ist weit entfernt vom Staat und all seinen ›eigenmächtigen‹ Institutionen. Denen



kann man (im neuzeitlichen Europa) Freiheitsrechte abtrotzen. Die Griechen aber können zwar dem Einzelnen vielerlei Rechte sichern, aber da sie alle zusammen die Polis *sind*, nehmen sie sich immer wieder sehr weitgehend gegenseitig in Anspruch, und das heißt: Indem sie frei sind und ihre Freiheit behaupten müssen, beschränken sie sich immer wieder in ihrer Freiheit. Griechische Freiheit ist mit viel größeren Risiken verbunden. Der Begriff der Freiheit bildet sich in den verschiedenen Kulturen und Völkern ja sehr unterschiedlich aus. Es wäre interessant, hier einen Vergleich zwischen Griechen und Römern anzustellen: Nicht zufällig ist die Rechtswissenschaft als einzige der alten Wissenschaften nicht von den Griechen ausgebildet worden, sondern die einzige gewesen, die die Römer ausgebildet haben – im Rahmen einer Ordnung, die auf strikter Disziplin, aber nicht auf Unterwerfung beruhte und dabei das Recht des Einzelnen möglichst weitgehend objektivieren wollte.

**Würde sich denn der Freiheitsbegriff nur auf Athen beziehen? Immerhin zog Sparta im Peloponnesischen Krieg mit den Schlachtruf ›Freiheit‹ gegen Athen und konnte andere Poleis hinter sich versammeln.**

Nein, die Parole hieß ›Autonomie‹ – man verlangte die Freiheit der Städte von Athen, das im Bund gegen die Perser eine Herrschaft errichtet hatte. Bei Thukydides nennt Perikles das geradezu eine »Tyrannis«: »Wir üben eine Tyrannis über die anderen Griechen aus.« Freiheit im Innern und Herrschaft nach außen kombinierten sich, und das hing auch miteinander zusammen, denn dass das ganze Gemeinwesen sich derartig frei seiner Politik hingeben konnte, hing natürlich auch daran, dass sie diese ganz intensive Außen- und Flottenpolitik betrieben haben. Mit der Flotte war die unterste Schicht, die die Ruderer stellte, auf einmal mächtig, auch politisch. Denn es gab immer einen Zusammenhang zwischen dem, was man militärisch bedeutete, und dem, was man politisch vermochte. Zuvor war der locker, die Bauern waren längst am Krieg beteiligt, bevor sie auch mehr Rechte – die frühe Form der ›Isonomie‹ – bekamen. Aber in Athen im 5. Jahrhundert geht es schlagartig: Der Krieg braucht die Ruderer – und zehn, 15 Jahre später ist die Demokratie da.

**Über das Ideal der Freiheit haben wir gesprochen – aber wie steht es um andere orientierungsleitende Ideale, die ebenfalls für uns heute Vorbildwirkung haben und die**

**auch als prägend für ein gemeinsames Fundament Europas gelten, wie ›Gleichheit‹ und ›Gerechtigkeit‹. In welchem Verhältnis sehen Sie diese Ideale zu dem der Freiheit in der Antike?**

Bei Aristoteles heißt es, die Demokratie sei durch Freiheit gekennzeichnet, nicht durch Gleichheit. Und genau genommen ist es richtig, dass das Merkmal, aufgrund dessen man volle bürgerliche Rechte in der Demokratie hat, die Freiheit ist. In der Oligarchie ist es das Vermögen: Wer kein Geld hat, gehört nicht zu den Oligarchen. In der Demokratie gehört jeder Bürger dazu, der frei ist. Auf diese Weise sind – als Freie – alle Bürger in der Demokratie sich gleich, denn alle sind Mitglieder der Bürgerschaft. Es kann Unterschiede geben, weil bestimmte Dinge ein Vermögen voraussetzen. Wenn man – so wie Perikles – als Stratege eine große politische Rolle spielen wollte, musste man frei von materiellen Sorgen sein. Gleichheit spielt bei den Griechen, was in dem Wort ›Isonomie‹ zum Ausdruck kommt, relativ früh eine große Rolle. Isonomie ist ja vor dem Begriff der ›Demokratie‹ da, und dem geht ein anderer Ausdruck voraus, der ›Eunomie‹ heißt. ›Eunomie‹ ist, wenn man ganz einfach übersetzen will, die ›Wohlordnung‹. Für mein Empfinden wird in diesen Begriff der Wohlordnung das ›Iso‹ hineinprojiziert, und dann ergibt sich die ›Gleichordnung‹: Breite Schichten fordern Gleichheit gegenüber dem Adel, der bis dahin die Ämter monopolisiert und die politischen Rechte der anderen eingeschränkt hat. Die das verlangen, sind, mit antikem Ausdruck gesagt, die ›Mittleren‹, die Leute mittleren Vermögens, also grob gesagt, vor allem die Bauern. Und so kommt es über die Mittleren zu einer Beteiligung breiterer Schichten, und dann plötzlich um 460 v. Chr. taucht der Ausdruck ›Demokratie‹ auf.

**Wird denn in dem Zusammenhang der Begriff der ›Gerechtigkeit‹ überhaupt thematisiert?**

Gerechtigkeit spielt eine große Rolle, schon in der frühen Zeit. Denn das ist es, was man bei vielen Adligen vermisst und was man fordert. Die Legitimität adliger Führung hat erheblich darunter gelitten, dass sie von ihrer (griechischen) Freiheit einen allzu willkürlichen Gebrauch gemacht hatten. Im alten Rom dagegen ist ›Gerechtigkeit‹ nicht zum Problem geworden, bevor sie – gegenüber den Provinzialen – aktuell wurde.

Indem breitere Schichten in diversen Griechenstädten – gegen die ungerechte Herrschaft der Adligen – Rechte





auf effektive Mitsprache anstreben, ist die Forderung nach Gerechtigkeit eine wesentliche Triebkraft auf dem Weg zur Isonomie, der dann zur Demokratie führt.

#### Der Begriff der ›Mittleren‹ kommt von Aristoteles?

Nein, es gibt den Begriff schon früher, er ist bereits im 6. Jahrhundert v. Chr. bezeugt und meint wohl ursprünglich die neutrale Gruppe bei Parteistreitigkeiten. Wer sich bei Konflikten weder auf der Seite der Reichen noch auf jener der Armen befindet, ist ein ›Mittlerer‹, egal, wie es um seine Vermögensverhältnisse bestellt ist. Für Aristoteles ist der Begriff der ›Mittleren‹ dann durch die Vermögensverhältnisse bestimmt, gemeint ist dann jemand von mittlerem Vermögen. Diese Gruppe ist für Aristoteles besonders gut, weil sie nicht wie die Armen ständig den Reichen etwas wegnehmen will, aber auch nicht wie die Reichen von der Gier besessen ist. Das Wort ›Gier‹ dort einzubringen wäre nicht falsch: Die Reichen wollen immer reicher werden. Die Mittleren dagegen sind mit ihrer Lage zufrieden, deswegen sind sie die besten Bürger. Das ergänzt sich mit anderen Auffassungen des Aristoteles, bei denen das rechte Maß eine große Rolle spielt.

Ein spannender Aspekt in der antiken griechischen Welt ist die Ausbildung dieses vielseitig interessierten Typus, der überall der Erste sein möchte. Die Spiele in Olympia beginnen schon vor 700 v. Chr. Bei den Dionysien gab es jährlich den Wettstreit der Dichter, ebenso bei den Lenäen. Der Wettstreit war anscheinend allgegenwärtig. Ein Blick auf die heutige Gesellschaft lässt vermuten, dass vielleicht eher noch als der Freiheitsbegriff die Vorstellung des ›Agonalen‹, des ständigen Wettbewerbs, unser Denken und Handeln bestimmt. Wenn man die Bedeutung des Sports bedenkt oder das Ranking allerorten: Bildet das Agonale nicht einen zentralen Anknüpfungspunkt an die Antike, und zwar möglicherweise einen ›realeren‹ als der Freiheitsbegriff? Eine äußerst wirkmächtige Verknüpfung der Idee des Agonalen mit jener der Freiheit zeigt sich ja im Übrigen in Gestalt der ökonomischen Maxime von der ›Freiheit des Wettbewerbs‹ ... Ich würde sagen, dass die Freiheit wahrscheinlich selbstverständlich geworden ist, denn wenn man sie den Menschen nähme, dächten sie wahrscheinlich anders. Was das Agonale angeht: Ganz sicher ist es etwas spezifisch Griechisches. Nicht schlechthin, denn Wettbewerb, auch Sport, kommt ebenso an vielen anderen Stellen vor. Spe-

zifisch für die Griechen könnte aber sehr wohl das Ausmaß gewesen sein, auch die Zahl der Bereiche, in dem und in denen sie sich dem Wettbewerb hingaben. Vielleicht auch die Art und Weise, in der er im Zentrum der Aufmerksamkeit stand, etwa in den großen ›internationalen‹ Spielen. Auch religiöse Feste bestanden vielfach im Austrag von Wettbewerben. Vor allem aber ist eins zu nennen: In der Akzentuierung persönlichen Ehrgeizes haben die Griechen sehr viel mehr Wert darauf gelegt, Erste zu sein, als Macht und Einfluss zu gewinnen. Sonst hätte es nicht bei den kleinen Poleis bleiben können. Ein Ranking haben die Griechen übrigens nicht gehabt, der Zweite wird nicht festgestellt. Es geht immer nur um den ersten Platz – wobei man aus Angst vor Bestechung der Schiedsrichter ein kompliziertes Verfahren entwickelt hat. Nehmen Sie zum Beispiel den Wettbewerb der drei Tragiker in Athen bei den Dionysien: Die attische Bürgerschaft war in zehn Phylen gegliedert, und aus jeder Phyle nahm man einen Richter; anschließend wurden aber durch das Los fünf wieder ausgeschieden, damit sich hinterher nicht berechnen ließ, wer für wen gestimmt hat. Überhaupt erdachte man raffinierteste Verfahren für Wettbewerbe. So wurde zum Beispiel festgestellt, wer der beste Bildhauer ist, und später übertrug man die Methode auf den besten Feldherrn im Perserkrieg: Man versammelte die Besten, und jeder bekam zwei Stimmen. Man setzte voraus, dass sich alle selbst für den Besten hielten, aber die zweite Stimme mussten sie einem andern geben. So wurde Themistokles zum besten der Strategen gewählt. Übrigens liegt hier noch ein Zeichen für die Bedeutung des Agonalen bei den Griechen.

Thematisch schließt sich da der Kreis zu unserer Anfangsfrage: Was können wir heute noch von den Alten lernen? Muss man konstatieren, die Konstruktion dieser Gemeinschaft sei so anders gewesen, dass sie uns Heutigen nichts mehr zu bieten hat? Wie wäre es denn zum Beispiel mit einer Rückbesinnung auf die grundlegend *politisch-gesellschaftliche* Dimension des Freiheitskonzepts der Antike? Könnten die gegenwärtig häufig beklagten Defizite der modernen Auffassung von Freiheit als ›bloß individueller‹ hier nicht eine sinnvolle Ergänzung erfahren, indem man die Verantwortung für das gesellschaftlich Ganze in Erinnerung ruft? Oder in Hinsicht auf bestimmte praktisch-politische Regelungen: Gäbe es nicht auch da Elemente in den demokratischen Verfahrensweisen Athens, die auch Europa guttäten? Man denke zum



Beispiel an die starken plebiszitären Momente, das vielfach geübte Rotationsprinzip, das Losverfahren ...

Ich glaube, das geht nicht. Womit ich nicht ausschließen will, dass man sich durch das Studium dieser Dinge anregen lässt, beim Los etwa. Im 18. Jahrhundert hat Isaak Iselin in Basel, einer der großen Denker der Zeit, zum Beispiel vorgeschlagen, bei Universitätsprofessuren zu losen. Da alle gleich schlecht seien, könne man auch losen. Und das Losen wäre natürlich ein enormer Zeitgewinn, weil sämtliche Wahlverfahren wegfallen. Das Los macht Argumente überflüssig, also brauchen Sie die auch gar nicht erst auszutauschen. Aber hier würde ich sagen: Das Verfahren hat zwar viele Vorzüge, aber ich hänge an Argumenten, und ich hänge an Gegensätzen, wie sie zwischen Parteien entstehen können – was wir heute ja kaum mehr haben. Die fünfziger, sechziger und siebziger Jahre waren bestimmt dadurch, dass wirklich auch Argumente vorgebracht wurden und man in gewissem Umfang voneinander gelernt hat, die Situation klar wurde. Aber heute? Die künftige Gestaltung Europas ist eine Lebensfrage, und dann müsste man eigentlich zwei Gruppen haben. Die einen müssten sagen: »Wir wollen das so«, und die anderen: »Wir wollen das aber so.« Stattdessen rennen alle in die gleiche Richtung, und ich fürchte, es ist die falsche.

Zum Abschluss eine Frage, die sich dem Leser Ihrer Schriften aufdrängt, den Sie auf Ihre Reise in die Antike einladen und der Ihnen von Beginn an unverhohlen gebannt folgt. Sie haben einen Stil, eine Methode der Erzählung, die unter Historikern nicht allzu häufig vorkommt: Man geht gemeinsam auf den Weg, stellt Fragen, denkt nach ... Haben Sie da ein Vorbild? Wie kamen Sie auf diese sehr eigene Art, Geschichte zu schreiben?

Ich kann Ihnen Ansätze dazu nennen. Einerseits bin ich stark umgetrieben von Fragen – Fragen, die häufig aus der Gegenwart kommen oder mindestens von der Gegenwart angeregt sind. Daraus kann eine intellektuelle Spannung entstehen.

Andererseits habe ich mir früh angewöhnt, mich nicht übermäßig viel um den Fachdiskurs zu kümmern. Das gibt ein anderes Verhältnis zum Adressatenpublikum. Ich habe beim Schreiben nicht meine Kollegen im Auge, sondern immer die Sache, in all ihrer Komplexität. Und ich nehme immer neue Anläufe. Wenn ein Buch 400 Seiten hat, habe ich vorher einige Tausend geschrieben. Und ich denke an sehr anspruchsvolle Leser. Beim ständigen Korrigieren reichert sich auch der Wortschatz an. Meine These ist ja, dass gute Historiographie ein literarisches Genus ist. Außerdem hatte ich einen wundervollen Mentor: Wolf Jobst Siedler.



Baru

20

MUS

20

20

20

20

20

20

20

20

20

...the circle, it is just a...  
...the base of the hill, which...  
...the first circle were stored...  
...of energy to storm the second...  
...the temple the day of the...  
...collapse.



9292.04

18"

20



Franz Reitinger

## Was war Europa?

Ein bildhistorischer Exkurs über Sternstunden

Wandkartenfolgen mit historiografischen Bordüren geben Auskunft über das Selbstverständnis der sich herausbildenden Nationen im Zeitalter des Abbé Raynal (1713–1796) und demonstrieren, wie die Tradition einer linearen Heilsgeschichte mithilfe des geografischen Paradigmas der Weltregionen in einzelne Erzählstränge aufgebrochen werden konnte. Dieses Auseinanderfallen des historischen Narrativs in eine Geschichte vierer Kontinente erfolgte zeitlich parallel und formal analog zur Entdeckung des Prinzips der Refraktion des reinen Lichtes und dessen Aufspaltung in prismatische Farben durch die optische Physik.

**Wehranlagen** – Im Kriegsjahr 1690, in dem sich die europäischen Staaten zusammentaten, um der Expansionswut des Sonnenkönigs Einhalt zu gebieten, kam eine Neuheit auf, die rasch die Runde machte. Bald wurde es zur ästhetischen Norm, Regionen, Staaten, ja halb Europa von dem einsamen Felsen Bass Rock in der schottischen Nordsee bis zur Inselfeste Le Palais an der französischen Atlantikküste, von Oxford und Cambridge in England bis Barcelona und Cadiz in Spanien mit weit umspannenden Festungsgürteln zu umgeben. Den Auftakt setzte der französische Kartograf Nicolas de Fer mit mehreren Kriegsschauplatzkarten in Wandformat, für die er einen Ring aus festen Orten schnürte. Sein *Théâtre de la guerre* mit den 55 Bordürenplänen wurde für das gesamte Genre der Schauplatzkartografie namengebend.

»Wenn man die sechs Blatt montiert hat, aus denen sich die Karte zusammensetzt«, legte das *Journal des sçavans* seinen Lesern dar, »fügt man die Bordüre hinzu. Diese ist derart geschickt konzipiert, dass sie Bomben, Harnische, Mörser, Kanonen, Trommeln und andere typische Werkzeuge des Krieges in sich aufnimmt. Jeder Gerätschaft ist ein Plan mit diversen Städten zugeordnet, die allesamt in den auf der Karte vorkommenden Staaten gelegen sind.«<sup>1</sup> Zweck dieses explosiven Kartenklunkers

sollte es nach den Worten eines Rezensenten sein, »Größe und Macht des Staates sichtbar werden zu lassen«. Der demonstrative Gestus des »Faire voire«, den sich viele namhafte Künstler des 20. Jahrhunderts auf ihre Fahnen schrieben, war wie so vieles eine Errungenschaft der Vormoderne.

Kartografen und Verleger aus ganz Europa ließen sich auf den symbolischen Rüstungswettlauf ein, indem sie ihre gezeichneten und gedruckten Karten, darunter auch kleinere Fluss- und Regionalkarten, nach französischem Vorbild mit schmucken Boll- und Schanzenwerken ausstatteten. De Fer gab die Festungspläne aus seinen Bordürenwandkarten auch gesondert unter dem Titel *Les Forces de l'Europe* heraus. Doch ließ sich nicht verhindern, dass schon nach dem Frieden von Ryswyk im Jahr 1697 die eben erst erbauten Bastionen wieder aufgegeben werden mussten, abgetragen wurden oder verfielen. Als der Krieg beigelegt war, brachte de Fers Konkurrent Jean-Baptiste Nolin mit einer dreiteiligen Bordürenkarte des Languedoc-Kanals ein ziviles Gegenstück auf den Markt. Der heutige Canal de Midi, welcher der französischen Handelsschiffahrt mithilfe von 91 Schleusen einen künstlichen Wasserweg zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer eröffnete, war zur Zeit seiner Fertigstellung ein technisches Meisterwerk. Nolin zeichnete auf seiner Karte den Kanalverlauf nach und umgab diesen mit den Grundrissen sämtlicher Schleusanlagen. Der Betrachter erhielt so eine konkrete Vorstellung vom imposanten baulichen Umfang dieser epochalen Pionierleistung.

**Volkseigenheiten** – Die wandgroßen Kriegsschauplatzkarten mit ihren eng geschnürten Festungsgürteln hatten das Bild eines wehrhaften, stacheligen, ungeeinten und isolationistischen Europa geboten. Umso bemerkenswerter war demgegenüber der in De Fers Kontinent-Folge obwaltende Geist der Integration, der es gebot, in dem



Wissensapparative Schönheit: Bordürenkarten des Rokoko. (Longchamps und Janvier, *L'Europe*, Paris 1754. Regensburg, Staatliche Bibliothek)

zwanglosen Bordürenreihen europäischer Völker auch Ungarn, Isländer, Lappländer, ja selbst Türken und Tartaren willkommen zu heißen. Polen wird als Bergbaunation charakterisiert. Deutschland kann auf das politische Instrument der Kaiserwahl bauen. Wie das Sinnbild auf eine streitbare Nation im Allgemeinen und eine kompetitive Marktwirtschaft im Speziellen nehmen sich die populistischen Tierschaukämpfe aus, die als besonders typisch für England angesehen werden. Während Holland und die meisten übrigen Nationen weiterhin in einem Agrarzustand zu verharren schienen, dachte de Fer seiner Heimat Frankreich eine Vorreiterrolle in den Künsten und den Wissenschaften zu. Mit seiner Karte lieferte er dazu die Probe aufs Exempel. Die heutigen Verhältnisse regelrecht auf den Kopf gestellt werden hingegen, wenn den Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins das Profil eines kulinarischen Paradieses angetragen wird, in dem die Schinken ebenso tief wie die Trauben hängen. Eroberungsgelüste waren auch schon in früheren Zeiten alles andere denn magensaftresistent. Strategisch und diplomatisch spaltete sich das Europa auf de Fers Karte in zwei Lager mit Frankreich und seinen Verbündeten auf der einen Seite und seinen Gegnern – allen voran das Deutsche Reich – auf der anderen. Kleinere Völker und Nationen, denen der Sprung in die Staatlichkeit nicht gelungen war oder noch bevorstand, mussten sich nach den wechselnden Koalitionen und Allianzen richten und im Übrigen mit einem der immer noch recht komfortablen Plätze an der Seite Spaniens und Italiens am unteren Kartenrand vorliebnehmen. Am Fehlen der Schweiz mit ihren einander gleichgestellten Sprachgruppen aber wurde klar, dass de Fers überwiegend ethnografischer Ansatz den politischen Gegebenheiten Europas auf Dauer nicht gerecht zu werden vermochte.

1746 legte der Verlag der Homann'schen Erben zu Nürnberg eine knapp eineinhalb Meter breite Wandkarte von Europa auf, die den Kreis europäischer Völker aus de Fers Kartenbordüre in spiegelverkehrter Aufeinanderfolge wiedergab. Diese erweiterte den Kreis um Preußen, Kosaken und Kalmücken, diejenigen Kriegsvölker aus dem Osten also, die im Zuge der großen dynastischen Auseinandersetzungen des Jahrhunderts in das Blickfeld der europäischen Öffentlichkeit getreten waren, auf insgesamt 18. Preußens Eintritt in den Kreis der Nationen muss dem federführenden Kartografen Johann Matthias Hase, Professor an der Universität in Wittenberg, ein besonderes Anliegen gewesen sein. Der Aufstieg Preußens

warf freilich auch die Frage auf, wie man sich das Verhältnis zwischen dem deutschen Königreich im Osten und dem deutsch-römischen Wahlkaisertum vorzustellen habe. War Preußen ein Staat im Staate, ein Volk unter anderen Völkern oder wie Kosaken und Kalmücken gar eine ephemere oder subsidiäre Nation im Dienste eines Großreichs wie Russland? Hases plötzliches Ableben vereitelte die Herstellung eines vollständigen Wandkartensatzes. Man könnte vermuten, dass eine einzelne Europa-Karte ohne die anderen Kontinentkarten nur bedingtermaßen Sinn ergab, solange Europa ein geografischer Begriff ohne erkennbare politische Implikationen blieb. Doch kam in Deutschland keine weitere Kartenfolge zustande, die hinreichend ausgereift gewesen wäre, um Frankreich die von de Fer behauptete Vorreiterschaft in den Künsten und Wissenschaften streitig zu machen.

**Nationenerwachen** – Der Einschätzung Peter Burkes zufolge dürfte es Ludwig XIV. und seinem Propagandastab »nicht leicht gefallen sein, sich Formen des Herrscherlobs einfallen zu lassen, die noch nicht erprobt worden waren«<sup>2</sup>. Die Fixierung des englischen Historikers auf das altgediegene Genre der Personalikonografie verhinderte allerdings auch, dass neu in der Ära Louvois aufkommende Bildformen in den Fokus seines Buches über die *Inszenierung des Sonnenkönigs* traten. Dabei waren die kartografischen Wissensapparate neuerer Prägung direkt aus der Prunkkartografie Ludwigs XIV. hervorgegangen. Diese jüngere Generation von Bordürenwandkarten machte Schluss mit dem Brimborium an numerisch vorgegebenen, stereotypen Bildungsinhalten und brachte eine neue Qualität in die Kartografie. Während die abgegriffenen Versatzstücke des in den alten Kartenumgebungen gebrauchsfertig abrufbaren Wissens essenziell Ornament geblieben waren, wurde das dekorative System nun seinerseits in den Dienst einer planvoll durchdachten Wissensvermittlung gestellt. Wie in einer Spielvorlage liefen die Bildfelder um die Karte herum. Kraft ihrer Einfachheit und Übersichtlichkeit vereinten sie die Grundzüge eines Merk- oder »eidetischen« Bildes auf sich, wodurch sie dem Betrachter – wie ein Rezensent scharfsichtig bemerkte – »auf dem ersten Blick eine zeitübergreifende Vorstellung von der Geschichte« gewährten.<sup>3</sup>

Mit einer Hemisphärenkarte setzte de Fers jüngerer Kollege Nolin an der Wende ins 18. Jahrhundert den Auftakt zu einer groß angelegten Wandkartenfolge, die Schule machen sollte. Während die ersten sechs Schöp-



Von der Kunst, dem Hut zu widerstehen.  
(Detail. Regensburg, Staatliche Bibliothek)



fungstage des göttlichen Siebentagewerkes die zwischen den Erdhälften verbleibenden Restflächen füllten, schrieben 16 Bordürenszenen das biblische Buch *Genesis* auf drei Seiten weiter fort. Das auf die Entstehung der Erde zurückverweisende, äußere Erscheinungsbild der Karte erfuhr dergestalt eine Erweiterung um eine frühe Kulturgeschichte der Menschheit. Ein Blick auf die Weltkarte genügte indes, um zu sehen, dass sich alle aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet der Geografie außerhalb des europäischen Kontinents zutragen. Mit Ausnahme Europas war die ganze Welt ein großer Werkraum der Kartografie. Wie aber ließ sich das Zeitfenster angemessen beschreiben, das sich zwischen Schöpfung und Entdeckung aufgetan hatte?

Schon in Nolins Europa-Karte kam etwas Neues zum Vorschein, nämlich eine moderne Geschichte der Nationen, wie sie bald auch Voltaire vorschweben sollte. Als einzige Karte aus Nolins Folge besaß *L'Europe* einen separaten Bordürentitel, der einen aktuellen Bezug zur politischen Gegenwart herstellte. Die Folge der Bilder setzte mit dem vermeintlich »ersten Königreich auf europäischem Boden«, dem peloponnesischen Stadtstaat von Sikyon ein. Auf die Errichtung des obersten Gerichtshofes in Athen folgten die Anfänge des römischen Imperiums, der Sieg Konstantins des Großen, die Etablierung des Christentums, die Plünderung Roms bis hin zur Gründung der europäischen Nationen. Die Schilderhebung des legendären Königs Faramund im fränkischen Heerlager sollte in sämtliche historiografische Bordürenwandkarten des 18. Jahrhunderts Eingang finden und der staatstragenden Propaganda Ludwigs XIV. als robuste Ausgangsmetapher dienen.

Wie der Einzelne durch die Taufe Name und Person erhielt, so gab der Übertritt der europäischen Völker zum Christentum diesen Schrift und Geschichte, ja noch mehr, sie wurden Teil eines Systems, das nun auch die außerhalb des altrömischen Einflusses stehenden Räume des Nordens und Ostens erfasste. In diesem sich herausbildenden europäischen System erwies sich Konstantinopel nach der Eroberung durch die Türken als Achillesferse. Ebenfalls aus diesem System ausgeschlossen blieben die zwischen dem deutschen Imperium, Russland und der Türkei aufgeriebenen Völkerschaften Südosteuropas. Ihnen bot das Vermächtnis Sikyons ein Faustpfand der Hoffnung für eine mögliche Selbstbestimmung in der Zukunft. Als einziges Ereignis der jüngeren Vergangenheit fand der Zusammenschluss der sieben Provinzen zur

Republik der Vereinigten Niederlande in dem Reigen der Staatenwerdung Eingang. Davon abgesehen zeitigten die Religionskriege keine nennenswerten Verschiebungen im europäischen Nationengefüge, weshalb alle übrigen welt-historischen Ereignisse der neueren Zeit auf Nolins Karten außerhalb Europas zu liegen kommen.

Der Kreis schloss sich mit der Regierung Ludwigs XIV. und der erst 1701 erfolgenden Erhebung eines Bourbonen auf den spanischen Königsthron, wodurch nun auch noch die letzten Zweifel ausgeräumt schienen, dass Europa etwas anderes als der Schauplatz der »heldenhaften Aktionen des Franzosenkönigs« sein könnte.<sup>4</sup> Selbst das Beispiel Holland musste aus dieser Perspektive als späte Sonderentwicklung erscheinen. Geschichte reichte so unmittelbar bis in die Gegenwart herauf. Eine solche Auffassung mutet modern an, muss aber auch vor dem Hintergrund eines politisch affirmativen Geschichtsbildes betrachtet werden, das dem jeweils herrschenden System – wie noch in Hegels Geschichtsphilosophie – die Krone der Jahrhunderte aufsetzte. Arthur Rimbaud sollte diese Philosophie in seinem Diktum »Il faut être de son temps« auf die Dimensionen einer individuellen Handlungsmaxime herunterbrechen.

Eine ästhetische Alternative zu den barocken Prunkkarten bot eine jüngere Folge von historiografischen Bordürenkarten aus der Epoche Ludwigs XV. Die Kartografen des Sonnenkönigs hatten die historische Entwicklung im Absolutismus kulminieren lassen. Der Lyoneser Verleger Daudet eliminierte demgegenüber das der Regierung Ludwigs XIV. gewidmete Feld, um es auf seiner Europa-Karte gegen die »Abkehr Heinrichs IV.« vom Protestantismus auszutauschen, die den Beginn der Bourbonen-Herrschaft markierte. Es hat den Anschein, als ob die Rückbesinnung auf die Wurzeln des Absolutismus und die Beschwörung einer Integrationsfigur wie Heinrich von Navarra von der Absicht getragen war, die wachsende Kluft zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft zu überwinden. Vermutlich kündigte sich darin aber auch schon die wechselseitige Entfremdung von Hof und Öffentlichkeit an.

**Bündnisvisionen** – Die Pariser Jungverleger Longchamps und Janvier beschränkten die narrative Rahmenfolge ihrerseits auf 17 Szenen, entledigten sich der religiös verbrämten Erzählstoffe und gaben ihren »Nouvelles cartes géographiques« ein durchweg modernes Aussehen. Gegenüber den behäbigen Kupferstich-Vignetten der Karten Daudets



Gekrönte Häupter: Verwerfungen in der Gemeinschaft? (Detail, Regensburg, Staatliche Bibliothek)

verliehen die feinen Linien der Nadelradierung den Bildern zudem ein ausgesprochen malerisches Aussehen. Während die Erde auf der einleitenden Hemisphärenkarte weiterhin das zentrale Objekt geografischer Neugier und Reiselust war, blieben die Meere auf den Kontinentkarten von dem immer dichter werdenden Schnittmuster neuzeitlicher Routenlinien frei. Longchamps und Janvier unterzogen die überkommene Begrifflichkeit der Beitexte einer durchgehenden Neuphrasierung, für die sie in Abbé Prévosts monumentaler Zusammenstellung neuzeitlicher Reiseberichte brauchbare Anhaltspunkte fanden. Die Überarbeitung der Texte stellte insofern eine beachtliche konzeptuelle Leistung dar, als dadurch der Weg für eine Neubewertung der überlieferten Ereignisse in Hinblick auf ihre welthistorische Bedeutung frei wurde. Wie viele andere Städte hatte auch Konstantinopel seine Entstehung den römischen Kaisern verdankt. Die Stadt am Bosphorus zeichnete aber vor allen aus, dass mit ihrer Gründung eine ›Übertragung der römischen Reichsgewalt‹ vom Westen in den Osten einhergegangen war. Selbst die von Nolin herbeizitierte Eroberung Konstantinopels durch die Türken konnte an der historischen Rolle des byzantinischen Reiches nichts mehr ändern, sodass sie Longchamps ruhig übergehen konnte. Das ›Lombardische Königreich‹ war noch von geringerer Dauer gewesen. Die von den Langobarden herbeigeführte ›Zerschlagung Italiens in einzelne Stadtstaaten‹ aber sollte, wie Longchamps richtig erkannte, bis in die Gegenwart nachwirken. Wie sensationell die Entdeckung der Mississippi-Mündung schließlich auch für einige Geografen sein mochte, politisch entscheidender war die sich hieraus ergebende praktische Konsequenz, nämlich die ›Etablierung der Franzosen in Louisiana‹. Beinahe unbemerkt erfolgte die Anpassung an den aktuellen Sprachgebrauch im Fall der Kronkolonie von *Nouvelle France* und der englischen Niederlassung in Virginia, aus denen Longchamps die uns bis heute geläufigen Großräume ›Kanada‹ und ›Neuengland‹ hervorgehen ließ.

Die Bilder und Legenden der reich ornamentierten Rahmensequenzen gaben den Karten die Aura eines universalhistorischen Wissensapparats, der Gesetzgebung, Staatengründung, Einwanderung, Entdeckung, Eroberung und Besitzergreifung zu Agenten der historischen Entwicklung machte. Geradezu wegweisend sollte die Gründungsgeschichte der Schweiz sein. Es war für Longchamps bezeichnend, dass er der populären Bildformel des Tell-Schusses den ihm vorausgehenden eigentlich moralischen Akt vorzog: Er verschob den Akzent der Er-

zählung von der Willkür des Landvogts auf die Zivilcourage und den aufrechten Sinn Wilhelm Tells. Tell weigert sich, sein Haupt vor dem Hut Gesslers zu verneigen. Der vorsätzliche Ungehorsam eines einzelnen Untertanen gegenüber den Repräsentanten obrigkeitlicher Willkür ergab ein starkes Motiv, auch wenn die ganze Geschichte nur erfunden war. Die Revolutionäre hinderte dies aber nicht, in Gessners Hut eine Präfiguration der Jakobinermütze zu sehen und diesen zu einem Freiheitssymbol umzudeuten.

Schon Daudet hatte sich geweigert, die »Regierungszeit Ludwigs XIV.« länger zu glorifizieren. Während er sich aber in die Zeit Heinrichs IV. zurücksehnte, denkt Longchamps konsequent vorwärts. Die »Gründung« großer Monarchien, die »Etablierung« kleiner Republiken, die »Teilung« Italiens und die »Erneuerung« des Imperiums kulminieren auf seiner Europa-Karte in einem »Etat actuel«, von dem angenommen wird, dass brave und fleißige Individuen im Lichte eines aufgeklärten Monarchen ihr Bestes zum Wohle der Nation geben. Longchamps' Kartuschenbild einer friedlichen Versammlung gekrönter Häupter unter den Auspizien Merkurs hob sich denn auch wohltuend ab von den Großmachtfantasien der Kartografen unter Ludwig XIV. Um diese erstaunliche Vision einer europäischen Staatengemeinschaft vollauf in ihrer Avanciertheit zu würdigen, hilft es, einen Seitenblick auf die gängigen politischen Bündnisallegorien der Epoche zu werfen, in denen sich einander wohlgesinnte Nationen anmutig wie die Grazien gegenseitig in den Armen lagen. Im Vergleich zu den Sinnbildern dynastischer Bündnispolitik mit ihrer ostentativ zur Schau getragenen Freundseligkeit nahm sich die Vision des Kartografen erhaben aus. Und doch war sie viel zu schön, um am Vorabend eines sieben volle Jahre dauernden, weltumspannenden Krieges etwas anderes als ein Wunschbild zu sein.

Europa mochte so manche Sternstunde der Menschheit erlebt haben. Die Sternstunde für ein geeintes Europa musste erst noch anbrechen.

1 »Lorsque les six feuilles qui composent cette carte sont assemblées, on y ajoute une bordure ingénieusement fait pour représenter les instruments propres à la guerre, comme les bombes, les carcasses, les mortiers, les canons, les tambours, etc. dans chacun de ces instrumens on a distribué un plan de plusieurs villes situées dans les états compris dans cette carte. Aux quatre coins sont placées les armes de Monsieur le Dauphin, accompagnées de devises«, in: *Journal des sçavans* (Amsterdam), Jg. 19 (1691), Heft 11 (26. März), S. 189 f.

2 Peter Burke: *Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs*. Berlin 2001 (2005), S. 109

3 *L'Année littéraire* (Amsterdam), Jg. 8 (1763), Heft 8 (16. Dezember), S. 211 f.

4 *Katalog der alten Landkarten in der Badischen Landesbibliothek*. Hg. von K. Stopp und H. Langel. Karlsruhe 1974, S. 35 (1704, Europa)



Olaf B. Rader

## Europa und das Meer

Der Philosoph und Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) reiste 1672 als Diplomat nach Paris. Dort schlug er dem ›Sonnenkönig‹ Ludwig XIV. vor, einen Eroberungsfeldzug gegen Ägypten zu unternehmen, womöglich auch, um ihn von den geplanten Eroberungskriegen in Europa abzubringen. Als lockende Frucht, so argumentierte Leibniz vor seiner Majestät, würden dem König die Seeherrschaft auf dem Mittelmeer sowie die Kontrolle – und natürlich auch die Profite – des gesamten Orienthandels zufallen. Ja, die Machtstellung zur See würde ihm die Vorherrschaft in Europa sichern. Doch Ludwig nahm den Rat des Philosophen, der damit praktisch auch zum Seekriegstheoretiker avancierte, nicht an. Der König entschied sich anders und stellte die Seekriegsoperationen zugunsten der Landexpansion zurück. Erst über ein Jahrhundert später verwirklichte Napoléon Bonaparte mit seiner ägyptischen Expedition die einstigen Vorschläge von Leibniz. Doch scheiterten die Nil-Ambitionen Frankreichs nun an der Seemacht Großbritanniens, und bei Aboukir 1798 büßte der Korse seine schöne neue Flotte ein. Und man darf vermuten, dass auch schon am Ende des 17. Jahrhunderts der Leibniz-Plan wegen der Stärke der Royal Navy mit einem Fehlschlag geendet hätte.

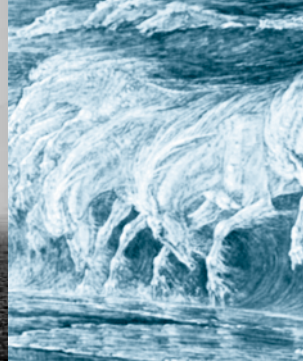
Gut über 200 Jahre nach Leibniz veröffentlichte 1890 der amerikanische Marineoffizier Alfred Thayer Mahan (1840–1914) unter dem Titel *The Influence of Sea Power upon History* eine Studie, in welcher er die eminente Bedeutung der Herrschaft über die Meere für den Gang der Weltgeschichte darlegte. Mahans Seekriegstheorien waren eigentlich als Argumentationshilfe für einen amerikanischen Seeimperialismus konzipiert, wirkten sich jedoch viel stärker als gedacht auf die maritimen Strategien europäischer Mächte aus. Schnell wurde das Buch nicht nur in den USA, sondern vor allem im alten Europa aufmerksam rezipiert. Einer seiner begeistertsten Leser war der deutsche Kaiser Wilhelm II.: »Ich verschlinge gerade

Captain Mahans Buch und versuche es auswendig zu lernen«, ließ er seine Umgebung wissen. Mahans Werk entfaltete sich zu einem der wichtigsten Impulsgeber im Rüstungswettlauf zur See am Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den europäischen Mächten, der das politische Denken in Schlachtschiffparametern zur Folge hatte. Vor allem in Deutschland und Großbritannien trugen heranwachsende Knaben nicht nur Matrosenanzüge, sondern Panzerstärke und Tonnage, Geschützkaliber und Geschwindigkeit wurden zu zentralen Bezugspunkten des jeweiligen gesamtnationalen Selbstverständnisses.

Mögen Mahans Thesen und auch die Vorstellungen des Universalgelehrten Leibniz in vielen Punkten überholt, kritikwürdig oder schlichtweg falsch sein, in einem Punkt hatten beide natürlich zweifellos recht: Weil die Seefahrt und die Beherrschung der See einen bedeutenden Faktor in der Weltgeschichte darstellte, sind mit Flotten- und Seepolitik große Reiche errichtet und auch wieder verloren worden. Ja, man könnte getrost mit dem Blick auf Europa formulieren: Ohne die über Jahrhunderte in Europa akkumulierten Erfahrungen auf See und die entwickelten Seefahrtstechnologien hätte der kleine Kontinent niemals diese Expansivkraft entwickeln können, mit der er im Kolonialzeitalter die Welt unterwarf und beherrschte, und sich somit letztlich auch nicht nur im Geiste der Gewalt selbst konstituieren können.

Dabei hatten einige antike Autoren des alten Europa beim Nachsinnen über die Beschaffenheit eines längst vergangenen, jedoch goldenen glücklichen Zeitalters, einer ›felix prior aetas‹, neben dem noch unentwickelten Ackerbau auch ausdrücklich das Fehlen der Schifffahrt in den Kanon der paradiesischen Merkmale aufgenommen. Vergil, Tibull, Ovid, selbst noch Boëthius hielten Seefahrt für abträglich einem alle Menschen glücklich machenden Gesellschaftszustand. Mit Schiffen das Meer zu versuchen war ihnen Frevel. Heißt es doch in Vergils vierter Ekloge der *Bukolica*, wenn der Weltenretter, end-





lich erwachsen, eingreift: »Dann, wenn dich zum Mann gemacht das gekräftigte Alter, / läßt auch der Schiffer freiwillig das Meer, die segelnde Fichte / tauscht nicht Waren mehr aus; überall trägt alles die Erde.« Noch im 14. Jahrhundert vertraute Giovanni Marignolli, ein Franziskaner aus Florenz, der über Jahre die damals bekannte Welt bereist hatte und bis China gekommen war, die Zweifel seiner Zeit an der Seefahrt einer Chronik an: Gott wolle nämlich nicht, »dass der Mensch über die See die ganze Welt umrunden könne«. Aber Vergils »segelnde Fichte« durchpflügte dennoch das Meer, tauschte Waren aus und begann zudem, Spannungen und Konflikte auch auf See auszutragen. Und irgendwann war ohnehin klar geworden: »*Navigare necesse est, vivere non est*« – »Seefahrt tut not, das Leben jedoch nicht«.

Dieses berühmte Diktum soll der römische Feldherr Pompeius Magnus (106–48 v. Chr.) Matrosen zugerufen haben, als sie sich wegen eines Sturms weigerten, auf ihre Schiffe zu steigen. Es stammt aus einer Zeit im 1. Jahrhundert v. Chr., als das Ausbleiben der ägyptischen Getreideschiffe in Rom Versorgungskrisen und Aufruhr ausgelöst hätten. Es ist somit Beleg, welche enorme politische Bedeutung die Schifffahrt und die Beherrschung der See für das antike Rom bekommen hatten, wie es sich selbst als Seemacht verstand, und ist zugleich Bestandteil einer Ideologie, in der die Weltmacht das Mittelmeer für ihr Eigentum – »mare nostrum« – hielt. Zudem bekräftigt es die Aussage, dass der Mensch dort, wo er Horizonte überschreitet, sich auch über die Grenzlinie von Leben und Tod begibt, es auf See existenzieller zugeht als auf dem Land.

Durchmustert man nun die Jahrhunderte, dann tritt hervor, wie zentral und zugleich kontinuierlich die kriegerische und nicht nur die handelnde Seefahrt – was ohnehin lange miteinander engstens verwoben war – die Geschieke Europas bestimmt hat. Die Seeschlacht von Salamis zum Beispiel, die 480 v. Chr. zwischen einem Hellenenbund unter Führung Athens und einer Perserflotte tobte, könnte man gleichsam als die »Mutter aller Seeschlachten« bezeichnen. Sie war nicht nur einer der Höhepunkte des Abwehrkampfes der Athener und anderer griechischer Poleis gegen Xerxes' Invasion, sondern in kulturgeschichtlicher Zuspitzung zeigt sich, dass der Seeschlacht durch ihre Stilisierung in der Geschichtsschreibung und Literatur Athens eine Sonderrolle zugekommen ist. Sie verhalf nämlich der Polis zu tief greifenden gesellschaftlichen Wandlungen, letztendlich sogar zur

dauerhaften Etablierung der Demokratie, weil nun schließlich alle Bürger, auch die besitzlosen, mitrudern mussten, und diese fortan auch mitreden und mitbestimmen wollten. Das Thema dieses Konflikts ist zudem in zwei literarischen Genres behandelt worden, die beide den Beginn dieser Traditionen bezeichnen: die Geschichtsdarstellung und die Tragödie. Herodots Paradebeispiel einer historischen Erzählung über die Schlacht und Aischylos' theatralische Fabel darüber ergeben zusammen eine erste Vorstellung von den Arbeitsweisen jenes westlichen Kulturgedächtnisses, das uns bis heute bestimmt.

Nach Athens Absinken in die politische Bedeutungslosigkeit zeigten Rom und Byzanz, später Venedig und Genua ganz deutlich: Nur eine differenziert entwickelte Staatlichkeit konnte Grundlage für die Existenz von flottengestützter Seepolitik sein. Man könnte sogar zugespitzt formulieren: Schon die Existenz von Flotten kann bis zu einem gewissen Punkt Gradmesser der jeweiligen Staatsentwicklung werden. Unter einer Flotte ist nämlich nicht einfach eine hohe Anzahl von Schiffen im Allgemeinen zu verstehen – denn über die verfügten etwa auch jene zu den berühmtesten »Vikings« ausfahrenden Nordmänner des 9. bis 11. Jahrhunderts reichlich –, sondern dass eine größere Menge an Seefahrzeugen zum Seekrieg extra gebaut und eben als ein Waffenverband eingesetzt wurde. Das nämlich setzte einen konsequenten Willen dazu sowie enorme und kontinuierliche Anstrengungen für diesen Zweck voraus, über die vormoderne Gemeinwesen von einigen Ausnahmen abgesehen nur selten verfügten.

Ob im Athen des Attisch-Delischen Seebundes, im Rom am Beginn der Kaiserzeit, in Konstantinopel oder in Seerepubliken des Mittelmeers, im England und Holland der Frühen Neuzeit, im wilhelminischen Kaiserreich und andernorts kann man Prozesse beobachten, die also eine Dialektik von Flotten- und Seepolitik und ausdifferenzierter Staatlichkeit ausprägen. Das ist sicher nicht ein ausschließlich europäisches Phänomen, doch ist es hier am deutlichsten zu fassen und zeitigte auf lange Sicht die augenfälligsten Effekte. Einer davon war das Geld oder besser dessen Ansammlung.

Denn es ergibt sich aus jeglicher ambitionierter Seepolitik immer die Frage: Wie wurden Flotten im konkreten Einzelfall eigentlich finanziert? Waren es »staatliche« Flotten oder privat finanzierte Schiffe? Ein erstaunlicher Befund nämlich ist es, dass von der Antike bis weit in die



Frühe Neuzeit ganze Flotten oder einzelne Kriegsschiffe ihre Existenz der Privatinitiative und dem Privatvermögen von Einzelpersonen oder Gemeinschaften verdankten. Bis die Strukturen eines Staates oder Reiches ausreichten, auch Flotten zu bauen und zu unterhalten, traten entweder freie Unternehmer als Schiffsausrüster auf, oder es wurden einfach die besten Seeprofis der Zeit, ›Piraten‹ nämlich, angeheuert. Das ist auch der Grund, warum man in den mittelalterlichen europäischen Reichen mit Ausnahme der hoch entwickelten Seestädte des Mittelmeers keine oder nur in Ansätzen entwickelte Kriegsflotten unterhielt. Auch die berühmte Hanse, jener Handelsstädtebund, der im Hoch- und Spätmittelalter Nord- und Mitteleuropa mit einem Netz von Stützpunkten überzogen hatte, besaß, um bestimmte Interessen mit Gewalt durchzusetzen, keine eigene ›Hanseflotte‹. Und auch in der Frühen Neuzeit dauert es noch seine Zeit, bis wir ›richtigen‹ Kriegsflotten begegnen können.

Verbunden mit der Dialektik von Flottenbau und Staatsentwicklung, somit der Rolle der Flottenentwicklung für die Staatsbildungsprozesse, ist ein Impuls spürbar, der die Herausbildung kapitalistischer Strukturen beschleunigte. Im 16. und 17. Jahrhundert bildeten *Merchant Adventurers*, ›Abenteurer-Kaufleute‹, eine für die Zeit typische Berufsgruppe von Leuten, die Gewinnstreben mit Abenteuerlust zu verbinden wussten. Darüber hinaus war als Charakteristikum der neuen Epoche ein gewisses Organisationstalent bei der Beschaffung des Kapitals nötig, um eine Handelskonvoifahrt in die Neue Welt auszurüsten und durchzuführen. Diese Fahrten waren nämlich nicht nur risikoreich, sondern auch teuer. Und die Geldgeber drangen natürlich auf eine ansprechende Rendite. Wer sie erzielen wollte, durfte nicht zimperlich sein, konnte aber auch binnen Kurzem ein reicher Mann werden, wie etwa der später geadelte John Hawkins. Das Schiff wurde so zu einer frühen Form einer Aktiengesellschaft, und die darin zusammengefassten Mittel mit den erzielten Profiten haben ganz ursächlich mit der ursprünglichen Akkumulation von Kapital zu tun.

Eine weitere wichtige Etappe bildete die Verwendung von Kanonen. Sie führte dazu, dass Kriegsschiffe, anders als zuvor, nicht mehr nur als Transportmittel für Soldaten dienten, sondern wieder selbst zu Kampfmitteln wurden. Und: Kanonen, Kugeln und Pulver mussten nicht ernährt und versorgt werden, damit sie noch in den letzten Winkel der Erde befördert und dort wirksam werden konnten. Der Einsatz physischer Gewalt als Basis von politi-

scher Macht wurde dadurch, wenn man so will, exportfähig. Auf diese Weise konnte die Herrschaft über die See und mittelbar über weit entfernte Regionen der Erde wirkungsvoller als je zuvor ausgeübt werden. Insofern bildete die Verwendung von Geschützen auf Kriegs- und Handelsschiffen eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der europäischen Expansion. Dabei war sogar schon Jahrhunderte zuvor in den Zeiten der Kreuzzüge, die als ein gesamteuropäisches Unternehmen verstanden werden können, die Seefahrt der zentrale Angelpunkt für die Regionen, die man bezeichnenderweise ›Outremer‹ nannte, gewesen. Doch erst Kanonen und Kapital ermöglichten die Ausbreitung der europäischen Herrschaft bis in die letzten Winkel der Erde. Und mit dem 1494 auf Betreiben von Papst Alexander VI. Borgia (1492–1503) zwischen den Seemächten Portugal und Spanien zustande gekommenen Vertrag von Tordesillas sollte zwar eigentlich ein bewaffneter Konflikt zwischen diesen beiden damals bedeutendsten katholischen Mächten verhindert werden, doch hatte man bei der Gelegenheit die Welt – natürlich ohne jemanden derselben auch nur zu fragen – gleich ganz in eine portugiesische und eine spanische Hälfte aufgeteilt.

Doch Profite einstreichen wollten alle, sich an den Kosten zu beteiligen mochte man eher weniger. Mit der europäischen Seeherrschaft ist noch ein anderes Problem verknüpft: Haben große Seemächte eigentlich je darauf reagieren können, dass die Lasten und enormen Kosten der Öffnung und Sicherung von Meeren, konkret der Schutz von Handels- und Kommunikationsrouten, auch anderen zugutekamen und -kommen, die sich an den Aufwendungen aber gar nicht oder nur minimal beteiligt haben? Gemeinhin nimmt man heute den freien Seehandel als eine ganz selbstverständliche Angelegenheit hin, was es beileibe nicht ist. Über viele Jahrhunderte gab es ›geschlossene‹ Meere und Ozeane, die erst durch die britische Flotte und dann durch die US-Navy ›geöffnet‹ wurden. Zukünftig könnte das ein großes Problem zwischen den USA und Europa werden, wer den freien Weltmarkt eigentlich bezahlen soll, denn natürlich lassen geschlossene Seeregionen unter anderen hegemonialen Konstellationen, wie etwa der Persische Golf oder das Chinesische Meer, sich durchaus wieder vorstellen. Doch dass sich Europas Expansion vornehmlich über die See realisierte, Athens Demokratieentwicklung an seiner Seemacht hing, Kriegsflotten als Innovationsmotoren wirkten, ursprüngliche Akkumulation und Kapitalismus,

überhaupt Flottenexistenz und Staatsentstehung wie Zahnräder ineinandergriffen, zuletzt die elektronische Globalisierung einen nautisch-seemännischen Vorlauf besessen hat, offenbart sich erst in allen Zusammenhängen mit einem Blick auf Wogen des Meeres, die Europa umspülen.

#### Literatur

- A. Corbin: *Meereslust. Das Abendland und die Entdeckung der Küste*. Berlin 1990  
A. Karsten und O. B. Rader: *Große Seeschlachten. Wendepunkte der Weltgeschichte*. München 2013  
M. Mollat du Jourdin: *Europa und das Meer*. München 1993  
H. Münkler: *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Berlin 2005



Joseph Mallord William Turners (1775–1851) berühmtes, zwischen 1822 und 1824 geschaffenes Gemälde »The Battle of Trafalgar« zeigt mehrere Ereignisse der 1805 geschlagenen Schlacht zugleich: An der Takelage der *HMS Victory* weht noch Nelsons berühmtes Flaggensignal »England expects ...«, während im Hintergrund die französische *Achille* brennt und im Vordergrund die *Redoubtable* sinkt, von der der Todesschuss auf Admiral Nelson ausgegangen war.



Michael Borgolte

## Mittelalterliche Erinnerungs- orte als Bausteine Europas?

Die Sammlung von Erinnerungsorten hat einen vorwiegend antiquarischen Charakter und soll der Identitätssicherung mehr oder minder großer Gruppen dienen, von Völkern und Nationen, Bewohnern einer Region oder Bürgern einer Stadt, Angehörigen einer Religionsgemeinschaft oder Mitgliedern einer Genossenschaft. Ihre Grundlage ist also die Bezeichnung und Abgrenzbarkeit der Personengruppe, ihre Voraussetzung eine gewisse Menge von historischen Erinnerungskolumnen, auf die sich diese stützt oder stützen könnte. Nach ihrer Erfindung in Frankreich (*Les lieux des mémoires* 1984/92) sind die »Erinnerungsorte«, zu denen nicht nur Lokalitäten, sondern auch sinnstiftende Symbole, Figuren und Ereignisse zählen, für viele Gruppen gesammelt worden, und ein Ende dieses Booms einer neuen Geschichtsschreibung ist nicht absehbar.

Auch für Europa hat man sich schon auf die Suche nach Erinnerungsorten begeben, doch krankt das Unternehmen daran, dass sich die Europäer und ihre Nachbarn über ihre Abgrenzung nicht einig sind und Europa als Bezugsgröße des Selbstverständnisses hinter Bindungen an Nation, Region, Stadt oder Religion deutlich zurückbleibt. Europäische ›loci memoriae‹ haben also stets partikuläre Geltung, ihre Bestimmung zeigt deshalb einen ausgeprägt voluntativen oder konstruktiven Charakter. Mit anderen Segmenten der Erinnerungskultur hat diese gemein, dass sie kaum jemals ohne die Hilfe von Experten gelingt, denn die Bestandsaufnahme, Vergegenwärtigung und Präsentation von Erinnerungsorten soll je dem Vergessen entgegenwirken, also versinkendes Wissen bewahren, und bedient sich dazu allenthalben auch der Wissenschaft. Historie, die sich vorwiegend als Überlieferungskritik versteht, muss in diesem Zusammenhang zu Synthesen beitragen und sich deshalb gegen falsche Indienstnahmen, also Ideologisierungen, wappnen.

Mittelalterliche Erinnerungsorte kann es eigentlich nicht geben, weil die Gegenwart keine mittelalterliche,

sondern nur moderne Erinnerungsgemeinschaften aufzubieten vermag. Zwar ließen sich mittelalterliche Ökumene mit ihren eigenen Erinnerungsorten erschließen, an denen sie ihre Identitäten historisch sicherten. So haben im Mittelalter selbst viele Völker, Stämme, Städte und Adelshäuser das Bewusstsein tradiert, an ihre damaligen Wohnsitze zugewandert, also ursprünglich Fremde im eigenen Land zu sein; der überaus verbreitete Troja-Mythos belegt dies eindrucksvoll in zahllosen Varianten. Aber die Frage nach den Erinnerungsorten zielt, jedenfalls ihrer Genese nach, nicht auf die Lage vergangener Gesellschaften, sondern auf die Selbstauffassung rezenter Menschengruppen in einer schweren Orientierungskrise der modernen Welt. Zu fragen ist also nur nach dem Anteil des Mittelalters an der historischen Erinnerung der Gegenwart sowie in europäischer Dimension nach der Geltung oder Reichweite der jeweiligen ›Orte‹ und dem Grad ihrer Aktualisierung durch Geschichte als Wissenschaft.

Der zweifellos umfassendste und am meisten verbreitete unter den Erinnerungsorten, nach denen wir suchen, ist das Mittelalter selbst; es handelt sich um eine Epochen-Imagination, die weit über Gelehrte und Gebildete hinaus gegenwärtigen Europäern zur historischen Selbsteinordnung dient. Gemeint ist meist das Jahrtausend zwischen 500 und 1500 n. Chr., dem erstmals durch Humanisten des 14. und 15. und dann durch Aufklärer des 17. und 18. Jahrhunderts eine abwertende Signatur aufgeprägt wurde. Das ›medium aevum‹ oder die ›media aetas‹ soll auf die klassisch empfundene lateinische Antike gefolgt sein, auf die sich eine neue Zeit affirmativ bezog, indem sie die Zwischenperiode abwertete und als das ihr nächste Fremde von sich stieß. Schon um dieser Selbsteinschätzung willen blieb die Moderne bis heute auf das negativ gezeichnete Mittelalter angewiesen. Obwohl es ein lateinisches Altertum – und später entsprechende Renaissance – voraussetzt, wurde das Mittelalter zum Er-



innerungsort auch dort in Europa, wo es eine solche Antike gar nicht gegeben hatte. In Skandinavien gingen ihm beispielsweise die Eisen- (bis ca. 800 n. Chr.) und direkt die Wikingerzeit (bis 1000/1050) voraus, um dann ebenfalls bis ca. 1520 datiert zu werden. Umgekehrt sind Wikinger und Wikingerschiffe auch dort populär, wo die skandinavischen Seefahrer, Händler und Räuber gar nicht (oder kaum jemals) angelandet waren, wie im späteren Deutschland; so wurde im Juni 2013 an einen Kiessee in Schildow (Brandenburg) eingeladen, um mehr als 250 Kilometer von der nächsten Meeresküste entfernt das ›7. Wikingerfest‹ zu feiern. Wenn es darum gehen soll, europäische Erinnerungsorte von mehr als nur eingeschränkter Bedeutung zu ermitteln, dann wäre auf derartige Sinnübertragungen von einer zur anderen Region oder Gruppe zu achten.

›Mittelalter‹ als gedachte Geschichte wird zum europäischen Erinnerungsort vor allem durch die Zuschreibung des Christlichen; Mittelalter, Christentum und Europa sind durch die Romantik so eng miteinander verbunden worden, dass für viele Europäer der Gegenwart das mittlere Zeitalter als die klassische Zeit des Christentums überhaupt gilt. Allerdings ist auch dieser Erinnerungsort partikulär, denn vorbehaltlos angenommen werden könnte er nur durch Katholiken. »Ausgangspunkt jeder evangelischen Beschäftigung mit dem Mittelalter ist [dagegen] unfraglich, dass die reformatorische Identität sich in einem Abgrenzungsprozess gegenüber dem entwickelt hat, was als Mittelalter wahrgenommen wurde.«<sup>1</sup> Heilige der Demut und freiwilligen Armut wie Franz von Assisi und Elisabeth von Thüringen mögen trotzdem auch heute überkonfessionelle Akzeptanz finden. Wenn aber vorgeschlagen wird, ›die Gotik‹ oder ›die Kathedrale‹ als kirchlichen Baustil oder Gebäudetyp beziehungsweise – nationalgeschichtlich verengt – den Bamberger Reiter und Uta von Naumburg als gotische Plastiken im Kirchenraum als Erinnerungsorte zu deklarieren, wird die unterschiedliche Affinität christlich gebundener Betrachter zu diesen Artefakten der europäischen Vergangenheit überblendet.

Erst recht ist die eingeschränkte Geltung europäischer Erinnerungsorte mittelalterlichen Ursprungs zu beachten, wo diese selbst in historischer Zeit durch Abgrenzung zu Fremden oder Anderen definiert wurden und der Antagonismus, etwa durch die Multireligiosität und Plurikulturalität Europas, weiterhin andauert. So sind die Kreuzzüge zu unterschiedlichen Zeiten für lateinische

Christen und Muslime zu Erinnerungsorten eines tödlichen Konflikts und prekärer Siege geworden, der die Europäer beider Religionen bis heute entzweit. Als ›antemurale christianitatis‹ (Vormauer der Christenheit) verstanden sich vom Mittelalter bis die jüngste Geschichte katholisch geprägte Völker und Länder in Ostmittel- und Südosteuropa (Polen, Ungarn, Kroatien), und zwar als Verteidiger Europas gegen nichtchristliche Aggressoren (Mongolen und vor allem türkische Osmanen; später auch mit antikommunistischer Motivation). Zum Kampfbegriff des lateinischen Westens auch gegen die griechisch-byzantinische Welt wurde das ›Abendland‹, und die Judenverfolgungen durch Christen im Mittelalter sind als Erinnerungsort wohl nur deshalb verblasst, weil sie durch noch schrecklichere Erfahrungen dieser Art im 20. Jahrhundert überlagert wurden.

Erinnerungsorte werden vor allem gepflegt, wo das nationale Geschichtsgedächtnis vom Erlöschen bedroht sein soll; in dieser Sorge hatte die neue historische Bewegung ihren Ursprung, sodass sie wohl die rezente Neigung zur Entgrenzung durch Europäisierung und Globalisierung der Welterfahrung erst heraufgeführt hat. Wo nationale Erinnerungsorte ermittelt und präsentiert wurden, zeigte sich allerdings oft, dass sie keinem europäischen Volk allein gehören. Karl der Große beispielsweise, den schon mittelalterliche Lobredner als ›pater Europae‹ feierten, ist als »Charlemagne« in Frankreich bis heute ein »wichtiges Element nationaler Selbstdefinition«, wurde in Nachkriegsdeutschland aber als »mächtiger therapeutischer Anstoß« gebraucht, »um mit den neuen Kleidern einer alten abendländischen Autorität weniger seine Wunden als vielmehr jene Schandflecken zu bedecken, die seit dem großen Exzeß nicht verblassen wollen«. Andererseits befürchtet ein führender deutscher Mediävist durch die Ausdehnung der Europäischen Union nach Osten gewissermaßen die Entfremdung Karls von französischer und deutscher Tradition, indem »ein über den alten lateinischen Raum hinaus unmäßig erweitertes Europa mit seiner Gründerfigur nichts mehr anzufangen« wisse.<sup>2</sup> Über die *Divina Commedia* urteilte ein anderer Autor, jedes Land habe seinen Dante. In Italien sei er zwar immer präsent gewesen, aber erst die nationale Erhebung habe ihm »rasant [eine] singuläre Kultfunktion als Symbol nationaler Integration« verliehen; in Deutschland sei er, vor allem als Dichter des *Inferno*, dagegen ein rein literarisches Phänomen geblieben und »in der Romantik genuiner Erinnerungsort eines schönen



katholisch-christlichen Mittelalters« geworden.<sup>3</sup> Paradigmatisch für national geteilte Erinnerungsorte stehen das deutsche Tannenberg und das polnische Grunwald; nachdem sich den einen der Sieg König Władysławs II. Jagiełło über den Deutschen Orden 1410 als erfolgreiche Abwehr des »deutschen Drangs nach Osten« einprägte, empfanden die anderen ein halbes Jahrtausend später den Sieg Hindenburgs und Ludendorffs über die russische Narew-Armee am gleichen Ort (30. August 1914) als glückliche Revanche und Tilgung alter Schmach. Mit den Ostverträgen der Ära Brandt und der vertraglichen Anerkennung der deutschen Grenzen sei aber Tannenberg ein »aussterbender Gedächtnisort« geworden, die Annäherung beider Staaten habe ihn »in seiner historischen wie symbolischen Dimension der Zunft der Historiker zugewiesen [...]. Die Chiffre der Trennung wird in Zeiten der Begegnung nicht mehr gebraucht.«<sup>4</sup>

Die hier angedeutete Scheidung einer vermeintlich spontanen und ungelehrten Geschichtskultur von der Historie als Wissenschaft besitzt indessen nur begrenzte Plausibilität. Man muss nämlich »neben den selbstverständlich bereitgestellten Bildern und Riten auch von einer Konstruktion der Erinnerungsorte ausgehen. Vergangenheit wird nicht von selbst zur Erinnerung, sie wird dazu gemacht durch das Bedürfnis nach Sinnstiftung und Identität.«<sup>5</sup> Und an diesen Akten waren und sind stets Historiker beteiligt. Sie können und müssen dies auch weiterhin tun, aber ohne Partei für eine bestimmte Gestaltung Europas zu ergreifen. Denn es ist ihre Aufgabe, Probleme ihrer Gegenwart ernst zu nehmen und denen, die sie lösen müssen, mit ihren Einsichten Erfahrungen aus der Geschichte zur Verfügung zu stellen. Die zentrale Frage des europäischen Geschichtsbewusstseins dürfte sein, ob die Fixierung auf partikuläre Erinnerungsorte der Nationen und anderer europäischer Gruppen zugunsten allgemein anerkannter europäischer Erinnerungsorte überwunden werden kann. Die – vielleicht unlösbaren – Schwierigkeiten oder auch die Chancen solcher Bemühungen können mit geteilten Erinnerungsorten wie Karl dem Großen und Tannenberg/Grunwald, aber auch mit dem partikulären Erinnerungsort »Mittelalter« und seiner möglichen Ausdehnung über den christlichen Westen des Kontinents hinaus verdeutlicht werden. Indem Geschichte als kritische Wissenschaft die unaufhebbare Separation oder Anschlussfähigkeit besonderer Erinnerungsorte für Andere vergegenwärtigt, verhilft sie ihren Lesern und Hörern dazu, nicht Gefangene ihrer Vergan-

genheitsbilder zu bleiben, sondern mit der Erweiterung historischen Bewusstseins ihre Spielräume bei der Gestaltung der Zukunft klarer einzuschätzen.

#### Literatur

- P. den Boer, H. Duchhardt, G. Kreis und W. Schmale (Hg.): *Europäische Erinnerungsorte*. 3 Bde. München 2012  
M. Borgolte: »Papstgräber als »Gedächtnisorte« der Kirche«, in: ders.: *Stiftung und Memoria*. Hg. v. T. Lohse. Berlin 2013, S. 203–220  
M. Borgolte: »Europas Geschichten und Troia. Der Mythos im Mittelalter. Über die Zeit, als die Türken Verwandte der Lateiner und Griechen waren«, in: Archäologisches Landesmuseum Baden-Württemberg u. a. (Hg.): *Troia. Traum und Wirklichkeit*. Stuttgart 2001, S. 190–203  
E. François und H. Schulze (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bde. München 2001  
J. Fried und O. B. Rader (Hg.): *Die Welt des Mittelalters. Erinnerungsorte eines Jahrtausends*. München 2011  
Chr. Marksches und H. Wolf (Hg.): *Erinnerungsorte des Christentums*. München 2010  
P. Nora (Hg.): *Les lieux de mémoire*. 7 Bde. Paris 1984–1992  
O. G. Oexle: *Die Gegenwart des Mittelalters*. Berlin 2013  
B. Schneidmüller: »Europäische Erinnerungsorte im Mittelalter«, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 3 (2002), S. 39–58

- 1 V. Leppin: *Geschichte des mittelalterlichen Christentums*. Tübingen 2012, S. 7
- 2 J. Ehlers: »Charlemagne – Karl der Große«, in: *Deutsche Erinnerungsorte* I (2001), S. 41–55, hier S. 41 f., 55
- 3 J. Helmrath: »Dante«, in: *Die Welt des Mittelalters* (2011), S. 209–231, hier S. 220, 223
- 4 F. B. Schenk: »Tannenberg/Grunwald«, in: *Deutsche Erinnerungsorte* I (2001), S. 438–454, hier S. 454; vgl. A. Karsten: »Der Untergang des Deutschen Ordens. Vom Erlöschen eines Erinnerungsortes«, in: *Die Welt des Mittelalters* (2011), S. 473–485
- 6 Chr. Marksches und H. Wolf: »Tut dies zu meinem Gedächtnis. Das Christentum als Erinnerungsreligion«, in: *Erinnerungsorte des Christentums* (2010), S. 10–27, hier S. 12

Holger Schwenke

## Europas Traum

Ach, Europa, wer bist du? Und wenn ja, wo?

Deine geografischen Konturen sind verwischt. Der Ural gibt eine vage Orientierung, und am Kaukasus scheiden sich die Geister. Georgien? Aserbaidschan? Eigentlich bist du bloß ein Subkontinent Eurasiens.

Das Einzige, was wir mit einiger Bestimmtheit sagen können, ist, dass du aus Asien stammst. Halb entführt und halb verführt, kamst du auf dem Rücken eines göttlichen weißen Stiers aus der Gegend des heutigen Syrien. Aber deine Herkunft ist dir peinlich, zurück willst du nicht mehr, obwohl doch eine passable Rinderfurt, der ›bos-porus‹, direkt vor deiner Haustür liegt.

Auch das Alter Europas bleibt divenhaft im Dunkeln. Betrachtet man es als Kulturraum im weiten Sinne, mit der mediterranen Antike, kommt es auf stolze 3000 Jahre. Im engeren Sinne mit dem Beginn des Christentums und der Dominanz von Mittel- und Westeuropa entspringt seine Geschichte dem Multikulti der Spätantike, und sein Alter halbiert sich glatt. Der Orient blieb dem Abendland immer suspekt. In Byzanz, dem das humanistische Europa die Vermittlung wesentlicher Texte der Antike verdankt, kann eine von normativer Klassik geprägte Ästhetik bis heute nur die Ungestalt, das schlechthin Ungeformte erkennen. Auf der anderen Seite hielt schon Kolumbus Amerika für degeneriert, als es Amerika noch gar nicht gab, und es ist bis heute die Inkarnation eines zu weit gegangenen Westens geblieben.

Unschlüssig zwischen den Himmelsrichtungen, in einem diskontinuierlichen Raum zu verbleiben, ist nicht die beste Voraussetzung für eine unproblematische Selbstfindung. Psychologisch gesehen hat Europa sein Abgrenzungsbedürfnis nach innen übertragen: obsessive Markierung von Territorien und in dessen Folge eine endlose Geschichte von Kriegen. Vergewärtigt man sich eine Landkarte Europas als Palimpsest aller Grenzverläufe seit dem Limes, so bleiben nur wenige weiße Flecken unberührt von den blutigen Kratzern.

Symptome: Selbstverstümmelung und Suizidgefahr.

Diagnose: Borderline-Syndrom. Mit einem Bein in der Neurose und mit dem anderen schon in der Psychose. Kann die EU Europa retten?

Einem Bernard-Henri Lévy zugeschriebenem Bonmot zufolge ist Europa kein Ort, sondern eine Idee. Liegt hier möglicherweise eine Verwechslung vor?

Dem Projekt Europa fehlt es nämlich gänzlich am Moment der Freiheit und der Revolte, das für den universalistischen Anspruch der amerikanischen und französischen Revolution gesorgt hat. Als Verwirklichung einer ›Idee‹ geht die Union nicht den geraden Weg. Was nicht verwundern kann, wurde sie doch aus der Not geboren, am absoluten Nullpunkt der Zivilisation.

De Gaulle und Adenauer folgten ohne Zweifel ihren eigenen Visionen, als sie einen Pakt auf die Zukunft geschlossen, aber es war eine junge Französin, die kurz vor Kriegsende Sätze formulierte, die einer alternativen Gründungsakte der EU gut zu Gesicht gestanden hätten. Die Résistance-Aktivistin Marguerite Duras vertraute ihrem Tagebuch einen ganz besonderen Einheitsgedanken an: »Wir gehören zu Europa, [...] wir gehören zur Rasse derer, die in den Krematorien verbrannt werden, [...] wir gehören auch zur Rasse der Nazis.« (S. 57) Und: »Die einzige Antwort, die sich auf diese Verbrechen geben lässt, ist die, daraus ein Verbrechen aller zu machen. Es zu teilen. Ebenso wie die Idee der Gleichheit, der Brüderlichkeit.« (S. 61)

Diese ›unio mystica‹ des Abgrunds formulierte sie, als ihr Mann, den sie während seiner Internierung in einem deutschen Konzentrationslager betrogen hatte, mit dem Tod rang. Das Monströse entdeckte Duras mit der ihr eigenen exzentrischen Innerlichkeit bei sich selbst. Doch erst als sie berühmt war, wurde der Text 1985 unter dem Titel *La Doleur* (*Der Schmerz*) veröffentlicht.



Kurze Zeit später ging unter westdeutschen Intellektuellen Europa als Gespenst um. Man wollte die schmerzhafteste Geschichte abschütteln und glaubte einen neuen rettenden Kontinent entdeckt zu haben: Europa als geistige Heimat. Inklusiv des Bewusstseins geistiger und kultureller Superiorität.

Nach einem Bonmot aus jener Zeit könne man, wenn man wie durch Zauberhand nichts ahnend in einer beliebigen europäischen Stadt aus der U-Bahn steige, sofort erkennen, wo man sei. Anders als etwa in der ›kultur- und geschichtsvergessenen Uniformität‹ Amerikas sei auf die gewachsene Urbanität Europas Verlass. Die Barbaren sind immer die anderen – auch so ein alter europäischer Gedanke.

Als man jedoch wenige Jahre später Gefahr lief, sich dem Visier eines Snipers auszusetzen, wenn man zum Beispiel in Sarajewo aus der U-Bahn stieg, verschwand das neue Steckenpferd Europa schnell wieder in der Versenkung.

Man hatte doch keinen neuen Kontinent entdeckt, sondern bloß den alten europäischen Dünkel.

Es war ein Amerikaner, der den europamüden Europäern wieder auf die Sprünge helfen wollte und – hierzulande unerhört kühn – von einem »europäischen Traum« sprach. Jeremy Rifkin, Ökonom und Soziologe, begeisterte sich an der speziellen Kooperativität und Polyperspektivität des alten Kontinents. Das einzigartige Gemisch aus Individualismus und Mehrfachidentitäten – europäisch, national, regional – galt ihm als Refugium im Mahlstrom der Globalisierung.

Darüber ließe sich streiten, gibt es doch ebenso gewichtige Argumente, die genau das Gegenteil belegen, dass nämlich das Projekt EU geradezu als Prototyp der Globalisierung zu sehen ist. Darüber hinaus gilt es als genauso wenig ausgemacht, ob der Prozess der europäischen Einheit zum Schutz von kulturellen Eigenheiten in einem Europa der Regionen beiträgt oder zu dessen Nivellierung führt.

Nach pessimistischer Sichtweise ist gar die Demokratie als solche in Gefahr, weil die nationalen Parlamente durch transnationale Zentralisierungseffekte zu markt-kompatiblen Ausführungsorganen degradiert werden.

Aber wenn das angebliche Monstrum EU sich doch gar nicht als Popanz erweisen sollte, ist das Dilemma erst recht perfekt. Im Gegensatz zu den in parteipolitischen Taktik befangenen Landesparlamenten nimmt sich Brüs-

sel bisweilen die Freiheit und lässt Vernunft walten. Es beschließt beispielsweise ein Antidiskriminierungsgesetz. Eine Frauenquote wird folgen, und möglicherweise wird sogar über Deutschland der Heilige Geist in Gestalt eines Tempolimits kommen.

Der Traum Europas gebiert Engel. Das Gute kommt von oben, und von unten wächst die Europaverdrossenheit. Keine guten Voraussetzungen, um – analog zum Verfassungspatriotismus – eine von Eurozentrismus und dem Zwang zur kulturellen Selbstfindung befreite EU-Identität zu entwickeln.

Europakritik ist stattdessen an jeder Ecke wohlfeil zu haben. Der antieuropäische Reflex beschränkt sich dabei keineswegs auf den Stammtisch, alle stoßen ins gleiche populistische Horn und mokieren sich über die angebliche Allmacht der EZB und die Brüsseler Bürokratie. Dass jede mittlere Großstadt in Deutschland mehr Beamte als Brüssel hat, wird dabei geflissentlich übersehen.

Rifkins Angebot vom »europäischen Traum« wurde in den Feuilletons entsprechend verhalten aufgenommen; man monierte – wohl nicht zu Unrecht –, dass es sich hier eher um die Projektion eines vom Bush-Amerika zutiefst enttäuschten Amerikaners handelt.

Tatsächlich mangelt es dem europäischen »Traum« an der transzendenten Dynamik seines amerikanischen Pendant. Mit ihm lässt sich kaum zum Sprung über ›new frontiers‹ ansetzen. Zwar erlebt Europa, sofern es sich an die goldene Kette der Union gelegt hat, eine ewige Nachkriegszeit und eine in den meisten Weltgegenden utopisch anmutende Sozialstaatlichkeit, aber Versicherungs- und Gurtpflicht sind eben nicht der Stoff, aus dem Träume sind.

Zu einem Traum gehören Menschen, die ihn träumen. Wenn die Europäer sich kokett zieren, könnten wir die Menschen fragen, die zum Teil ihr Leben aufs Spiel setzen, um hierherzukommen. Vielleicht folgen die Einwanderer einer Faszination von ›europeanness‹, die wir gar nicht kennen, und erzählen von erfüllten oder enttäuschten Erwartungen.

Für den in Brüssel lebenden Marokkaner Farouq aus Teju Coles 2011 erschienenem Roman *Open City* hat sich Europa bereits als Fata Morgana erwiesen: »When I was young, Europe was a dream. Not just a dream, it was the dream: it represented the freedom of thought. We wanted to come here, and exercise our minds in this free space [...] Not America, about which we already had bad fee-





lings, but Europe. But I have been disappointed. Europe only looks free. The dream was an apparition.» (Cole, S. 122)

Farouq fremdelt mit seiner Herkunftsidentität. Da diese ihn hier aber ohne Ansehen der Person zum Problemfall stempelt, reagiert er seinerseits mit Unbehagen an der neuen Kultur und entwickelt die typischen Resentiments einer ›displaced person‹.

In anderer Weise kann es aber ebenso sein, wenn der Zugewanderte – in positiver Absicht – auf seine Herkunftsidentität festgenagelt wird. Milan Kundera hat in seinem Roman *Die Unwissenheit* aus dem Jahr 2000 vorgeführt, wie schädlich das Dogma der kulturellen Identität für das Individuum sein kann. Er entwickelt das Schicksal zweier nach dem gescheiterten Prager Frühling aus der Tschechoslowakei geflohener Exilanten, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ihre Heimatstadt besuchen, vor der Folie der großen Heimkehrergeschichte der Odyssee. Kunderas Odysseus träumt jedoch in den Armen Penelopes wieder von Calypso. Seine 20-jährige Irrfahrt hat aus der Heimweh-Nostalgie einen Rückkehr-Blues gemacht und das Zuhause zu einem Ort, an dem einen nur der Hund erkennt.

Beide Protagonisten der »Unwissenheit« sind in ihren neuen Ländern Dänemark und Frankreich längst ›angekommen‹. Sie glaubten sich als Individuen gesehen und anerkannt, als sie durch die große historische Umwälzungsmaschine schlagartig in eine Kollektivexistenz zurückgeworfen werden. Ausgerechnet von den wohlmeinenden französischen und dänischen Freunden werden sie zum zweiten Mal zu Fremden im ›eigenen‹ Land gemacht.

»Wieso bist du noch hier?«, werden sie gefragt, als sie anfangs keine große Lust verspürten, nach Prag zu reisen, denn »was ›bei euch‹ vorgeht, ist dermaßen faszinierend!« (Kundera, S. 5)

Was bedeuten schon Grenzen angeblicher kultureller Entitäten, wenn man täglich die Erfahrung der Entgrenzung macht?

Die Frage nach der Identität Europas – als Traum oder Gespenst, als Idee oder Illusion, als Projekt oder Konstrukt – lässt sich nicht nur nicht beantworten, sondern sollte auch lieber gar nicht erst gestellt werden. Was nämlich, wenn das fehlende Alleinstellungsmerkmal – um es mal im Marketingsprech zu formulieren – gar keinen Mangel darstellt, sondern eine reale Leerstelle, einen

produktiven Indifferenzpunkt? Wenn Europa die Gnade der Unbestimmtheit erteilt hat, von dem aus eine (vielleicht gute) Zukunft möglich ist?

Ein Leben jenseits der Identitäten ist vorstellbar. Byung-Chul Han hat in seinem Buch *Hyperkulturalität, Kultur und Globalisierung* darauf hingewiesen, dass wir uns ohnehin längst in einer ent-orteten Welt der Hyperkultur bewegen.

Während progressive Konzepte von Inter- und Transkulturalität noch von einer vorfindlichen Kultur, von Austausch oder von Grenzüberschreitung ausgehen, bemüht sich Han, das Identitäts- und Substanzparadigma als solches hinter sich zu lassen. Seine Diagnose der Jetztzeit geht von einem durchgreifenden Verlust der Aura des Ortes und des Ursprungs aus. Wir hätten uns demnach längst im ortlosen Hyperraum eingerichtet. Das existenzialistische Pathos des ›travellers‹ oder des ›Wanderers‹ wäre obsolet geworden, und die Romantisierung der Schwelle oder des Intermundiums nur noch Metaphysik von gestern.

Der neue Kosmopolitanismus ist mit leichtem Gepäck unterwegs: »Der hyperkulturelle Tourist ist immer schon angekommen [...] die Hyperkultur erzeugt ein singuläres ›hier‹.« (Han, S. 59)

Wenn die Diagnose stimmt, dann bist du also, Europa, endlich hier, am Un-Ort ohne Utopie. Im Freiraum. Träumend oder wach, auf dem Rücken eines weißen Stiers, und endlich befreit vom Kult der Identität.

#### Literatur

- T. Cole: *Open City*. New York 2011  
 M. Duras: *Der Schmerz*. München/Wien 1986  
 B.-Ch. Han: *Hyperkulturalität, Kultur und Globalisierung*. Berlin 2005  
 M. Kundera: *Die Unwissenheit*. Frankfurt am Main 2002  
 J. Rifkin: *Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*. Frankfurt am Main/New York 2004



Jürgen Trabant

## Die Europäer: zweisprachig wie die alten Römer

Gerade ist Sprache Nr. 24 in die EU aufgenommen worden: das Kroatische. Es kommt damit in den Genuss der europäischen Politik der Bewahrung und Pflege der Sprachen. Die europäischen Grundgesetze sagen nämlich Schönes und Tröstliches über die europäischen Sprachen, zum Beispiel, im Vertrag von Lissabon:

»Sie [die Union] wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.«

Dies wird in weiteren Stellungnahmen poetisch erhöht, zum Beispiel so:

»Die harmonische Koexistenz vieler Sprachen in Europa ist ein kraftvolles Symbol für das Streben der Europäischen Union nach Einheit in der Vielfalt, einem der Eckpfeiler des europäischen Aufbauwerks.«

Konkret und weniger poetisch bedeutet das, dass jeder Bürger der EU sich in seiner Sprache an die EU wenden kann, wenn diese eine der 24 offiziellen Sprachen der Union ist, dass die Brüsseler Gesetze in diese offiziellen Sprachen übersetzt werden, dass im Europäischen Parlament in diesen Sprachen gesprochen werden kann und im Prinzip von jeder Sprache in jede andere gedolmetscht wird. Nun also auch ins und aus dem Kroatischen. Durch die vielen Sprachen wird der Sprachendienst der EU immer teurer – im Jahr 2004 waren dies 2,28 Euro pro Europäer, heute ist es vermutlich einiges mehr – und daher zunehmend Zielscheibe der Kritik. Aber wenn man den sprachlichen »Reichtum« schützen und entwickeln will, kostet das eben.

Trotz dieser hohen Stellung der Sprachen und der hohen Kosten, die sie verursachen, ist es nicht weit her mit der »harmonischen Koexistenz« der Sprachen in Europa. So scheint zum Beispiel der Sprachendienst nicht einmal in seinem politischen Kernbereich, im Verkehr zwischen den europäischen und den nationalen Institutionen, zu funktionieren, wie Ulrich Ammon und Jan Kruse gerade

eindringlich gezeigt haben. In der Zentrale werden die entscheidenden Texte zunehmend nur noch auf Englisch verfasst (immer weniger auf Französisch), und offensichtlich hält man dort die Übersetzungen in die verschiedenen Sprachen – oder zumindest ins Deutsche – für eine lästige Aufgabe.<sup>1</sup>

Der Übersetzungsdienst von der Zentrale an die Peripherie hatte auch schon in einem ähnlichen Fall, nämlich in der Französischen Revolution nicht funktioniert. In der Anfangsphase der demokratischen Umgestaltung Frankreichs sollten ebenfalls einem vielsprachigen Staatsvolk (in Frankreich wurde neben Französisch auch noch Bretonisch, Flämisch, Deutsch, Okzitanisch, Italienisch, Katalanisch, Baskisch gesprochen) die Ergebnisse der zentralen Entscheidungsprozesse in seinen jeweiligen Sprachen mitgeteilt werden. Allerdings war die Anerkennung der Sprachen Frankreichs kein konstitutiver Bestandteil der Grundwerte des neuen Staates. Alle anderen Sprachen außer dem Französischen galten den aufgeklärten Revolutionären im Grund als rückständige Bauern-dialekte, als Patois. Der Respekt vor den verschiedenen Sprachen Frankreichs war daher nur eine kurzlebige Episode. Die Jakobiner haben ziemlich schnell von der Übersetzungspolitik Abstand genommen und auf die sprachliche Uniformierung der Nation gesetzt. Der »grammairien patriote« Urbain Domergue fordert daher 1794, auf dem Höhepunkt des jakobinischen Terrors:

»La République, une et indivisible, dans son territoire, dans son système politique, doit être une et indivisible dans son langage.«

Die in ihrem Territorium und ihrem politischen System eine und unteilbare Republik muss auch in ihrer Sprache eins und unteilbar sein.

In Frankreich ist die hier geforderte sprachliche Einheit und Unteilbarkeit in ungefähr 150 Jahren erreicht worden.



Europa will aber ausdrücklich nicht jakobinisch sein, wie alle seine politischen Grundsatzserklärungen zu den Sprachen der Union besagen. Eine europäische Einheits-sprache ist – im Gegensatz zur Französischen Revolution – nicht Ziel des »europäischen Aufbauwerks«. Allerdings hat die Macht des Faktischen längst einen europäischen jakobinischen Prozess in Gang gesetzt, der auf die sprachliche Vereinheitlichung der Union hinausläuft. Er wird von einer doppelten Dynamik angetrieben: vom Zentrum her und von den Völkern her.

Was das Zentrum angeht, so wirkt hier ein robuster Jakobinismus dessen, was unser Bundespräsident »das praktikable Englisch« nennt: Es gilt zwar die schöne Doktrin vom Reichtum der Sprachen, auf welcher der teure Sprachendienst und mancherlei sprachliche Folklore, wie mehrsprachige Inschriften an den offiziellen Gebäuden in Brüssel, basieren. Doch den Kommissar für die Sprachen hat die EU wieder abserviert, nachdem der sich allzu intensiv für die Sprachen eingesetzt hatte. Vor allem sind die europäischen Beamten und wohl auch die meisten Abgeordneten international orientierte »professionals«, die effizient arbeiten wollen und keine Geduld für zeitaufwendige Symbolpolitik haben. Da sie alle das globale Englisch können, benutzen sie dieses als schnelles und praktisches Kommunikationsinstrument, als *Lingua franca*, wie man jetzt sagt. »Lingua franca« klingt immer, als ob das etwas Großartiges wäre: Eine *Lingua franca*, daran möchte ich doch erinnern, ist aber nur ein kommunikativer Notbehelf, keine Sprache im vollen Sinne des Wortes. Dass in Brüssel faktisch englisch kommuniziert wird, ist eigentlich völlig in Ordnung und auch im Sinne einer effizienten internationalen Governance richtig. Es geht beim Regierungshandeln um das praktische sprachliche Hantieren. Gebraucht wird, was Wilhelm von Humboldt eine »Sprache der Geschäfte« nennt, eine auf ihre kommunikative Funktion reduzierte Art von Sprache, deren äußere und innere Form völlig gleichgültig ist.

Dass diese Sprache der europäischen Geschäfte Englisch ist, ist aber keine Entscheidung für irgendetwas Europäisches, sondern eine Entscheidung für globale Praktikabilität. Niemand spricht in Brüssel Englisch, weil Englisch besonders europäisch wäre und etwa die europäische Identität befördern würde. Englisch wird gesprochen, weil es global verbreitet ist. Die weltweite Ausdehnung des britischen und des amerikanischen Empire war die politische Bedingung für die Globalisierung und machte deren Sprache zum Globalesischen.

Dem praktischen globalesischen Neo-Jacobinismus der Zentrale entspricht der ebenso praktische Soft-Jacobinismus der europäischen Völker: Diese lernen in einer rasanten Dynamik die globale Sprache. Jürgen Gerhards hat das gerade in einem Buch eindrucksvoll beschrieben.<sup>2</sup> Die Jungen können es besser als die Alten und die Nord-europäer besser als die Südeuropäer. Aber auch die Letzteren lernen eifrig, sogar Spanien, Italien und Frankreich holen auf. Und der Bundespräsident hat auch die älteren Ostdeutschen aufgefordert (wen sonst, die Jungen und die Westdeutschen können's ja schon?), sich das erwähnte »praktikable Englisch« zuzulegen. Bald können also alle Europäer – Jung und Alt, Nord und Süd, Ost und West – Englisch. Der Sprach-Traum des Jakobiners wird damit – viel schneller als in Frankreich – europäische Wirklichkeit: »Nous devons tous parler le même idiôme«, forderte der patriotische Grammatiker Domergue 1794, »wir müssen alle dieselbe Sprache sprechen.«<sup>3</sup>

Aber auch beim Volk ist die Verbreitung des Englischen keine patriotische Entscheidung für eine »Nation« oder Ähnliches, gar für eine Nation Europa. Die Entscheidung fürs globale Englisch ist kaum politisch oder kulturell motiviert, sondern praktisch-kommunikativ. Die Spur einer kulturellen Wahl dieser Sprache mag man höchstens noch in dem Wunsch vieler Junger sehen, so sein zu wollen wie die Amerikaner: cool. Die Europäer lernen diese Sprache jedenfalls nicht, weil sie Europäer sein wollen, so wie die Franzosen das Französische gelernt haben, weil sie Franzosen sein wollten. Die Europäer lernen diese Sprache als Sprache der Welt, als Globalesisch. Damit werden sie keine Nation im Sinne der Französischen Revolution. Sie eröffnen sich einen weltweiten Kommunikations-Raum für berufliche, touristische, wissenschaftliche Zwecke in der globalen Freihandels-Zone.

Obwohl nun Europa faktisch bald eine gemeinsame Sprache haben wird, ist diese *Lingua franca* nicht die Sprache Europas. Sie ist als *Lingua franca* eine kommunikative Notsprache, und als globale hat sie keine identitätsbildende Funktion: Sie macht Europa nicht »une et indivisible dans son langage«. Und das ist auch gut so: Europas sprachliche Identität – und da haben die poetischen Passagen der EU-Grund-Texte recht – liegt nach wie vor in seiner sprachlichen Vielfalt. Die modernen europäischen Sprachen haben seit der Renaissance die Erbschaft des alten Latein angetreten und sich zu voll ausgebauten Sprachen entfaltet, deren jede einzelne die



europäische Kultur in einer je besonderen Form repräsentiert. Das ist zwar kommunikativ hinderlich, aber es ist ganz offensichtlich der Wunsch der europäischen Völker gewesen. Wenn sie nun alle Globalesisch lernen, so gleichen sie das kommunikative Defizit durch eine kluge praktische Zweisprachigkeit aus. Nicht die jakobinische Idee der sprachlichen (und sonstigen) Uniformität macht Europa aus, sondern die föderale einer glücklichen Vielfalt seiner Teile. Deswegen kommt es darauf an, gerade diese Ebene der europäischen Sprachlichkeit zu fördern und zu schützen.

Globalesisch lernen die europäischen Völker sowieso, man muss darauf achten, dass sie ihre eigenen Sprachen nicht vernachlässigen, dass sie sich ihren Sprachen gegenüber loyal verhalten (Sprachloyalität ist in Europa verschieden stark ausgeprägt, die Deutschen sind hier eher auf der schwachen Seite). Denn die Zweisprachigkeit (oder Anderthalbsprachigkeit), auf die Europa zusteuert, ist für die europäischen Sprachen nicht ganz so harmlos, wie ich es bisher geschildert habe. Das »praktikable Englisch« lässt sich ja nicht sauber in seiner Funktion als Lingua franca von den anderen Funktionen trennen, die die Nationalsprachen erfüllen. Das »praktikable Englisch« greift auf Gebiete der Nationalsprachen über und schwächt diese: Wenn in den Wissenschaften die Nationalsprachen nicht mehr verwendet werden, wenn die Geschäfte zunehmend auf Globalesisch abgewickelt werden, wenn nur noch auf Globalesisch (oder so was Ähnlichem) gesungen wird, wenn also das globale Englisch die prestigereichen Diskursdomänen der Nationalsprachen erobert, wenn eine ehrgeizige Bourgeoisie ihre Kinder gar nicht mehr in den jeweiligen Sprachen erzieht, dann geschieht eben auch ohne offiziellen Jakobinismus das, was man in Frankreich beobachten konnte: Die Lingua franca, die »Sprache der Geschäfte«, wird zunehmend zur Sprache überhaupt, das heißt, sie wird zur »Sprache des Lebens in seinen natürlichen Verhältnissen« (Humboldt) und zur Sprache der Bildung und der Kultur, und die nationalen Sprachen ziehen sich in »niedere« gesellschaftliche Funktionen zurück und verschwinden am Ende: Das Okzitanische und das Bretonische haben sich aufs Land zurückgezogen, dann haben sie sich im Haus, schließlich bei den Alten verkrochen, wo sie – trotz aller regionalistischen Wiederbelebungsversuche – verklungen sind. Dafür, dass es sprachhistorisch so gehen kann, gibt es viele Beispiele. Der Untergang der Sprachen Frankreichs im Französischen ist das anschaulichste moderne

Beispiel. Das Verschwinden der italischen, keltischen und iberischen Sprachen im Lateinischen verdankt sich diesem Prozess des Übergreifens einer irgendwie »praktikablen« Sprache.

Wenn auch das Lateinische durch die Macht und das kulturelle Prestige Roms eine große glottophage Gewalt im westlichen Mittelmeerraum ausgeübt hat, so sind die Römer aber umgekehrt auch das Volk, an dessen Sprachloyalität hier zu erinnern ist: Die römische Elite war zweisprachig, lateinisch-griechisch, das Griechische war ihr sogar mehr als nur eine Lingua franca, es war ihre »höhere« Bildungssprache. Aber die Römer haben immer an der Sprache der Väter festgehalten. Damit haben sie das Beste aus beiden Welten bewahrt.

So machen wir es auch, Europa, zweisprachig wie die alten Römer! Und wenn wir dann das alte Europa mit einem neuen, wahrhaft europäischen Sprachgeist erfüllen wollen, lernen wir noch eine dritte Sprache, diesmal keine globale, sondern eine europäische, eine Sprache unserer europäischen Freunde – auch zum Beispiel die Sprache eines Freundes aus der europäischen Vergangenheit, wie Latein. Diese Spracherlernung dient nicht primär dem egoistischen Zweck der Kommunikation, also der Mitteilung unserer eigenen Wünsche, sondern dem Zweck des Verstehens des Anderen. Damit lernen wir nicht nur diesen europäischen Anderen kennen, sondern auch, was eine Sprache ist: nämlich nicht nur ein Mittel der Kommunikation, sondern ein Mittel der kognitiven Welter-schließung, eine kostbare »Weltansicht«. Erst wenn wir das verstanden haben, verstehen wir auch, warum wir unsere eigenen Sprachen »schützen und entwickeln« müssen, wie es der Vertrag von Lissabon in seiner Weisheit bestimmt.

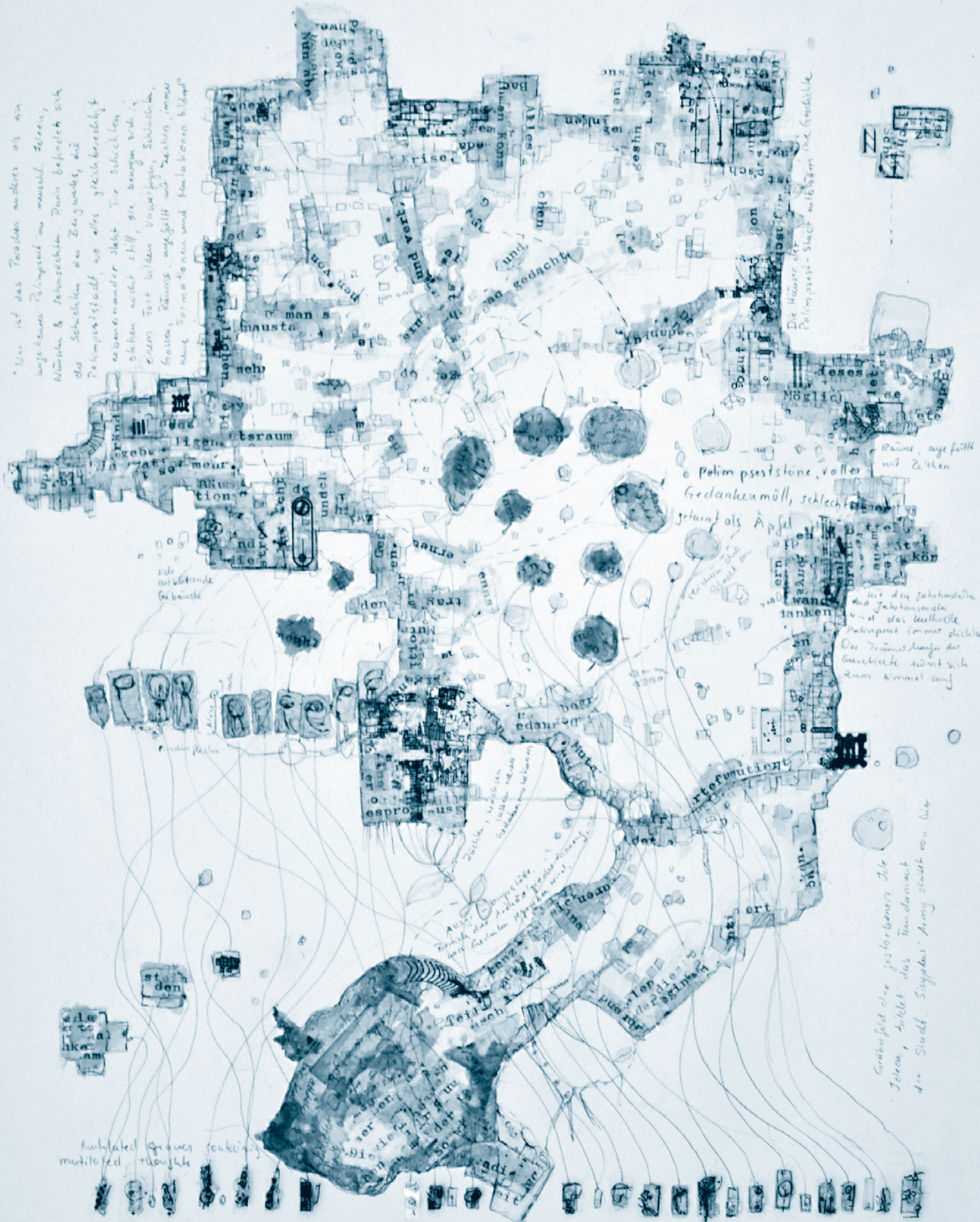
1 Vgl. U. Ammon und J. Kruse: »Does translation support multilingualism in the EU? Promises and reality – the example of German«, in: *International Journal of Applied Linguistics* 23,1 (2013), S. 15–30

2 J. Gerhards: *Mehrsprachigkeit im vereinten Europa. Transnationale sprachliches Kapital als Ressource in einer globalisierten Welt*. Wiesbaden 2010

3 U. Domergue: »Adresse aux Communes et sociétés populaires de la République«, in: W. Busse und F. Dougnac: *François-Urbain Domergue. Le grammairien patriote (1745–1810)*. Tübingen 1992, S. 184

# DIE PALIMPSESTSTADT

Was ist das Trachten anderer als ein  
 ungeheures Palimpsest an menschl. Taten,  
 Wünschen & Sehnsüchten. Denn befindet sich  
 die Schwärze des Bergwerks, die  
 Palimpseststadt, wo alles gleichbrechlich  
 auseinander steht. Die Schwärze  
 schen nicht still, sie bewegen sich  
 durch Fort bilden Vandalen, Schächler,  
 Gassen, Räume, ausgefüllt mit Zeichen, immer  
 neue Zeichen, neuen und Funktionen blühen



Palimpseststeine, voller  
 Gedankenmüll, schlechtes  
 getarnt als Äpfel  
 mit den furchtbarsten  
 und furchtbarsten  
 und der bestmögliche  
 Palimpsest immer dicker  
 Der Trümmern Anführer der  
 Geschwader stürzt sich  
 zum Himmel auf

Großfeld der gestorbenen  
 Joleen, bildet das Fundament  
 der Stadt Sisyphus' Army stürzt von hier

Amplified groans  
 mutilated thoughts

Großfeld der Joleen  
 dient als Batterie

Sisyphus' Army bewirft die Paradies-Stadt mit Palimpsest-Steinen

## Jenny Michel: Paradiesische Orte

Jenny Michel, geb. 1975 in Worms, studierte Linguistik und Literaturwissenschaft an der GHK Kassel, danach Visuelle Kommunikation und Freie Kunst an der Kunsthochschule Kassel. Im Jahr 2001 nahm sie teil am Austauschprogramm mit dem Sichuan Fine Arts Institute, Chonqing, China und 2005/2006 am Postgraduierten-Auslandsstipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes an der Akademie der Künste, Wien. Sie erhielt folgende Preise und Stipendien: Fellowship am Hanse-Wissenschaftskolleg (2013), HAP-Griehaber-Preis (2010), Stipendium des EHF der Konrad-Adenauer-Stiftung (2008), Kasseler Kunstpreis der Dr.-Wolfgang-Zippel-Stiftung (2004), Nominierung zum Marler Video-Installationspreis (2004), Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes (2003–2005), Nominierung zum ZKM-Medienkunstpreis (2001); Einzelausstellungen: *On Dust and Paradise*, Hanse-Wissenschaftskolleg, Delmenhorst (2013); *Paradise*, Galerie FELDBUSCHWIESNER, Berlin (2011); *Sketching Paradise*, Projektraum des deutschen Künstlerbundes, Berlin (2010); *Gedankenpumpe*, Copyright-Projektbüro, Berlin (2008); *Staub*, Galerie Gillian Morris, Berlin (2008); *Dust*, Kunsttempel, Kassel (2005); sie ist in den Sammlungen der Berlinischen Galerie, Berlin, sowie des Kupferstichkabinetts der Staatlichen Museen zu Berlin vertreten. Sie lebt und arbeitet in Berlin. Näheres unter [www.phantomteilchen.de](http://www.phantomteilchen.de)



Seite 8: »Anleitung zum Zumüllen des Paradieses – Das Palimpsestgehirn hängt über der Maschinenlandschaft«  
2011, 40 x 50 cm, Schreibmaschine, Bleistift, Tusche, Kopie auf verschiedenen Papieren und Folien

Seite 26: »Trashed Utopias – Heaven«  
2013, 30 x 40 cm, Bleistift, Schreibmaschine, Kopie, Nitrofrottage auf verschiedenen Papieren, Kartonagen, Folien und Kapaplatten, Heftnadeln

Seite 46: »Trashed Utopias – Garden Cities«  
2013, 31,5 x 41 cm, Bleistift, Schreibmaschine, Kopie, Nitrofrottage auf verschiedenen Papieren, Kartonagen und Kapaplatten, Heftnadeln

Seite 66: »Trashed Utopias – City oft he Sun«  
2013, 100 x 70 cm, Bleistift, Schreibmaschine, Kopie, Nitrofrottage auf verschiedenen Papieren, Kartonagen und Kapaplatten, Heftnadeln

Seite 84: »Anleitung zum Zumüllen des Paradieses – Die Palimpseststadt«  
2011, 40 x 50 cm, Schreibmaschine, Bleistift, Tusche, Kopie auf verschiedenen Papieren und Folien

## Autorinnen und Autoren

**Friedmar Apel** lehrt nach Professuren in Siegen, Berlin, Atlanta, Regensburg und Paderborn seit 2000 Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Bielefeld. Er veröffentlichte zahlreiche Schriften zur europäischen Literatur- und Kulturgeschichte, darunter zuletzt: *Das Auge liest mit. Zur Visualität der Literatur* (2013) und *Hugo von Hofmannsthal* (2012). Er ist Romanautor und ständiger Mitarbeiter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Zudem war er defensiver Mittelfeldspieler bei den legendären Chaos-Kickers.

**Michael Borgolte**, geb. 1948 in Braunschweig, Promotion 1975 in Münster, Habilitation 1981 in Freiburg, Heisenberg-Stipendiat, ist seit 1991 ordentlicher Professor für Geschichte des Mittelalters an der HU Berlin; 1998 gründete er dort das Institut für vergleichende Geschichte Europas im Mittelalter; 2005 bis 2011 war er Sprecher des DFG-Schwerpunktprogramms »Integration und Desintegration der Kulturen im europäischen Mittelalter«, 2008/2009 Fellow am Max-Weber-Kolleg in Erfurt, und 2012 wurde ihm der Advanced Grant durch den European Research Council für »Foundations in medieval societies: Cross-cultural comparisons« (bis 2017) verliehen. Seine wichtigsten Veröffentlichungen sind: *Europa entdeckt seine Vielfalt, 1050–1250* (2002), *Christen, Juden, Muselmanen. Die Erben der Antike und der Aufstieg des Abendlandes, 300 bis 1400 n. Chr.* (2006), *The Encyclopedia of Global Human Migration* (Ass. Ed.), 5 Bde. (2013). Er ist seit 2005 ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

**Klaus von Dohnanyi**, geb. 1928 in Hamburg, Dr. jur., war nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Deutschland und den USA Leiter der Planungsabteilung der Ford-Werke in Köln und anschließend geschäftsführender Gesellschafter des Institutes für Marktforschung und Unternehmensberatung Infratest. Er war Mitglied der ersten Großen Koalition als Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und der Kabinette Brandt und Schmidt als Bildungsminister und Staatsminister im Auswärtigen Amt, bevor er von 1981 bis 1988 das Amt des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg bekleidete (SPD). Durch zahlreiche Tätigkeiten und Aufgaben in ostdeutschen Unternehmen seit 1990 und den Vorsitz der nach ihm benannten Kommission im Jahre 2004 wurde er zu einem viel gefragten Experten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostdeutschlands. Seit 2003 gehört er als stellvertretender Vorsitzender dem Konvent für Deutschland an und ist Mitglied im Club of Rome. Seit September 2009 ist er Vorsitzender des Mindestlohn-Ausschusses der Bundesregierung und seit 2011 Mitglied in der Ethik-Kommission zur Frage des Atomausstiegs. Darüber hinaus ist er Träger zahlreicher Auszeichnungen aus Wissenschaft und Gesellschaft.

**Hans-Martin Gauger**, geb. 1935, besuchte von 1949 bis 1952 zwei französische Collèges in Tübingen und in Konstanz (Baccalauréat 1952, Abitur in Biberach/Riss 1954) und studierte Romanische, Englische und Deutsche Philologie und Philosophie in Tübingen. Von 1969 bis 2000 war er Professor für Romanische Philologie (Sprachwissenschaft) in Freiburg i. Br., von 1972 bis 1975 Prorektor. Er war Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin 1981/82 und der Siemens-Stiftung München 1993/94; 1984 erhielt er den Deutschen Sprachpreis, 1994 den Karl-Vossler-Preis für »wissenschaftliche Werke von literarischem Rang« und 1996 den Oberrheinischen Kulturpreis. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie der Bayerischen Akademie der schönen Künste. Zuletzt sind erschienen: *Was wir sagen, wenn wir reden* (2007) und *Lob der Sprache* (2008, als Herausgeber). Neben fachlichen Arbeiten unternahm er auch einige literarische Versuche, zuletzt *Das Feuchte und das Schmutzige. Kleine Linguistik der vulgären Sprache* (2012).

**Albrecht von Lucke**, geb. 1967 in Ingelheim am Rhein, Jurist und Politikwissenschaftler, lebt als Publizist in Berlin und ist seit 2003 Redakteur der politischen Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* ([www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)). Daneben arbeitet er auch für den Rundfunk, für den er regelmäßig Kommentare beisteuert oder an Diskussionen teilnimmt. Zuletzt sind erschienen: *68 oder ein neues Biedermeier: Der Kampf um die Deutungsmacht* (2008) sowie *Die gefährdete Republik: Von Bonn nach Berlin. 1949–1989–2009* (2009).

**Christian Meier**, geb. 1929 in Stolp (Pommern), studierte Geschichte, Klassische Philologie und Römisches Recht und wurde 1956 in Alter Geschichte bei Hans Schaefer in Heidelberg promoviert. Privatdozenturen in Frankfurt am Main und Freiburg i. Br. folgten Professuren in Basel, Köln, Bochum und München. 1980 bis 1988 war er Vorsitzender des Verbands der Historiker Deutschlands und von 1996 bis 2002 Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt. Er gehört der Norwegischen Akademie der Wissenschaften an und erhielt u. a. den Cicero-Rednerpreis (1998), den Jacob-Grimm-Preis (2003), den Reuchlin-Preis (2007), die Lichtenberg-Medaille (2009) sowie das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst (2006). Zu seinen wichtigsten Publikationen zählen *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen* (1980), *Cäsar* (1982), *Athen* (1993), *Res Publica Amissa* (1997), *Kultur, um der Freiheit willen* (2009) sowie *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns* (2010). Er ist Gründungsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und war 1992 Vorsitzender der Planungskommission für eine Akademie der Wissenschaften in Berlin.



**Jenny Michel** gestaltete die ganzseitigen Abbildungen im Heft. Ihre Biografie findet sich auf S. 85.

**Jenny Preunkert**, Dr., ist Akademische Rätin am Institut für Soziologie der Universität Leipzig. Sie studierte Soziologie an den Universitäten Bayreuth, Bamberg und Gallway (Irland). Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Bamberg und Oldenburg und ist seit 2009 an der Universität Leipzig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Sozialpolitik, Finanzsoziologie und Europasozio­logie. Zuletzt sind erschienen: »Der Euro in der Vertrauenskrise«, in: M. Löw (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen* (2013) sowie »Die europäische Antwort auf die Finanzkrise«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaften* 22/1 (2012).

**Olaf B. Rader**, geb. 1961, studierte Geschichte und Archivwissenschaft an der HU Berlin, wurde 1992 dort mit der Dissertation »Pro remedio animae nostrae. Das Urkundenwesen der Erzbischöfe von Magdeburg bis zum Tode Wichmanns von Seeburg 1192« promoviert und habilitierte sich 2003 ebenfalls dort mit der Schrift *Grab und Herrschaft. Bestattungsrituale und Totenkulte als Legitimationsstrategien der Macht* (2003). Seit 1992 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den Monumenta Germaniae Historica an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Im Frühjahr 2008 war er Gastwissenschaftler am Kunsthistorischen Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Florenz. Zeitweise lehrte er als Professor in Magdeburg (2008/2009) und Berlin (2010), derzeit an der HU Berlin Kulturgeschichte mit dem Schwerpunkt Mittelalter. Zuletzt ist von ihm erschienen: *Friedrich II. Der Sizilianer auf dem Kaiserthron* (2010, <sup>5</sup>2013), *Kaiser Friedrich II.* (2011), *Die Welt des Mittelalters. Erinnerungsorte eines Jahrtausends* (als Herausgeber mit J. Fried, 2011) sowie (mit A. Karsten, 2013) *Große Seeschlachten. Wendepunkte der Weltgeschichte*.

**Wolfert von Rahden**, geb. 1947 in Bremen, lehrte und forschte als Linguist und Kulturwissenschaftler an der FU Berlin, war Wissenschaftsmanager in Berlin und Potsdam und arbeitete editionsphilologisch (*Nietzsche-Nachlass in differenzierter Transkription*, KGW, Abt. IX, Bde. 1–3, 2001). Er ist Mitglied der Redaktionen von *Tumult. Schriften zur Verkehrswissenschaft* (seit 1988) sowie der *Zeitschrift für Ideengeschichte* (ZIG), deren verantwortlicher Gründungsredakteur er auch war (2005/2006). Die wichtigsten Veröffentlichungen sind *Revolution und Evolution (Forum für interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 1/2012) sowie (jeweils als Mitherausgeber) *Die andere Kraft. Zur Renaissance des Bösen* (1993, mit A. Schuller), *Theorien vom Ursprung der Sprache* (2 Bde., 1989, Reprint 2010, mit J. Gessinger), *Konsequenzen kritischer Wissenschaftstheorie* (1978, Reprint 2011, mit Chr. Hubig), *Letzte Worte* (ZIG II.2/2008, mit J. Ph. Klenner), *Die Insel West-Berlin* (ZIG II.4/2008, mit St. Schlak), *Kampfzone* (ZIG III.4/2009,

mit T. B. Müller und St. Schlak), *Idioten* (ZIG IV.2/2010, mit W. Breckman und J. Ph. Klenner) sowie (jeweils mit A. U. Sommer) *Abgrund* (ZIG V.2/2011) und *Namen* (ZIG VII.1/2013). Er war drei Jahrzehnte Mannschaftskapitän und Mittelfeldspieler der Chaos-Kickers, zeichnet auch Karikaturen und ist seit 2006 verantwortlicher Redakteur der GEGENWORTE.

**Franz Reitinge**r ist Historiker im Freiberuf, seine Forschungsschwerpunkte sind historische Bildwissenschaften, Kartografie der praktischen Vernunft und Präfigurationen der Moderne. Er war der erste österreichische Postdoctoral Fellow der J.-Paul-Getty-Foundation in Los Angeles. Aus einem Vortrag an der Burda-Akademie in München ging ein programmatischer Aufsatz für die erste Nummer der Zeitschrift *Image* zur neuen Bildwissenschaft hervor. Er nahm zum Karikaturenstreit und anderen aktuellen Themen Stellung. Er lebt und arbeitet in Salzburg. Zuletzt publizierte er in der von U. Raulff herausgegebenen Zeitschrift *Idea* des Deutschen Literaturarchivs Marbach sowie in der *Zeitschrift für Ideengeschichte* (ZIG).

**Albrecht Riethmüller**, geb. 1948 in Stuttgart, ordentlicher Professor für Musikwissenschaft zunächst an der Goethe-Universität Frankfurt am Main (1986–1992) und seither an der FU Berlin sowie Affiliated Faculty Member am Canadian Centre for German and European Studies an der York University in Toronto, ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz und Vorsitzender von deren Kommission für Musikwissenschaft (seit 1991) sowie Corresponding Member der American Musicological Society. Seit 2004 vertritt er die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften bei ALLEA (All European Academies). Neben der Musikgeschichte seit der europäischen Aufklärung und der griechischen Antike gehören zu seinen Arbeitsschwerpunkten das Verhältnis von Musik und Literatur sowie von Musik und Politik, Musikästhetik und Filmmusik. Seit 2000 ist er Herausgeber der Zeitschrift *Archiv für Musikwissenschaft*.

**Laurent Romary** ist Directeur de Recherche (INRIA, France) und Gastwissenschaftler an der HU Berlin. Neben seinen Forschungsaktivitäten zur Datenmodellierung für den Bereich der Geisteswissenschaften ist er verantwortlich gewesen für Konzeptualisierung und Implementierung von wissenschaftlicher Information und Open-Access-Politik für größere Forschungseinrichtungen in ganz Europa, wie CNRS, Max-Planck-Gesellschaft und INRIA. Ausgehend von seinen Erfahrungen in verschiedenen EU-Projekten, wie PEER (large scale green open access deposit) oder Cendari (networking of archives for digital scholarship), vor allem jedoch als Direktor des European DARIAH (eInfrastructures in the Humanities) hat er eine umfassende Vision entwickelt von



Open Access als Teil einer größeren zusammenhängenden wissenschaftlichen Informationsstrategie für Forschungsinstitutionen und Universitäten.

**Hazel Rosenstrauch** studierte Germanistik, Philosophie und Soziologie in Berlin und wurde im Fach Empirische Kulturwissenschaften in Tübingen promoviert. Sie forschte und lehrte in Berlin an der FU und an der HU sowie in Tübingen und Wien; sie arbeitet als Journalistin, Lektorin, Redakteurin und Autorin. Ihre Schwerpunkte sind Kulturgeschichte um 1800, Erinnerungskultur und Wissenschaftsvermittlung. Unter der Präsidentschaft von Dieter Simon konzipierte und redigierte sie die GEGENWORTE von 1997 bis 2006; zu ihren zahlreichen Veröffentlichungen zählen u. a. *Karl August Varnhagen und die Kunst des geselligen Lebens* (2003); *Wahlverwandt und ebenbürtig, Caroline und Wilhelm von Humboldt* (2009); *Juden Narren Deutsche* (2010); *Karl Huss, der empfindsame Henker, eine böhmische Miniatur* (2012); *Eitelkeit. Ein spärlicher Name für einen überquellenden Inhalt* (2013). 2012 wurde sie mit dem österreichischen Staatspreis für Kulturpublizistik ausgezeichnet. Derzeit beschäftigt sie sich mit dem Wiener Kongress.

**Stephan Ruß-Mohl**, geb. 1950, Dr., ist Professor für Journalistik und Medienmanagement und Leiter des European Journalism Observatory an der Università della Svizzera italiana in Lugano. Von 1985 bis 2001 war er Publizistik-Professor an der FU Berlin und dort für den Studiengang Journalisten-Weiterbildung und für das Journalisten-Kolleg verantwortlich. Forschungsaufenthalte führten ihn u. a. an das Europäische Hochschulinstitut in Florenz (1992) und an die Stanford University in Kalifornien (1995, 1999, 2008). Er arbeitet journalistisch für die *Neue Zürcher Zeitung* und führende deutsche Printmedien.

**Holger Schwenke**, geb. 1958, studierte Germanistik und Philosophie (MA) an der FU Berlin und lebt in Hannover. Er veröffentlicht Literatur seit 1980, so die Gedichtbände *Ein Vergleich* (1999), *Zeitglas* (2005), *31 Tage* (deutsch und russisch, 2007), und übersetzt Literatur aus dem Amerikanischen; 1992 erhielt er ein Künstler- und 1998 ein Arbeitsstipendium des Landes Niedersachsen; er ist Mitglied im VS – Verband Deutscher Schriftsteller und arbeitet in der Erwachsenenbildung (Montessori-Lehrer). Er ist Herausgeber der Internetzeitschrift *Babylonische Gärten – Zeitung für Transkulturelle Angelegenheiten* ([www.babylonische-gaerten.de](http://www.babylonische-gaerten.de)) und nimmt derzeit teil an einem Grundtvig-Programm der EU ([www.commongroundproject.eu](http://www.commongroundproject.eu)).

**Günter Stock**, geb. 1944, wurde 1970 promoviert, habilitierte sich 1978 in Heidelberg und war dort 1980 bis 1983 Professor für das Fach Vegetative Physiologie; von 1983 bis 2005 war er

bei der Schering AG, seit 1989 als Mitglied im Vorstand. Er war Mitglied des Wissenschaftsrates und ist Senator und Mitglied des Kuratoriums der DFG, Senator der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste sowie der Academia Europaea und der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften (acatech). Er war Vorsitzender der Jury des Deutschen Zukunftspreises des Bundespräsidenten und ist Mitglied in verschiedenen Kuratorien sowie Mitglied mehrerer Aufsichtsräte und wissenschaftlicher Institutionen (u. a. Carl Zeiss AG, Charité). Er war von 1993 bis 2011 Mitglied des Senats- und des Verwaltungsrates der MPG und deren Vizepräsident (2001 bis 2011). Er ist Inhaber des Großen Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland und des Verdienstordens des Landes Berlin. Seit 2006 ist er Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, seit 2008 Präsident der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften und seit 2012 Präsident von All European Academies (ALLEA).

**Niels Taubert**, geb. 1972, Dr. phil., studierte Soziologie mit den Schwerpunkten Wissenschafts- und Technikforschung in Hamburg und Bielefeld. Nach einer Promotion zur Open-Source-Software-Entwicklung im Rahmen des Graduiertenkollegs »Genese, Strukturen und Folgen von Wissenschaft und Technik« wandte er sich in mehreren Projekten den derzeitigen Veränderungen des wissenschaftlichen Kommunikationssystems zu, die sich im Zusammenhang mit der Digitalisierung und der elektronischen Publikation ergeben. Derzeit arbeitet er als Koordinator der interdisziplinären Arbeitsgruppe »Zukunft des wissenschaftlichen Kommunikationssystems« an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

**Jürgen Trabant** ist Professor emeritus für Romanische Sprachwissenschaft an der FU Berlin. Lehrtätigkeiten übte er an den Universitäten Tübingen, Bari, Rom, Hamburg und an der FU Berlin aus, Gastprofessuren führten ihn nach Stanford, Leipzig, UC Davis, EHESS Paris, Limoges und Bologna. Bis 2013 war er Professor für Europäische Mehrsprachigkeit an der Jacobs University Bremen. Er ist Fellow der Kollegforschergruppe »Bildakt und Verkörperung« an der HU Berlin. Seine Forschungsinteressen gelten der Sprachphilosophie sowie der Geschichte des europäischen Sprachdenkens, Semiotik, Vico, Humboldt, der historischen Anthropologie der Sprache, der französischen Sprachpolitik und der symbolischen Artikulation (Bild und Sprache). Zu seinen einschlägigen Buchpublikationen gehören *Der Gallische Herkules. Über Sprache und Politik in Frankreich und Deutschland* (2002); *Europäisches Sprachdenken. Von Platon bis Wittgenstein* (2006); *Was ist Sprache?* (2008); *Weltansichten. Wilhelm von Humboldts Sprachprojekt* (2012); *Globalesisch oder was?* (2013). Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.



**Georg Vobruba**, Professor Dr., bekleidet den Lehrstuhl für Sozialpolitik am Institut für Soziologie der Universität Leipzig. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin und am Hamburger Institut für Sozialforschung und ist seit 1992 an der Universität Leipzig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialpolitik, Europasozio- logie und soziologische Gesellschaftstheorie. Zu seinen letzten Veröffentlichungen gehören *Der postnationale Raum* (2012) sowie *Kein Gleichgewicht* (2012).

**Andreas Voßkuhle**, geb. 1963 in Detmold, studierte von 1983 bis 1989 Rechtswissenschaft an der Universität Bayreuth und der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Jahre 1989 absolvierte er das erste, 1993 das zweite Staatsexamen. 1992 wurde er von der LMU München mit einer Arbeit zum Thema »Rechtsschutz gegen den Richter« promoviert; die Dissertation wurde mit dem Fakultätspreis ausgezeichnet. 1995 wurde ihm der Bayerische Habilitationsförderpreis verliehen. 1998 erfolgte die Habilitation an der Universität Augsburg (Lehrbefugnis für die Fächer Öffentliches Recht, Verwaltungswissenschaften und Rechtstheorie). Es folgte ein Ruf auf einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. 2006/2007 war er Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Seit 2007 ist er ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Das wissenschaftliche Werk umfasst Beiträge zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht, zum Umwelt- und zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht sowie zur Rechtstheorie. 2007 wurde er zum Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gewählt. Im Jahr 2008 wurde er zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts und zum Vorsitzenden des Zweiten Senats ernannt. Seit 2010 ist er Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

**Matthias Weichelt**, geb. 1971, ist seit Sommer 2013 Chefredakteur von *Sinn und Form* und Mitherausgeber der kommentierten *Nelly-Sachs-Ausgabe* (2010/2011).

# Impressum

## Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt

Günter Stock, Präsident der  
Berlin-Brandenburgischen Akademie  
der Wissenschaften

## Beirat

Erika Fischer-Lichte, Jens Reich,  
Ortwin Renn, Jürgen Trabant,  
Peter Weingart, Conrad Wiedemann

## Verantwortlicher Redakteur

Wolfert von Rahden

## Redaktionsassistentz

Diana Thüroff

## Dokumentation

Wolfgang Dinkloh

## Bildredaktion

Christoph Kehl

## Anschrift der Redaktion

GEGENWORTE · Hefte für  
den Disput über Wissen

Berlin-Brandenburgische Akademie  
der Wissenschaften

Jägerstraße 22/23, D-10117 Berlin

Telefon: (+49 30) 203 70-260

Fax: (+49 30) 203 70-600

E-Mail: [gegenworte@bbaw.de](mailto:gegenworte@bbaw.de)

GEGENWORTE versteht sich als Plattform  
für einen Disput, die Beiträge im Heft  
geben nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion wieder.

Anregungen und Vorschläge sind will-  
kommen. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte wird keine Haftung über-  
nommen.

Mitglied des ›Eurozine Network‹

[www.eurozine.com](http://www.eurozine.com)

## Korrektorat

Edition diá, Berlin

[www.editiondia.de](http://www.editiondia.de)

## Layout und Satz

Rainer Zenz, Berlin

## Entwurf

atelier : [doppelpunkt], Berlin

## Druck

Beltz Bad Langensalza GmbH,  
Bad Langensalza

## Bildnachweis

Ganzseitige Abbildungen: © Jenny Michel

Titelseite links: wrobell<sup>1</sup>  
Titelseite mittig: Thomas Leuthard<sup>1</sup>  
Titelseite rechts: Rijksdienst voor het Cultureel Erfgoed<sup>0</sup>  
S. 4: Alina Zienowicz<sup>1</sup>  
S. 5: Björn Appel<sup>1</sup>  
S. 6 links: Wolfgang Hauser<sup>1</sup>  
S. 10: ESO/M. Kornmesser<sup>2</sup>  
S. 12: IMP Labs<sup>4</sup>  
S. 13: Nevit Dilmen<sup>4</sup>  
S. 15: Bundesarchiv, B 145 Bild-F010324-0002 /  
Steiner, Egon<sup>5</sup>  
S. 16: Hadi<sup>3</sup>  
S. 20: Juanma Pérez Rabasco<sup>1</sup>  
S. 24/25: Justine<sup>3</sup>  
S. 31: Finanzkrise © Wolfert von Rahden  
S. 33: Bundesarchiv, Bild 183-64094-006-Teil1<sup>5</sup>  
S. 34: Francesco Spatola<sup>3</sup>  
S. 36: Thomas Leuthard<sup>1</sup>  
S. 38: chrisvatesstudios<sup>3</sup>  
S. 41: Erik Baas<sup>2</sup>  
S. 42: UF Digital Collections<sup>3</sup>  
S. 44 rechts: Andrzej Barabasz<sup>4</sup>  
S. 48/49: Russ Hamer<sup>7</sup>  
S. 50: Rijksdienst voor het Cultureel Erfgoed<sup>0</sup>  
S. 62: Bundesarchiv, Bild 102-11513<sup>5</sup>  
S. 65: Adam Jones<sup>4</sup>  
S. 72: wrobell<sup>1</sup>  
S. 77: Havang(nl)<sup>4</sup>  
S. 80: Nightstallion03<sup>4</sup>  
S. 82: Mehlauge<sup>4</sup>  
S. 83: Redvers<sup>1</sup>

0: CC-BY-SA-3.0-NL  
1: CC-BY-2.0  
2: CC-BY-3.0-Unported  
3: CC-BY-SA-2.0  
4: CC-BY-SA-3.0-Unported  
5: CC-BY-SA-3.0-DE

[http://creativecommons.org/about/licenses/  
meet-the-licenses](http://creativecommons.org/about/licenses/meet-the-licenses)  
[http://de.wikipedia.org/wiki/  
Wikipedia:GNU\\_Free\\_Documentation\\_License](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:GNU_Free_Documentation_License)

Die übrigen Abbildungen stammen aus dem Archiv der  
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

## Erscheinungsweise

GEGENWORTE erscheint zweimal jährlich,  
jeweils im Frühjahr und im Herbst. Die  
Inhaltsverzeichnisse der Hefte 1 bis 29  
finden Sie im Netz unter

[www.gegenworte.org](http://www.gegenworte.org)

## Bezugsbedingungen

Abonnement (2 Hefte pro Jahr) € 24,80

zzgl. Versandkosten von € 4,- (Inland)

und von € 6,- (Ausland)

Preis des Einzelheftes € 14,80

zzgl. Versandkosten von € 3,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils  
um ein weiteres Jahr, falls es nicht acht  
Wochen vor Ablauf eines Kalenderjahres  
gekündigt wird.

## Verlegerische Betreuung, Vertrieb, Abonnement und Anzeigen

Akademie Verlag GmbH  
Genthiner Straße 13, D-10785 Berlin  
[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

Bestellungen von Abonnements und  
Einzelheften richten Sie bitte an:  
Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG  
Justus-von-Liebig-Straße 1  
D-86899 Landsberg  
Telefon: (+49 8191) 970 00-214  
Fax: (+49 8191) 970 00-594  
E-Mail: [degruyter@de.rhenus.com](mailto:degruyter@de.rhenus.com)

Geschäftsführer: Dr. Sven Fund

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die  
der Übersetzung. Kein Teil dieser Zeitschrift  
darf in irgendeiner Form – durch Fotokopie,  
Mikrofilm oder irgendein anderes Verfah-  
ren – ohne schriftliche Genehmigung des  
Verlages reproduziert oder in eine von  
Maschinen, insbesondere von Datenverar-  
beitungsanlagen, verwendbare Sprache über-  
tragen oder übersetzt werden. Es gelten die  
Bestimmungen des Urheberrechts. Abdruck  
nur nach Genehmigung durch den Verlag  
und mit genauer Quellenangabe.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier

© 2013 Akademie Verlag GmbH, Berlin.  
Ein Unternehmen von De Gruyter.

ISSN 1435-571 X